

PresseSpiegel

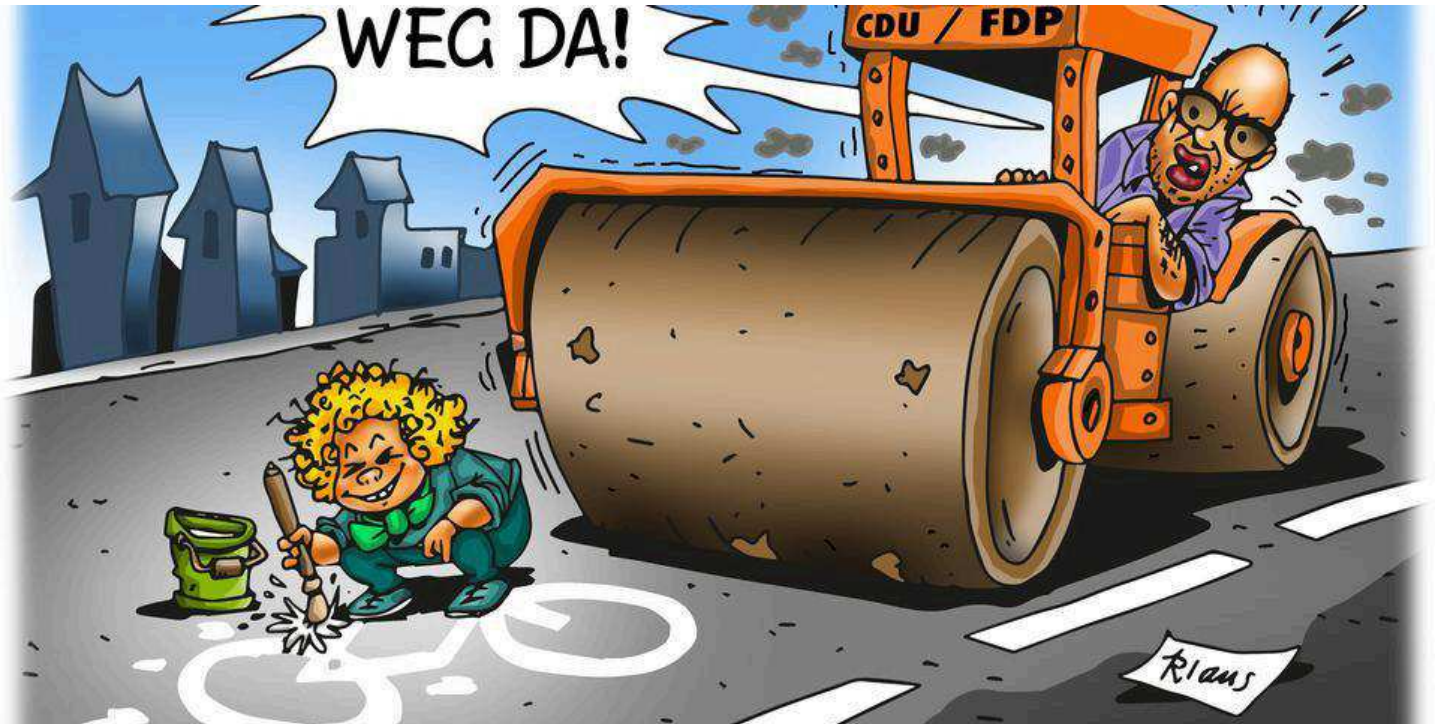
MAINZZero



www.klimaentscheid-mainz.de

März 2024

So sieht's Wilinski: Weg mit den Fahrrad-Piktogrammen?



© Klaus Wilinski

CDU und FDP fordern die Entfernung der Piktogramme in Mainz, Stadt und Dezernentin Steinkrüger wollen daran festhalten. Auch unser Karikaturist hat sich Gedanken zum Thema gemacht.

📅 1. März 2024 – 14:34 Uhr

🕒 1 min

👤 Dennis Buchwald



Artikel anhören



🔊 00:00 / 01:29 1X

BotTalk

Mainz. Die Diskussion um die Fahrrad-Piktogramme erhitze die Gemüter in der Stadt Mainz. Bekanntlich hatte der Landesbetrieb Mobilität (LBM) die Stadt Koblenz aufgefordert, die Piktogramme von den Straßen zu entfernen.

Seitdem stellt sich auch in der Landeshauptstadt die Frage, ob die Piktogramme wieder entfernt werden müssen. Seine Aufforderung begründete der LBM unter anderem damit, dass die Symbole nicht in der Straßenverkehrsordnung eingetragen seien. Die CDU forderte deshalb die umgehende Entfernung – und sogar den Rücktritt von Verkehrsdezernentin Janina Steinkrüger (Grüne), sollte diese nicht handeln. Auch die FDP forderte jüngst die Entfernung, während Steinkrüger für die Stadt erklärte, auch weiterhin mit den Piktogrammen arbeiten zu wollen. Zuspruch erhält sie beispielsweise vom Mainzer Radforum, MainzZero und dem Allgemeinen Deutschen Fahrradclub Mainz-Bingen. Auch unser Karikaturist hat sich so seine Gedanken gemacht.

Mehr zum Thema

Stadt Mainz

So sieht's Wilinski: Kettensägen-Massaker

Stadt Mainz

So kommt eine Wilinski-Karikatur in die Allgemeine Zeitung

Stadt Mainz

So sieht's Wilinski: Deutliche Worte



Dennis Buchwald

Darum klebt sich keiner mehr fest

Die Letzte Generation will weiter stören – eine lokale Aktivistin erklärt, wie vorgegangen werden soll

Von Johanna Tischler

MAINZ/WIESBADEN. „Das Kapitel des Klebens endet“, verkündete die Letzte Generation vor rund einem Monat – und stellte gleichzeitig ihre neue Strategie für 2024 vor. In Zukunft möchten die Klimaaktivisten und -aktivistinnen andere Formen des Protests wählen. Von März an werde man zu „ungehorsamen Versammlungen“ im ganzen Land aufrufen. Auch in Wiesbaden und der Region könnten solche Proteste zukünftig abgehalten werden. „Wir wollen weiterhin an Orte gehen, wo es stört“, sagt Paula Laux, Klimaaktivistin und Koordinationssperson der Lokalgruppe Mainz/Wiesbaden der Letzten Generation. Das seien zum Beispiel Hauptverkehrsachsen in Innenstädten. Konkrete Termine für Aktionen in Mainz oder Wiesbaden gebe es aber noch nicht.

Die Entscheidung, mit dem Kleben aufzuhören, habe intern für viel Diskussion gesorgt. „Es gibt Leute, die haben sich schon über 50 Mal auf die Straße geklebt. Für die ist es schon krass, wenn es plötzlich heißt, das machen wir jetzt nicht mehr“, sagt Laux. Einige Mitglieder hätten die Letzte Generation auch verlassen, weil sie die Entscheidung nicht nachvollziehen konnten.

Gründe für diesen Schritt gibt es laut der 25-Jährigen mehrere: Die Letzte Generation habe mit ihrem Protest zwar Aufmerksamkeit erreicht, ihre politischen Ziele jedoch nicht. Selbst mit Protesten auf Autobahnen hätten sie die Bundesregierung nicht unter Druck setzen können. „Wir waren an einem Punkt, an dem wir nicht so richtig weiterkamen“, sagt Laux.

Das Kleben sei für die Letzte Generation auch ein Mittel gewesen, um als kleine Bewegung mit wenigen Leuten größtmöglich zu stören. In letzter Zeit sei die Mitgliederzahl jedoch gewachsen. Diese Masse wolle man jetzt nutzen. Gleichzeitig sinke der prozentuale Anteil derer, die bereit seien, sich auf die Straße zu kleben.

Abschreckend seien für viele sicherlich auch die Gerichtsverfahren, die zuletzt gegen viele Klimaaktivisten der Letzte Generation stattfanden oder noch geführt werden, meint Laux. Erst vor Kurzem wurde der Klimaaktivist Raul Semmler wegen einer Straßenblockade in Mainz zu einer Geldstrafe von 1700 Euro verurteilt. Dennoch gebe es nach Laux immer noch Mitglieder, die bereit wären, die gerichtlichen Folgen des Protests in Kauf zu nehmen. Nicht nur



Festkleben will sich die Letzte Generation nicht mehr – auf der Straße wird sie aber bleiben. Ab März rufen sie zu „ungehorsamen Versammlungen“ auf. Foto: picture alliance/dpa/ZUMA Press Wire

vom Kleben hat sich die Letzte Generation verabschiedet, sondern auch vom Tragen der orangefarbenen Warnwesten. Die Aktivistinnen und Aktivisten wollen eben nicht mehr als solche erkennbar sein, sondern auf künftigen Protesten eine große Masse bilden, bei der nicht zu unterscheiden ist, wer der Letzten Generation angehört und wer nicht. Womöglich auch ein Weg, um das eigene Image abzulegen: Da sich häufig eher junge Leute auf die Straße kleben, würden sie oft dargestellt als „Jura-Studis, die nichts zu tun haben“, sagt Laux. Sowohl in der Lokalgruppe Mainz/Wiesbaden als auch in Darmstadt gebe es jedoch viele Leute über 40 Jahre, die alle fest im Job stünden.

Statt stummem Protest auf der Straße und der Konfrontation mit Autofahrern will die Letzte Generation bei ihren „ungehorsamen Versammlungen“ nun vor allem einladend wirken. Es sollen Demo-Lieder gesungen und sogar Spiele gespielt werden. „Die Idee ist, dass jeder, der gerade am Straßenrand vorbeiläuft, sich dazu gesellen kann“, sagt Laux. Zivilisierte Ungerhörigkeit soll weiterhin Kern des Protests bleiben und unterscheidet die Gruppe somit von „Fridays for Future“. Die Versammlungen der Letzten Generation werden

DIE ZUSTIMMUNG IST GERING

Die Letzte Generation ist mit ihren Straßenblockaden in der Bevölkerung **mehrheitlich auf Ablehnung** gestoßen. Laut einer repräsentativen Umfrage des SWR im Juni 2023 hielten **85 Prozent** der Deutschen die **Aktionen für nicht gerechtfertigt**. Die bisher verhängten Strafen gegen Klimaaktivisten wurden in der Bevölkerung **mehrheitlich als nicht hart genug** wahrgenommen (56 Prozent).

daher nicht angemeldet, erklärt Laux. Nach 20 Minuten kann die Polizei die Menschen dazu auffordern, die Straße zu verlassen. Dieser Aufforderung wollen die Aktivisten nicht folgen.

Für den nächsten geplanten Protest schließen sich mehrere Lokalgruppen in regionaler Nähe zueinander zusammen. Am 16. März fährt die Gruppe Mainz/Wiesbaden mit der Darmstädter und Frankfurter Gruppe nach Karlsruhe, um dort zu protestieren. Denn sie wollen viele sein: „Es wäre cool, wenn da 100 bis 200 Leute stehen“, sagt Laux. Die Aktion ist der erste Test für die Gruppe, wie die neue Protestform funktioniert.

KURZ NOTIERT

Equal Pay Day

MAINZ. Anlässlich des Equal Pay Days laden die Beauftragten für Chancengleichheit der Agentur für Arbeit und des Jobcenters Mainz für kommenden Mittwoch, 6. März, 9 bis 12.30 Uhr, zu einem Info-tag unter dem Motto „Höchste Zeit für equal pay“ ein. Im Fokus steht der Zusammenhang von Zeit und Geld. Veranstaltungsort ist das Foyer der Arbeitsagentur, Untere Zahlbacher Straße 27. Die Teilnahme ist kostenlos. Weitere Informationen unter www.arbeitsagentur.de.

Allgemeine Zeitung

MAINZER ANZEIGER/LANDSKRONE

Redaktion: Markt 11, 55116 Mainz
Herausgeber: Joachim Lieber
Verlag: VRM GmbH & Co. KG, Erich-Dombrowski-Str. 2, 55127 Mainz. Glogisch auch: Verlagshaus Anzeiger für alle im Impressum genannten Verantwortlichen, Postfach 3120, 55021 Mainz. Tel. (0631) 4830-30, Fax (0631) 48366-40, Mainz HRA 0535, pRg: VRM Verwaltungs-GmbH.
Geschäftsführung: Joachim Lieber
Chefredaktion: Julia Lumme (Mitglied der Geschäftsführung), Dennis Rink (Redaktionsleiter verantwortlich, Mainz), Lutz Eberhard, Tobias Goldbrunner, Frank Karonitz
Leitung Lokalredaktionen RLP: Katharina Petersen
Redaktionsleitung Mainz: Julia Krenschke, Dennis Buchwald (Stv.)
Redaktionsleitung Rheinhesen Nord: Anja Pich, Laura Schiller (Stv.)
Politik: Christian Mott (Stg. und Reportage)
Wirtschaft: Ralf Heiderich
Kultur: Johanna Doppe
Sport: Nadine Peter
Nachrichten: Andreas Harsel (Mitglied der Chefredaktion), Thomas Die, Björn-Christian Schüller, Klaus Thomas Hech
Berliner Büro: Karsten Münstermann, Jan Drebes
Art Director: Stefan Vieten
Leben/Wissen: Moritz Heiderich
Bildredaktion: Susie Kopp
Geschäftsführung Markt: Michael Ermerich
Anzeigen: Michael von Hehl (verantwortlich)
Lesermarkt: Matthias Lindner
Logistik: Oliver Alexander Wolters

Druck: VRM Druck GmbH & Co. KG, Alexander-Fleising-Ring 2, 65428 Rüsselsheim.
Für umhüllende eingekaufte Manuskripte keine Haftung. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlags.
Bei Lieferungsänderungen ohne Verschulden des Verlags oder infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Entschädigung.
Anzeigenpreise laut Preisliste Nr. 3 Digital, Tagesanzeigen & Wochenblätter ab 1. Januar 2024. Für private Gebietsverlegerungen gilt die Preisliste Nr. 23 vom 1. Januar 2024.

Einem Teil unserer heutigen Ausgaben liegen Prospekte der Firmen M'OEAN Reisen und Meer G und BRIRenovation GmbH bei.

AUF EINEN BLICK

Backhaushohl gesperrt

MAINZ (red). Ab kommenden Montag, 4. März, bis voraussichtlich Freitag, 12. April, werden durch den Straßenbetrieb der Stadt Mainz Umbauarbeiten zur Umgestaltung der Straße Backhaushohl im Stadtteil Breitenheim durchgeführt.

Aus diesem Grund ist die Straße zwischen den Straßenabschnitten Am Wildgraben und An der Achatiuskirche voll gesperrt. Der Verkehr wird über die Straßen Untere Zahlbacher Straße – Xaveriusweg – Albert-Schweitzer-Straße umgeleitet.

Der Radverkehr wird zudem über die Straße Am Wildgraben – Lanzelhohl – An der Schanze – Draiser Straße umgeleitet. Fußgänger können das Baulfeld in der Backhaushohl passieren.

Das Augenmerk liegt dabei auf der Parkraumbenutzung, der Wohnlage und auf Polizeimeldungen. Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

„Meenzer Science-Schoppe“

MAINZ (amj). Die Mainzer Wissenschaftsallianz lädt ein für kommenden Mittwoch, 6. März in den LUX Pavillon der Hochschule Mainz, Ludwigstraße 2, zum ersten „Meenzer Science-Schoppe“ für dieses Jahr.
Ab 18 Uhr nimmt Prof. Dr. Pascal Neils alle Interessierten mit ins wachsende digitale

Mainz. In seinem Vortrag erkundet er die vielfältigen Datenlandschaften, die das Internet aktuell zu Mainz bietet.

Das Augenmerk liegt dabei auf der Parkraumbenutzung, der Wohnlage und auf Polizeimeldungen. Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

HILFE & SERVICE

Notfallnummern

Feuerwehr & Notarzt: 112
Polizei: 110
Giftnotrufzentrale: 06131-19240
Ärztliche Bereitschaftspraxis: 116117
Telefonseelsorge: 0800-1110111
Weißer Ring (Hilfe für Kriminalitätsoffer): 116066
Frauennotruf Mainz: Tel. 06131-221213
Zahnärztlicher Notdienst: Rheinhesen Nord (Mainz und Umgebung): 01805-666160 oder 01805-666161, Rheinhesen West: 01805-666765, Rheinhesen Süd-Ost: 01805-666876 (kostenpflichtig)
Tierärztlicher Notdienst: Samstag: Dr. Patricia Solms Mainz, Rheinallee 19, Tel. 06131-6173585
Sonntag: Dr. Patricia Solms Mainz, Rheinallee 19, Tel. 06131-6173585

Apotheken-Notdienst

Notrufnummer: 0800-0022833
Samstag: Sonnen-Apotheke OHG Mainz-Bretzenheim, Rathausstr. 7, Tel. 06131-365647
Adler-Apotheke Mainz, Augustinerstr. 23, Tel. 06131-224006
Rupertus Apotheke Mainz-Finthen, Poststr. 95, 06131-40280
Linden-Apotheke Nierstein, Mühlgasse 5, Tel. 06133-508980
Sonntag: Anemonen-Apotheke Mainz-Bretzenheim, Bahnstr. 8, Tel. 06131-34840
Die Mainz Apotheke am Juxplatz, Mainz-Gonsenheim, Kapellenstr. 7, Tel. 06131-211430
Fidus-Apotheke Bodenheim, Hilgestr. 24, Tel. 06135-706670
Redaktionskontakt E-Mail: az@vrmd.de

– Anzeige –

Leser werben und bis zu 200 Euro sichern!

Sie lieben Ihre Allgemeine Zeitung? Dann begeistern Sie jetzt jemanden aus Ihrem Freundes- oder Bekanntenkreis für das **Digital komplett Paket**. Als Dankeschön schenken wir Ihnen eine Barprämie von bis zu 200 Euro. Der Countdown läuft – jetzt schnell sein und Höchstprämie kassieren!

Sie erhalten eine hohe Barprämie – der neue Leser den digitalen Lesegenuss:

200 € bis 25. Februar 2024

150 € bis 17. März 2024



Jetzt Leser werben und satte Prämie sichern:
allgemeine-zeitung.de/werbe-leser

Ein Angebot der VRM GmbH & Co. KG, Erich-Dombrowski-Str. 2, 55127 Mainz.

Früher bereits brutal zugeschlagen

Zeugen schildern im Totschlagsprozess gegen einen 54-jährigen Iraker die Situation des Opfers

Von Andrea Krenz

MAINZ. Morgens sei sie häufiger zum Kaffeetrinken zur Nachbarin im fünften Stock des Mehrfamilienhauses in der Neustadt gegangen. Wie eine 37-jährige syrische Zeugin im Totschlagsprozess vor dem Mainzer Schwurgericht erzählte, habe die irakische Mutter und Hausfrau sicher sein können, dass die Kinder und der Ehemann dann außer Haus waren und nichts von den heimlichen Besuchen mitbekamen. Im August 2023 musste sie im Alter von 47 Jahren sterben, weil sie eine an den Sohn gerichtete Frage des Vaters beantwortet haben soll. Als die Kinder nachmittags nicht zu Hause waren, erdrosselte der 54-Jährige seine Frau mit einer Mullbinde. Die Frau konnte reanimiert werden, erlangte das Bewusstsein aber nicht wieder und verstarb einige Zeit später im Krankenhaus.

„Sie hatte große Angst, sie wurde vom Mann geschlagen, sie durfte nicht telefonieren und die Wohnung nur für Arztbesuche verlassen.“

Zeugin vor Gericht

„Sie hatte große Angst, sie wurde vom Mann geschlagen, sie durfte nicht telefonieren und die Wohnung nur für Arztbesuche verlassen“, erinnerte sich die Zeugin an die Erzählungen der später Getöteten. Und daran, dass sie die 47-Jährige fragte, weshalb sie sich nicht wehre. Die Zeugin habe der Frau erklärt: „In Syrien darf der Mann seine Frau nicht schlagen, sie darf sich an Gesprächen beteiligen und auch ihre Meinung sagen.“ Doch dazu habe die Irakerin den Kopf geschüttelt: Sie sei schon als junge Braut geschlagen worden, im Irak müsste eine Frau gehorchen. Sie müsse alles akzeptieren und sich dem Mann unterwerfen. Mache sie „Fehler“, wurde sie geschlagen. 2017 derart heftig, dass sie für längere Zeit in die Klinik musste. Was ge-

nau damals passiert war, dazu hatte das Opfer ihrer Nachbarin berichtet, sie könne sich nicht erinnern. Sie wisse nur noch, dass sie die Tochter gegen 22 Uhr ins Bett schicken wollte. Damals war die Nachbarin mit ihrem Mann nach unten in den vierten Stock geeilt, weil sie Lärm von dort gehört hatten. Der jetzt Angeklagte habe die Tür geöffnet, ein zerbrochener Tisch lag im Wohnzimmer, seine Frau war auf dem Sofa, sie blutete stark im Gesicht. Der Ehemann habe sehr besorgt gewirkt.

Sohn plante, sich eine Waffe zu besorgen

Ähnlich soll es gewesen sein, nachdem er die 47-Jährige im August erdrosselt hatte. Er hatte die Rettung alarmiert, seinen Notruf von damals hatte das Gericht im Sitzungssaal abgespielt. „Ich habe meine Frau getötet“, hatte er geweint und geschrien, immer wieder. „Helfen Sie mir, helfen Sie!“. Als Polizei und Sanitäter in der Wohnung eintrafen, versuchte er gerade, seine Frau zu reanimieren, das war schließlich dem Notarzt gelungen.

Anders als zunächst angenommen, haben die Kinder doch eine Aussage als Zeugen gemacht. Einer der Söhne soll laut Nebenklage-Anwälten über zweiinhalb Stunden über das Familienleben, seine Mutter und seinen Vater erzählt haben. Die Söhne waren damals gerade heimgekommen, als die Polizei ihren Vater abführen wollten. Sie sollen sofort gewusst haben, dass er ihrer Mutter etwas angetan habe. Einer habe die Dienstpistole eines Polizisten greifen wollen, das habe man laut Aussage von Polizisten verhindern können, indem die Söhne zu Boden gebracht und fixiert wurden. Der Jugendliche hatte erklärt, er habe schon länger überlegt, sich eine Waffe zu besorgen, weil der Vater die Mutter ständig geschlagen habe. Es hatte verschiedene Ermittlungen und Strafverfahren wegen Körperverletzung gegen den 54-Jährigen gegeben, zuletzt war er zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt worden. Der Prozess wird fortgesetzt.



450 Menschen versammelten sich auf dem Bahnhofplatz.

Foto: Tim Wüß

Neues Bündnis demonstriert

Verdi und Fridays for Future: Für bessere Arbeitsbedingungen im ÖPNV und Klimaschutz

Von Vanessa Felix Arroja

MAINZ. Einen öffentlichen Personennahverkehr, der nicht nur klimagerecht, sondern auch sozialgerecht ist – das fordern die Teilnehmenden der Kundgebung am Freitag auf dem Bahnhofplatz in Mainz. Während des andauernden ÖPNV-Streiks versammelten sich dort rund 450 Menschen unter dem Motto „#WirFahrenZusammen“, darunter Mitglieder von Fridays for Future (FFF), Verdi und Beschäftigte des ÖPNV.

Eine von ihnen ist die Straßenbahnfahrerin Sarah. Mit ihrem Kollegen Akin Turbay, Busfahrer in Mainz, steht sie an diesem Tag auf der Bühne. Beide berichten über ihren Alltag: lange Arbeitszeiten, wenig Ruhezeiten, teils aggressive Fahrgäste und Verantwortung für etliche Menschen. „Wir müssen alles sehen und reagieren, pauselos“, sagt Sarah. Ihr Arbeitgeber würde wollen, dass sie noch mehr arbeiten. „Aber wir müssen weniger arbei-

ten, wir brauchen Ruhe, damit es mehr Sicherheit und weniger Unfälle geben kann“, ruft die Straßenbahnfahrerin in die Menge. Sarah und ihre Kollegen wollen keine Unsummen verdienen, nur genug, um zu leben, so die 44-Jährige. „Und wir leben nicht, um zu arbeiten“, sagt sie zum Schluss. Die Menge klatscht.

80.000 Busfahrer und Straßenbahnfahrer weniger

Wie ernst die Lage ist, bringt Marko Bärschneider, Verdi-Gewerkschaftsleiter für Rheinland-Pfalz und Saarland, zum Ausdruck. „Bis 2030 verlieren wir rentenbedingte 80.000 Beschäftigte im ÖPNV“, sagt er. Wegen der unattraktiven Arbeitsbedingungen komme kaum Nachwuchs hinterher. Um die Bedingungen zu verbessern, fordert die Gewerkschaft 500 Euro mehr Lohn pro Monat sowie eine Einmalzahlung von 1000 Euro an alle Mitarbeiter.

Außerdem fordern die Beschäftigten und Verdi vom Bund jährlich 16 Milliarden Euro mehr Investitionen in den ÖPNV. Das „historischen Bündnis“ aus Aktivisten und Beschäftigten wolle an die politischen Verantwortlichen appellieren und sie vor den Gefahren der aktuellen Sparpolitik warnen, sagt FFF-Sprecher Andreas Gieringer. Neben der Aktion in Mainz fanden am Freitag bundesweit in elf weiteren Städten Demos dieser Art statt.

„Mit den neuen Bündnispartnern wollen wir zeigen, dass die Frage nach sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz gemeinsam behandelt werden kann“, erklärt der Sprecher die offenbar neue Strategie der Gruppe. Auch wenn ursprünglich 2000 Teilnehmer für die Demo angemeldet waren, zieht Gieringer eine positive Bilanz: „Heute kam es nicht auf die Anzahl an, sondern darauf, wer da war.“ Denn das Bündnis habe das Potenzial, mehr Druck auszuüben, um so die

gemeinsamen Ziele – Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit – zu erreichen.

Seitens der Politik zeigte sich lediglich die rheinlandpfälzische Umweltministerin Katrin Eder (Grüne) bei der Kundgebung auf der Bühne. Dort betont sie: Sie unterstütze zwar die Forderungen des Bündnisses, wolle trotzdem nicht „das Blaue vom Himmel versprechen“ – schließlich seien die finanziellen Mittel vom Bund nicht erhöht, sondern gekürzt worden. „Aber die Landesregierung kämpft weiter“, sagt die Ministerin.

Auf Eders Rede reagierten die FFF-Aktivistinnen skeptisch. Die Politik habe die Aktivistinnen bereits in der Vergangenheit im Stich gelassen, sagt Sprecher Andreas Gieringer. Zudem habe Eder in ihrer Rede vor allem die Verantwortung zu anderen geschoben. „Wir freuen uns zwar, dass sie hinter unseren Forderungen steht, aber wir verlassen uns nicht drauf“, so Gieringer.

— AUF EINEN BLICK —

Busse statt Bahnen nach Hechtsheim

MAINZ (red). Im Rahmen des Straßenbahnausbauprojekts starten die ersten Vorbereitungsarbeiten für den ab Sommer geplanten Ausbau der Straßenbahnlinien in der Binger Straße, informiert die Mainzer Mobilität. So würden unter anderem in der kommenden Woche die vorhandenen Wandanker geprüft.

In den zwei Nächten von Mittwoch, 6., bis Freitag, 8. März, kommt es zu Einschränkungen im ÖPNV kündigt die Mainzer Mobilität an. In der Zeit von jeweils circa 23.45 bis 4 Uhr nachts würden zwischen Hechtsheim und Hauptbahnhof Busse statt Straßenbahnen fahren.

Die Straßenbahnen der Linie 50 würden von Finthen kommend nur bis zum Hauptbahnhof und zurückfahren, während die Linie 52 den Abschnitt zwischen Bretzenheim und Hauptbahnhof bediene. Auf der Linie 53 werde lediglich eine Fahrt vom Lerchenberg bis zum Hauptbahnhof eingeschränkt. Für den Streckenabschnitt zwischen Hechtsheim/Bürgerhaus beziehungsweise Am Schinnergraben und dem Hauptbahnhof werden Ersatzbusse bereitgestellt, teilt die Mainzer Mobilität mit. Die Sonderfahrpläne sind auf www.mainzer-mobilitaet.de zu finden.

Mit dem Ausbauprojekt „Binger Straße“ werde eine direkte Straßenbahnverbindung vom Alleenplatz bis zum Münsterplatz geschaffen. „Dieses Vorhaben wird nicht nur den Hauptbahnhof als zentralen ÖPNV-Knotenpunkt entlasten, sondern auch die Weichen für zukünftige Ausbauprojekte der Straßenbahn stellen“, heißt es in der Pressemitteilung der Mainzer Mobilität. Weitere Infos zum Projekt „M wie Zukunft“ und dem Ausbau der Binger Straße gibt es unter www.m-wie-zukunft.de.

Krimilesung mit Ingo Bartsch

MAINZ (chel). Der Mainzer Autor Ingo Bartsch ist am Mittwoch, 6. März, 18.30 Uhr, zu Gast in der Wissenschaftlichen Stadtbibliothek, Rheinallee 3B, und liest aus seinem dritten Roman „Ein Mord – Drei Tote“. Es geht um eine tote Influencerin, mafiose Politik und Terrorismus. In seinem Krimidebüt wirft Ingo Bartsch mit abgründigem Humor Schlaglichter auf die Gesellschaft von heute, die geprägt ist von der Scheinwelt der Influencer, Querdenkern, Homophobie und rechtsradikalen Tendenzen. Der Autor entfaltet einen gesellschaftspolitisch relevanten Roman, der mit ungewöhnlichem Personal und eigenwilliger Sprache überzeugt. Zudem liest Bartsch kurze, zum Teil unveröffentlichte Texte vor. Der Eintritt ist frei, Spenden sind willkommen.

Zum Thema „Reichsenden“

MAINZ (ami). Das Stadthistorische Museum Mainz lädt zu einer Veranstaltung für Donnerstag, 7. März, 19 Uhr, unter dem Titel „Zweimal Frankreich und zurück: Ein studentisches Projekt zu den ‚Reichsenden‘ 1798 und 1918 in Mainz“ ein. Die Veranstaltung findet in Kooperation mit dem Historischen Seminar der Johannes Gutenberg-Universität im Stadthistorischen Museum, Zitadelle Bau D, statt. Dabei präsentieren Prof. Bettina Braun, Dr. Andreas Linsenmann und Studierende eine virtuelle Ausstellung.



Weg mit den Fahrrad-Piktogrammen?

Die Diskussion um die Fahrrad-Piktogramme erhitze die Gemüter. Bekanntlich hatte der Landesbetrieb Mobilität (LBM) die Stadt Koblenz aufgefordert, die Piktogramme von den Straßen zu entfernen. Seitdem stellt sich auch in der Landeshauptstadt diese Frage. Seine Aufforderung begründete der LBM unter anderem damit, dass die Symbole nicht in der Straßenverkehrsordnung eingeordnet seien. CDU und FDP forderten deshalb die um-

gehende Entfernung – die CDU sogar den Rücktritt von Verkehrsdezernentin Janina Steinkrüger (Grüne), sollte diese nicht handeln. Steinkrüger erklärte für die Stadt, auch weiterhin mit den Piktogrammen arbeiten zu wollen. Zuspruch erhält sie vom Mainzer Radforum, MainzZero und dem Allgemeinen Deutschen Fahrradclub Mainz-Bingen. Auch unser Karikaturist hat sich so seine Gedanken gemacht.

Karikatur: Klaus Wiliński

BLAULICHT

Mit Haschisch und SS-Runen

MAINZ/RÜSSELSEIM (eas). Die Kontrolle einer 25-jährigen Frau im Mainzer Hauptbahnhof am Donnerstag hat die Polizei zu ihrem mutmaßlichen Dealer in Rüsselsheim geführt. Auf der Zwischenebene des Hauptbahnhofs hatten die Beamten der Bundespolizei bei der Frau einen starken Geruch von Marihuana wahrgenommen, wie die Polizei am Freitag berichtete. Die Verdächtige wurde von den Bundespolizisten durchsucht. Dabei fanden die Beamten einen Joint und circa 100 Gramm Haschisch in der Jackentasche. Das Haschisch war in Plastikfolie verpackt, auf der sich ein Sticker mit SS-Runen befand.

Die Überprüfung der Personalkarte der 25-Jährigen ergab, dass sie von der Staatsanwaltschaft Mainz wegen eines Verstoßes gegen das Waffengesetz gesucht wird, teilt die Polizei mit. Die Frau habe in der Vernehmung konkrete Angaben über den Kauf des Betäubungsmittels gemacht und den Beamten einen Chatverlauf

zwischen ihr und dem Verkäufer vorgelegt. Das Amtsgericht Mainz erließ ein Durchsuchungsbeschluss für die Wohnung der 25-Jährigen, informiert die Polizei weiter. Bei der Durchsuchung wurden circa 50 Gramm Haschisch aufgefunden und beschlagnahmt. Die Ermittlungen ergaben, dass es sich bei dem Verkäufer um einen 27-Jährigen mit Wohnsitz in Rüsselsheim handelt. Für die Wohnung des Mannes wurde ein Durchsuchungsbeschluss vom Amtsgericht Darmstadt erlassen. Bei der Wohnungsdurchsuchung durch die Kripo Darmstadt wurden ein Gramm Haschisch und ein Smartphone gefunden und sichergestellt, so die Polizei.

Gegen die Frau und den Mann sind Ermittlungsverfahren wegen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz eingeleitet worden, so die Polizei. Zusätzlich wurde gegen die 25-jährige Deutsche ein Strafverfahren wegen der Verwendung von verfassungswidrigen Symbolen eingeleitet.

KOMMENTAR



*Mäßige Noten für
Mainzer Innenstadt:
Das wundert nicht*

Von Michael Bermeitinger
michael.bermeitinger@vrm.de

Die Geschäftsleute sind nur mäßig zufrieden mit der Mainzer Innenstadt. Das ist keine Überraschung, denn das ein oder andere liegt im Argen. Dennoch ist die Umfrage des Mainzer Citymanagements eine gute Möglichkeit, ins Gespräch zu kommen, selbst wenn die Antworten durchaus Bekanntes bestätigen: Man wünscht sich bessere Aufenthaltsqualität, mehr Events, Sicherheit und - kein zu unterschätzender Aspekt - mehr Müllcontainer für mehr Sauberkeit. Dass sich die Befragten auch mehr gemeinsames Handeln aller beteiligten Akteure wünschen, wundert wenig, wenn man die unterschiedlichen Meinungen der Geschäftsleute zu verkaufsoffenen Sonntagen betrachtet. Hier gibt es also eine Forderung, die sich nicht an die Stadt richtet, sondern an die Geschäftswelt selbst. Dieser Umfrage sollen weitere folgen, die sich mit verschiedenen Themen beschäftigen. Und hier muss natürlich das Thema Verkehr eine Rolle spielen. Denn wenn die City gerade für Menschen aus dem Umland durch Baustellen, Staus, weniger Parkplätze und fehlende ÖPNV-Alternative immer schwerer zu erreichen ist, bleiben die Kunden weg. Egal wie schön die Events und wie groß die Aufenthaltsqualität ist. Von daher war die Umfrage ein guter Anfang, die nächsten müssen auch dort hin zielen, wo es wehtut.

BLAULICHT

Widerstand gegen Festnahme

MAINZ (red). Eine junge Frau ist am Donnerstag am Mainzer Hauptbahnhof mit 1,8 Gramm Marihuana und 3,7 Gramm Amphetamin festgenommen worden. Eine Streife der Bundespolizei hatte die Personalen der 19-Jährigen kontrolliert und dabei festgestellt, dass ein Untersuchungsbefehl vom Amtsgericht Gelnhausen gegen sie vorliegt. Dieser wurde nach Angaben der Polizei wegen tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte erlassen. Bei der Durchsuchung der Frau wurden die Drogen gefunden und beschlagnahmt. Als die Polizisten die 19-Jährige zum Amtsgericht bringen wollten, griff sie auch dieses Mal die

– Anzeige –



Beamtin an, beleidigte sie und leistete Widerstand. Daraufhin wurden ihr Hand- und Fußfesseln angelegt, sie in Gelnhausen vorgeführt und anschließend in die Justizvollzugsanstalt Frankfurt gebracht. Sie erwarten jetzt weitere Strafverfahren wegen tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte, Widerstand, Beleidigung und unerlaubten Besitzes von Betäubungsmitteln.

Taxifahrer von Fahrgast angegriffen

MAINZ (red). Ein Taxifahrer ist am frühen Freitagmorgen von einem Fahrgast angegriffen und leicht verletzt worden. Nachdem der Taxifahrer einen 55-jährigen Mainzer vom Hauptbahnhof zur Max-Planck-Straße gebracht hatte, wollte dieser weder bezahlen noch seine Personalien angeben. Wie die Polizei mitteilt, versuchte der Fahrgast dann

aus dem Taxi zu flüchten und der 62-jährige Fahrer folgte ihm. Es kam zur Handgreiflichkeit, bei der die Polizeibeamten beide Männer am Boden rangeln antraten. Der Taxifahrer gab sich wegen seiner Verletzung vorsorglich ins Krankenhaus. Der Fahrgast muss sich nun wegen Betrugs und Körperverletzung verantworten.

MOGUNTINUS

Erst mal einweichen

Seit zwei Tagen steht ein Topf mit etwas Wasser gefüllt auf unserem Herd. Mein Freund hat ihn benutzt, um Eier zu kochen. Den Topf direkt nach der Benutzung kurz durchzuspülen, war für ihn keine Option. „Ich lasse den erst mal einweichen“, lautet seine weise Begründung. Soso. Einweichen also. Bei Auflaufformen, an denen der angebackene Käse am Rand hängt und sich schwer lösen lässt, könnte ich das ja verstehen. Aber was genau nach dem Eierkochen eingeweicht werden muss, kann er mir auch nicht genau erklären. Aber bei ihm muss eben vieles erst mal eingeweicht werden – ein Codewort für „Ich habe gerade keine Lust, das zu spülen, und lasse es so lange stehen, bis meine Freundin es sauber macht.“ Funktioniert auch oft ganz gut, das muss ich dann doch zugeben: Ich spüle die Sachen dann oft selbst. Also scheint mein Freund doch irgendwie etwas richtigzumachen.

OB Haase: „Müssen schnell reagieren“

Neubau von Wohnungen bricht ein: Stadt will Baufelder mit bis zu 80 Prozent gefördertem Wohnraum ermöglichen

Von Paul Lassay

MAINZ. Seit dem Anstieg der Zinsen ist die Bautätigkeit in Mainz wie anderswo stark eingebrochen. Es gibt viele Zahlen, die dies verdeutlichen. Die neueste ist die 80. Sie führt vor Augen, wie stark sich die Verhältnisse auf dem Markt verändert haben. Vor wenigen Jahren noch diskutierte die Stadtpolitik darüber, ob weiterhin 25 Prozent geförderter Wohnraum in neuen Baugebieten vorgeschrieben sein sollten oder doch besser 33 Prozent – oder ob das viel zu viel sei.

Die Anhebung auf ein Drittel wurde vollzogen, galt manchen aber als zu hoch. Wenige Jahre später bewegt man sich in gänzlich anderen Sphären: Der Stadtvorstand empfiehlt dem Stadtrat nun, Förderquoten von bis zu 80 Prozent zu ermöglichen. Die finale Abstimmung darüber steht am Mittwoch an. Was steckt hinter der enormen Steigerung der Förderquote?

Die Lage beim Wohnungsbau sei dramatisch, erläutert Oberbürgermeister Nino Haase (parteilos) im Gespräch mit dieser Zeitung. „Es werden keine neuen Projekte mehr angegangen.“ Der Grund dafür sei die schwierige Finanzierung der Vorhaben angesichts der deutlich gestiegenen Zinsen. „Wir haben deshalb in der Leitstelle Wohnen und mit den beteiligten Dezernaten überlegt, dass wir etwas tun müssen, um den Motor wieder ans Laufen zu bekommen. Es ist wichtig, schnell zu reagieren, der Zug nach Mainz hält schließlich an.“ Eine Maßnahme sei dabei die Erhöhung der möglichen Förderquote, die auch bei bereits abgeschlossenen städtebaulichen Verträgen zur Anwendung kommen könne.

Bisher forderten die städtischen Regelungen für Pla-



Unter anderem im Heiligkreuz-Viertel könnte die neue Regelung zur Förderquote den Start bzw. die Fortführung von Projekten ermöglichen. Foto: Sascha Kopp

nungsgebiete, in denen neuer Wohnraum geschaffen wird, einen Anteil von mindestens einem Drittel geförderter Wohnungen. Warum braucht es dann einen neuen Beschluss, wenn keine Grenze nach oben formuliert ist? Die Erhöhung der Förderquote sei auch als Signal zu verstehen, erläutert Haase. Man wolle deutlich machen, dass man die entsprechenden Vorhaben in der Stadt holen wolle. „Mainz hat kein Problem damit, man kann mit den Förderbüros arbeiten“, unterstreicht er.

Während die Investoren vor der Zinswende oft versucht hätten, den Anteil geförderter Wohnraums möglichst niedrig zu halten, habe sich die Situation komplett verändert. „Früher war das eher unbeliebt, aber jetzt hat es einen Paradigmenwechsel gegeben.“ Mittlerweile erhalte man häufiger Anfragen, ob

AUSSCHUSS

► Der Sozialausschuss hat der entsprechenden Beschlussvorlage am Donnerstag einstimmig zugestimmt. Zusätzlich zur erhöhten Förderquote sieht sie eine auf drei Jahre befristete Aufhebung der Baukostenobergrenze beim Bau von Eigentumswohnungen vor sowie das Vorlegen eines Erfahrungsberichts nach zwei Jahren vor.

nicht ein größerer Anteil geförderter Wohnungen integriert werden könne. Der Grund dafür seien die zinsgünstigen Darlehen der Landesbank, die man erhalte, wenn man Wohnraum schaffe, der später zu festgelegten Mieten zur Verfügung gestellt werde.

Bei der Erhöhung der Förderquote sei zu beachten,

dass diese nur auf einzelne Baufelder bezogen und nicht für komplette Baugebiete möglich sei. Zudem muss der geförderte Wohnraum gemäß der Vorlage nach den unterschiedlichen Förderstufen aufgeteilt sein: 20 Prozent sind demnach für Haushalte mit geringem Einkommen und 80 Prozent für Haushalte mit einem mittleren Einkommen vorzusehen.

Die Grenze für ein „mittleres Einkommen“ liegt bei Singles bei etwa 43.000 Euro Jahresbruttoeinkommen und bei einem Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern bei rund 95.000 Euro. Die Förderung richte sich damit auch an die Mitte der arbeitenden Bevölkerung, betont Haase. Deshalb fürchte er nicht, dass mit der Erhöhung der Förderquote neue soziale Brennpunkte geschaffen werden könnten. In bedingten Ausnahmefällen

sei auch ein Überschreiten der 80 Prozent bis auf 100 Prozent geförderter Wohnraum möglich, wenn nur eine überschaubare Zahl von Wohneinheiten betroffen sei.

Einige Projekte im Stadtgebiet könnten durch die neue Regelung wieder in Gang kommen, so Haase, unter anderem im Heiligkreuz-Viertel. Und auch der Wohnbau werde die Maßnahme helfen, die zuletzt vermeldete, dass der Start großer Projekte wegen der unklaren Finanzierung auf der Kippe steht. Hier sei jenseits der Förderquotenerhöhung klar, dass man „weiter über die finanzielle Ausstattung der Wohnbau sprechen müsse“, betont der OB. „Es darf nicht geschehen, dass die Wohnbau nicht in der Lage ist, Projekte voranzutreiben.“ Darüber hinaus müsse man „alle Maßnahmen ausschöpfen, die mietpreisbremsend wirken“.

Wunsch nach mehr Sicherheit und Sauberkeit

Umfrage durch City Management zeigt, was Einzelhandel und Gastronomie an Innenstadt kritisieren

Von Andrea Zschka

MAINZ. Befriedigend, aber nicht gut. In einer aktuellen Umfrage des City Managements Mainz haben Händler und Gastronomen aus der Innenstadt dem Standort durchschnittlich die Schulnote 3,15 gegeben. Das City Management hatte die nicht-repräsentative Umfrage in den vergangenen Wochen durchgeführt, um herauszufinden, wo zukünftig Verbesserungen vorgenommen werden können. So soll die Innenstadt noch attraktiver gestaltet werden. Es war die erste einer geplanten Reihe von Umfragen zu verschiedenen Themen.

Nur 22 Prozent sehen ihre Situation verbessert

Mehr als die Hälfte der etwa 60 Befragten gibt in der aktuellen Umfrage an, dass sich der eigene geschäftliche Erfolg in der Mainzer Innenstadt in den vergangenen Jahren verschlechtert hat. Dagegen sagen nur 22 Prozent, dass sich ihr Erfolg seit Beginn ihrer Tätigkeit verbessert hat. Citymanagerin Sandra Klima erklärt dazu: „Da die Umfrage anonym war, können wir nicht zuordnen, wie lange sich ein Händler oder Gastronom schon an seinem Standort befindet. Insofern wissen wir auch nicht, bei wem



Das City Management Mainz hat Händler und Gastronomen aus der Innenstadt zu ihrer Zufriedenheit mit ihrem Standort befragt. Foto: Tim Würz

die Corona-Pandemie einen Einfluss auf die Beantwortung dieser Frage gehabt hat.“ Um die Standortqualität zu verbessern, sind nach Ansicht vieler Befragter eine höhere Sicherheit und Sauberkeit nötig, insbesondere die Anzahl der Müllcontainer solle im Stadtgebiet erhöht werden. Zudem brauche es mehr Aufenthaltsmöglichkeiten für Besucher. So schlägt ein Befragter vor, die Plätze in der Innenstadt mit Highlights wie Kunstinstallationen oder

Minispielplätzen sowie mehr Dekorationen zu beleben. Ebenfalls wichtig ist den Händlern und Gastronomen eine Steigerung der Attraktivität der Innenstadt unter der Woche und unabhängig von Veranstaltungen. Auch einheitlichere Öffnungszeiten in allen Geschäften sowie eine bessere gemeinsame Bewerbung von Shopping-Highlights wie beispielsweise Schlussverkäufen wünschen sich einige Befragte. Die Citymanagerin ergänzt

hierzu: „Es gibt eigentlich schon gemeinsame Werbung, das zeigt uns aber, dass wir hier die Kommunikation verbessern müssen.“ Uneinigkeit herrscht hinsichtlich verkaufsoffener Sonntage: Während 48 Prozent der Händler und Gastronomen drei oder vier verkaufsoffene Sonntage in der Innenstadt befürworten, sind 28 Prozent der Ansicht, zwei Sonntage reichen aus. 20 Prozent und damit jeder fünfte Befragte möchte sogar ganz da-

rauf verzichten. Hinsichtlich der im September 2023 erstmals stattgefunden langen Einkaufsnacht in Mainz im Zuge der Veranstaltung „Mainz leuchtet“ sind die Meinungen ebenfalls gespalten: So wünschen sich 57 Prozent der Befragten eine Wiederholung, 43 Prozent sind dagegen.

Uneinigkeit bei verkaufsoffenen Sonntagen

Mit Blick auf die Ergebnisse der Umfrage fällt Sandra Klima auf, dass die Themen „Sicherheit“ und „Sauberkeit“ schon vor der Befragung immer wieder bemängelt wurden. „Diese Punkte werden wir nicht los, sie beschäftigen die Händler und Gastronomen nach wie vor sehr. Wir müssen deshalb noch intensiver daran arbeiten, dass hier eine größere Zufriedenheit herrscht.“ In der kommenden Zeit werde das City Management in Zusammenarbeit mit der Stadt und insbesondere der Wirtschaftsförderung über konkrete Pläne sprechen.

Einige Projekte, die der Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt zugutekommen, seien zu dem ohnehin bereits geplant oder sogar schon in der Umsetzung. So soll beispielsweise die neue Anti-Littering-Kampagne „Mainz fängt's auf!“ dem achtlosen Wegwerfen von Abfällen entgegenwirken (wir berichteten). ► KOMMENTAR

— AUF EINEN BLICK —

Vernissage
„Mehr Wasser“

MAINZ (chel). Am Donnerstag, 7. März, 17.30 Uhr, findet die Vernissage der Ausstellung „Mehr Wasser“ der Hobbykünstlerin Petra Jung im Caritas-Zentrum Delbröl, Aspelstraße 10, statt. Tatsächlich war es ihr Beruf, der Petra Jung, Redakteurin dieser Zeitung, ins Caritaszentrum führte. Nach dem Recherchegespräch entstand ein privates Gespräch, in dem die 57-Jährige angesichts der damals laufenden Ausstellung erzählte, dass sie als Hobby Aquarelle malt. Und zwar stets mit einer gehörigen Extrapolation Wasser, woraus schließlich auch der Titel der Ausstellung resultiert. Gezeigt werden Naturmotive, Stilleben, Gebäude und andere Motive. Es gibt Snacks und Getränke. Die Ausstellung kann bis Montag, 27. Mai, zu den Öffnungszeiten des Caritaszentrums besucht werden.

► REDAKTION
MAINZ RHEINHESSEN

Kontakt:

Aboervice 06131-484950
Telefon 06131-485855
montags bis freitags von 8 bis 13 Uhr
E-Mail: az@vrm.de

Redaktion Mainz:

Julia Krentsch (JuliTg.), Dennis Buchwald (dbu/stv. Tg.), Julia Sloboda (slo/stv. Tg.), Michael Bemeitinger (ber), Petra Jung (per), Paul Christian Lassay (pal), Carina Schmidt (csc), Thorben Oberhag (tobe), Andrea Zaschka (za)

Redaktion Rheinhessen:

Anita Pleic (ple/stg.), Laura Schöffel (lsw/stv. Tg.), Nathalie Doleschel (dna), Daniela Elässers (els), Gabi Gabel (gag), Mechthild Haag (mgh), Johannes Lahr (lahr), Erich Michael Lang (eml), Isabel Mittler (isa), Julian Peters (jp), Felix Plum (fep), Frank Schmidt-Wyk (fsw), Kirsten Strasser (ks), Helena Walheim (hew)

Blattmacher:

Andreas Härtel (Tg.), Katharina Volkmann (Tg.), Thomas Div (Content-Manager), Klaus Thomas Heck (Content-Manager), Steffen Nagel (Content-Manager), Beate Nietzel (Content-Manager), Björn-Christian Schüller (Content-Manager), Nadja Anthes-Ploch, Sigrid Bast, Torsten Boor, Ken Chowanz, Alexandra Eckhardt, Susanne Einhäuser, Andreas Hand, Daniel Holzer, Dirk Janowitz, Peter Kämmerer, Silke Kaul-Fritz, Thorsten Lutz, Jürgen Möcks, Katrin Oltmanns, Carsten Schröder, Volker Schütz, Nicole Suckert

Assistenz:

Mona Koch (Teamitg.), Angelika Berg, Isabella Brandau, Sabine Eichhorst, Sabine Lukitsch, Katharina Rucker

Regionaler Verkaufsleiter Anzeigen:

Jörg Meyer 06131-484710

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegen Prospekte der Firmen Preiss GmbH & Co. KG, Drogerie Rossmann, Teppich-Galerie Said und Schopper bei.

Allgemeine Zeitung

MAINZ ANZEIGER / LANDSKRONE

Redaktion:
Markt 17, 55116 Mainz

Herausgeber:

Verlag VRM GmbH & Co. KG, Erich-Dombrowski-Straße 2, 55127 Mainz, (zugleich auch Ladungsplatt-Anspruch für alle im Impressum genannten Verantwortlichen), Postfach 3120, 55021 Mainz, Tel. (06 31) 48 30; Fax (06 31) 48 58 68; AG Mainz rha 0335, jnc: VRM Verwaltungs-GmbH, Geschäftsführung: Joachim Lieber

Chefredaktion:

Julia Lumma (Mitglied der Geschäftsführung), Dennis Rink (Redaktionsleiter), Michael Emmrich (Leitung des Verlags), Tobias Goldbrunner, Frank Kampe

Leitung Lokalredaktionen RLP:

Katharina Petermeier

Redaktionsleitung Mainz:

Julia Krentsch, Dennis Buchwald (Stv.)

Redaktionsleitung Rheinhessen (Stv.): Anita Pleic, Laura Schöffel (Stv.)

Politik: Christian Matz (Tg. und Reporterchef)

Wirtschaft: Ralf Heidenreich

Kultur: Johanna Dupré

Sport: Nadine Peter

Nachrichten: Andreas Härtel (Mitglied der Chefredaktion), Thomas Div, Björn-Christian Schüller, Klaus Thomas Heck

Berliner Büro: Kerstin Münstermann, Jan Drebes

Art Director: Stefan Vieten

Leben/Wissen: Monika Nellesen

Bildredaktion: Sascha Kopp

Geschäftsleitung Markt: Michael Emmrich

Verlagen: Wolke von Hell (verlagswirtschaftlich)

Lesermarkt: Matthias Lindner

Logistik: Oliver-Albrecht-Wolters

Druck: VRM Druck GmbH & Co. KG, Alexander-Flie-

ßing-Ring 2, 65428 Rüsselsheim

Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Haftung. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages.

Bei Lieferungsstörungen ohne Verschulden des Verlages oder infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Entschädigung.

Angenommene bei Presstext Nr. 3 Digital, Tageszeitungen bis Wochenblätter ab 1. Januar 2024. Für private Gefährdungszustände gilt die Presstext Nr. 22 vom 1. Januar 2024.

Tanzen als Ablenkung vom Krieg

Seit zwei Jahren gibt es in der Tanzschule Manfred S. ein besonderes Angebot für Geflüchtete

Von Manuel Wenda

MAINZ. Als vor zwei Jahren mit dem russischen Überfall auf die Ukraine eine gewaltige Fluchtbewegung in Richtung Deutschland einsetzte, war für Holger Gabel-Thiedig, Inhaber der Tanzschule Manfred S. an der Großen Bleiche, und seine Mitsreiter schnell klar, dass man helfen wollte. So schuf man ein Angebot, welches geflüchteten Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine die kostenlose Teilnahme an den Kursen der Tanzschule ermöglichte.

Diese Zeitung berichtete damals über die Schwestern Emilia und Ivanka Slavova, die 2022 mit ihrer Mutter aus der Heimatstadt Butscha unweit von Kiew nach Mainz kamen und durch den Hip-Hop-Tanzkurs bei Manfred S. Ablenkung von den entsetzlichen Nachrichten aus der Ukraine suchten. Das Tanzen spielte im Leben der Mädchen seit Langem eine zentrale Rolle: Im Februar 2022 wollten sie in der Heimat an einem Tanzfestival teilnehmen – sechs Stunden bevor dieses beginnen sollte, brach der Krieg aus.

Nicht mehr kostenlos,
aber stark vergünstigt

Mit ihrer Mutter fanden sie den Weg in Richtung Mainz, wo eine Tante lebt, der Vater musste in der Ukraine bleiben. Im Gespräch mit dieser Zeitung umreißt Holger Gabel-Thiedig, wie sich das Angebot an seiner Schule entwickelt hat und wie die derzeitigen Konditionen für eine vergünstigte Teilnahme an Tanzstunden sind.

„Von den Schwestern Slavova ist eine immer noch bei uns dabei“, erzählt Gabel-Thiedig. „Als wir vor zwei Jahren bekannt gegeben haben, dass wir Ukrainer im Alter zwischen 3 und 18 Jahren kosten-



In der Tanzschule Manfred S. können Geflüchtete – vor allem Kinder und junge Menschen – unter anderem aus der Ukraine auf andere Gedanken kommen.

Foto: Stefan Sämmer/hbz (Archiv)

los aufnehmen, gab es auch Nachfragen und Kritik. Warum gilt das denn nur für Ukrainer, wurden wir gefragt. Da haben wir reagiert und das Angebot auf Geflüchtete aus allen Ländern und deutsche Kinder aus sozial schwachen Familien ohne Migrationsangebot ausgeweitet“, berichtet der Tanzlehrer.

Das Spektrum an seinem Haus ist vielseitig, sämtliche Altersstufen werden angesprochen. Für Kinder gibt es etwa tänzerische Früherziehung,

sowie Stunden in Ballett, welche dezidiert kindgerecht angelegt sind, und Hip-Hop; Letztere bewegen sich abseits des Bereiches Gesellschaftstanz à la Wiener Walzer, Fox oder ChaCha. Die Möglichkeit zur kostenlosen Teilnahme haben viele Interessenten in die Tanzschule geführt, so Gabel-Thiedig weiter – und zwar in einem solchen Ausmaß, dass man immer noch alle willkommen heiße, aber doch einen kleinen Obolus einfordern müsse: „Normalerweise

kostet die Teilnahme an Kursen 34 Euro pro Monat. Umsonst können wir Kurse derzeit nicht mehr anbieten, dazu war die Nachfrage zu groß. Aber geflüchtete und bedürftige Kinder und Jugendliche können jetzt immer noch für zehn Euro monatlich an Kursen teilnehmen.“

Alle Schüler, führt Gabel-Thiedig aus, bekämen regelmäßig die Möglichkeit, ihre erworbenen Fähigkeiten zu zeigen: So habe es gerade einen Auftritt im Kurfürstlichen

Schloss gegeben; zudem stünde die Tanzschule bei zahlreichen Straßenfesten auf der Bühne und trete beim Kindermaskenfest in Erscheinung.

Der Tanz, zeigt sich Gabel-Thiedig überzeugt, biete großes Potenzial zur Persönlichkeitsentwicklung und fördere Selbstbewusstsein und Körpergefühl: „Durch das Tanzen können Kinder einen Weg aus der Isolation finden. Sie kommen mit anderen in Kontakt, lernen die Sprache und finden Freunde.“

„Kirchenstück“ soll autofrei werden

Müll und zu viele Pkws auf dem Wirtschaftsweg im Hechtsheimer Naherholungsgebiet: Ortsbeirat diskutiert Lösungen

Von Karin Weber

HECHTSHEIM. „Das ‚Kirchenstück‘, uns allen bekannt, lädt ein zum Spazierengehen und zum Sport treiben. Hunde werden ausgeführt, Kinder laufen hier, ein schöner Spielplatz ist in der Nähe“, berichtete Regina Molitor (Grüne) im Ortsbeirat. Für viele Menschen aus Hechtsheim und den angrenzenden Stadtteilen habe das „Kirchenstück“ den Stellenwert eines Naherholungsgebietes.

Mit dieser fast schon idyllischen Beschreibung leitete sie den Antrag ihrer Fraktion auf Durchfahrtsbeschränkungen ein. Denn deutlich getrübt werde die Situation in der Weinlage, die einen weiten Ausblick auf die Stadt und das rheinheische Hügelland bietet, durch zahlreiche Autofahrer. Besonders in den warmen Monaten werde der Wirtschaftsweg des „Kirchenstücks“ von Unbefugten befahren, um auf den Wiesen rings um die historische Kelter zu parken, zu picknicken oder zu grillen. „Teilweise fahren sie mit über 50 Stundenkilometern durch und gefährden Kinder, Spaziergänger und Menschen mit Hunden“, schilderte Regina Molitor und ergänzte: „Letztes Jahr hat es viele solche Situationen gegeben. Aber es muss nicht erst was passieren!“

Nicht nur deshalb stoße die Situation bei Anwohnerinnen



Das „Kirchenstück“ ist bei Spaziergängern und Sportlern beliebt. Doch oft wird der Wirtschaftsweg illegal befahren. Das will der Ortsbeirat stoppen.

Foto: Sascha Kopp (Archiv)

und Anwohnern zunehmend auf Unmut: Zusätzlich werde achtlos Müll auf den Wiesen hinterlassen. Oft seien es „eher jüngere Leute“, die mit Blick auf den Sonnenuntergang parken und Fast Food konsumieren. Anschließend werde der Müll durch die Fenster geworfen, schilderte die Anwohnerin. Dieser müsse sonntags früh von Ehrenamtlichen aufgesam-

melt und entsorgt werden. Um die Situation dieses Jahr zu verbessern, soll die Verwaltung verschiedene ineinandergreifende, aber auch unabhängig umsetzbare Ansätze prüfen: Zum einen wünschen sich die Grünen „verschiebbare Durchfahrtsbeschränkungen“, die nur von einem festgelegten Personkreis, wie etwa Winzern, entfernt werden könnten. Da-

durch werde die Durchfahrt der landwirtschaftlichen Fahrzeuge in die Wingerte ermöglicht, für alle anderen Fahrzeuge jedoch verhindert. Zudem soll das Ordnungsamt Streife fahren und speziell in den Sommermonaten vermehrt kontrollieren. Unabhängig davon sollte die Beschilderung bereits bestehender Durchfahrtsbeschränkungen auf das „Kirchenstück“

kontrolliert werden auf Zustand, Sicht- und Lesbarkeit.

Nach einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Bauern- und Winzervereins Willi Enders könne sie mitteilen, dass Winzer und Landwirte eine verschiebbare Absperrung ablehnen, informierte Ortsvorsteherin Ulrike Cohnen (CDU) die Ortsbeiratsmitglieder. Poller oder eine Schranke bei jeder Durchfahrt zu bedienen sei sehr belastend. Hans-Peter Bohland (CDU) stimmte zu: Eine Absperrung sei für die Winzer nicht tragbar, diese Lösung mache keinen Sinn. Daher sollte dieser Passus aus dem Antrag der Grünen entfernt werden.

Nach Diskussionen entschied das Gremium einstimmig, auf Poller oder Schranken zu verzichten. Stattdessen soll die Verwaltung neben dem Begutachten der Schilder und den Kontrollen durch das Ordnungsamt weitere mögliche Maßnahmen prüfen, um die Situation in den Weinbergen zu verbessern. Über Fortschritt und Ergebnisse dieser Prüfungen soll die Verwaltung dem Gremium berichten. Gerhard Wenderoth (Freie Wähler) bot zudem an, eine Verkehrsmessung auf den Wirtschaftsweg im „Kirchenstück“ durchzuführen, um belastbare Zahlen zur Nutzung und zu Geschwindigkeiten der Fahrzeuge zu erhalten.

— LESERBRIEFE —

Zur Anklage wegen Nötigung eines Mitglieds der „Letzten Generation“.

Das ist
weltfremd!

Die Ausführungen von Staatsanwaltschaft und Gericht klingen hanebüchen. Juristen neigen ja dazu, argumentative Pirouetten zu drehen, aber was als Begründung für eine Nötigung beim angeklagten 71-jährigen Mitglied der „Letzten Generation“ herangezogen wird, lässt den Nicht-Juristen, aber politisch interessierten Bürger fassungslos zurück.

Da wird wie ein Kaninchen die Unterscheidung in Nahziel und Fernziel aus dem Hut gezaubert. Die Klimaziele seien Fernziele und könnten durch den Protest auf der Straße nicht von heute auf morgen als Nahziel erreicht werden. Liebe Juristen, gibt es vielleicht ein Klimagesetz des Bundes, das vielfältige Ziele und auch kurzfristige Maßnahmen enthält? Natürlich kann eine kurze Straßenblockade den Klimawandel nicht aufhalten. Das behaupten die gescholtenen „Klimakleber“ auch nicht.

Und dann maßt sich der Staatsanwalt an, „legale Aktionen“ zu empfehlen, etwa Politiker anzusprechen oder eine Partei zu gründen. Das ist weltfremd, Elfenbeinturmargumentation und lachhaft! Sollen die Gewerkschaften wie bei der Bahn oder dem ÖPNV nach Ansicht des Staatsanwalts dann auch lieber auf dem jeweiligen Firmengelände streiken und nicht die Innenstädte lahmlegen? Und was ist mit Landwirten, die mit ihren Traktoren Autobahnen und Innenstädte blockierten. Ist das nicht auch Nötigung? Wo bleiben da die polizeilichen Ermittlungen und Anklagen? Und sollen analog zum Staatsanwalt die Landwirte auch die Politiker ansprechen oder eine Partei gründen?

Der Letzten Generation und vielen Bürgerinnen und Bürgern geht die Bekämpfung des Klimawandels viel zu langsam, Klimagutachten weisen seit Jahren auf den Wahnsinn hin, kaum ein Land hält sich an die auf UN-Klimakonferenzen getroffenen Verabredungen, die Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Das sind alles keine Fernziele!

Michael Bauer
Mainz

HILFE & SERVICE

Notfallnummern

Feuerwehr & Notarzt: 112
Polizei: 110
Giftnotrufzentrale: 06131-19240
Ärztliche Bereitschaftspraxis: 116117
Telefonseelsorge: 0800-1101111
Weißer Ring (Hilfe für Kriminaltättsopfer): 116006
Frauennotruf Mainz
Tel. 06131-221213
Zahnärztlicher Notdienst:
Rheinhessen Nord (Mainz und Umgebung): 01805-666160 oder 01805-666161, Rheinhessen West: 01805-666765, Rheinhessen Süd-Ost: 01805-666876 (kostenpflichtig)
Tierärztlicher Notdienst:
Katja Carstanjen u. Diane Graw
Klein-Winterheim, Raiffeisenstr. 37, Tel. 06136-859090

Apotheken-Notdienst

Notrufnummer: 0800-0022833

Dijon Apotheke

Mainz-Hartenberg-Münchfeld, Di-jonstr. 26, Tel. 06131-31408

Viktoria-Apotheke

Mainz-Weisenau, Viktoriast. 13, Tel. 06131-85220

Apotheke an der Römerquelle

Mainz-Finthen, Sertoriusring 51-53, Tel. 06131-7325300

Redaktionskontakt

E-Mail: az@vrm.de

Rettung aus der Luft

ADAC-Hubschrauber „Christoph 77“ mit Standort an der Unimedizin absolvierte 2023 so einige Flüge



Der Rettungshubschrauber Christoph 77 hebt von seinem Dachlandeplatz in der Unimedizin ab.

Von Michael Bermeitinger

MAINZ. Der in der Unimedizin stationierte Mainzer ADAC-Rettungshubschrauber „Christoph 77“ hat im vergangenen Jahr etwas weniger Einsätze absolviert als im Vorjahr. Mit 1.684 Flügen lag die Zahl 128 niedriger. Als ein Grund dafür gelten die Mitte 2022 ausgeweiteten Befugnisse der Notfallsanitäter am Einsatzort, was dazu führte, dass gerade im ländlichen Raum weniger häufig der Rettungshubschrauber gerufen werden musste. Interessant auch, dass sich die Einsatzgründe in Mainz vom bundesweiten Schnitt deutlich unterscheiden.

Der Mainzer Heli vom Typ H 145 mit Station auf dem Dach von UM-Gebäude 708 liegt mit seiner Einsatzbilanz auf Platz 4

der insgesamt fünf ADAC-Rettungshubschrauber in Rheinland-Pfalz. Koblenz liegt mit 2020 Flügen auch bundesweit auf Platz 1, im Land folgen dann Wittlich in der Südeifel und Insweiler im Donnersbergkreis, hinter Mainz folgt dann Ludwigshafen. Ein Aspekt, warum „Christoph 77“ weniger abhob, als seine Kollegen, die weite ländliche Räume abzudecken haben, ist laut Jochen Oesterle, Sprecher der ADAC-Luftrettung: „Je besser und engmaschiger die Rettung am Boden organisiert ist, desto weniger wird der Hubschrauber gerufen.“

Auch bei den Einsatzgründen gibt es Unterschiede. Im Bundeschnitt liegen Unfälle mit 30 Prozent an der Spitze, also Verletzungen im Verkehr, in Frei-

zeit, Schule oder bei der Arbeit, gefolgt von Herz-Kreislauf-Vorfällen mit 26 Prozent. Bei „Christoph 77“ verhält es sich umgekehrt: Hier standen die Unfälle mit 25 Prozent auf Platz 2, während etwa Herzinfarkte oder schwere Rhythmusstörungen mit 32 Prozent den Schwerpunkt ausmachen.

Kardiologen wie der Mainzer Professor Thomas Münzel weisen immer wieder darauf hin, dass Ballungsräume mit Umwelteinflüssen wie Lärm und Luftverunreinigungen die Herzgesundheit stark gefährden. Das könnte eine Erklärung der höheren Zahlen bei den Herz-Kreislauf-Notfällen sein.

Bei den Einsätzen spielen neurologische Notfälle und solche der Atemwege mit 13 beziehungsweise zehn Prozent eben-

falls eine größere Rolle. Von den insgesamt 1684 Flügen war „Christoph 77“ zu 88 Prozent in Rheinland-Pfalz unterwegs, zu zehn Prozent in Hessen, der Rest in Bayern und Baden-Württemberg.

Auch Sekundäreinsätze retten Leben

Die 2019 als bundesweites Pilotprojekt probeweise aus 6 bis 22 Uhr ausgeweiteten Flugzeiten wurden zwischenzeitlich in den Regelbetrieb übernommen und hätten sich weiter bewährt, so Oesterle, auch bei Einsätzen in unbeleuchtetem Terrain. „Es war die richtige Entscheidung, und die Mainzer Erfahrungen fließen nun in Ulm und Köln, den nächsten beiden Stationen mit ausgeweiteten Zeiten, in

den Betrieb ein.“ Es ist nicht das erste Mal, dass Mainz in dieser Hinsicht Vorreiter ist. Das war in den 60ern beim Pilotbetrieb der ersten Rettungshubschrauber schon der Fall.

Flüge bis in die Dunkelheit hinein werden ebenfalls für Sekundäreinsätze genutzt. Wobei dieser Begriff in der Vergangenheit immer wieder für das Missverständnis gesorgt hatte, bei Sekundäreinsätzen handele es sich um Flüge von nachrangiger Bedeutung. Dabei geht es um dringend nötige Verlegungen, etwa wenn ein Schlaganfallpatient aus einem kleineren Krankenhaus schnell in die Unimedizin gebracht werden muss, weil es hier bessere Behandlungsmöglichkeiten gibt. Und das passiert ganz unabhängig von der Tageszeit.

Zukunft des Kiosks bleibt weiter offen

Sanierungsarbeiten am Wasserspielplatz schreiten gut voran / Kein neuer Interessent für Cafébetrieb

Von Elena Joser

OBERSTADT. Die Freude über das baldige Ende der Sanierungsarbeiten am Wasserspielplatz „Am Planschbecken“ ist in der jüngsten Ortsbeiratsitzung etwas gedämpft worden, durch die Antwort der Stadt, dass für den Kiosk- und Cafébetrieb wieder ein Pächter gesucht wird.

„Die Gebäudewirtschaft Mainz (GWM) saniert derzeit die Bauteile der Pergola mit Kiosk und Toiletten der Planschbeckenanlage aus den 1930er-Jahren, deren Baukonstruktion über Jahre gelitten hatte und eine Beton- und Steinsanierung benötigte“, schreibt Wirtschaftsdezernentin Manuela Matz (CDU), „dabei werden die farbigen Sichtoberflächen aus den ursprünglichen Brettschalungen und die historischen Mauerwerksfugen berücksichtigt.“

Stadt will die Pacht zeitnah wieder ausschreiben

Wichtig wäre auch, die Gesamtanlage des Planschbeckens zu sanieren – die Pergola mit Kiosk und Toiletten sei nur ein kleiner Teil der wunderschönen Gartenanlage. Die Arbeiten sollen voraussichtlich im zweiten Quartal 2024 beendet sein.

Ebenso unterstütze die GWM die Wiederbelebung des Kioskbetriebs. Allerdings habe der bisherige Interessent von einer Anpachtung des Gebäudes Abstand genommen. „Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es keine neuen Interessenten für den Cafébetrieb“, so Matz weiter.

Die Stadt strebe nach Abschluss der Sanierungsarbeiten weiterhin den Betrieb des Cafés an. Die Pacht werde zeitnah ausgeschrieben. „Ich hoffe, dass sich diese Pächtersuche herumspricht“, sagte Markus Höffer-Mehlmer (Grüne). Auch wenn der Gewinn wohl überschaubar sein werde. Ebenso werde wohl die Stadt aus der Pacht keine großen Gewinne erzielen, ergänzte Ortsvorsteher Daniel Köbler (Grüne).

Später begrüßte vor allem die SPD die Beschlussvorlage der Stadt zu den Schattenplätzen im Planschgarten: Der Bereich Ritterstraße bis Immergrüner Garten sei bereits saniert worden, schreibt Gründezernentin Janina Steinkrüger (Grüne). Es folge der Abschnitt Blütengarten und Planschgarten. Die Möglichkeiten, den Spielplatz durch Baumpflanzungen oder bauliche Elemente zu verschätzen, werden geprüft und anschließend der zuständigen Denkmalbehörde zur Genehmigung vorgelegt.

AUF EINEN BLICK

Vollsperrung in der Oberstadt

OBERSTADT (sha). Am Samstag, 9. März, kommt es in der Freiligrathstraße, Höhe Tankstelle, in der Zeit von 6 bis 14 Uhr zu einer Vollsperrung.

Grund hierfür sind Arbeiten an einer Trafo-Station, für die ein Kran benötigt wird. Der Verkehr wird umgeleitet. Fußgänger und Radfahrer können vorbei.

Gerne stündlich eine Fahrt mehr

Bretzenheimer Ortsbeirat setzt sich für verbesserte Taktung der Straßenbahnlinie 52 ein

Von Andrea Krenz

BRETZENHEIM. Der öffentliche Nahverkehr sei ein wichtiger Faktor, um Klimaneutralität zu erreichen. Damit bereitete Sozialdemokrat Michael Wiegert bei der jüngsten Bretzenheimer Ortsbeiratsitzung den Wunsch seiner Fraktion, die Taktung der Straßenbahnlinie 52 sowohl im Berufsverkehr als auch an Wochenenden auf mindestens vier Fahrten pro Stunde zu erhöhen und auch außerhalb der Stoßzeiten und nachts mehr Fahrten anzubieten. Die Verwaltung möge sich hierfür bei der Mainzer Mobilität (MM) einsetzen und die Mehrkosten, die dadurch der MM entstehen, aus dem Haushalt der Stadt bezuschussen. Obwohl es auch kritische Stimmen gab, wurde der Antrag vom Gremium durchgewunken. Schaden könne er nicht. Ortsvorsteherin Claudia Siebner (CDU) merkte an, das Defizit bei den Verkehrsbetrieben werde ohnehin immer durch den Haushalt der Stadt ausgeglichen, dies müsste eigentlich nicht noch mal gefordert werden.

Deutliche Zunahme von Wohnraum an der Linie

Wiegert versicherte, er wisse, dass die Mainzer Mobilität finanziell nicht gut aufgestellt sei und gerade erst Einsparungen auch auf den verschiedenen Linien angekündigt habe. Dennoch sei es wichtig, den Nahverkehr attraktiv zu halten, um auch wegen der Kli-



Die Linie 52 auf dem Weg von Bretzenheim aus Richtung Innenstadt in der Unteren Zahlbacher Straße: Viele Bretzenheimer haben den Wunsch, dass die Linie häufiger bedient wird, hieß es im Ortsbeirat.

Foto: Sascha Kopp (Archiv)

makrie ein Umdenken in der Bevölkerung erreichen zu können. Nur wenn der ÖPNV eine attraktive Alternative zum Auto werde, könnten Klimaziele erreicht werden, so Wiegert. Günstige Fahrpreise und verlässliche Verbindungen seien deshalb unumgänglich. Gerade an der Strecke der 52 „Innenstadt-Bretzenheim“ habe es eine deutliche Zunahme von Wohnflächen durch die Bebauung der Flächen des ehemaligen Hildegardis-Krankenhauses so wie in Zahlbach und im Ortskern von Bretzenheim gegeben. Damit sei auch die Zahl von potenziellen Nutzern der Straßenbahn gestiegen. „Nur mithilfe eines verlässlichen und häufigen sowie auch preisgünstigen Fahrangebots

können Neukunden und bisherige Nichtnutzer zum Umsteigen motiviert werden“, so der Antragsteller.

Fabian Ehmann von der Grünen hatte zwar nichts gegen den Antrag, betonte aber, der Stadtteil sei insgesamt ziemlich gut angebunden, die Forderung zeige auch eine gewisse „Bequemlichkeit“. Man müsse nur etwas weiter laufen, dann könne man schon aus der Ortsmitte zu Haltestellen der Buslinie 57 oder auch bis zur Mainzelbahn kommen und dort einsteigen. Dort halten Bus und Bahn zu anderen Zeiten als in der Bahnstraße. Wiegert hielt dagegen: Anwohner aus Zahlbach oder eben des neuen Wohnareals Hildegardis würden sicher nicht bis zu Haltestellen der

Mainzelbahn laufen wollen. „Da sind dann sicher einige, die lieber ihr Auto nehmen.“

Seitens der CDU äußerte sich Manfred Lippold „ja klar, den Antrag gehen wir mit“. Er äußerte sich aber auch mit drastischen Worten skeptisch: „Die veräppeln uns doch ohnehin schon seit Jahren mit der Taktung.“ Einst habe es geheißenen, die 52 werde alle zehn Minuten die Bahnstraße anfahren, jetzt komme sie nur noch dreimal in der Stunde. Laut neuem Antrag soll wenigstens eine Fahrt mehr im Berufsverkehr sein, außerhalb der Stoßzeiten soll die Linie dreimal fahren. In den Nachtzeiten auch an Wochenenden soll die Linie durchgängig einmal stündlich den Stadtteil bedienen.

kosmetisches Haarlett	TV, Fernsehen	Stricke, Taut	österreichischer Aktienindex	alte französische Münzen	Lehre von der Rede-kunst	süd-am. Stech-palmen-gewächs	Regen-auffang-becken
niedrige Empore	lateinisch: Gesetz	Trauben-ernte	Zünd-schnur	verborgene Kost-barkeit	Hülle für Brillen	Nicht-recht-lose im M.	
anwen-send	Schaf-fell	Augen-gläser	Press-arbeit (engl. Abk.)	Süß-wasser-fische	Ktz-K. Franken-thal	nicht weit entfernt	
Gruppe, Reihe	gewin-nen	faul, behäbig	deut-scher Haupt-städter	ein Rausch-gift	böse Zaub-ern	lauter Anruf	
männ-liches Zucht-tier			dt. poli-tische Partei (Abk.)	Abk.: Herz-töne (med.)	Auflösung des letzten Rätsels		
feiner Spott			abbau-bare Kohle-schicht	chem. Zeichen für Xenon			
US-Film-Schau-spieler, t (James)			japa-nische Münze				
Missionar in Grün-land							
Betrug, Wucher							

DEKLE 1393 VYM 24-064

HÄGARS ABENTEUER



HILFE & SERVICE

Notfallnummern

Feuerwehr & Notarzt: 112
Polizei: 110
Giftnotrufzentrale: 06131-19240
Ärztliche Bereitschaftspraxis: 116117
Telefonseelsorge: 0800-110111
Weißer Ring (Hilfe für Kriminalitätsopfer): 116006
Frauennotruf Mainz: Tel. 06131-221213
Zahnärztlicher Notdienst: Rheinhesen Nord (Mainz und Umgebung): 01805-666160 oder 01805-666161, Rheinhesen West: 01805-666765, Rheinhesen Süd-Ost: 01805-666876 (kostenpflichtig)
Tierärztlicher Notdienst: **Ralf Coels**
 Mainz, Kaiserstr. 90, Tel. 06131-220405
Apotheken-Notdienst
Notrufnummer: 0800-0022833
Gartenfeld Apotheke
 Mainz, Hindenburgstr. 9, Tel. 06131-676006
Die Mainz Apotheke im Gutenberg-Center
 Mainz-Bretzenheim, Haifa-Allee 1, Tel. 06131-1407666
Katharinen-Apotheke
 Oppenheim, Auf d. Morgenweide 53, Tel. 06133-2225
Redaktionskontakt
 E-Mail: az@vrm.de

REDAKTION
 MAINZ RHEINHESEN

Kontakt:
 Aboservice 06131-484950
 Telefon 06131-484855
 montags bis freitags von 8 bis 13 Uhr
 E-Mail: az@vrm.de

Redaktion Mainz:
 Julia Krentsch (jult), Dennis Buchwald (dovst), Ltg., Julia Sloboda (slo/stv, Ltg.), Michael Bernemeyer (ber), Petra Jung (per), Paul Christian Lassay (pall), Carina Schmidt (scst), Thorben Oberhaag (to-be), Andrea Zeschke (za)

Redaktion Rheinhesen:
 Anita Pleic (ple/lgt), Laura Schöffel (lsw/stv, Ltg.), Nathalie Doleschel (dna), Daniela Elässer (els), Fabian Goebel (fag), Mechthild Haag (mng), Johannes Lahr (lahr), Erich Michael Lang (eml), Isabella Mittler (isa), Julian Peters (jp), Felix Punt (fp), Frank Schmidt-Wyk (fsw), Kirsten Strasser (ks), Helena Walheim (hew)

Blattmacher:
 Andreas Härtel (Ltg.), Katharina Volkmann (Ltg.), Thomas Dix (Content-Manager), Klaus Thomas Heck (Content-Manager), Steffen Nagel (Content-Manager), Beate Nietzel (Content-Manager), Björn-Christian Schüller (Content-Manager), Nadja Anthes-Ploch, Sigrid Babst, Torsten Root, Ken Chovanetz, Alexandra Eckhardt, Susanne Einhäuser, Andreas Hand, Daniel Holzer, Dirk Janowitz, Peter Kämmerer, Silke Kaul-Fritz, Thorsten Lutz, Jürgen Möcks, Katrin Oltmanns, Carsten Schröder, Volker Schütz, Nicole Suckert

Assistenz:
 Mona Koch (Teamitg.), Angelika Berg, Isabella Brandau, Sabine Eichhorst, Sabine Lukitsch, Katharina Rücker

Regionaler Verkaufsleiter Anzeigen:
 Jörg Meyer 06131-484710

Allgemeine Zeitung

MAINZER ANZEIGER / LANDSKRONE

Redaktion:
 Markt 17, 55116 Mainz

Herausgeber:
 Joachim Lieber
Verlag: VWM GmbH & Co. KG, Erich-Dombrowski-Strasse 2, 55127 Mainz, (zugleich auch Ladungsplatt-Haus Anstalt für alle im Impressum genannten Verantwortlichen), Postfach 3120, 55021 Mainz, Tel. (06 31) 48 30; Fax (06 31) 48 58 68, AG, Mainz HRB 2535, gGmbH, VWM Verwaltungs-GmbH, Geschäftsführung:
 Joachim Lieber

Chefredaktion:
 Julia Lamma (Mitglied der Geschäftsleitung), Dennis Rink (Redaktionsleiter, Geschäftsführer), Lutz Eberhard, Tobias Goldbruner, Frank Kampe
Leitung Lokaldredaktion RLP:
 Katharina Petermeier
Redaktionsleitung Mainz:
 Julia Krentsch, Dennis Buchwald (Stv.)
Redaktionsleitung Rheinhesen:
 Anita Pleic, Laura Schöffel (Stv.)
Politik: Christian Matz (Ltg. und Reporterchef)
Wirtschaft: Ralf Hedemich
Kultur: Johanna Dupré
Sport: Nadine Peter
Nachrichten: Andreas Härtel (Mitglied der Chefredaktion), Thomas Dix, Björn-Christian Schüller, Klaus Thomas Heck
Berliner Büro: Kerstin Münstermann, Jan Drebes
Art Director: Stefan Vieten
Layout/Design: Monika Nellesen
Bildredaktion: Sascha Kopp

Geschäftsführung: Michael Emmerich
Anzeigen: Wolke von Hell (verantw.)
Leitermarkt: Matthias Lindner
Logistik: Oliver-Alvander Wolters

Druck: VWM Druck GmbH & Co. KG, Alexander-Fliegers-Str. 2, 55408 Bismarckheim.
 Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Haftung. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages.
 Bei Lieferungsstörungen ohne Verschulden des Verlages oder infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Entschädigung.
 Anzeigenpreis laut Preisliste Nr. 3 Digital.
 Tageszeitung des Wochenblattes ab 1. Januar 2024 für private Gebietsverleger gilt die Preisliste Nr. 22 vom 1. Januar 2024.

„Richtig Ruhe haben wir nie“

Busfahrer spricht über die Belastung durch Schichtzeiten, wechselnde Routen und Überstunden

Von Jochen Werner

MAINZ. Busfahrer Akin T. (Name der Redaktion bekannt) macht aus seinem Herzen keine Mördergrube. „Die Arbeitsbedingungen sind eine Katastrophe“, sagt er und spricht dabei primär die Zeiten an, zu denen er und die Kollegen raus und ran ans Steuer müssen. Dazu kommen unterschiedliche Behandlungen der Kollegen, was die Bezahlung vor allem in den Punkten Weihnachtsgeld oder Betriebsrente betrifft. Der Streik sei die wohl einzige Möglichkeit, um auf das aufmerksam zu machen, was die Nutzer von Bussen und Straßenbahnen sonst nicht bemerken würden.

„In der Frühschicht etwa fangen wir nicht jeden Tag zur gleichen Zeit an.“ Täglich wechselnde Routen sind schuld. Akin beginnt einmal um 5 Uhr, einmal um 3.30 Uhr, einmal um 4.14 Uhr. „Alles wird immer hin- und hergewürfelt“, bedauert er.

Eine Woche hat nicht sieben Tage

Nächstes Problem sei, dass die Woche nicht von Montag bis Freitag oder Sonntag gehe, sondern in Perioden eingeteilt sei. „Eine Periode besteht aus vier Tagen Arbeit, einem Tag Ruhe, vier Tagen Arbeit und dann zwei freien Tagen.“ Um zwei Tage hintereinander mit der Familie verbringen zu können, die dann auch nicht zwangsläufig am Wochenende liegen, bedarf es also einem Abschnitt von neun Tagen. Das wäre hinzunehmen, sagt Akin, „aber an diesen an sich freien Tagen werden wir regelmäßig angerufen und gebeten, zur Arbeit zu kommen.“ Überstunden werden quasi eingefordert. Und die bedeuten dann nicht nur eine oder zwei Fahrten, sondern meistens



Die Arbeitssituation von Busfahrern führt aktuell immer wieder zu Streiks. Mit einem Fahrer der Mainzer Mobilität hat diese Zeitung gesprochen. Foto: Stefan Sämmer/hbz (Archiv)

neun Stunden, einen kompletten Dienst. Akins Fazit: „Richtige Ruhe haben wir eigentlich nie.“

Akins Handy-Wecker hat zig verschiedene Zeiten. Weil er in Rheinhesen wohnt und erst nach Mainz fahren muss, klingelt er in der Regel zwei Stunden vor Dienstantritt, also im Extremfall bereits um 1.30 Uhr. Was dann folgt, ist ein bis zu 9:40 Stunden dauernder Schichtdienst, mit anschließender „Nachtruhe“ von 11 Stunden. Wobei: Damit ist lediglich die Zeit gemeint, die zwischen Diensten und -anfang liegt, die also Heim- und Hinfahrt und all das beinhaltet,

was ein Familienleben bedeutet. „Das ist das Leben eines Busfahrers“, sagt Akin kurz und knapp.

Busfahrer sehen Gesundheit gefährdet

Alternativen mit Beschäftigungen bei anderen Betrieben sieht der Familienvater nicht. „Wechseln ist keine Lösung, die Unternehmen sind alle ungefähr gleich, unterscheiden sich höchstens minimal.“ Mehr als neun Jahre ist er im Fahrdienst, hat das Geschäft in Berlin kennengelernt, lenkt jetzt seit über zwei Jahren Busse in Mainz. „Was defini-

tiv passieren muss, ist, die Arbeitsbedingungen zu verbessern.“ Die Busfahrer seien persönlich, vor allem auch gesundheitlich häufig an den absoluten Grenzen angelangt.

Überdurchschnittliches leisten, aber unterdurchschnittlich bezahlt werden, nicht nur mit Blick auf die Inflation. Wie Akin fühlen sich viele Fahrer benachteiligt, vernachlässigt, nicht anerkannt. Der Personalmangel ist enorm und kommt nicht von ungefähr, liege gleichermaßen an Arbeitsbedingungen wie an Grundgehältern. „Es gibt in Rheinland-Pfalz Unternehmen, bei denen den Fahrern

an Endhaltestellen Zeiten abgezogen werden“, berichtet Akin von einem absoluten No-Go. In Mainz sei wenigstens das nicht so. Dass bundesweit in den nächsten Jahren 100.000 und mehr Fahrer gebraucht werden, macht die Situation nicht besser, stärkt aber mit Blick auf die Energiewende und die zunehmende Bedeutung des ÖPNV die Position derer, die hinter dem Lenkrad sitzen.

Zu den hier formulierten Vorwürfen des Busfahrers will die Redaktion die Mainzer Mobilität umgehend nach Erscheinen des Textes um Stellungnahme bitten.

BLAULICHT

Betrugsversuch vereitelt

MAINZ (red). Eine 56-jährige Mainzerin ist von einem angeblichen Paypal-Mitarbeiter angerufen worden. Sie durchschaute den Betrugsversuch und beendete den Anruf, ohne dass ihr Schaden entstand. Der Anrufer mit einer unterdrückten Rufnummer hatte ihr erklärt, dass ihr Konto gehackt und angeblich 690 Euro abgebucht worden seien. Die Frau sollte mehrere Apps herunterladen, ihre Personalien dort angeben und eine Kopie des Personalausweises hochladen. Die Polizei kennt diese Masche seit Jahren. Der erste Anruf käme häufig von einer Computerstimme und fordere auf, eine Taste zu drücken, dann spreche ein Mensch weiter.

Die Polizei rät dazu, die Anrufe sofort zu beenden und weder eine Taste zu drücken, noch auf Fragen einzugehen. Bei Bedenken könne man sich selbst an Paypal unter den offiziellen Kontaktnummern wenden.

KURZ NOTIERT

Vocalensemble

MAINZ. Das Vocalensemble „No:Promise“ singt am Sonntag, 10. März, in der Kirche der Evangelischen Studiengemeinde, Am Gonsenheim Spieß 1. Zu ihrem Repertoire gehören Rock- und Pop-Lieder von den Siebzigern bis heute. Konzertbeginn ist um 16 Uhr. Der Eintritt ist frei, um Spenden wird gebeten. Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.nopromise.de.

Geistliches Konzert

MAINZ. Die ehemaligen Sängerinnen und Sänger der Kantorei St. Alban laden zu einem geistlichen Konzert für Sonntag, 10. März, 18 Uhr, in die Kirche St. Alban, an der Goldgrube, ein. Auf dem Programm stehen geistliche Werke aus verschiedenen Epochen. Die Leitung hat Heinz Lamby. Die 1971 gegründete Kantorei, die neben ihrer eigentlichen Aufgabe in St. Alban auch viele Auftritte im Ausland hatte, musste sich vor zwei Jahren aus verschiedenen Gründen auflösen. Der weiter bestehende Kontakt der Mitglieder ermöglicht dieses Konzert. Der Eintritt ist frei.

Dunkle Seiten

MAINZ. Am Dienstag, 12. März, 15 Uhr, findet die Veranstaltung „Die dunklen Seiten von Mainz. Würber man in Mainz selten spricht!“ statt. Treffpunkt ist am Fastnachtsbrunnen am Schillerplatz. Die Teilnahmekosten betragen 5 Euro für TGM-Mitglieder und 8 Euro für Nichtmitglieder. Anmeldung erforderlich unter Telefon 06131-470074 oder 06131-474184 sowie per E-Mail an seniorenberatung@tgm-gonsenheim.de.

Frauen für Frieden

MAINZ. Lajna Imaillah Mainz, die Frauenorganisation der Ahmadiyya Gemeinde, lädt anlässlich des Weltfrauentages am 8. März für Mittwoch, 13. März, 18 Uhr, interessierte Frauen zum gemeinsamen Fastenbrechen ein. Unter dem Motto „Frauen für Frieden“ soll es einen Austausch über den Beitrag von Frauen für einen gesellschaftlichen Frieden geben. Veranstaltungsort ist die St. Josephs-Kirche, Josefsstraße 78. Anmeldung erbeten per E-Mail an mainzsued.lajna@gmail.com.

Eine Brücke über den Großen Teich gespannt

Städtepartnerschaft zwischen Mainz und Louisville besteht seit 30 Jahren / Austausch zwischen Schulen, Vereinen, Chören und Künstlern

Von Eric Scherer

MAINZ. 30 Jahre besteht die Städtepartnerschaft zwischen Mainz und Louisville nunmehr. Im Mai 1994 unterzeichneten Oberbürgermeister Herman Hartmut Weyel und Mayor Jerry Abramson die entsprechenden Verträge im Frankfurter Hof. Für die Initiatoren dieses Aktes der Völkerverständigung markierte der Anfang auch ein Happy End. Denn sie hatten sich schon 18 Jahre zuvor für deutsch-amerikanische Freundschaft zu engagieren begonnen. Bereits 1976 hatte die deutsch-stämmige Universitätsdozentin Marta Edie Kontakte von Kentucky nach Mainz geknüpft. Daraus war ein reger Austausch zwischen Schulen, Sportvereinen, Chören und Künstlern entstanden.

Gedankenaustausch auf allen Ebenen

1992 hatte sich die „FKML“, der Freundeskreis Mainz-Louisville, gegründet. Und mit der offiziell gewordenen Städtepartnerschaft war das Signal gesetzt, weitere Brücken über den großen Teich zu schlagen. Bürger und Bürgerinnen aus Mainz und Louisville trafen sich regelmäßig zu Kultur- und Gedankenaustausch auf allen Ebenen: Weihnachtssingen, Thanksgiving, Konzerte, Lesungen, Museumsbesuche, Weinbergfahrten und, und, und, Familien auf



Lintrude Krüger und Franz-Josef Wertmann beim Neujahrsempfang 2019.

Foto: FKML

beiden Seiten des Ozeans nahmen wechselweise Austauschschüler und -studenten auf. „Mein mittlerweile verstorbener Mann und ich haben das 14 Jahre lang mit Begeisterung gemacht“, erzählt Lintrude Krüger, die die Idee schon seit ihren frühen Anfängen unterstützt.

Mit vielen ihrer damals noch jungen Gäste steht sie noch heute in Kontakt. Einer schaut auch nach über 45 Jahren noch immer regelmäßig bei ihr in Mainz-Finthen vorbei: John Adams, der sich in den USA mittlerweile als Naturwissenschaftler einen Namen gemacht hat, und der sein Faible für Old Germany auch an seinen Sohn

weitervererbt hat. Und heute? Lintrude Krüger und der seit 2015 amtierende FKML-Präsident Franz-Josef Wertmann wollen es gar nicht leugnen. Es hat sich viel verändert. Und es waren nicht nur Corona und Donald Trump, die dafür sorgen, dass die deutsch-amerikanischen Freundschaftsbindungen schwächer geworden sind. Generell reise man heute lieber privat als mit einem Verein, so Wertmann.

Bei Schulen und Universitäten hierzulande bestehe zwar noch Interesse an Austausch, dies aber werde von der Gegenseite kaum noch erwidert. Und Bürgerbegegnungen im großen

Rahmen zu organisieren, sei generell schwer geworden, schiere oft schon an den Kosten.

Aktiv ist der FKML nach wie vor, wenn auch mehr auf individueller Ebene. „Gaststudenten gibt es immer noch, bei uns und in Louisville. Die betreuen wir finanziell und logistisch“, so der Präsident des immer noch rund 100 Mitglieder zählenden Vereins. „Amerikaner, die nach Verwandten in unserer Region suchen, wenden sich ebenfalls an uns.“ Manchmal enden solche Recherchen in Umarmungen, manchmal an Gräbern. „Umgekehrt können wir auch Deutschen, die in Kentucky nach Angehörigen suchen, hilfe-

Kontakte in Übersee vermitteln. Und es gibt Anlass zu Hoffnung, dass die Zeiten wieder besser werden. Mit Craig Greenberg hat Louisville seit einiger Zeit einen Mayor, der Kontakte zu Partnerstädten aufleben lassen will. Auch die „Sister Cities“-Organisation Louisvilles hat sich neu ausgerichtet und könnte mehr Richtung Mainz bewegen. Und im September hat eine Delegation von „Business Leaders“ aus Kentucky einen Besuch in der Gutenbergstadt angekündigt – da könnten sich neue Kontakte ergeben.

„Es gibt nicht die USA oder Deutschland“

Vielleicht wird es auch irgendwann mal wieder ein Deutsch-Amerikanisches Freundschaftskonzert in Mainz geben. So wie 2001, als die Big Band „Old Ironside“ im Eltzer Hof aufspielte. Musikalischer Höhepunkt war eine Komposition, in der die deutsche und die amerikanische Nationalhymne miteinander verschmolzen. „Es gibt nicht die USA oder Deutschland“, erklärte der stellvertretende amerikanische Generalkonsul Kenneth B. Davies damals. „Es gibt nur Menschen, die nach Freiheit und Toleranz streben und dafür Unterstützung benötigen.“ Ein Satz, der auch noch heute Begehrtheit hätte, würde er stärker beherzigt.

➔ Weitere Infos: fkml.de

Wohnen, Parken und Projekte

OB Haase tritt im Ortsbeirat Neustadt in Dialog mit Mitgliedern und Einwohnern

Von Elena Joser

NEUSTADT. Oberbürgermeister Nino Haase (parteilos) hat den Ortsbeirat Neustadt besucht und ist mit dessen Mitgliedern, aber auch mit einigen Einwohnern ins Gespräch gekommen. Diese Dialoge seien etwas sehr Wertvolles und geben gute Impulse, sagte Haase. Daher habe er entschieden, weiterhin einmal im Jahr jeden Ortsbeirat zu besuchen.

„Wir haben schon einiges auf den Weg gebracht, das auch für die Neustadt wichtig ist“, sagte er. Im Bereich frühkindliche Bildung werde etwa, in Absprache mit Sozialdezernent Eckart Lensch, das Projekt „Schulzeit“ weiterfinanziert. Im Bereich Weiterbildung und Höhergruppierung von Kita-Fachkräften seien positive Effekte erzielt worden: Unter anderem würden bis Ende des Jahres etwa 40 Fachkräfte aufgebaut. „Wir müssen unsere Leute gut bezahlen“, meinte er. An der modernen Eingruppierung von Hilfskräften in den Ortsverwaltungen, Ingenieuren und IT-Fachkräften werde gearbeitet.

„Wir haben schon einiges auf den Weg gebracht, das auch für die Neustadt wichtig ist.“

Nino Haase, Oberbürgermeister

Bei Neubauprojekten werden nun 80 Prozent geförderter Wohnraum genehmigt, in Ausnahmefällen 100 Prozent. „Es wurde immer befürchtet, dass wir uns damit soziale Brennpunkte schaffen“, sagte er, „aber die nicht bezahlbaren Mieten sind in der Mitte der arbeitenden Bevölkerung angekommen. Vielen Leuten ist nicht bewusst, dass sie Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein haben.“

Die Ortsbeiratsmitglieder und Einwohner kamen unter anderem auf Soziales, Vereine, Sport, Wohnraum und Verkehr zu sprechen: Zwei Mitarbeiterinnen des Projekts „Fit für die Schule“ waren da, um zu fragen, ob es ebenfalls weiterfinanziert wurde. „Die Finanzierung wurde jetzt bis Herbst zugesagt. Wie geht es weiter?“, fragte eine Mitarbeiterin. „So ein Projekt würden wir nicht streichen, wenn uns keine höhere Macht dazu zwingt“, sagte Haase. Er sei im Gespräch mit Lensch. Klar sei aber, dass die Mittel pro Haushalt vergeben werden und es

keine dauerhafte Finanzierungsusage gebe. Das Neustadtzentrum werde im Sommer fertiggestellt, sagte Alexander Klein (SPD). Hier sei es wichtig, die Mieten für die Vereine möglichst gering zu halten. Auch in der Dreifeldhalle im Gleisdreieck am Zollhafen, die erst 2027 fertig werde, sei es wichtig Vereine miteinzudenken. „Es gibt bei den Bürgerhäusern einen Vereinsfond. Da müssen wir schauen, ob wir das Neustadtzentrum mit aufnehmen können, spricht im Grunde nichts dagegen“, sagte Haase. Viele Vereine wüssten gar nicht, dass es diese Förderung gibt, das sei sehr schade.

Padel-Tennis-Anlage vom Tisch

Die Vereine erfüllen viel zu spät viel Förderung zu bekommen, kommentierte Karsten Lange (CDU). „Eigentlich nicht. 50 Prozent Rabatt und 50 Prozent aus dem Fond“, sagte Haase. Auch bei der Halle sei klar, dass die Vereine berücksichtigt werden müssen. Die Padel-Tennis-Anlage sei vom Tisch. Auf dem Dach werde eine Sportmöglichkeit geschaffen, die für die Öffentlichkeit zugänglich ist.

Michael Hampel (FDP) regte an, umfassender aufzuklären, nach welchen Kriterien Sozialwohnungen vergeben werden. Es sei ein Vorurteil, dass nur Flüchtlinge und ausländische Bürger diese Wohnungen bekommen. Das müsse transparenter werden, um Vorurteile abzubauen, stimmte Haase zu. In anderen deutschen Städten greife zum Schutz der Sozialstruktur eine Milieuschutzsatzung, merkte Clara Wörsdörfer (Grüne) an. „Im Bauausschuss gab es einen Sachstandsbericht dazu. In Frankfurt wird sie abgeschafft, weil sie nicht die dämpfende Wirkung erzielte, die man sich erhofft hat“, entgegnete Haase.

Beim Thema Parken sei er im Gespräch mit der PMG, um zu sehen, was möglich ist. Ein Einwohner bat darum, Parkplätze in der Taunusstraße zu erhalten und nicht weiter abzubauen. Er habe gehört, dass über 40 Anwohner ihre Parkplätze verlieren sollen. Viele Menschen bräuchten das Auto. „Ich warne vor Spekulationen. Warten sie ab, was tatsächlich geplant ist“, sagte Haase und versprach, das in die Gespräche mit dem Verkehrsdezernat und der PMG mitzunehmen. In den Parkhäusern sehe er eine gute Möglichkeit, den ruhenden Verkehr von der Straße zu verlagern.



Im Zollhafen steht eines der Parkhäuser in der Neustadt. OB Haase informiert im Ortsbeirat, er sei mit der PMG im Gespräch, was möglich sei. Dem OB schwebt vor, Parkhäuser für den ruhenden Verkehr zu öffnen. Foto: Sascha Kopp (Archiv)

Debatte um „Haus des Erinnerns“

Während Hans Berkessel die Standortfrage des HdE in den Hintergrund rückt, äußert sich nun QueerNet RLP kritisch

Von Michael Bermeitinger

MAINZ. Die Debatte um das „Haus des Erinnerns – für Demokratie und Akzeptanz“ (HdE) und seinen künftigen Standort geht unverdrossen weiter. Nachdem die Verlagerung vom Allianzhaus in die Neutorschule beim Ortsbeirat, bei der Altstadt-SPD und Initiativen auf Kritik gestoßen war, hatte eine überaus positive Resonanz des HdE-Vorstands Verwunderung ausgelöst. Und nun legt Vorstandsvorsitzender Hans Berkessel nochmals nach. Er misst der Frage des künftigen Standorts im Moment nur „nachrangige Bedeutung“ bei.

Die mittel- und langfristige finanzielle und personelle Sicherung sowie der Ausbau der Einrichtung habe absolute Priorität. Deshalb habe der geplante Stadtratsbeschluss große Bedeutung, bei dem es auch darum gehe, dass die Stadt 2024 und dann im Doppelhaushalt 2025/26 pro Jahr einen höheren fünfstelligen Betrag bereitstelle.

Die Nutzung der Neutorschule nennt Berkessel eine Option, während man sich an Spekulationen über andere mögliche Standorte nicht beteilige. Wenn die Stadtverwaltung, insbesondere der OB, weitere Optionen ins Gespräch brächten, würde man diese prüfen.

Kritik am Umzug, aber auch an der Ausrichtung des HdE kommt von QueerNet RLP. „Wir sind der Ansicht, dass das Haus des Erinnerns für Demokratie und Akzeptanz



„Unverzichtbar“ nennen Mainzer Politiker das „Haus des Erinnerns – für Demokratie und Akzeptanz“, das seinen Standort am Allianzhaus hat. Dennoch ist die Zukunft der Einrichtung ungewisser denn je. Foto: Stefan Sämmer/hbz (Archiv)

Sichtbarkeit mitten in der Stadt braucht.“ Außerdem werde der Name zu oft auf „Haus des Erinnerns“ verkürzt, wo doch angesichts der Entwicklung der Gesellschaft dieser Ort in seiner vollen Namensgebung benannt werden müsse. Das Signal des Stiftungsvorstands, dem Umzug

in die Büroräume im Obergeschoss der Neutorschule zuzustimmen, „halten wir für verheerend – und sehen ihn auch im Widerspruch zu den Zielen der Stiftung!“

Schon lange sei bekannt, dass man das Allianzhaus verlassen müsse und die Zuschüsse begrenzt seien: „Wir fragen

uns, was die Stiftung in der Zwischenzeit gemacht hat, um neue Finanzmittel und neue Räume zu akquirieren?“ Zu dem kritisiert QueerNet, dass das HdE gegen den Stadtratsbeschluss von 2005 verstoße. Die Stiftung schließe bis heute die Expertise der Verfolgengruppen (bis auf die jüdische

Gemeinde) in ihren Entscheidungsorganen aus, obwohl die Satzung vorsehe, dass „Opfergruppen vertreten sein sollen“.

So wichtig aktuell Erhalt und Ausbau des HdE mitten in der Stadt sei, so wichtig sei es auch, auf hausgemachte Versäumnisse zu schauen und sie abzustellen.

„Definitiv nicht mehr zeitgemäß“

Weisenauer Ortsbeirat sorgt sich um den Radverkehr im Stadtteil / Vor allem am Tanzplatz wird der Ruf nach einer Neuplanung lauter

Von Michael Heine

WEISENAU. Beim Radverkehr in Weisenau gibt es aus Sicht des Ortsbeirates mehr als eine Handvoll Problemstellen. Es hakt an vielen Ecken – vor allem am Tanzplatz beim Übergang zum Leinpfad am Rheinufer. Zwei Experten vom Amt für Verkehrswesen haben nun erörtert, was wann machbar ist und was nicht. Nicht immer lagen sie dabei mit den Lokalpolitikern auf einer Wellenlänge.

Laut Franziska Voigt, frühere Radfahrbeauftragte und seit 1. Januar Leiterin der Abteilung Verkehrswesen im Stadtplanungsamt, hat sich seit 2008 der Radverkehr im Stadtteil locker mehr als verdoppelt. Gerade auf Kurzstrecken bis zu zehn Kilometer Distanz spielten die Drahesel eine immer größere Rolle. „Und es gibt auch in Weisenau Stellen, wo wir sagen können, dass es hier Nachholbedarf gibt.“

Vor allem rund um den Tanzplatz. Dort herrschte zwar bei Weitem nicht mehr so viel Leben wie vor 40 oder 50 Jahren. Aber dafür nutzen ihn nun viel mehr Radler als „Transitstrecke“ etwa auf dem Weg von ihrem Arbeitsplatz in der Stadt nach Hause ins Oberdorf oder die zahlreichen Neubaugebiete.

Weisenauer Ortspolitiker sind unzufrieden

„Der Radweg führt am Sternplatz entlang, wo wir eine Gastronomie haben“, skizzierte Ortsvorsteher Kehrein (SPD) den Fachleuten von der Stadt die knifflige Situation. „Wir haben Räder, die den Berg herunterkommen und solche, die von der Hanns-Dieter-Hüsch-Bücke kommen – und aus unserer Sicht ist zu wenig Platz.“

Insbesondere, wenn man an Lastenräder denkt, haben wir echt Probleme in diesem Bereich. Das grünt uns schon seit Jahren.“ Unverblümt formulierte SPD-Fraktionssprecher Tobias Hoffmann seine Kritik. „Wir hatten schon oft gute Vorschläge an die Verkehrsverwaltung – und es wurde nie auch nur ein Ansatz so gemacht, wie wir es vorgeschlagen hatten. Es wurden andere Dinge gemacht – und die waren nicht gut gemacht.“

Klartext sprach auch CDU-Fraktionssprecherin Annette Wöhrlein. „Der Radverkehr und der barrierefreie Fußgängerverkehr über diese Brücke ist von vornherein eine komplette Fehlplanung gewesen. Der Aufwieg für die Fahrradfahrer ist so schmal...“ Die einzige Lösung, die sie sehe, sei „eine größere Lösung: Man müsste eine Ersatzbrücke bauen. Das ist die einzige Lösung. Aber eben auch eine, die nicht mit ein bisschen Farbe zu machen ist.“

Voigt hatte sich die Worte der Lokalpolitiker aufmerksam angehört. „Dieser Platz kommt aus einer ganz anderen Zeit“, kommentierte sie. „Da war der Radverkehrsanteil nicht wie heute und wie 2008. Aus heutiger Sicht ist völlig klar, dass die Leute barrierearm durch die Stadtteile kommen sollen – das war lange Zeit nicht das Planungsparadigma.“ Die (vom Ortsbeirat heftig kritisierten) Lösungen, die die Stadt zuletzt umgesetzt habe, seien „nicht schlecht bei dem gegebenen Raum“. Dennoch stimme sie dem Ortsbeirat zu, dass man sich „den kompletten Platz, die komplette Brücke anschauen muss. Man muss das ganze Ding planerisch neu und anders denken, wenn man es verkehrssicher machen will“. Die nicht



Radfahrer entlang des Leinpfads am Weisenauer Rheinufer: Vor allem die Übergänge aus dem Stadtteil bereiten den Weisenauer Kommunalpolitikern Kopfzerbrechen. Foto: hbz/Jörg Henkel (Archiv)

barrierefreie Anbindung über die Holstraße sei definitiv „nicht mehr zeitgemäß“.

Daniel Panytsch, bei der Stadt für das fahrRadBüro und Radverkehrsprojekte zuständig, betonte, man wolle „nicht den schwächeren Verkehrsteilnehmern den Weg nehmen. Der wichtigste Punkt ist immer die Verkehrssicherheit, nicht die Komfortabilität“. Die in weißer Farbe auf den Untergrund gepinselten Doppelfeile dienten dazu, um anzuzeigen, „dass da auch Gegenverkehr kommt“. Auf Hoffmanns Einwand, er halte „die Lösung mit den Pfeilen für keine Verbesserung“ und das Problem sei, „dass man kein Geld in die Hand nehmen möchte, um es richtig zu machen“, entgegnete Panytsch:

„So einfach ist es nicht.“ Voigt stellte klar: „Das sind Gemeinschaftsprojekte, die weit über unser Amt hinausgehen – da braucht es mindestens noch das Dezernat Grosse.“

Ortsvorsteher Kehrein resümierte, es gebe „ein echtes Interesse bei der Stadt, dass es da ein Stück vorwärts geht“. Allerdings sei es „eine Gratwanderung zwischen den Kapazitäten, die die Fachämter zur Verfügung stellen können“. Ziel sei, „noch in diesem Jahr einen bürgernahen Prozess aufsetzen, in dem wir die Nutzer, die diesen Bereich befahren, am Tanzplatz zusammenholen und schauen, wo wir dort Verbesserungen erlangen können“. Es gelte jetzt, die Ideen der Weisenauer einzubringen und zu gu-

cken, ob wir vielleicht mit nicht ganz so aufwendigen Mitteln eine Optimierung herbeiführen“. Wobei Voigt betonte: „Die Gelder sehe ich nicht so sehr als Problem – eher, dass wir ein bisschen Zeit für die Umplanung brauchen.“ Die Abteilungsleiterin wörtlich: „Es läuft in die Richtung, dass es irgendwann eine Umplanung geben muss. Einen Zeitrahmen kann ich aber nicht nennen.“ Nur mit provisorischen Lösungen, die schnell umgesetzt sind, sei den Weisenauern nicht geholfen, gab Herbert Egner (FDP) zu bedenken. Doch, so Panytsch: „Wenn wir die kleinen Lösungen nicht haben, ist alles noch schlimmer.“

Auch Übergang vom Zementwerk im Visier

Nicht weit weg vom Tanzplatz liegt eine zweite Engstelle, die Panytsch „(Ich wohne in Weisenau und habe selbst einen Kinderanhänger in Überbreite“) gut kennt – am Leinpfad nahe den Portland-Zementwerken gegenüber dem Haus der Kulturen. „Eine Zickzackstelle mit Geländer“, so Panytsch, der von einem „gepachteten Weg der Stadt“ sprach. „Wir können da nicht weiter raus. Der große Wurf dort ist erst einmal auch schwierig, muss man leider sagen.“ Mit Blick auf die Diagonalsperre am Übergang vom Leimen in den Bettelpfad/Ecke Alexander-Diehl-Straße erklärte der Fachmann: „Wir haben dort einen enormen Radverkehr, eine hoch frequentierte Strecke – und schlechte Sichtbeziehungen. Man kann sich darauf einstellen, dass wir dort auf jeden Fall Platz schaffen werden. Wir müssen den Radverkehr einfach besser führen, die Sichtbeziehungen verbessern.“

Windkraft statt Kohle wichtigste Quelle für Stromerzeugung



© Arne Dedert/dpa

Wind und Wasser statt Kohle und Atom: 2023 war ein gutes Jahr für die Ökostrom-Erzeugung in Deutschland. Die Gesamtmenge an Strom sank allerdings.

📅 aktualisiert am 7. März 2024 – 16:43 Uhr

👤 dpa

Wiesbaden (dpa) - . Bei der Stromerzeugung in Deutschland hat im vergangenen Jahr Windkraft die Kohle als wichtigsten Energieträger abgelöst. Fast ein Drittel (31 Prozent) des in Deutschland erzeugten Stroms stammte aus Windkraft, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Die Stromeinspeisung aus Windkraft habe 2023 einen neuen Höchstwert von 139,3 Milliarden Kilowattstunden erreicht.

2023 war nach Angaben der Wiesbadener Statistiker zudem das erste Jahr, in dem in fast allen Monaten mehr Strom aus erneuerbaren Energien wie Wind,

Wasser und Sonne als aus konventionellen Energieträgern wie Kohle, Erdgas und Atom eingespeist wurde. So erreichte der Anteil erneuerbarer Energien insgesamt einen Höchstwert von 251,8 Milliarden Kilowattstunden und einen Anteil von 56 Prozent an der Gesamtmenge. Insgesamt wurden im Jahr 2023 hierzulande 449,8 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugt und ins Netz eingespeist.

X-Inhalt

An dieser Stelle finden Sie einen wichtigen externen Inhalt von X, welcher den Artikel redaktionell ergänzt. Mit Ihrer Zustimmung wird Ihnen der Inhalt des Anbieters künftig angezeigt und Sie übermitteln im Gegenzug personenbezogene Daten an den jeweiligen Anbieter. Um Ihre Zustimmung zum Drittanbieter- und Werbettracking für die Zukunft zu widerrufen können Sie den Link nutzen.

Akzeptieren

powered by  consentmanager.net

Im Jahr 2022 war noch Kohle mit einem Anteil von 33,2 Prozent an der eingespeisten Strommenge der wichtigste Energieträger, der Anteil der Windkraft an der Stromerzeugung war mit 24 Prozent deutlich niedriger. Kohle blieb jedoch trotz eines auf 26,1 Prozent gesunkenen Anteils an der Gesamterzeugung im vergangenen Jahr der zweitwichtigste Energieträger für die Stromerzeugung in Deutschland.

2022 hatte der Anteil erneuerbarer Energien noch 46,3 Prozent betragen. Dass die Windenergie so deutlich zulegte erklärten die Statistiker damit, dass reichlich Wind wehte und die Kapazitäten ausgebaut wurden. Zudem wirkte sich auf die Quoten aus, dass die Gesamtmenge des erzeugten Stroms sank - und zwar um 11,8 Prozent zum Vorjahr. Die Gründe dafür: In energieintensiven Industriezweigen war die Nachfrage wegen schwacher Konjunktur geringer, zudem stieg die aus dem Ausland importierte Strommenge deutlich um 40,6 Prozent auf 69,3 Milliarden Kilowattstunden.

Allgemeine Zeitung

MAINZ · RHEINHESSEN



Das Duell der Streichfette
Butter oder Margarine – was ist besser für den Körper? ► **AUS ALLER WELT**

„Wir handeln früher“
Stephanie Rieth erläutert Aufarbeitung des Missbrauchsskandals im Bistum. ► **RHEINHESSEN**

1 G 1112 A | Nr. 59 | 174. Jahrgang | VRM, Postfach 3120, 55021 Mainz



www.allgemeine-zeitung.de

Samstag, 9. März 2024 Preis: 3,30 Euro



Unser Geschenk an alle Abonnenten



Freischalten und digitale Nachrichten gratis lesen:

www.allgemeine-zeitung.de/gratis-upgrade

WETTER

Wochenendwetter
Samstag Sonntag



6/12 6/14

HEUTE

Wück wird Bundestrainer der Fußballerinnen

Der Deutsche Fußball-Bund hat Christian Wück als künftigen Trainer der Frauen-Nationalmannschaft präsentiert. Der 50-Jährige wird im Anschluss an die Olympischen Spiele Horst Hrubesch ablösen.

► **SPORT**

Alltag in einer vom Krieg gebeutelten Stadt

Lviv ist eine Großstadt in der Westukraine. Sie ist zwar Hunderte Kilometer von der Front entfernt, dennoch sind die Auswirkungen von Putins brutalem Angriffskrieg auch hier jederzeit spürbar. Viele Bürger versuchen, Normalität in den von Tod, Trauer und Zerstörung geprägten Alltag zu kriegen. Andere finden skurril anmutende Wege, damit umzugehen.

► **HINTERGRUND**

Eine Art Adventskalender für den Ramadan

Die Drogeriemarkette dm verkauft erstmals Ramadan-Kalender für Kinder. Hinter 30 Türen findet man dort neben Schokolade und anderen Süßigkeiten auch Sprüche und Fragen zum Islam.

► **WIRTSCHAFT**

KONTAKT

Aboservice:
Online: www.vrm-abo.de/aboservice
täglich 24h verfügbar
Telefon: 061 31/48 49 50
Mo. – Fr. 7 – 18 Uhr Sa. 7 – 12 Uhr
Privatanzeigen: 061 31/48 48
Online: www.vrm-anna.de
Redaktion:
Fax: 061 31/48 58 48
E-Mail: az@vrm.de

www.facebook.com/allgemeinezeitung

Wir sind **VRM**

Harte Schnitte bei ÖPNV

Den Mainzer Stadtwerken droht ein Defizit von bis zu 63 Millionen Euro. Nun wurde ein erstes Streichpapier veröffentlicht – mit harten Einschnitten. So fällt der Mainz Rider (Bild) ab Sommer dem Sparpaket zum Opfer. Was das Sparkonzept außerdem vorsieht. ► **MAINZ**

Foto: Jörg Henkel/hbz (Archiv)



„Jedes Paket, das ankommt, zählt“

Seekorridor für Hilfslieferungen in den Gazastreifen soll anlaufen / Humanitäre Lage der Menschen ist katastrophal

Von Alexia Angelopoulos, Takis Tsafos, Ulrich Steinhilber und Ansgar Haase

LARNAKA/BERLIN. Der geplante Seekorridor für zusätzliche Hilfslieferungen in den Not leidenden Gazastreifen soll nach Angaben von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Kürze starten. „Wir stehen jetzt kurz vor der Eröffnung des Korridors – hoffentlich diesen Samstag, diesen Sonntag“, sagte von der Leyen am Freitag bei einem Treffen mit dem zypriotischen Präsidenten Nikos Christodoulidis. Sie trafen sich in der zypriotischen Hafenstadt Larnaka. Von dort aus sollen die Hilfslieferungen in Richtung Gaza starten. Hinter dem Projekt stehen laut von der Leyen neben der EU auch die Vereinigten Arabischen Emirate und die USA, wobei das EU-Land Zypern eine tragende Rolle spielt. Auch Deutschland beteiligt sich.

„Jedes Hilfspaket, das in Gaza ankommt, zählt“, sagte eine Sprecherin des Auswärtigen Amtes in Berlin. „Zur Umsetzung des Korridors stehen wir in ständigem Kontakt mit unseren Part-

nern, insbesondere mit Zypern, den Vereinigten Arabischen Emiraten, den USA und der EU-Kommission.“ Dazu halte sich auch die Sondergesandte für humanitäre Hilfe im Nahen und Mittleren Osten, Deike Potzel, in Zypern auf.

Außenministerin Annalena Baerbock hatte bereits am Donnerstag mitgeteilt, dass Deutschland gemeinsam mit Verbündeten an einem Hilfskorridor für die Not leidende Zivil-



Bisher werden Hilfspakete für den Gazastreifen vornehmlich mit Fallschirmen aus der Luft abgeworfen. Künftig sollen die dringend benötigten Güter auch übers Meer geliefert werden. Foto: dpa

bevölkerung im Gazastreifen über den Seeweg arbeiten. „Das Leid in Gaza wird mit jedem Tag furchtbarer und ist, ehrlich gesagt, kaum mehr in Worte zu fassen“, sagte die Grünen-Politikerin in einer Pressekonferenz mit ihrem britischen Kollegen David Cameron.

Israel begrüßte das Vorhaben. „Die Initiative Zyperns wird es ermöglichen, nach Sicherheitsüberprüfungen gemäß israelischen Standards die humanitä-

re Hilfe für den Gazastreifen aufzustocken“, teilte das Außenministerium auf X, vormals Twitter, mit.

Zypern bemüht sich bereits seit Monaten, Hilfslieferungen per Schiff in den Gazastreifen zu leiten. Im Januar war erstmalig ein Schiff auf den Weg gebracht worden, das allerdings in Ägypten anlanden musste, weil die Häfen entlang des Gazastreifens keinen ausreichenden Tiefgang für große Schiffe bieten.

Um das Problem zu lösen, will nun das US-Militär zusammen mit internationalen Partnern einen temporären Hafen an der Küste des Palästinaergebnisses einrichten. Dort sollen große und mit Hilfsgütern beladene Schiffe andocken können. Die Kapazität soll Hunderte zusätzliche Lkw-Ladungen mit Hilfsgütern pro Tag ermöglichen. Bis der provisorische Hafen errichtet ist, soll es Übergangslösungen geben. Die Hilfslieferungen könnten zum Beispiel vor der Küste auf kleinere Boote umgeladen und von dort weitergeleitet werden. Dass die Hilfs-

lieferungen über einen EU-Hafen laufen, soll verhindern, dass andere Güter wie Waffen für die Terrororganisation Hamas in den Gazastreifen eingeschuggelt werden.

„Das Leid in Gaza wird mit jedem Tag furchtbarer und ist, ehrlich gesagt, kaum mehr in Worte zu fassen.“

Außenministerin Annalena Baerbock

Bei Hilfslieferungen aus der Luft hat es am Freitag unterdessen einen tragischen Unglücksfall gegeben. Fünf Menschen seien von einer vom Himmel stürzenden Ladung erschlagen worden, weil sich der Fallschirm nicht richtig geöffnet habe, erklärte das von der Hamas kontrollierte Gesundheitsministerium auf Anfrage eines dpa-Mitarbeiters vor Ort. Auf Videos in sozialen Medien war zu sehen, wie das Hilfspaket praktisch ungebremst zu Boden stürzte.

Corona: Lauterbach räumt Fehler ein

BERLIN (dpa). Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hat Fehler der Politik in der Corona-Pandemie eingeräumt. „Der größte Fehler war, dass wir bei den Kindern zum Teil zu streng gewesen sind und mit den Lockerungsmaßnahmen wahrscheinlich etwas zu spät angefangen haben“, sagte er dem „Spiegel“. „Wir hätten mehr tun müssen, um Bildungsdefizite zu vermeiden, um das Bildungsangebot in den Schulen aufrechtzuerhalten.“ Man habe die Zeit nicht genutzt, um die „katastrophale Digitalisierung“ in den Schulen zu verbessern. Auch seien die Kinder zu wenig psychotherapeutisch betreut worden. „Wir haben Warnsignale übersehen“, sagte er.

Seehofer stellt eigene Entscheidung infrage

Auch der damalige Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) räumte im Gespräch mit dem „Spiegel“ ein: „Wir haben Entscheidungen getroffen, denen ich heute nicht mehr zustimmen würde. Zum Beispiel die nächtliche Ausgangssperre, die kaum Wirkung auf die Unterbrechung der Infektionsketten hatte.“ Dagegen habe man zu lange mit strengen Maßnahmen in Krankenhäusern und Pflegeheimen gewartet. Die Lehre für ihn sei: „Mit Forderungen muss man sehr vorsichtig sein, die konnte ja nicht einmal für die Pflegeheime und Krankenhäuser in Bayern umgesetzt werden.“ Die damaligen Widerstände könne er aus heutiger Sicht in Anbetracht des Umfangs von Impfschäden verstehen.

Der damalige Kanzleramtschef, Helge Braun (CDU), sagte, die Regierung habe die Wirkmächtigkeit der Impfstoffe anfangs zu hoch eingeschätzt. Gestützt auf einen ersten Bericht des Robert Koch-Instituts sei man davon ausgegangen, dass Geimpfte vor Ansteckungen sicher seien. Damit habe man nicht zu erfüllenden Erwartungen geschürt, sagte Braun.



4 194275 603308

Bahn zu neuen Gesprächen bereit

Nach Ende des mittlerweile fünften GDL-Streiks könnte wieder Bewegung in den Tarifkonflikt kommen

BERLIN (dpa). Nach dem erneuten Streik der Lokführergewerkschaft GDL mit Bundesweitenausfällen im Schienenverkehr hat die Deutsche Bahn einen neuen Anlauf für eine Beilegung des Tarifkonflikts genommen. Der bundeseigene Konzern bot der GDL eine Wiederaufnahme der abgebrochenen Tarifverhandlungen an diesem Montag an. Es gebe eine entsprechende Einladung an die GDL, sagte ein Konzernsprecher am Freitag in Berlin. Die GDL will das Angebot nur dann annehmen, wenn die

Bahn ein neues und verbessertes Tarifangebot vorlegt, wie die Gewerkschaft mitteilte. Dafür setzte sie die Bahn eine Frist bis Sonntag, 18 Uhr. Der inzwischen fünfte Arbeitskampf im laufenden Tarifkonflikt endete am Freitagmittag. Der S- und Regionalverkehr werde schrittweise ausgeweitet, teilte die Bahn mit. Im Fernverkehr wollte das Unternehmen dagegen noch den ganzen Tag über am Pufffahrplan festhalten. Erst am heutigen Samstag soll der Fahrplan wie-

der vollumfänglich gefahren werden.

35 Stunden hat die GDL dieses Mal im Personenverkehr gestreikt. Im Güterverkehr hatte der Ausstand bereits Mittwochabend begonnen und endete am Freitagmorgen um 5 Uhr. Auch hier sollte es dauern, bis der Rückstau der Güterzüge abgebaut werden kann. Mit dem Ende der fünften Arbeitskampfrunde geht die Ungewissheit für Bahnkunden aber weiter. GDL-Chef Claus Weselsky will künftige Streiks mit deutlich weniger

Vorlauf ankündigen als bisher. Es ist damit fraglich, ob die Bahn beim nächsten Ausstand erneut einen Grundfahrplan auf die Beine stellen kann. Die Bahn sei dann kein zuverlässiges Verkehrsmittel mehr, hatte Weselsky betont. Es ist das erste Mal, dass die Gewerkschaft in dem Konflikt auf solche Wellenstreiks setzt. Der GDL-Chef schließt Arbeitskämpfe auch über Ostern nicht aus. Es sei noch zu früh, sich mit Blick auf den Reiseverkehr über die Feiertage festzulegen, sagte er kürzlich.

– Anzeige –

Schmidt Ambiente
by Gartenmöbelstudio.de

Die besten Gartenmöbel – für unvergessliche Momente im Freien.

Borsigstraße 10 · 65205 Wiesbaden-Nordstadt · Tel. & WhatsApp 06122-50 75 71
contact@schmidt-ambiente.de · www.schmidt-ambiente.de

KOMMENTAR



MVG-Sparpaket: Warnschuss zur richtigen Zeit

Von Michael Bermeitinger
michael.bermeitinger@vrm.de

Es war schon ein Schock, als der Stadtwerkechef vor zwei Wochen ein drohendes Minus von 63 Millionen Euro bis 2028 ankündigte, weil die MVG immer defizitärer wird. Nun liegt, überraschend schnell, das angekündigte Sparpaket vor, das natürlich nicht jede Frage beantworten und nicht jedes Risiko ausschließen kann, aber doch einen Lösungsweg aufzeigt. Und der ist durchaus schmerzhaft. Denn beim großen Projekt Ausbau des ÖPNV, insbesondere bei der Straßenbahn legt die MVG zwar keine Notbremse ein, aber auf Sicht muss das Tempo merklich reduziert werden. Das ist schmerzhaft für die MVG selbst, aber auch für die Politik, die in Sachen Mainzer Verkehrswende auf mehr ÖPNV gesetzt hatte. Die Defizit-Drohung vom Februar und das Sparpaket haben aber auch noch eine andere Wirkung. Sie sind ein laut vernehmbarer Warnschuss, dass alle Träume, Ideen und Pläne immer auch bezahlt werden müssen und selbst ein gesundes Unternehmen wie die Mainzer Stadtwerke nicht alles realisieren kann. Der Zeitpunkt ist jetzt auch genau richtig: Denn bevor im Kommunalwahlkampf wieder alle möglichen Vorhaben versprochen oder zumindest doch avisiert werden, liegt nun offen auf dem Tisch, wie der Rahmen dafür aussieht.

BLAULICHT

Einbruch am hellichten Tag

ALTSTADT (red). In eine Wohnung in der Flachmarktstraße ist am Donnerstag eingebrochen worden. Wie die Polizei mitteilt, haben der oder die Täter zwischen 7 und 18 Uhr bei einer 41-jährigen Bewohnerin eines Mehrfamilienhauses diverse Schränke und Schubläden durchwühlt und Bargeld gestohlen. Die Wohnungstür war nur in die sogenannte „Tagesfalle“ gezogen worden. Das heißt, sie war zwar geschlossen, aber nicht mit dem Schlüssel zugegeschlossen. Dies erleichterte den Tätern den Einbruch. Die Polizei bittet Zeugen, die in dem ge-

– Anzeige –



nannten Zeitraum ungewöhnliche Personen oder Fahrzeuge gesehen haben, sich unter Telefon 06131-653633 zu melden. Die Polizei verweist in diesem Zusammenhang auf Infos über Präventionsmaßnahmen unter www.polizei-beratung.de.

MOGUNTINUS

Interessanter Bildschirm

Die Lacher und Blicke in der Redaktion sind mir immer wieder sicher. Wieso? Ohne Geräuschbeschallung auf den Ohren wird bei mir kaum gearbeitet. Es passiert nicht selten, dass die Kopfhörer auf dem Kopf sitzen und auf dem zweiten Bildschirm etwas zu sehen ist. Das ist auch den Kollegen nicht entgangen. Auf dem Weg durch das Büro wird öfter mal ein interessierter Blick auf meinem Bildschirm geworfen. Manchmal muss dann noch schnelle Aufklärungsarbeit geleistet werden. Langweilig wird es auf dem zweiten Bildschirm zumindest nie. Und so werden die Kollegen wohl auch weiterhin linsen, was da gerade passiert.

– Anzeige –



Ob und wann der Straßenbahnausbau zum Heiligkreuz-Viertel kommt (hier eine Fotomontage in der Straße An der Goldgrube), ist unklar.

Foto: Sascha Kopp

MVG muss massiv sparen

Bis zu 63 Millionen Euro Minus bei Stadtwerken / Erstes Streichpapier enthüllt harte Einschnitte bei ÖPNV

Von Michael Bermeitinger

MAINZ. Nachdem die Stadtwerke Mainz vor knapp zwei Wochen verkündet hatten, dass sie für 2026 bis 2028 ein kumuliertes Minus von mehr als 63 Millionen Euro erwarten, kam nun das erwartete Streichpapier für die defizitäre Mainzer Verkehrsgesellschaft (MVG). Der Aufsichtsrat segnete eine überarbeitete Planung ab, die generell einen langsamer wachsenden öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vorsieht, im Detail aber auch Streichungen. So wird unter anderem der Mainz-Rider eingestellt.

Das ursprüngliche Szenario sei vom Tisch, heißt es bei den Stadtwerken, die nun in den nächsten fünf Jahren mit jeweils leicht positiven Jahresergebnissen von vier bis zehn Millionen Euro rechnen. Einsparungen und Einnahmeverbesserungen bei der MVG, aber auch überarbeitete Ergebnisbeiträge anderer Stadtwerke-Töchter sollen dies ermöglichen. Doch die Vorstände Daniel Gahr und Dr. Tobias Brosze warnten bei der Sitzung des Aufsichtsrats, dass

gerade bei den Einnahmen weiter „erhebliche Risiken für die Verkehrssparte“ bestünden.

Kern des drohenden Stadtwerke-Minus sind die Verluste beim ÖPNV. Lag das bisher jährlich bei 25 Millionen Euro, sollte dies bei unveränderter Planung sich auf bis zu 54 Millionen mehr als verdoppeln. Das könnten die Stadtwerke, so hieß es im Februar im Finanzausschuss, nicht mehr allein in den Griff bekommen, weshalb die MVG alle Vorhaben und Angebote auf den Prüfstand stellen sollten.

Straßenbahnnetz wächst langsamer

Wichtigster Punkt ist, dass die MVG den ÖPNV lange nicht so schnell ausbauen können wie gedacht. Statt einem Anstieg von aktuell 56 Millionen Fahrgästen auf 67 Millionen in 2028 rechnet man nun nur noch mit 60 Millionen, weil die MVG die Zahl der Fahrten einfrieren und nicht wie geplant ausbauen wird. Auch bei den Ausbauplänen für das Netz tritt man auf die Bremse. Die geplanten

Strecken in der Innenstadt sowie zum Heiligkreuz-Viertel werden zwar bis zum Planfeststellungsbeschluss geführt, aber ein Baustart könne, so die Stadtwerke, nicht zugesagt werden.

Daniel Gahr verweist aber auf die viel dramatischere Situation in anderen Städten: „Dort wird der ÖPNV aus Kostengründen eher reduziert, während wir immer noch ein Plus von etwa vier Millionen Fahrgästen bis 2028 anpeilen.“

Der verlangsamte Streckenausbau hat noch eine weitere Einsparfolge, denn der eigens dafür geplante Kauf von acht Straßenbahnen wird gestrichen. Nicht betroffen ist aber die Ausschreibung von 22 neuen Straßenbahnen, die ältere Bahnen ersetzen sollen. Gestrichen wird zunächst auch der zweite Betriebshof, der mit dem Kauf der acht weiteren Bahnen sowie dem Ausbau der Busflotte mit alternativen Antrieben unumgänglich gewesen wäre. Die Batterie- und Brennstoffzellenbusse werden aber nur noch angeschafft, wenn es Zuschüsse zu den Mehrkosten gebe. Aktuell verfügt die MVG über 23

E-Gelenkbusse und sechs Brennstoffzellenbusse.

Ab Sommer kein „Mainz-Rider“ mehr

Der aktuell für die Mainzer am deutlichsten zu spürende Einschnitt ist die Streichung des „Mainz-Rider“, der ab Sommer nicht mehr weiter betrieben wird. Mittels einer App kann man abends oder nachts eines von zehn Elektrofahrzeugen ordern und sich zu einem günstigen Preis in fast alle Mainzer Stadtteile befördern lassen. Das Förderprojekt des Bundes startete 2020, fiel also mitten in die Corona-Pandemie mit all ihren Einschränkungen, und auch wenn der „Mainz-Rider“ mittlerweile auf 3500 Fahrten im Monat komme, betrage das Defizit mehrere Hunderttausend Euro im Jahr.

Positiv werten die Stadtwerke, dass das Land signalisiert habe, die im Nahverkehrsrecht verankerte Kofinanzierung für den lokalen ÖPNV umzusetzen. Damit werde auch in Mainz ein Teil des jährlichen Defizits im ÖPNV vom Land getragen, allerdings

sei die im Raum stehende Übernahme von 15 Prozent nicht ausreichend, um die Verkehrswende spürbar vorantreiben zu können.

Daniel Gahr bedauert das Sparprogramm, aber der Vorstand müsse „Wohl und Zukunft der gesamten Unternehmensgruppe im Blick haben“. Denn neben den alltäglichen Themen der Daseinsvorsorge stünden mit Fernwärmeausbau und Modernisierung der Trinkwasserversorgung noch weitere Zukunftsaufgaben an. „Daher ist es dringend erforderlich, dass uns Stadt, Land und der Bund bei diesen Aufgaben weiterhin bzw. stärker finanziell unterstützen.“

Zumal es trotz der nun positiveren Ergebnisaussichten weiter Risiken bestünden vor allem bei der Finanzierung rund ums Deutschlandticket und seiner Folgen, die nicht dauerhaft gesichert sei. Und für Investitionen im ÖPNV-Bereich seien in den MVG-Zahlen Fördermittel eingerechnet, für die zwar gesetzliche Grundlagen bestünden, die aber aktuell noch nicht gesichert seien.

► KOMMENTAR

Ostermarkt

15. – 17. März 2024

🐰 Kunsthandwerkermarkt

🐰 Mobilitätsfest, Bewegt in den Frühling

🐰 Stoffmarkt, Sonntag

Verkaufsoffener Sonntag

17. März 2024, 13 – 18 h

im Historischen Fünfeck

Sonntags
kostenlos
mit dem
ÖPNV durch
das ganze
Stadtgebiet!

www.wiesbaden.de

LANDESHAUPTSTADT
WIESBADEN
Dezernat der
Bürgermeisterin

**Wiesbaden
wunderbar**
WERBEGEMEINSCHAFT

LANDESHAUPTSTADT
WIESBADEN
Wiesbaden Congress &
Marketing GmbH

KOMMENTAR



*Kommunikation
muss dringend
nachgeholt werden*

Von Paul Lassay
paul.lassay@vrm.de

Nach der Vorstellung des Gutachtens zu den Wohnbaupotenzialen im Außenbereich und den schnell darauf folgenden Gremienbeschlüssen ist die Aufregung in den betroffenen Stadtteilen verständlicherweise groß. Vor allem aus der Ebersheimer Perspektive muss es so wirken, als ob die Beschlüsse ganz plötzlich aus dem Nichts kommen und dem Stadtteil übergestülpt werden, ohne dass vorher kommuniziert und diskutiert wurde, ohne dass Bürger beteiligt wurden, wie es heutzutage absoluter Standard ist. Drei Tage nach der Vorstellung der Ergebnisse der Studie sind die Bodenpreise eingefroren und ein aufwendiges Verfahren in Gang gesetzt. Doch so abrupt das Vorgehen wirkt, so verständlich ist es, wenn man sich die Verhinderung der Bodenspekulation und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zum Ziel setzt. Dann liegt es in der Natur der Sache, dass man nicht vorher Diskussionsrunden veranstalten und informieren konnte. Umso größer ist nun die Herausforderung für die Verantwortlichen. Es muss dringend nachgeholt werden, was vorher nicht möglich war. Es müssen Sorgen und Ängste genommen werden, es muss umfangreich kommuniziert werden und die Bürger müssen beteiligt werden.

AUF EINEN BLICK

Anbindung des Viertels gefordert

WEISENAU (MIH). Das riesige Neubaugebiet Heilighaus-Viertel soll baldmöglichst an den Weisenauer Ortskern via Bettelpfad für Fußgänger und Radler angebunden werden. Dafür hat sich die SPD im Ortsbeirat des Mainzer Stadtteils stark gemacht – und der Antrag wurde einstimmig auf den Weg gebracht.

„Die Anwohner, die schon im Heilighausviertel wohnen, müssen den im Grunde unzumutbaren Umweg über die Hechtsheimer Straße nehmen, um Weisenauer Geschäfte, Schulen oder Kitas zu erreichen“, räumte sich Sozialdemokrat Franz-Josef Schek die Haare. „Wir sind der Auffassung, dass sich die neuen Weisenauer im besonderen Maße nach Weisenau orientieren sollen, und fordern eine bald mögliche Öffnung des Areals in Richtung Bettelpfad – mit einer sicheren und beschützenden Wegeverbindung für Fußgänger und Radfahrer.“ Wobei Schek klarstellte: „Es kann sich hierbei auch um eine vorübergehende Maßnahme handeln, sofern weitere anstehende Bauvorhaben eine Einrichtung bisher verhindert haben.“ Bei positiver

Bewertung durch die städtischen Experten hoffe man sehr, dass die Anbindung zeitnah realisiert werde.

Tempo der Maßnahmen im Quartier „zu langsam“

Darüber hinaus würden sich die Lokalpolitiker wünschen, weitere Wegeführungen aus dem Quartier in die Tat umzusetzen – etwa zum Bretzenheimer Weg oder im mittleren Bereich des Heilighauswegs in Höhe des Neuen Friedhofs.

Noch keine Antwort parat hatte die Stadt auf eine SPD-Anfrage zur Gestaltung des Begegnungsplatzes im Heilighaus-Viertel rund um Pizzeria und Apotheke in der Annemarie-Renger-Straße. Dass die Begründung im Quartier im „Schildkröten-Tempo“ vonstatten gehe, findet der Ortsbeirat „nicht cool“. „Auch bei großem Verständnis für die weitergehenden Baumaßnahmen im Umfeld sollte den Anwohnern nach mehrjähriger Bauzeit nun ein erträgliches Wohnumfeld mit etwas Erholungscharakter geschaffen werden“, appellierte SPD-Fraktionsprecher Tobias Hoffmann.

Debatte um Wohngebiete kocht hoch

Stadtrat beschließt Einfrieren der Bodenpreise / Ortsvorsteherin hat „mülmiges Gefühl“

Von Alexander Schlögel
und Paul Lassay

MAINZ. Es geht Schlag auf Schlag. Nachdem am Dienstag erst die städtischen Pläne vorgestellt wurden, dass im Süden Hechtsheims und im Osten und Norden Ebersheims neue Wohngebiete entstehen sollen, wurden einen Tag später in den Gremien die entsprechenden Beschlüsse gefasst. Damit sind nun seit dem Freitag die Grundstückspreise in den betroffenen Gebieten eingefroren. Zudem ist ein Vorkaufsrecht für die Stadt festgelegt, die jetzt eine sogenannte städtebauliche Entwicklungsmaßnahme einleitet. In den Ausschüssen und im Stadtrat sorgt der Prozess wenig überraschend für Diskussionen, die sich vor allem um die Bodenpreise und die Entwicklung des Ortsbilds in Ebersheim drehen, wo laut dem am Dienstag präsentierten Gutachten zum Potenzial im Außenbereich bis zu 2520 der insgesamt möglichen 3310 neuen Wohneinheiten entstehen könnten.

In der Fragestunde des Stadtrats spricht ein Zuschauer aus Ebersheim das Thema direkt an. In der Vergangenheit seien rund um Ebersheim Grundstücke für 250 bis 280 Euro pro Quadratmeter verkauft worden. Müsstens diese Werte dann nicht übernommen werden, möchte der Ebersheimer wissen. Auf der städtischen Karte der Bodenrichtwerte sind dagegen grob Werte zwischen 15 Euro und 70 Euro pro Quadratmeter für die betroffenen Bereiche angegeben. Oberbürgermeister Nino Haase (parteilos) erwidert darauf, dass die letztendlichen Werte von einem unabhängigen Gutachterausschuss ermittelt würden.

„Die denken wir uns ja nicht aus.“ Es gehe darum, nicht in die Spirale der Bodenspekulation zu geraten. Enteignungen sehe man nicht vor. „Man kann das Land ja auch selbst entwickeln, es muss ja niemand verkaufen“, so Haase, während Liegenschaftsdezernentin Manuela Matz (CDU) betont, dass die genauen Beträge noch nicht bekannt seien. Es müsse genau geschaut werden, um welche Gebiete es gehe und welche Werte dort bei Grundstücksverkäufen erzielt worden seien.

Bevor der Stadtrat die Maßnahmen mit vereinzelt Gegen-



Ebersheim soll hier am östlichen Ortsrand sowie im Norden (rechts im Bild) wachsen. Um Spekulationen mit Grundstücken zu verhindern, werden die Bodenpreise eingefroren. Foto: Sascha Kopp

stimmen und Enthaltungen der CDU und der Freien Wähler beschließt, gibt zudem die Ebersheimer Ortsvorsteherin Anette Odenweller (CDU) noch eine persönliche Erklärung mit zentralen Forderungen ab. Sie sei sich der Verantwortung und der Situation auf dem Wohnungsmarkt bewusst, doch werde ihr bei der Beschlussvorlage „etwas mülmig“. Man dürfe nicht die Fehler aus vergangenen Baugebieten machen. Wichtig sei, dass die Landwirte „angemessen entschädigt“ würden für ihr Ackerland. Zudem solle das Gebiet nicht mehr als viersgeschossig bebaut werden und die Infrastruktur wie die erweiterte Grundschule und Kitas müssten vor dem Erstbezug der neuen Wohngebiete vorhanden sein. Der ÖPNV müsse passgenau geplant werden und es brauche Radwege genauso wie Pflegeeinrichtungen. Zudem müsse die Stadt in Dialog mit den Menschen treten.



Bereits in der vorangegangenen gemeinsamen Sitzung des Wirtschafts- und des Haupt- und Personalausschusses sowie der Ortsbeiräte Ebersheim und Hechtsheim hatte Odenweller erklärt: „In Ebersheim kocht es sehr hoch.“ Das Einfrieren der Preise sei „ein großes Thema“. Johannes Blüm (SPD) aus dem Ebersheimer Ortsbeirat äußerte die Sorge von einigen Bürgerinnen und Bürgern, ob Ebersheim seinen „Weindorcharakter“ behalte und forderte deshalb eine Bürgerversammlung mit Oberbürgermeister Haase und der Verwaltung, um möglichst schnell auf solche und anderen Sorgen einzugehen. Zudem wollte er wissen, was das für Schule, Kita und Straßenbahnanschluss bedeute. Haase erwiderte, es handle sich um ein „Potenzialgutachten“. Bislang gebe es weder einen städtebaulichen Vertrag noch sei Baurecht geschaffen worden. Es werde sowohl ein Stadtteilentwicklungskonzept als auch Bürgerbeteiligung geben. „Uns ist bewusst, dass sich auch etwas an der Infrastruktur ändern muss, wenn man einen Stadtteil wie Ebers-

heim verdoppelt oder mal 1,5 nimmt.“ Er wisse, dass „es aufregend ist, auch weil solche Maßnahmen in dem Umfang sicherlich das erste Mal in Mainz durchgeführt werden“.

Auch im Hechtsheimer Ortsbeirat „Bauchschmerzen“

Ulrike Cohnen (CDU) vom Hechtsheimer Ortsbeirat erklärte, sie habe „Bauchschmerzen“ in Verbindung mit dem „Verkehrspreis“ und sagte, „Wertsteigerungen werden abgeschöpft“. Man könne „nicht die Landwirte fast enteignen“. Haase entgegnete, man könne „es auch gar nicht zum Bauland machen, dann würde es dort nie etwas geben. Dass man nicht die volle Wertsteigerung seines Ackerlandes, das man vielleicht mal in dieser Erwartung gekauft hat, mitnehmen kann, ist im Sinne einer gesunden Stadtentwicklung und von bezahlbarem Wohnraum.“ Wirtschaftsdezernentin Manuela Matz (CDU) ergänzte, man wolle keine Grundstücke „zum absurd niedrigen Preis erwerben, sodass sich jeder in irgendeiner Weise über den

Tisch gezogen fühlt“. Daniel Köbler (Grüne) bekräftigte: „Das ist der richtige Beschluss für eine Stadtentwicklung der Zukunft.“ Und Erik Donner (SPD) ging auf die Folgen der Nachverdichtung in den letzten Jahren für die Innenstadt ein – er appellierte an die „Solidarität der anderen Stadtteile im gesamtstädtischen Interesse“. Man sehe „an solchen Stellen, wenn es um preiswerten Wohnbau geht, wie schwierig es ist, im Einzelfall Solidarität einzufordern“, sagte Erwin Stufler (Freie Wähler). Die beiden Verwaltungsvorlagen über die Satzungen für das besondere Vorkaufsrecht wurden sowohl für Hechtsheim Süd als auch für Ebersheim Nord und Süd vom Haupt- und Personalausschuss einstimmig beschlossen.

Im Wirtschaftsausschuss gab es eine Gegenstimme von Odenweller und eine Enthaltung von Stufler. Der Ortsbeirat Ebersheim votierte für die Flächen seines Stadtteils gemischt (drei Ja, drei Neinstimmen, zwei Enthaltungen). Der Ortsbeirat Hechtsheim war aufgrund zu wenig Anwesender nicht beschlussfähig.

► KOMMENTAR

Katastrophenminus von 120 Millionen

2023 wird Jahresfehlbetrag der Unimedizin doppelt so hoch ausfallen wie ursprünglich geplant / Das sind die Gründe

Von Michael Bermeitinger

MAINZ. Der Wirtschaftslage der Mainzer Unimedizin (UM) wird immer katastrophaler. Erstmals liegt der Jahresfehlbetrag über 100 Millionen Euro – und das auch noch mehr als deutlich. In der jüngsten Sitzung des Aufsichtsrates hat der Klinikvorstand erklärt, dass mit einem Minus von 120 Millionen Euro zu rechnen sei. Ursprünglich war mit einem 57-Millionen-Minus für 2023 gerechnet worden, um die Erwartungen Ende des Jahres auf 97 Millionen Euro hochzuschrauben. Aber auch das reichte nicht. Eine vertiefte Analyse aller Geschäftsbereiche, die vom neuen Vorstand angestoßen und extern validiert worden sei, habe zu den neuen Zahlen geführt, so der Vorstandsvorsitzende der UM, Professor Rolf Kiesslich auf Anfrage dieser Zeitung in einer ersten Stellungnahme.

Auf der einen Seite habe die Unimedizin eine geringere medizinische Leistung im letzten Quartal 2023 erbracht,

zum anderen seien die Kosten für das Personal als auch die medizinischen Sachkosten deutlich höher ausgefallen, so Kiesslich weiter. Die Abweichungen zwischen den geplanten und erwarteten Zahlen zeigten auf, dass wichtige Kontrollmechanismen nicht ausreichend funktionierten hätten. Der Neustart der Unimedizin umfasse deshalb eine Umstrukturierung der Verwaltung als auch Maßnahmenpakete, um die Profitabilität zu steigern. Diese Projekte werden als UM.Neustart und UM.Performance bezeichnet und werden extern durch Roland Berger begleitet.

Auch 2024 soll Verlust über 100 Millionen liegen

„Die ersten Effekte werden schon 2024 erwartet, deshalb wird im Wirtschaftsplan mit einem Defizit von 107 Millionen gerechnet“, erklärte Kiesslich. Die Restrukturierung der UM Mainz sei jetzt angestoßen, aber eine lang-



Die Unimedizin erwartet für 2023 ein Minus von 120 Millionen Euro. Foto: Peter Pulkowski

fristige Aufgabe. Sie werde vom Vorstand konsequent verfolgt, erfordere aber eine gemeinsame Anstrengung aller, die an der UM Verantwortung tragen. Bis auf zwei Jahre der kurzzeitigen Erholung kenne die Entwicklung der Zahlen seit 2015 nur einen Weg: nach unten. Lag der Verlust damals noch bei sechs Millionen Euro, ging es dann über 26 Millionen, 33, 59, 35, 64 und 39 Millionen

minus runter auf 65 und nun 120 Millionen Euro. Ob die fallenden Erlöse auch damit zu tun haben, dass 2023 der alte Vorstand die Verträge mit Leiharbeitern im OP-Bereich gekündigt hatte? Damals war vonseiten der Einrichtungsleiter gewarnt worden, dass dies zu weniger Eingriffen und zu Verlusten führen werde. Das hatte der damalige kaufmännische Vorstand verneint.

In der gleichen Aufsichtsratsitzung wurde beschlossen, dass Professor Hansjörg Schild mit dem Ausscheiden des bisherigen Amtsinhabers, Professor Ullrich Förstermann, Übergangsweise die Position des Wissenschaftlichen Vorstands übernimmt. Bei der noch laufenden Ausschreibung für die Förstermann-Nachfolge sei die Bewerberlage gut, so Hoch, „und ich bin zuversichtlich, dass wir dem Fachbereichsrat zeitnah einen Vorschlag unterbreiten können.“

Zudem stimmte das Gremium für den Vorschlag des Vorstandes, dass junge Ärztinnen und Ärzte im Praktischen Jahr an der UM in Zukunft den zulässigen Höchstsatz von 812 Euro monatlich als Aufwandsentschädigung erhalten. Bisher lag der Satz bei 380 Euro. „Die jungen Absolvierenden haben an der stationären Krankenversorgung einen großen Anteil. Es ist angemessen, dass sie auch im Rahmen der Möglichkeiten gut entlohnt werden“, sagt Aufsichtsratsvorsitzender Hoch.

MOGUNTINUS

So schnell wie Usain Bolt

Normalerweise bin ich eher ein gemütlicher Fußgänger. Wenn ich nicht gerade unter Zeitdruck stehe, lasse ich es gerne lieber gemächlicher angehen. Dadurch vermeide ich Stress und kann die Umwelt besser wahrnehmen. Ich schaue, wo sich etwas Neues in der Stadt tut. Oder genieße einfach die Sonne, die sich nun wieder häufiger zeigt. Neulich ist mir aber eine Situation aufgefallen, in der ich alles andere als gemütlich gefühlt habe: Ich habe mir eine Pizza bestellt und diese abgeholt. Der herrliche Duft von geschmolzenem Käse, fluffigem Teig und leckerer Tomatensoße bahnte sich seinen Weg durch den Karton, der sich wohligh warm in meinen Händen anfühlte. Mein Schritt wurde immer schneller, Usain Bolt hätte kaum noch mit mir Schritt halten können. Der Vorteil daran: Die Pizza ist zu Hause nicht nur schön warm – man verbrennt auch schon mal ein paar Kalorien.

KOMMENTAR



Mehr Sachlichkeit in Diskussion um Fahrrad-Piktogramme

Von Dennis Buchwald
dennis.buchwald@vrm.de

Die Diskussion um die Fahrrad-Piktogramme ist DAS kommunalpolitische Thema der vergangenen Wochen in Mainz. Das zeigte nicht zuletzt die hitzige Debatte in der jüngsten Sitzung des Stadtrats. Dabei stellt sich die Frage: Würden die Piktogramme auch so heiß diskutiert werden, wenn nicht in drei Monaten die Kommunalwahl stattfinden würde? Mehr Sachlichkeit würde der Debatte auf jeden Fall guttun. Insofern ist die Forderung der CDU nach einem Rücktritt von Verkehrsdezernentin Janina Steinkrüger (Grüne), sollten die Piktogramme nicht umgehend entfernt werden, völlig überzogen. Ebenso unverständlich ist auch die Aussage des Landesbetriebs Mobilität Rheinland-Pfalz, dass die Ergebnisse der Studie nicht eindeutig seien. Fakt ist: Die wissenschaftliche Untersuchung kommt zu einem positiven Ergebnis. Und zwar nicht nur, was das subjektive Sicherheitsgefühl angeht, sondern auch mit Blick auf das Unfallrisiko. Zusätzlich können die Piktogramme ein rücksichtsvolles Miteinander fördern, wie die Befragung von Verkehrsteilnehmern im Rahmen der Studie zeigte. All das sind gute Gründe, weshalb andere Bundesländer die Piktogramme bereits erlaubt haben. Rheinland-Pfalz kann sich hieran ein Beispiel nehmen.

BLAULICHT

Gefährliche Panne im Parkhaus

MAINZ (csc). Eine Situation, die jeder kennt. Man will das Parkhaus verlassen oder in dieses hineinfahren. Doch die Armlänge reicht nicht aus, um an den Schlitz für die Karte zu gelangen. So erging es auch einer 86-jährigen Fahrerin am Dienstag um 11.40 Uhr, als sie das Parkhaus „Mittlere Bleiche“ verlassen wollte. Die Frau stieg schließlich aus, um die Ausfahrtsäule zu erreichen, und vergaß vorher die Handbremse zu ziehen. Weil sich die Ausfahrt innerhalb einer abschüssigen Rampe befindet, rollte ihr Fahrzeug los, prallte zunächst gegen eine Wand und dann gegen die Schranke. Die Frau wurde von ihrem Auto mitgeschleift, klemmte sich ein Bein an der Tür ein und zog sich an der Stirn eine Platzwunde zu. Die Höhe des Sachschadens ist noch unklar.

MOGUNTINUS

Kaffee-Restchen

Ohne Kaffee geht bei mir nichts. Das wissen meine Kollegen, meine Freunde, das weiß meine Familie. Morgens, mittags, abends: Stets bin ich bereit für ein Tässchen. Allerdings mache ich etwas wirklich Merkwürdiges. Wann auch immer ich einen Kaffee trinke, lasse ich stets ein Restchen in der Tasse übrig. Warum denn eigentlich? Schließlich habe ich kein Problem mit kaltem Kaffee. Im Sommer bestelle ich ihn mir sogar in Form von Iced Latte bewusst gekühlt. Es ist auch nicht wegen des drohenden, krümeligen Kaffeesatzes. Ich glaube, ich kenne die Antwort: Ich habe mir das abgeschaut. Von meiner Tante. Die macht das nämlich auch. Familie prägt nun mal.

Faktencheck rund um Piktogramme

Sind die Fahrrad-Symbole rechts, wieso gibt es sie überhaupt, welchen Einfluss haben sie auf den Verkehr?

Von Helen-Phoebe Schuckert

MAINZ. Sie sind seit Jahren im Stadtbild von Mainz zu finden, aber aktuell stark umstritten. Die Rede ist von Fahrradpiktogrammen, also Sinnbildern auf der Fahrspur, die darauf hinweisen, dass auch Fahrradfahrer auf der Straße unterwegs sind. Die Diskussion um die Symbole entflammte, als der Landesbetrieb Mobilität (LBM) die Stadt Koblenz im Februar dazu aufforderte, die Piktogramme zu entfernen. Seitdem wird auch in Mainz darüber diskutiert, ob sie bleiben dürfen oder nicht.

Wie begründet der LBM seine Aufforderung an die Stadt Koblenz, die Piktogramme zu entfernen?

Laut LBM handelt es sich bei den Piktogrammen um einen zeitlich begrenzten Modellversuch im Rahmen einer Studie Universitäten Wuppertal und Dresden. Untersucht wurde die Wirkung von Piktogrammen in beengten Straßen, in denen keine separaten Radwege möglich sind.

Für Piktogramme gibt es laut LBM klare Anwendungsfelder in der StVO: „Sie kommen bei der Kennzeichnung von Radfahrstreifen, nicht Benutzungspflichtigen Geh- und Radwegen und Schutzstreifen zur Anwendung.“ Allerdings seien die im Rahmen des Modellversuchs angebrachten Piktogramme in einem anderen Zusammenhang genutzt worden, nämlich auf der allgemeinen Fahrbahn.

Welchen Zweck haben die Piktogramme?

Seit Ende der 1990er-Jahre gibt es keine allgemeine Pflicht zur Nutzung von Radwegen mehr, es sei denn, die Pflicht wird durch vorhandene Verkehrsschilder angeordnet. Auf Strecken, auf denen kein Platz für klar abgegrenzte Radwege ist, teilen sich Auto- und Radfahrer die Fahrbahn. Laut den Wissenschaftlern hinter der Studie zu den Piktogrammen kann es bei einer solchen dualen Nutzung der Straße dazu kommen, dass Autofahrer nicht mit Radfahrern rechnen oder es zu Konflikten zwischen beiden Verkehrsteilnehmern kommt. Anhand der Studie sollte untersucht werden, ob die Piktogramme dazu beitragen, die Verkehrssicherheit und das Miteinander auf der Straße zu verbessern.



Der Umgang mit den Piktogrammen, hier an der Kreuzung zwischen Langgasse und Großer Bleiche, ist stark umstritten. Foto: Tim Würz

Ist diese Art von Nutzung der Piktogramme in der StVO vorgesehen?

Nein, sagen LBM und das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV). Das BMDV ist als oberste Bundesbehörde für die StVO und jegliche Änderungen zuständig. Auf Anfrage teilte eine Sprecherin mit, dass die Piktogramme auf der Fahrbahn kein in der StVO festgelegtes Verkehrszeichen seien. Sie seien „grundsätzlich nicht zulässig, da mit der Wiedergabe von Sinnbildern auf der Fahrbahn lediglich auf besondere Verkehrssituationen aufmerksam gemacht werden darf“.

Laut der Sprecherin gelten die allgemeinen Verkehrsregeln auch ohne auf der Fahrbahn angebrachte Piktogramme. Sprich: Autofahrer müssen auch ohne Hinweise auf der Fahrbahn mit Radfahrern rechnen und ihre Präsenz auf der Straße akzeptieren. Welche Lösungen für enge Straßen ohne Platz für Radwege gewählt werden, obliege den örtlichen Straßenverkehrsbehörden und müsse im Einzelfall unter Berücksichtigung der konkreten Bedingungen vor Ort entschieden werden.

WELCHE PIKTOGRAMME?

Die Diskussion dreht sich um Piktogramme, die auf der Fahrbahn angebracht werden, um darauf hinzuweisen, dass auch Radfahrer auf der Straße unterwegs sein können, wie sie etwa auf der Großen Bleiche zu finden sind. Handelt es sich um aufeinanderfolgende Piktogramme, ist die Rede von sogenannten Piktogrammketten.

Nicht in der Kritik hingegen stehen Piktogramme, die auf einen Fahrradweg oder Schutzstreifen für Radfahrer auf der Straße hinweisen. Auch die Sinnbilder, die in Fahrradstraßen auf der Fahrbahn angebracht sind, sind nicht Gegenstand der aktuellen Debatte.

Der LBM stützt sich darauf, als Obere Landesbehörde die Kommunen auf das geltende Bundesrecht hingewiesen zu haben. Bereits 2019 habe man alle Verkehrsbehörden in Rheinland-Pfalz in einem Schreiben auf die Situation aufmerksam gemacht. Professor Carmen Hagemeister, die an der Studie beteiligt war, macht auf einen Erlass des

Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen aufmerksam, der eine Ausnahmeregelung für die Piktogramme zulässt. „Ich finde es bemerkenswert, dass in NRW Piktogramme zugelassen sind. Dort hat man offenbar trotz derselben StVO eine andere Meinung.“

Auch die Stadt Mainz ist anderer Auffassung als der LBM. Zwar seien die Piktogramme nicht in der StVO vorgesehen, jedoch sehe diese Handlungsbedarf, „wenn aufgrund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht, die das allgemeine Risiko einer Beeinträchtigung übersteigt“, so Umweltdezernentin Janina Steinkrüger (Grüne).

Werden die Piktogramme künftig in die StVO aufgenommen?

Das BMDV plant laut einer Sprecherin derzeit nicht, die Nutzung von Fahrradpiktogrammen auf der allgemeinen Fahrbahn in die StVO aufzunehmen. „Es ist zu befürchten, dass die Wirkung von auf der Straße angebrachten Fahrrad-Sinnbildern dort verwässert wird, wo ihre Anbringung bisher primär vorgese-

hen ist: zur Kennzeichnung von Radfahrstreifen sowie Schutzstreifen für den Radverkehr“. Es könnten Missverständnisse bei den Verkehrsteilnehmern entstehen, die sich im Zweifel negativ auf die Sicherheit des Straßenverkehrs auswirken könnten.

Was sind die Ergebnisse der Studie?

Die Ergebnisse zeigen einen positiven Einfluss der umgesetzten Maßnahmen auf die objektive und subjektive Sicherheit sowie auf das Verhalten der Verkehrsteilnehmer, heißt es in der Studie. An Stellen, wo keine separaten Radwege möglich sind, wird empfohlen, Piktogramme künftig zuzulassen. Die Unfallrate und -dichte konnten deutlich reduziert werden, erklärt Tanja Leven von der Universität Wuppertal. Die Untersuchungen hätten darüber hinaus nicht gezeigt, dass die Sinnbilder von Verkehrsteilnehmern nicht verstanden werden und es zu gefährlichen Situationen kommen könnte. Man empfehle jedoch, derartige Maßnahmen durch Aufklärungsarbeit zu begleiten.

► KOMMENTAR

– Anzeige –

Hörgeräte im Wandel

InSides bahnen sich den Weg – kompakt, kraftvoll, zukunftsweisend!

SAULHEIM. Neulich war der alljährliche Wörstädter Bauernmarkt – waren Sie dabei? Hat der dortige Trubel Sie am guten Verstehen gehindert? Oder beim Mittagssnack mit den Kollegen – mussten Sie schon einmal das Gespräch abbrechen, weil Sie nicht alles verstanden haben? Verpassen Sie jetzt Ihrem Hörvermögen ein Upgrade! Vergessen Sie die konventionellen, klobigen, meist beige-farbenen Hörhilfen, denn jetzt präsentiert Koch Hörakustik die neueste Kollektion an maßgeschneiderten Im-Ohr-Hörgeräten namens InSide. InSides sind die optimale Hörlösung für all jene, die intelligentes Soundmanagement mit diskretem Design und perfektem Tragekomfort kombinieren möchten.

Für jeden Anspruch das Richtige

Die Hörexperten von Koch Hörakustik unterscheiden zwei Pro-



Am Leben teilhaben, alles hören, entspannt unterhalten: Die neuen InSides bieten alle Möglichkeiten und sind dabei nahezu unsichtbar.

duktlinien. Die erste Linie setzt auf kleinste Bauweise und ist die perfekte Hörlösung, wenn das Hörgerät möglichst unsichtbar sein soll. In diesen kleinen InSides stecken die neuesten technologischen Entwicklungen und sie sorgen mit ihrer Vollautomatik für Highend-Hörkomfort.

Die zweite Produktlinie InSide+

ist ein wenig größer und nutzt den zusätzlichen Platz für die Integration einer Bluetooth-Schnittstelle. Damit vergrößern Sie nicht nur Ihre Hör-Reichweite, sondern auch den Funktionsumfang Ihrer Hörgeräte. Per App erhalten Sie Zugriff auf smarte Tools wie Gesundheitstracking, Übersetzungshilfe oder Online-Unterstützung durch Ihren Hörakustiker.

Künstliche Intelligenz revolutioniert das Hörerlebnis

Früher konnten Hörgeräte nur anhand eindimensionaler Frequenzmuster zwischen Sprache und Geräuschen unterscheiden – das hat einigermaßen gut geklappt. Die neuesten InSide-Modelle arbeiten jedoch ganz anders: „Die Chips sind wie neuronale Netzwerke im Gehirn aufgebaut und können wesentlich komplexere Hörsituationen verarbeiten. Dadurch erleben Sie ein realistisches 3D-Abbild Ihrer Hörumgebung und können, wenn abends in den Restaurants oder im Foyer der Rheingoldhalle die Stimmung steigt und alle aufgeregt durcheinanderreden, Ihre Freunde weiterhin gut verstehen. InSides sind in der Lage, störende Klänge wie Gläserklirren, Windgeräusche oder Hintergrundgemurmel so weit zu redu-

zieren, dass diese Ihr Gespräch nicht mehr beeinträchtigen.

Hier ist der Experte gefragt

Damit die kleinen Hörwunder im Alltag so perfekt arbeiten, ist der Akustiker umso mehr gefordert – schließlich versteckt sich in den winzigen Gehäusen präzise Hochleistungstechnik. Dass Im-Ohr-Hörgeräte genau das sind, was sich die meisten Hörgeräteträger wünschen, weiß Saskia Siegler-Koch, Hörakustikmeisterin und Inhaberin von Koch Hörakustik, aus eigener Erfahrung. Ihr Team und sie haben sich bereits vor Jahren, als die ersten Hörgeräte dieser Art auf den Markt kamen, auf Im-Ohr-Hörgeräte spezialisiert und umfangreiches Know-how dazu aufgebaut. Hierbei gehört neben den Hörmessungen in den Hörerlebnisräumen ein ausführliches Gespräch zu Beginn, in dem

Ihre Wünsche, Ansprüche und Bedenken ergründet werden. Das sind optimale Voraussetzungen für bestes Verstehen – ohne Kompromisse.

Hören Sie den Fortschritt: InSides jetzt kostenlos testen

Entdecken Sie eine neue Dimension des Hörens mit unseren hochmodernen InSides. Erfahren Sie während der kostenlosen 14-tägigen Testphase, wie klar und präzise Klänge sein können. Exklusiv bis zum 15.04.2024 bieten die Experten von Koch Hörakustik Ihnen die Anfertigung eines individuellen Paares dieser erstklassigen Modelle. „Viele unserer Kunden sind überrascht, wie deutlich und brillant die Klangqualität ist – ein Fortschritt, den sie so noch nie erlebt haben. Vereinbaren Sie jetzt Ihren Termin und erleben Sie modernes Hören in seiner besten Form“, motiviert Saskia Siegler-Koch.

Testaktion

Jetzt die Welt der Klänge neu erleben!

Heitere Gespräche im Café, ein Streichquartett in der Rheingoldhalle oder das Zwitschern der Vögel – jedes Dezibel des Lebens ist wertvoll. Wieder alles optimal zu hören und zu verstehen, kann ganz einfach sein.

Überzeugen Sie sich noch bis zum 15.04.2024 selbst und testen Sie die neuen InSides! 14 Tage lang kostenlos und unverbindlich.

KOCH HÖRAKUSTIK
GEHÖR FINDEN.

Saulheim | Ober Saulheimerstr. 25
Telefon: 06732/9519681

Oppenheim | Sant' Ambrogio-Ring 13b
Telefon: 06133/5735420

Worms | Bahnhofstraße 40
Telefon: 06241/8499660

www.koch-hoerakustik.de

Allgemeine Zeitung

MAINZ · RHEINHESSEN



Putins problematische Wirtschaft
Verkauft der Kremlchef die Zukunft
Russlands für den Krieg? ▶ **HINTERGRUND**

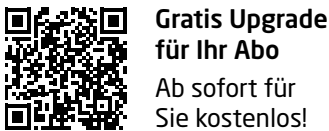
In Gruppenstunde unerwünscht
Mutter beklagt, dass ihr Sohn wegen ADHS
ausgegrenzt wird. ▶ **RHEINHESSEN**

1 G 1112 A | Nr. 63 | 174. Jahrgang | VRM, Postfach 3120, 55021 Mainz



www.allgemeine-zeitung.de

Donnerstag, 14. März 2024 Preis: 3,00 Euro



**Gratis Upgrade
für Ihr Abo**
Ab sofort für
Sie kostenlos!

Jetzt freischalten unter:
[www.allgemeine-zeitung.de/
gratis-upgrade](http://www.allgemeine-zeitung.de/gratis-upgrade)

WETTER

Teils Sonne, teils Wolken

16°

8°



Südwind

▶ **FERNSEHEN / WETTER**

HEUTE

Neues Duell zweier alter Rivalen

Joe Biden und Donald Trump haben sich bei den Vorwahlen ihrer Parteien die notwendigen Delegiertenstimmen gesichert. Jetzt geht der Wahlkampf erst richtig los.

▶ **MEINUNG & ANALYSE**

Der syrische Präsident und die Drogen

Mehr als ein Jahrzehnt nach der blutigen Niederschlagung der Proteste in Syrien versinkt das Land im Drogensumpf. Einer der größten Profiteure: der Diktator selbst.

▶ **POLITIK**

Wochenmärkte in der Krise

Viele Marktkaufleute erleben schwierige Zeiten. Nach hohen Umsätzen in der Corona-Zeit ist die Zahl der Besucher auf Wochenmärkten rückläufig.

▶ **WIRTSCHAFT**

Borussia Dortmund zieht ins Viertelfinale ein

Borussia Dortmund setzt sich im Achtelfinale der Champions League glücklich 2:0 gegen PSV Eindhoven durch.

▶ **SPORT**

KONTAKT

Abo-Service:
Online: www.vrm-abo.de/aboservice
täglich 24h verfügbar
Telefon: 061 31 / 48 49 50
Mo. – Fr. 7 – 18 Uhr, Sa. 7 – 12 Uhr
Privatanzeigen: 061 31 / 48 48
Online: www.vrm-anna.de
Redaktion:
Fax: 061 31 / 48 58 48
E-Mail: az@vrm.de

[www.facebook.com/
allgemeinezeitung](https://www.facebook.com/allgemeinezeitung)

Wir sind **VRM**

Fakten zu Bildern auf Fahrbahn

Der Umgang mit den Piktogrammen, wie hier an der Kreuzung zwischen Langgasse und Großer Bleiche, ist aktuell stark umstritten. Wir machen den Faktencheck: Sind die Sinnbilder rechts und welchen Einfluss haben sie auf den Verkehr? ▶ **MAINZ**

Foto: Tim Würz



Scholz bekräftigt Nein zu Taurus

Kanzler wirft bei Befragung im Bundestag der Union Verbreitung von „Halbwahrheiten“ vor

Von Michael Fischer
und Jörg Blank

BERLIN. Bundeskanzler Olaf Scholz hat der Lieferung von Taurus-Raketen in die Ukraine im Bundestag erneut eine klare Absage erteilt. „Besonnenheit ist nicht etwas, was man als Schwäche qualifizieren kann, wie einige das tun, sondern Besonnenheit ist das, worauf die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land einen Anspruch haben“, sagte der SPD-Politiker am Mittwoch in einer 70-minütigen Befragung durch Abgeordnete. Der Union warf Scholz vor, in der Debatte „Halbwahrheiten“ zu verbreiten. „Die Bürgerinnen und Bürger haben Angst vor Ihnen“, sagte er. Für die CDU/CSU wies der CDU-Politiker Norbert Röttgen diesen Vorwurf mit scharfen Worten zurück. „Sie spielen nicht mit klaren Karten. Und Sie zielen darauf ab, die Öffentlichkeit in dieser Frage zu täuschen – in einer Frage der europäischen und nationalen Sicherheit.“

In dem Schlagabtausch ging es um die Frage, ob Scholz

glaube, dass Frankreich und Großbritannien durch die Lieferung ihrer Marschflugkörper der Typen Storm Shadow und Scalp an die Ukraine Kriegsteilnehmer geworden seien. „Mit Halbwahrheiten wird öffentliche Kommunikation betrieben“, sagte Scholz dazu. Als der CDU-Politiker zurückgab, er habe Scholz lediglich zitiert, sagte der Kanzler: „Nein. Durch die Lieferung der Waffen wird man nicht Kriegsteilnehmer.“



Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) will die Kontrolle von Taurus-Marschflugkörpern nicht der Ukraine überlassen. Foto: dpa

teiligter. Niemand hat das gesagt. Ich nicht und auch sonst keiner, den ich im verantwortlichen Umfeld der Bundesregierung kenne.“

Es ging um ein Zitat des Kanzlers aus einem Gespräch mit Journalisten: „Was an Zielsteuerung und Begleitung der Zielsteuerung vonseiten der Briten und Franzosen gemacht wird, kann in Deutschland nicht gemacht werden.“ Was er genau damit meint, erklärte

Scholz in der Befragung nicht. Röttgen warf ihm vor, seine wahren Motive für sein Nein nicht zu erläutern, sondern immer neue Ausreden zu finden, „die sich zum Teil wechselseitig widersprechen und ausschließen“.

Ton in der Debatte verschärft sich weiter

Mit dem Schlagabtausch verschärft sich der Ton in der seit zehn Monaten laufenden Debatte über die Lieferung des Waffensystems Taurus weiter. Am Donnerstag will der Bundestag auf Antrag der Union erneut darüber abstimmen. Grüne und FDP sind zwar für eine Lieferung, werden den Unionsantrag aber als Koalitionsdisziplin ablehnen – gegebenenfalls mit Ausnahme einzelner Abweichler. Eine Mehrheit für den Antrag gilt aber als ausgeschlossen.

Die Ukraine hat den Marschflugkörper mit einer Reichweite von 500 Kilometern schon im Mai vergangenen Jahres bei der Bundesregierung beantragt. Sie will damit Nach-

schublinien der russischen Streitkräfte weit hinter der Front treffen. Scholz bekräftigte im Bundestag seine Argumentation, warum er Taurus nicht liefern will. Weil mit Taurus russisches Territorium bis nach Moskau erreicht werden kann, will er die Kontrolle über

„Sie zielen darauf ab, die Öffentlichkeit in dieser Frage zu täuschen – in einer Frage der europäischen und nationalen Sicherheit.“

Norbert Röttgen (CDU) zu
Bundeskanzler Olaf Scholz

diese Waffe nicht den Ukrainern überlassen. Um selbst die Kontrolle zu behalten, müssten sich aber deutsche Soldaten an der Zielsteuerung beteiligen – von Deutschland aus oder in der Ukraine. „Das ist eine Grenze, die ich als Kanzler nicht überschreiten will.“

Hilfe für Gaza aus der Luft und auf dem Seeweg

BERLIN/LARNAKA (dpa). Die deutsche Luftwaffe soll sich noch in dieser Woche mit Transportflugzeugen am Lastenabwurf von Hilfsgütern in den Gazastreifen beteiligen. „Den Menschen in Gaza fehlt es am Nötigsten. Wir möchten unseren Teil dazu beitragen, dass sie Zugang zu Nahrung und Medikamenten bekommen“, teilte Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) mit. Dafür sollen zwei in Frankreich stationierte C-130-Transportflugzeuge Hercules der Bundeswehr eingesetzt werden, die jeweils bis zu 18 Tonnen Last transportieren könnten. Hilfsorganisationen zufolge ist die Lage der Menschen in dem Küstenstreifen verzweifelt. Nach UN-Angaben droht eine Hungerkrise. Im Gazastreifen leben rund 2,2 Millionen Menschen.

Vereinte Nationen fordern Zugang auf dem Landweg

Geholfen wird der Bevölkerung im Gazastreifen mittlerweile auch auf dem Seeweg. Am Dienstag war das Schiff „Open Arms“ der gleichnamigen Hilfsorganisation aus dem zypriotischen Hafen von Larnaka in Richtung Gazastreifen in See gestochen. Der umgebaute Schlepper zieht eine Plattform, auf die Hilfsgüter geladen worden sind – rund 200 Tonnen Trinkwasser, Medikamente und Lebensmittel. Die Fahrt könnte bis zu 60 Stunden dauern, da das Schiff langsam fährt. Allerdings machen Seetransporte von Hilfsgütern in den Gazastreifen einem Sprecher der Vereinten Nationen zufolge nicht den Mangel an dringend benötigten Lkw-Lieferungen wett. Zugang werde auch auf dem Landweg benötigt, die sichere und regelmäßige Verteilung im Gazastreifen müsse gewährleistet sein, hieß es. Die Vereinten Nationen drangen zuletzt darauf, die Hilfslieferungen per Lastwagen auszuweiten.



AfD bezeichnet Belege als „Haarspaltereien“

Partei wehrt sich vor Gericht gegen Einstufung als rechtsextremistischer Verdachtsfall / Verfassungsschutz: Informationen stammen nicht von V-Leuten

MÜNSTER (dpa). Im Berufungsverfahren um die Einstufung der AfD als rechtsextremistischer Verdachtsfall haben Anwälte der Partei versucht, dem Verfassungsschutz Details zu seinen Methoden der Informationsbeschaffung zu entlocken. Sie stellten am Mittwoch, dem zweiten Verhandlungstag, vor dem nordrhein-westfälischen Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster außerdem einen Antrag, die Verhandlung zu unterbrechen und frühestens in sechs Wochen fortzusetzen.

Um den Vorwurf des Verfassungsschutzes zu entkräften, die AfD unterscheide zwischen einem ethnisch definierten deutschen Volk und einem rechtlich definierten Staatsvolk, schlug Roman Reusch, Mitglied des AfD-Bundesvorstandes, vor, AfD-Mitglieder mit Migrationshintergrund als Zeugen zu befragen. Der Anwalt des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Wolfgang Roth, hielt der AfD entgegen, Vertreter der Partei hätten Menschen mit Migrationshintergrund zu Menschen

zweiter Klasse herabgewürdigt und über eine vermeintliche Zerstörung oder Auslöschung des deutschen Volkes gesprochen. Er zitierte unter anderem Ausführungen des Thüringer AfD-Landeschefs Björn Höcke. Reusch sagte, dies seien „Haarspaltereien“, die von AfD-Mitgliedern mit niedrigem Bildungsniveau womöglich gar nicht verstanden würden. Er wies die Einschätzung zurück als „Unterstellungen, die aus kleinen Sachverhaltsschnipseln irgendwie zusammengebastelt werden“.

Roth warf der AfD zudem vor, Anträge „ins Blaue hinein“ zu stellen mit dem Ziel der „Prozessverschleppung“. Die Anwälte der AfD, Michael Fengler und Christian Conrad, wiesen dies zurück. Auch der Vorsitzende Richter, Gerald Buck, betonte nach mehreren ausführlichen, nahezu wortgleichen Anträgen der AfD zur Benennung von Zeugen, ihm sei an einer effizienten Prozessführung gelegen.

Am Mittwoch ging es unter anderem um den Einsatz von virtuellen Agenten, also Mit-

arbeitern des Verfassungsschutzes, die in sozialen Netzwerken mit einer anderen Identität unterwegs sind, und sogenannten V-Leuten – Informanten aus dem Umfeld der Partei. Der Verfassungsschutz betonte auf Nachfrage, seine Belege zur AfD stammten hauptsächlich aus Reden und Social-Media-Posts von Mandatsträgern und Funktionären. Dass Mitarbeiter oder Informanten des Bundesamtes oder der Landesbehörden für Verfassungsschutz diese provoziert haben könnten, sei aus-

zuschließen. Der Anwalt des BfV warf der Gegenseite vor, sie habe keine Anhaltspunkte vorgetragen, die auf eine „Fremdsteuerung“ oder „Manipulation“ hindeuten könnten.

Das BfV mit Sitz in Köln hatte die AfD sowie die Jugendorganisation Junge Alternative als rechtsextremistischen Verdachtsfall eingestuft. In dem Berufungsverfahren ist zu klären, ob diese Einschätzung Bestand hat. Ein Urteil gab es auch am Mittwoch nicht. Wann die Verhandlung fortgesetzt wird, ist noch offen.

KOMMENTAR



Debatte über Mainzer Biotech-Erweiterung wird weitergehen

Von Paul Lassay
paul.lassay@vrm.de

Die Ergebnisse des Wettbewerbs für die Entwicklung des 50-Hektar-Erweiterungsgeländes sehen schick aus, keine Frage. Es ist viel Grün eingeplant, größere Bereiche sollen frei bleiben, um Luftströme zu verbessern und teilweise auch eine fortgesetzte landwirtschaftliche Nutzung zu ermöglichen. Doch an der Umsetzbarkeit gibt es weiterhin Zweifel – und an der Notwendigkeit, das sensible Gelände zu bebauen, wie die Wortmeldung eines Fachmanns wie des ehemaligen Leiters des Mainzer Stadtplanungsamts unterstreicht. Wie es weitergeht, wird von mehreren Faktoren abhängen. Da ist zum einen die Nachfrage. Auf dem ersten Teil des Biotech-Campus wird das erste Gebäude errichtet, zwei weitere befinden sich in der Vorbereitung. Was danach folgt, ist noch unklar. Ob der Flächenbedarf so groß ist, dass es dann direkt weitergeht, muss sich zeigen. Zum anderen muss im Verlauf des Planungsprozesses deutlich werden, wie die schönen Visualisierungen aus dem Wettbewerb ohne zu große Abweichungen in die Wirklichkeit übertragen werden sollen. Und nicht zuletzt ist auch anzunehmen, dass die Debatte mit jedem Hitzesommer wieder an Fahrt aufnehmen wird – zumal, wenn es recht zentral gelegene Alternativen gibt.

BLAULICHT

Linienbus fährt auf Auto auf

WEISENAU (red). Ein Linienbus ist am Donnerstag in der Max-Hufschmidt-Straße in Mainz-Weisenauf auf ein Auto aufgefahren, das an einer Ampel gehalten hat. Der Autofahrer und ein Fahrgast wurden dabei verletzt. Kurz nach 14 Uhr hatte der 43-jährige Autofahrer an der Kreuzung zur Chana-Kahn-Straße wegen einer roten Ampel gehalten. Wie die Polizei mitteilt, stürzte, als der 68-jährige Busfahrer aus noch ungeklärter Ursache auffuhr, wegen des Zusammenstoßes eine Frau im Bus und wurde später in ein

Krankenhaus gebracht. Ihr Ehemann fiel auf einen Kinderwagen, blieb aber ebenso wie das sich darin befindliche Kind unverletzt. Der Autofahrer wurde bei dem Unfall leicht verletzt.

Nach Angaben der Polizei dauern die Ermittlungen hinsichtlich der Ursache noch an. Erste Zeugenaussagen sowie die aufgezeichneten Daten des Bus-Kontrollgerätes wurden aufgenommen und werden noch ausgewertet. Die Angaben des Busfahrers zum Unfallgeschehen stehen noch aus.

MOGUNTINUS

Meisterin des Versteckens

Verstecken – das ist ein absoluter Klassiker und eines der Lieblingsspiele vieler Kinder. Das gilt auch für meine Nichte. Sie ist eine Meisterin des Versteckens. Egal, wie oft sie zum Versteckspiel bittet, immer wieder fallen ihr neue Plätzchen ein, an denen wir sie nicht vermuten. Und das, obwohl wir häufig im Haus spielen und man meinen könnte, irgendwann alle Verstecke ausgereizt zu haben. So geht es zumindest mir, so dass sie mich meist schnell findet. Umgekehrt dauert es dagegen länger. Da ist es gut, dass sich meine Nichte hin und wieder selbst verrät – vor lauter Kichern und Lachen.

Ex-Stadtplaner übt scharfe Kritik an Biotech-Erweiterung

Günther Ingenthron sieht bei 50-Hektar-Größe mehr Schaden als Nutzen

Von Paul Lassay

MAINZ. Anfang des Jahres wurden auf der Zitadelle bunte Grafiken aufgehängt. Es galt, die Sieger des Wettbewerbs zur Gestaltung des Erweiterungsgeländes des Biotech-Campus vorzustellen. Seitdem ist das Verfahren zur weiteren Entwicklung auf den 50 Hektar zwischen der Eugen-Salomon-Straße und der Bahnlinie Richtung Alzey vorerst wieder in die Verwaltung und aus der Öffentlichkeit verlagert. Doch die Pläne zur Bebauung treiben viele Menschen um, darunter einen, der das Areal bestens kennt – und vor irreversiblen Maßnahmen warnt, die mehr Schaden anrichten, als sie nutzen.

Günther Ingenthron war von 1986 bis Ende 2018 an verschiedenen Stellen in der Mainzer Stadtplanung tätig, zuletzt als ihr Leiter. Die Entscheidung der Stadt, die „klimatisch wichtigen und wertvollen Flächen umzuwandeln“, sei für ihn nicht nachvollziehbar, erklärt Ingenthron im Gespräch mit dieser Zeitung. „Im Baurecht muss immer gut abgewogen werden. Ich sehe hier viele Zeichen, dass vor allem nach der Gewerbesteuer, nach Ruhm und Ehre geschaut wird. Das Stadtklima lässt man dabei unter den Tisch fallen. Wenn man die Flächen einmal bebaut, ist das nicht mehr rückgängig zu machen“, so der ehemalige Stadtplaner. Und er sei sich nicht sicher, ob die Pläne vor Gericht Bestand hätten, zumal es bessere Alternativen gebe.

In der Vergangenheit seien für die betroffenen Flächen sehr bewusst komplett gegensätzliche Entscheidungen getroffen worden, erläutert Ingenthron. „Genau die Fläche war 15 Jahre lang als Siedlungsfläche zur Universitäreweiterung vorgesehen.“ Aufgrund von Gutachten wie dem „Klimaabwägenden Begleitplan“ sei es dann im Rahmen eines neuen Flächennutzungsplans ab dem Jahr 2000 wieder als landwirtschaftliche Fläche festgelegt worden. Dies sei nur aufgrund der Erkenntnis geschehen, dass Kaltluft, die bei Dräis und Finthen entstehe, möglichst ungestört Richtung Neustadt und Mombach abfließen solle.

„Ich bin beruhigt in Ruhestand gegangen, da der Rahmen der Entwicklung in Ordnung schien“, sagt der 70-Jährige. Doch nun sei seitens der Verwaltung ein Paradigmenwechsel geplant – und das, obwohl der Klimawandel ein immer bedeutenderes Thema sei. „Das wird ja nicht besser. Und wenn man den Klimanotstand beschließt,



Die 50 Hektar Ackerfläche, auf denen der entstehende Biotech-Campus perspektivisch erweitert werden soll, wurden mit einer Änderung des Flächennutzungsplans im Jahr 2000 noch als Bauland gestrichen.

Foto: Sascha Kopp



Der Zollhafen ist für Günther Ingenthron, den ehemaligen Leiter des Stadtplanungsamtes, eines seiner Lieblingsprojekte. Überhaupt schwärmt er für die Neustadt. Foto: Jörg Henkel/hbz (Archiv)

muss doch daraus auch etwas Substantielles folgen.“ Die begleitenden Gutachten des Wettbewerbs für die 50 Hektar kommen zu dem Schluss, dass der „Kaltluftvolumenstrom“ und die „Kaltluftproduktionsrate“ durch die geplante Bebauung unter den ungünstigsten sommerlichen Bedingungen um vier Uhr nachts um weniger als sieben Prozent verringert werden.

Konzentration auf bereits versiegelte Flächen

Es bleibe aber trotzdem dabei, dass das Zeitfenster, in dem kühlende Luft fließe, verkürzt und die Luftmasse verringert werde, betont Ingenthron. „Diese Funktion wird beeinträchtigt.“ Dies geschieht unter anderem dadurch, dass Gebäude Oberflächen die Kühlleistung und das Volumen der Kaltluft reduzieren.

Es habe in der Vergangenheit eine gute Planungskultur in Mainz gegeben. „Wir haben keinen Bebauungsplan wegen

Abwägungsfehlern verloren“, so Ingenthron. Doch nun wolle die Stadt 50 Hektar Grünfläche in Beschlag nehmen und es sei zweifelhaft, ob man einem Gericht heutzutage erklären könne, warum gerade dort ein Biotech-Campus entstehen müsse. Die von der Verwaltung propagierte „Biotech-Achse“ von der Goldgrube in der Oberstadt über die Unimedizin und die Uni bis zu den Feldern an der Saarstraße sei für ihn planerisch nicht nachvollziehbar. Warum gehöre denn der Biotech-Standort in der Hechtheimer Straße nicht dazu? Und einige hundert Meter zur Seite verlagert funktioniere das Konzept nicht mehr? Eine Achse sei für ihn etwas anderes, und in der Pandemie habe sich gezeigt, dass wissenschaftliche Spitzenleistungen auch dezentral erbracht werden könnten. „Man ist da nicht auf die Kollegen nebenan angewiesen.“

Unabhängig von den Äckern am Europakreisel gebe es viele bereits versiegelte Areale, auf denen Biotech-Firmen angesiedelt werden könnten, ist Ingen-

thron überzeugt. Da sei zum Beispiel das ehemalige Blendax-Gelände am Zollhafen, das große Bauflächen biete. „Man muss vorhandene Flächen zur Konversion nutzen. Auf Freiflächen zu gehen, ist nicht angesagt und wäre kontraproduktiv für die nächsten 100 Jahre.“

Eine weitere mögliche Fläche sei das Gelände unter der Mombacher Hochstraße, die ohnehin abgerissen werde. Wenn das Tierheim verlagert werde, entstünden dort einige Flächen, die gut erschlossen seien und mitten im Stadtgebiet lägen. Und auch im Mombacher Industriegebiet am Rheinufer gebe es Möglichkeiten. Bei der Entwicklung des Zollhafens habe man schließlich gesehen, welche Bauflächen durch die Verlagerung von Betrieben gewonnen werden könnten. In solchen Gebieten könne man dann eventuell auch deutlich stärker in die Höhe bauen als auf den klimatologisch sensiblen Flächen, die nun beplant werden sollen. Auf Mainzer Gebiet gebe es die größten Ressourcen zur Nutzung bebauter Flächen, so Ingenthron, doch auch wenn man darüber hinaus in den Landkreis schaue, gebe es Areale wie den Rhein-Selz-Park, die infrage kommen könnten.

Dabei sei er nicht generell gegen die Erschließung neuer Areale. Die Ausweisung neuer Flächen für den Wohnungsbau bei Hechtshaus und Ebersheim sei „prinzipiell zu begrüßen“, so Ingenthron, auch wenn bei den Ebersheimer Flächen ebenfalls Kaltluftströme zu beachten seien. Diese Planung setze das Mainzer Fünf-Finger-Prinzip der Stadtentwicklung fort.

► KOMMENTAR

OB appelliert an Besucher des Marktfrühstücks

MAINZ (sde). Keiner habe etwas gegen das Marktfrühstück. Das ist der Tenor der Einzelhändler und Gastronomen rund um den Liebfrauenplatz. Immer wieder gab es in den vergangenen Jahren Ärger, weil die regulären Besucher des Wochenmarkts oder der Innenstadt nicht oder nur erschwert an ihr Ziel kamen. Einige der Einzelhändler schließen deshalb samstags früher ihr Geschäft oder fordern ein richtiges Konzept für die Großveranstaltung. Jetzt appellieren Oberbürgermeister Nino Haase und Wirtschaftsdezernent Manuela Matz (CDU) an die Besucher des Marktfrühstücks.

Damit das Marktfrühstück für alle Besucher der Landeshauptstadt zum Genuss wird, bitten Haase und Matz sich an die Regeln zu halten. Konkret heißt das: Rücksicht auf ansässige Geschäfte und Gaststätten nehmen sowie auf Besucher, die nicht wegen des Marktfrühstücks in Mainz sind. „Wir bitten alle Gäste, Müll und Abfälle in die aufgestellten Mülleimer und Abfallgefäße zu werfen, Flucht- und Rettungswege freizuhalten sowie die öffentlichen Toiletten im Umfeld des Marktfrühstücks zu nutzen“, geben Haase und Matz in einer Presseerklärung bekannt.

Oberbürgermeister und die Wirtschafts- und Ordnungsdezernentin stellen dabei die Bedeutung des Marktfrühstücks als „echte Attraktion“ heraus, die Menschen in- und außerhalb von Mainz in die Stadt zieht. „Dort treffen sich alle Generationen und dort kann man bei einem leckeren Glas von den Mainzer Winzern unsere besondere Lebensart und unser Mainzgefühl hautnah erleben“, betont Haase.

Security achtet auf Geschäfte und Schaufenster

Rund um den Ausschank am Liebfrauenplatz wird es wie in den vergangenen Jahren sogenannte „Einfriedungen“ geben, als auch ein Korridor entlang der ehemaligen Gaststätte „Goldisch“. Damit die Geschäfte und Schaufenster möglichst freigehalten werden, sind zudem sieben Security-Mitarbeiter in der Fischtorstraße unterwegs – ebenso wie Vertreter des Ordnungsamtes.

Wer sich außerhalb der öffentlichen beziehungsweise mobilen Toiletten erleichtert und dabei erwischt wird, muss mit einem Verwarngeld in Höhe von 55 Euro rechnen. Öffentliche Toiletten befinden sich in der Heugassee, am Rhein auf Höhe des Rathauses sowie am Marktplatz unter dem Schuhhaus Buttler und am Dom-Museum. Zusätzlich dazu werden in der Heugassee als auch am Rhein mobile Toiletten aufgestellt.

– Anzeige –

LAUBENHEIMER HÖHE
genießen · feiern · reiten

Ab sofort gibt es bei uns Deutschen Spargel.

panoramaterrasse top-eventlocation hofgarten durchgehende küche

FAVORITE parkhotel GmbH · Anja & Christian Barth · Auf der Laubenheimer Höhe 1-3 · 55130 Mainz · Fon 0631 62226-0 · www.hofgut-laubenheimer-hoehe.de

KOMMENTARE



Das Deutschlandticket muss finanziell abgesichert werden

Von Karl Schlieker
karl.schlieker@vrm.de

Einsteigen, losfahren – mit dem Deutschlandticket muss niemand mehr über unverständliche Tarifgrenzen und Ticketangebote rätseln. Ein Ticket für alle Busse und Bahnen im Nah- und Regionalverkehr für ganz Deutschland ist attraktiv, wie die elf Millionen Abonnenten zeigen. Unter den Käufern sind viele Neukunden, die zuvor den ÖPNV nicht oder kaum genutzt haben. Die Rückkehr der Fahrgäste nach der Pandemie wäre ohne die Ticket-Revolution in diesem Umfang nicht möglich gewesen, heißt es bei den Verkehrsverbünden. Dieser Erfolg ist allerdings mit Schattenseiten verbunden. Da das Verkehrsangebot im ländlichen Raum in vielen Regionen lückenhaft ist, gibt es dort entsprechend weniger Abonnenten. So besitzen im Gebiet des Rhein-Main-Verkehrsverbunds im städtischen Raum etwa 34 Prozent ein Deutschlandticket, auf dem Land sind es dagegen nur etwa 10 Prozent. Gleichzeitig hat sich die Mobilität verändert. Schließlich gehört das Homeoffice inzwischen zum Arbeitsalltag. Eine starke Zunahme im Freizeitverkehr und eine hohe Nachfrage auf schnellen Regionalexpress-Verbindungen stößt aber an die Grenzen des derzeitigen Angebots. Um das Potenzial des Deutschlandtickets auszuschöpfen, muss das Angebot angepasst und ausgebaut werden. Insbesondere auf dem Land gilt es, mit flexiblen On-demand-Verkehren effizient Lücken zu schließen. Gleichzeitig muss die Finanzierung des Flatrate-Tickets auf eine dauerhafte Basis gestellt werden. Nur bei einem verlässlichen Angebot werden mehr Menschen auf Bus und Bahn umsteigen. Der Verkehrssektor ist von seinen Klimazielen noch weit entfernt, ohne einen Ausbau des ÖPNV wird er sie nicht erreichen.



Der eingeschlagene Kurs zum Erreichen der Klimaziele ist richtig

Von Jana Wolf
kommentar@vrm.de

Gemeckert ist schneller als gelobt. Positive Nachrichten schlagen meist nicht immer so durch wie negative. Erst recht nicht, wenn sie auf das Konto der Ampel einzahlen, die schwer in Verfall geraten ist. Doch bei der jüngsten Entwicklung der Treibhausgasemissionen muss man festhalten: Der eingeschlagene Kurs der Bundesregierung ist richtig. Deutschland kann seine Klimaziele bis 2030 einhalten, wenn dieser Pfad weiter eingehalten wird. Die zulässigen Emissionsmengen, gemessen an den selbst gesteckten Zielen, könnten bis 2030 sogar unterschritten werden. Das ist ein Signal, das zuversichtlich stimmt. Und es sollte nicht durch halloose Unkenrufe schlechtert werden, dass die Dekarbonisierung zur vermeintlichen Deindustrialisierung des Landes führe. Ohne Klimaschutz würden die Wirtschaft und unsere gesamte Gesellschaft auf Dauer viel mehr leiden. Nun ist die Lage komplexer, denn die Klimafortschritte fallen in einzelnen Sektoren sehr unterschiedlich aus. Im Energiebereich schreitet der Ausbau der Erneuerbaren voran, deren Anteil beim Strom lag 2023 immerhin bei 52 Prozent, die Kohleverstromung geht zurück. Auch für den grünen Umbau der Industrie werden immer mehr Weichen gestellt. Im Gebäude- und Verkehrssektor hängt die Emissionsminderung dagegen hinterher, der Klimaschutz wurde hier politisch viel zu lange verschleppt. Das vergebte Heizungsgesetz hat hier einen Bärendienst erwiesen. Denn Klimaschutz darf eben nicht dazu führen, dass bei Menschen das Gefühl entsteht, es werde zwangsweise in den Privatreich eingegriffen und etwa alte Heizungen aus dem Keller gerissen. Anders herum wird ein Schuh daraus: Nur mit mehr Klimaschutz können wir Wohlstand und Freiheit sichern. Um dieses übergeordnete Ziel zu erreichen, bleibt weltweit noch sehr viel zu tun.

PRESSESTIMME

Leipziger Volkszeitung

Das sächsische Blatt schreibt zum Weimarer Dreieck:

Scholz kann noch so oft versichern, dass er Macron freundschaftlich verbunden sei. Die Realität sagt etwas anderes. Selten war das Verhältnis so schlecht wie heute. Man kann nur hoffen, dass der Zank auf offener Bühne von vor drei Wochen um Munition und Bodentruppen, um Mut und Feigheit tatsächlich der absolute Tiefpunkt war und dass sich das deutsch-französische Verhältnis wieder stabilisiert. Tusk hat es richtig formuliert: Nur ein einiges Europa wird der Ukraine dauerhaft helfen können.



„Soll niemand behaupten, du hättest keine Wahl!“

Karikatur: Luff

PRO & CONTRA

Olaf Scholz ist der Friedenskanzler

Weil er der Ukraine nicht den Taurus liefern will, bekommt der Regierungschef dieses Etikett verpasst – zu Recht?

Nach hoffentlich ist Olaf Scholz ein Friedenskanzler! Sein Amtseid verpflichtet ihn, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Das Hineinrutschen in einen Krieg wäre mehr als ein Schaden, es wäre blanker Horror. Alles Hirnspinnst? Niemand weiß das genau. Es ist keine Schwäche, die Drohungen aus dem Krell ernst zu nehmen. Wer genau hin hört und sorgfältig abwägt, kuschelt deshalb nicht vor Putin. Was durch die sehr deutsche Taurus-Debatte außerdem aus dem Blick gerät: Nach den USA hat Deutschland der Ukraine bisher mit Abstand das meiste Kriegsgüter geliefert. Das war und ist richtig.

Es ist geradezu absurd, dass das Etikett „Friedenskanzler“ nicht als Kompliment gemeint ist, sondern als Vorwurf. Wünschen sich die Talkshow-Strategen, die uns Woche für Woche die Welt erklären, einen Kriegskanzler? Scholz will die Marschflugkörper nicht an die Ukraine liefern,

weil nach seiner Darstellung Soldaten der Bundeswehr bei ihrem Einsatz zumindest indirekt beteiligt sein müssten. Und weil es eine Waffe ist, die – in die falschen Hände geraten – auch auf Moskau gerichtet werden könnte.

PRO



„Wünschen sich die Talkshow-Strategen einen Kriegskanzler?“

Jens Kleindienst
jens.kleindienst@vrm.de

starkes Stück. Gegenfrage: Was treibt die Union eigentlich an? Geht es ihr nur darum, der Ukraine das Überleben zu sichern? Nein. Sie nutzt den Taurus längst auch als Waffe, um diese Bundesregierung zu sprengen.

Wir wissen natürlich nicht, ob hinter dem Zaudern des Kanzlers ein raffinierter Plan steckt. Vielleicht spielen Emmanuel Macron und Olaf Scholz ja nur europäisches Theater. Während der französische Präsident den Einsatz von Nato-Truppen ins Spiel bringt, tritt der deutsche Regierungschef maximal auf die Taurus-Bremse und zieht rote Linien, nach denen er gar nicht gefragt wurde. All das, so ihr mögliches Kalkül, soll Wladimir Putin maximal verunsichern. Sodass der Kriegstreiber am Ende gar nicht mehr weiß, welche Gegenmaßnahmen ihm bei einer Eskalation in der Ukraine erwarten. Doch es fällt angesichts des sonstigen Berliner Dilettantismus schwer, an eine Inszenierung zu glauben. Zumal das Hüft zwischen Berlin und Paris nicht nur Moskau im Unklaren lässt, sondern auch die eigene Bevölkerung beunruhigt. Weiß denn hierzulande noch irgendwer, wie die Europäer dem rus-

CONTRA



„Scholz' Vorsicht beeindruckt den Schulhofschläger Putin nicht.“

Klaus Thomas Heck
klaus.thomas.heck@vrm.de

So könnte Scholz denn auch nicht als Friedenskanzler in die Geschichte eingehen, sondern als zweiter Neville Chamberlain. Als derjenige, dessen Zaudern Putin zu weiteren Eroberungen ermutigt hat.

Dämmer geht nimmer

Gespräche am Gartenzaun: Über Nieten in Nadelstreifen, Ausgeh-Uniform und Soutane

Bei meinem Nachbar bricht hin und wieder doch noch der alte Wutbürger durch. Obwohl die Sonne zuletzt viel zu herrlich strahlte, um meine Laune zu haben, regt er sich beim Kehren seiner Terrasse fürchterlich auf. „Alles Anfänger und Dilettanten“, schimpft der ältere Herr. „Wenn wir früher so gearbeitet hätten!“ Worum es gehe, frage ich unvorsichtigerweise nach.

„Ach, hören Sie mir auf“, winkt er mürrisch ab. Und zieht dann vom Leder über Bundeswehr-Offiziere, die „zu doof“ seien, ein geheimes Gespräch zu führen, ohne sich dabei „vom Russen“ abhören zu lassen. Wie naiv oder bekloppt müsse man sein! Ich könne schlecht beurteilen, welches intellektuelle Niveau in der Truppe herrsche, wende ich ein: Wie er wisse, hätte ich ja nicht „gedient“. Das klingt

vielleicht ein wenig hochnäsiger. Die Reaktion meines Gegenübers: eisige Blicke.

Letztlich hat der Nachbar recht: Während sich heute schon einfache Angestellte den lieben langen Arbeitstag über aus Sicherheitsgründen für alles mögliche „authentifizieren“ müssen (was kommt als nächstes: Toilettengang nur nach Fingerabdruck?), quatschen der Inspekteur der Luftwaffe und ein paar andere hochrangige Uniformträger über das Waffensystem „Taurus“ und andere höchst wichtige Fragen, als ginge es um Kneipentreten um das Pokalfinale. Zu dumm, dass sich zwei der hochbezahlten Leistungsträger dafür über unsichere Verbindungen einwählen.

Und dann der Weselsky ... Jetzt redet sich der Nachbar in Rage. Als hätte es unsere gemeinsamen Achtsam-

keitsübungen am Zaun nie gegeben. Der Vorsitzende der Bahngewerkschaft GDL sorgte zuletzt mit falschen Behauptungen über Verhandlungs-

ihn dreht“, erzürnt sich der Nachbar.

Immerhin, wende ich ein, sitzen jetzt auf beiden Seiten des Verhandlungstisches ebenbürtige Gesprächspartner. Denn bei der Bahn wird, wie man weiß, selbst die unterirdischste Performance noch mit großzügigen Boni belohnt. Wo bis zu sechs Minuten Verspätung noch als „pünktlich“ gelten, sind alle Maßstäbe heillos verschoben. Wahrscheinlich definieren sich die derart reich beschenkten Bahnmanager, in bester Merz-Manier, ganz bescheiden als „gehobene Mittelschicht“.

Ob Luftwaffenchef oder Gewerkschaftsboss: Die „Nieten in Nadelstreifen“, die es aus Günter Oggers Bestseller-Titel zum gefügigen Wort schafften, sind heute allgegenwärtig. Und müssen nicht mal feinen Zwirn tragen, wie das

Beispiel des belauschten Taurus-Talks zeigt – manchmal reicht Nato-Tarn oder Ausgeh-Uniform. Auch ein Bundeswirtschaftsminister, der stets großen Wert auf krawattenfreie Lockerheit legt, ist nicht gefeit davor, etwa beim Thema Insolvenz als nicht ganz bibelfest geoutet zu werden.

Bibelfest – das ist das nächste Stichwort für den Nachbar. Den Heiligen Vater in Rom hält er ohnehin für einen weltfernen Dampfplauderer, der Wasser predigt, aber Wein trinke. Oder sogar Prosecco, schließlich liegt der Vatikan mitten in bella Italia. „Und sein irres Gerede vom Frieden in der Ukraine hätte er sich lieber sparen sollen“, schimpft der Nachbar. Gutes Personal ist heute eben überall schwer zu bekommen, wende ich verschönlich ein. Wie im Himmel, so auf Erden.



Nachbarn

von Sascha Kircher

ergebnisse für Irritation. Seine Falschangabe versuchte Weselsky nachträglich mit der Ausrede „Denkfehler“ zu rechtfertigen. „Sein Denkfehler ist der: anzunehmen, dass sich die ganze Welt nur um

Spanien wegen Puigdemont in Aufruhr

BARCELONA (dpa). Der 2017 ins Exil geflüchtete Separatistenführer Carles Puigdemont hat seine Rückkehr nach Spanien angekündigt – und damit in seiner Heimat prompt Aufsehen, Empörung und Unruhe ausgelöst. Puigdemont wollte am 12. Mai bei der vorgezogenen Parlamentswahl in Katalonien als Spitzenkandidat antreten, sagte sein Anwalt Gonzalo Boye am Freitag in einem Interview des katalanischen Radiosenders RAC1. Der 61-Jährige werde dabei in Kauf nehmen, bei der Einreise festgenommen zu werden. „Er ist bereit, zurückzukommen und sich verhaften zu lassen“, versicherte Boye. Viele in Spanien hätten Angst vor einer Heimkehr Puigdemonts und vor einem Wahlsieg des Mannes, dem unter anderem auch Verbindungen zu Moskau nachgesagt werden, räumte der Anwalt ein. „Aber sie werden nicht verhindern können, dass er Präsident wird.“ Die Ankündigung schlug in Spanien wie eine Bombe ein. Das Comeback des „meistgehassten“ Bürgers Spaniens weckte sofort Erinnerungen an den Herbst 2017, als Puigdemont Katalonien unabhängig erklärte.

EU kommt Bauern entgegen

BRÜSSEL (dpa). Nach den Bauernprotesten will die EU-Kommission gelockerte Umweltauflagen für Landwirte erlauben. Dabei geht es etwa um die Regeln für Brachflächen, wie die Behörde am Freitag mitteilte. Bisher sind Bauern dazu verpflichtet, einen Teil ihrer Ackerfläche brachzuliegen oder unproduktiv zu nutzen. Dadurch soll die Umwelt geschützt werden. Nach dem Vorschlag der Kommission sollen Bauern künftig selbst entscheiden, ob sie einen Teil ihres Ackerlands unproduktiv nutzen. Die Mitgliedstaaten sollen wiederum Landwirte finanziell belohnen, die trotz der Lockerung Land brachliegen lassen.

57 Millionen für Missbrauchsoffer

BONN (epd). Jüngste Schmerzensgeldurteile staatlicher Gerichte kommen katholischen Missbrauchsbetroffenen zugute. Das zeigt der Tätigkeitsbericht der Unabhängigen Kommission für Anerkennungsleistungen, der am Freitag in Bonn vorgestellt wurde. Demnach erhielten Betroffene im Jahr 2023 durchschnittlich zwischen 22.140 und 33.618 Euro an Anerkennungsleistungen für erlittene Leid durch sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Die Gesamtsumme beläuft sich seit dem Start am 1. Januar 2021 auf rund 57 Millionen Euro.



Ihr Kontakt zur Zentralredaktion
E-Mail: kontakt@vrm.de
wirtschaft@vrm.de
kultur@vrm.de
sport@vrm.de

Blattmacher:
Andreas Härtel (Ltg.), Katharina Volkmann (Ltg.), Thomas Dix (Content-Manager), Alexandra Eichardt (Content-Manager), Klaus Thomas Heck (Content-Manager), Steffen Nagel (Content-Manager), Beate Nietzel (Content-Manager), Björn-Christian Schüller (Content-Manager), Nadja Anthes-Pich, Signe Balot, Torsten Boor, Ken Chwanetz, Susanne Einhäuser, Andreas Hand, Daniel Holzer, Dirk Janowitz, Peter Kämmerer, Silke Kaul-Fritz, Thorsten Lutz, Jürgen Möcks, Katrin Oltmanns, Carsten Schröder, Volker Schütz, Nicole Suckert

Weimarer Dreieck übt den Schulterschluss

Hilfe für die Ukraine: Beim Gipfel in Berlin beschwören Deutschland, Frankreich und Polen ihren Zusammenhalt

Von Michael Fischer,
Michael Evers und Doris Heimann

BERLIN. Trotz Differenzen haben Deutschland, Frankreich und Polen bei einem Dreier-Gipfel in Berlin ihren Zusammenhalt bei der Unterstützung der Ukraine im Abwehrkampf gegen Russland beschworen. „Wir alle drei meinen es ernst mit unserer Unterstützung der Ukraine“, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz der (SPD) am Freitag nach Beratungen mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron und dem polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk in Berlin. „Mehr denn je gilt: Unsere Einheit ist unsere Stärke. Und gerade unseren drei Staaten – Deutschland, Polen und Frankreich – wächst dabei eine besondere Verantwortung zu.“ Solidarität und gemeinsames Handeln seien unverzichtbar, um Frieden und Freiheit in Europa zu verteidigen.

Donald Tusk: Sprechen mit einer Stimme

Macron betonte: „Wir teilen eine Überzeugung: In der Ukraine geht es auch um unsere Sicherheit und unsere Zukunft“, sagte er. Der gemeinsame Wille sei es, die Ukraine so lange wie notwendig zu unterstützen und Russland seinen Angriffskrieg nicht gewinnen zu lassen. Auch Tusk sagte: „Wir haben heute mit einer Stimme gesprochen, in erster Linie über Fragen der Sicherheit für unseren Kontinent, für unsere Länder, und all dies natürlich im Zusammenhang mit dem Krieg.“



Bundeskanzler Olaf Scholz (rechts) empfängt in Berlin Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron (Mitte) und Polens Regierungschef Donald Tusk zu Beratungen im sogenannten Weimarer Dreieck. Foto: dpa

Dem Treffen vorausgegangen war ein offener Konflikt über die Ukraine-Strategie zwischen Scholz und Macron. Nach dem letzten großen Ukraine-Gipfel in Paris vor knapp drei Wochen hatte Macron erklärt, dass die Entsendung von Bodentruppen für ihn eine Option sei. Scholz widersprach in den Tagen darauf mehrfach. „Um es klipp und klar zu sagen: Als deutscher Bundeskanzler werde ich keine Soldaten unserer Bundeswehr in die Ukraine entsenden“, sagte

der SPD-Politiker. Das Treffen in Berlin diente nun dem Ziel, dem Eindruck einer uneinigen Europäischen Union bei der Ukraine-Hilfe entgegenzuwirken. Die Differenzen in der Frage der Bodentruppen wurden dabei aber nicht ausgeräumt. Beim anschließenden Pressetermin wurden keine Nachfragen der Journalisten zugelassen. Scholz und Macron erwähnten das Thema in ihren Statements nicht.

Kurz vor dem Treffen bekräftigten sie aber ihre unterschied-

lichen Positionen. „Da gibt es keinerlei veränderte Haltung des Bundeskanzlers dazu. Das hat er deutlich gemacht“, sagte der deutsche Regierungssprecher Steffen Hebestreit nur wenige Minuten bevor Scholz den französischen Präsidenten mit Handschlag – aber ohne Umarmung – auf dem roten Teppich vor dem Kanzleramt empfing. „Beide haben da ihre Standpunkte und dabei wird es auch bleiben. Davon gehe ich aus.“ Am Vorabend hatte Macron

seine Position zu den Bodentruppen im französischen Fernsehen noch einmal bekräftigt. „Alle diese Optionen sind möglich“, sagte er, machte aber zugleich deutlich, dass er den Zeitpunkt für Bodentruppen nicht gekommen sieht und ein solcher Einsatz nicht sein Wunsch sei. Man setze nicht auf Eskalation und befände sich auch nicht im Krieg gegen Russland, man dürfe Russland den Krieg in der Ukraine aber nicht gewinnen lassen, sagte Macron.

Im Mittelpunkt des Dreier-Gipfels standen dann die Gemeinsamkeiten. Scholz bekräftigte, dass man nun zur Unterstützung der Ukraine weltweit Waffen und Munition kaufen wolle. In einem ersten Schritt hat Tschechien in 18 Staaten Geld für den Kauf von 800.000 Artilleriegranaten für die Ukraine aus sogenannten Drittstaaten außerhalb der Europäischen Union gesammelt. Deutschland will sich daran mit etwa 350 Millionen Euro beteiligen.

Gemeinsam für mehr Munition für die Ukraine

Die Produktion militärischen Geräts werde ausgebaut, auch in Zusammenarbeit mit Partnern in der Ukraine, sagte Scholz. Außerdem werde eine „neue Fähigkeitskoalition für weitreichende Raketenartillerie“ gegründet, sagte Scholz, ohne Einzelheiten zu nennen.

Der Standpunkt von Polens Regierungschef Tusk zu der Bodentruppen-Frage blieb auch am Freitag ungeklärt. Ende Februar hatte er bei einem Treffen mit seinem tschechischen Kollegen Petr Fiala in Prag gesagt: „Polen beabsichtigt nicht, seine Truppen in die Ukraine zu schicken.“ Sehr viel deutlicher positionierte sich etwas später Außenminister Radosław Sikorski. „Die Präsenz von Nato-Truppen in der Ukraine ist nicht undenkbar. Ich begrüße die Initiative von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron“, schrieb er am vergangenen Freitag auf der Plattform X (vormals Twitter).

Auf dem Pfad der Tugend?

Minister Habeck sieht Deutschland beim Einhalten der Klimaziele 2030 auf Kurs

Von Jana Wolf

BERLIN. Deutschland kann seine Klimaziele bis 2030 einhalten und sogar übererfüllen, wenn der eingeschlagene klimapolitische Pfad weiter eingehalten wird. Das ist die zentrale Botschaft von Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck (Grüne), der am Freitag neue Daten des Umweltbundesamtes (UBA) zur Entwicklung der Treibhausgasemissionen vorgestellt hat. „Heute zeigen wir, dass Klimaschutz gelingen kann, dass sich die politischen Anstrengungen lohnen und gelohnt haben“, sagte Habeck. UBA-Präsident Dirk Messner sprach von einer „starken Perspektive“. „Jetzt müssen wir weiter hart arbeiten, bis 2030 und darüber hinaus“, sagte Messner mit Blick auf das Ziel der Klimaneutralität bis 2045.

Nach den Berechnungen des UBA gehen die Emissionen bis 2030 um knapp 64 Prozent im Vergleich zu 1990 zurück. Im Zeitraum von 2021 bis 2030 können die zulässigen Emissionsmengen, die im Entwurf für Klimaschutzgesetz festgelegt sind, um 47 Millionen CO₂-Äquivalente unterschritten werden. CO₂-Äquivalente geben die Wirkung an, die eine bestimmte Menge von Treibhausgasemissionen auf die Erderwärmung hat. Habeck erinnerte daran, dass zu Beginn dieser Legislaturperiode zwischen dem Ziel und den bisherigen Maßnahmen eine riesige Lücke von 1100 Millionen Tonnen CO₂ klappte. „Jetzt sind wir mit der Projektion bis 2030 unterhalb der Zielvorgabe, die im Klimaschutzgesetz steht“, sagte Habeck. Dabei fallen die Projektionen für einzelne Sektoren sehr unterschiedlich aus. Während die Energiewirtschaft, Industrie, Landwirtschaft und Abfallwirt-

schaft ihre Ziele sogar übertreffen könnten, bleiben die Bereiche Verkehr und Gebäude hinter den Zielen zurück. „Im Zentrum des Erfolges 2030 steht der Energiesektor“, so UBA-Präsident Messner.

Opposition: Schrumpfende Wirtschaft ist Ursache

Treiber für die rückläufigen Emissionen sei allen voran der Ausbau der Erneuerbaren Energien. 2023 habe es wegen der Wirtschaftslaute eine geringere Nachfrage gegeben. Laut Messner zeige sich im Projektionsbericht aber auch, „dass wir auch bei einer Wachstumsrate von 1,4 Prozent im Bezug auf die Treibhausgasemissionen im Energiesektor erfolgreich sein können.“ Die Berechnungen des UBA beruhen auf Annahmen, die zum Teil schon überholt sind. Die Kürzungen im Klima- und Transformationsfonds etwa sind in der Projektion noch nicht berücksichtigt. Umgekehrt flossen in die Berechnungen auch aus Klimaschutz-Sicht ungünstigere Annahmen ein. So kalkulierte

das UBA noch mit einem Wirtschaftswachstum von 1,4 Prozent für das laufende Jahr.

Habeck räumte ein, dass es im vergangenen Jahr kein ausreichendes Wachstum gegeben habe. Für die kommenden Jahre aber gehe man wieder „von stabilen Wachstumsraten, von einer produzierenden Wirtschaft“ aus. Die UBA-Projektion habe sogar höhere Wachstumsraten einkalkuliert als derzeit angenommen. „Wir zeigen damit, dass Klimaschutz und Wirtschaft, Wachstum, Produktion und eine klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft zusammengehen können“, sagte Habeck.

Aus der Opposition waren ganz andere Töne zu hören. So sieht Unionsfraktionsvize Jens Spahn (CDU) in den sinkenden Treibhausgasemissionen keinen Erfolg der Bundesregierung und von Klimaminister Habeck. „Die Emissionen sinken, weil die Wirtschaft schrumpft und Industrie abwandert. Das als Erfolg zu verkaufen, ist schon eine neue Form der Dreistigkeit“, sagte Spahn.



Laut Wirtschaftsminister Robert Habeck steht Deutschland in Sachen Klimaschutz gut da. Foto: dpa

Es geht noch mehr

Bundesregierung zieht nach einem Jahr erste Bilanz zum Deutschlandticket

Von Hagen Strauß

BERLIN. Im Mai gibt es das Deutschlandticket ein Jahr. Der digitale Abo-Fahrschein gilt bundesweit für den öffentlichen Personennahverkehr über die Tarifgrenzen hinweg, was einer ÖPNV-Revolution gleichkommen ist. Zuletzt wurde zwar zwischen Bund und Ländern wieder über die Finanzierung gestritten, doch inzwischen ist klar: In diesem Jahr bleibt der Preis von 49 Euro stabil. Doch was kommt dann? Die Bundesregierung zieht in einer Antwort auf eine Anfrage der Unionsfraktion, die dem Berliner Büro dieser Zeitung vorliegt, eine erste Bilanz. Es gebe noch mehr Potenzial, heißt es darin.

Wie viele Menschen nutzen den Fahrschein?

Laut Antwort sind seit Mai 2023 74,6 Millionen Deutschlandtickets verkauft worden. Aber: Dabei geblieben sind nach Angaben der Regierung elf Millionen Bürger, die mit dem 49-Euro-Ticket jeden Monat in Bussen und Bahnen unterwegs sind. „Darunter sind fast eine Million Fahrgäste, die den ÖPNV vorher nicht oder kaum genutzt haben“, heißt es in dem Papier.

Wer profitiert besonders vom 49-Euro-Ticket?

Pendlerinnen und Pendler aus dem ländlichen Raum „in besonderem Maße“, schreibt die Bundesregierung. Sie würden „eine hohe Nutzungsintensität des Tickets aufweisen“ und mitunter weite Distanzen zurücklegen. Die Bundesregierung geht davon aus, dass „das Potenzial an Neukunden noch nicht ausgeschöpft ist“. Die Regierung weiter: „Es ist insbesondere Sache der für den Nahverkehr zuständigen Länder, gemeinsam



Der Preis für das 49-Euro-Ticket soll 2024 stabil bleiben. Foto: epd

mit der Branche hierzu weitere Maßnahmen zu ergreifen.“

Wie geht es weiter mit dem Ticket?

Zunächst sollen die verkehrlichen und finanziellen Auswirkungen des Billig-Fahrscheins in den Jahren 2023 und 2024 evaluiert werden. Nach erfolgter Auswertung „wird im Jahr 2025 ein erneutes Gesetzgebungsverfahren erforderlich werden“, um die weitere Finanzierung dauerhaft zu sichern, heißt es in dem Papier. Aus Sicht der Bundesregierung ist zur Sicherung der Finanzen besonders wichtig, dass so viele neue Kunden wie möglich von dem Deutschlandticket gewonnen werden.

Schließt die Regierung einen Preisanstieg aus?

Das tut sie nicht. Sie verweist darauf, dass sich die Sonderverkehrsministerkonferenz im Januar 2024 zwar darauf verständigt habe, den Einführungspreis von 49 Euro je Monat für das Jahr 2024 stabil zu halten. Der Zusatz in der Antwort lautet freilich: „bis auf Weiteres“. Vereinbart ist bislang, dass sich

der Bund auch 2024 zur Hälfte an den Kosten beteiligen wird und 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung stellt. Zusätzlich sollen die im Jahr 2023 nicht verbrauchten Mittel im Jahr 2024 eingesetzt werden können.

Gibt es den von der Ampel erhofften Klima-Effekt?

Offenbar ja. Nach bislang vorliegenden Daten „werden pro Jahr mindestens 1,2 Millionen Tonnen CO₂ eingespart“, schreibt die Regierung. Eine abschließende Bewertung der Treibhausgasminimierung durch das Deutschlandticket sei aber noch nicht möglich.

Was sagt die Opposition?

Union-Verkehrsexperte Thomas Bareiß erklärt: „Das 49-Euro-Ticket ist für den Staat unvorstellbar teuer und wenn es um die langfristige Finanzierung und die Abfederung von Risiken geht, zieht sich der Bund komplett aus der Verantwortung.“ Zudem widerspricht Bareiß der Bundesregierung: Es gebe „eine konsequente Bevorzugung von Städten auf Kosten der Bürger in den ländlichen Räumen“.

Ex-Chef-Stadtplaner kritisiert Biotech-Erweiterung scharf



© hbz/Jörg Henkel

Der ehemalige Chef des Mainzer Stadtplanungsamts, Günther Ingenthron, sieht bei 50-Hektar-Erweiterung mehr Schaden als Nutzen – und sagt, wo stattdessen Unternehmen bauen könnten.

📅 16. März 2024 – 04:55 Uhr

🕒 4 min

👤 Paul Lassay



Artikel anhören



🔊 00:00 / 06:35 1X

BotTalk

Mainz. Anfang des Jahres wurden auf der Zitadelle bunte Grafiken aufgehängt. Es galt, die Sieger des Wettbewerbs zur Gestaltung des Erweiterungsgeländes des Biotech-Campus vorzustellen. Seitdem ist das Verfahren zur weiteren

Entwicklung auf den 50 Hektar zwischen der Eugen-Salomon-Straße und der Bahnlinie Richtung Alzey vorerst wieder in die Verwaltung und aus der Öffentlichkeit verlagert. Doch die Pläne zur Bebauung treiben viele Menschen um, darunter einen, der das Areal bestens kennt – und vor irreversiblen Maßnahmen warnt, die mehr Schaden anrichten, als sie nutzen.



Von den 50 Hektar des Erweiterungsgeländes zwischen der Saarstraße (links), der Eisenbahnstrecke Richtung Alzey, dem Dalheimer Weg und der Eugen-Salomon-Straße sollen neun Hektar mit Gebäuden belegt werden. Zehn weitere Hektar würden gemäß dem Siegerentwurf für Erschließungsflächen wie Straßen und Plätze benötigt.

© Sascha Kopp

Günther Ingenthron war von 1986 bis Ende 2018 an verschiedenen Stellen in der Mainzer Stadtplanung tätig, zuletzt als ihr Leiter. Die Entscheidung der Stadt, die „klimatisch wichtigen und wertvollen Flächen umzuwandeln“, sei für ihn nicht nachvollziehbar, erklärt Ingenthron im Gespräch mit dieser Redaktion. „Im Baurecht muss immer gut abgewogen werden. Ich sehe hier viele Zeichen, dass vor allem nach der Gewerbesteuer, nach Ruhm und Ehre geschaut wird. Das Stadtklima lässt man dabei unter den Tisch fallen. Wenn man die Flächen einmal bebaut, ist das nicht mehr rückgängig zu machen“, so der ehemalige Stadtplaner. Und er sei sich nicht sicher, ob die Pläne vor Gericht Bestand hätten, zumal es bessere Alternativen gebe.

Gelände wegen Kaltluftströmen als landwirtschaftliche Fläche festgelegt

In der Vergangenheit seien für die betroffenen Flächen sehr bewusst komplett gegensätzliche Entscheidungen getroffen worden, erläutert Ingenthron. „Genau die Fläche war 15 Jahre lang als Siedlungsfläche zur Universitätserweiterung vorgesehen.“ Aufgrund von Gutachten wie dem „Klimaökologischen Begleitplan“ sei es dann im Rahmen eines neuen Flächennutzungsplans ab dem Jahr 2000 wieder als landwirtschaftliche Fläche festgelegt worden. Dies sei nur aufgrund der Erkenntnis geschehen, dass Kaltluft, die bei Drais und Finthen entstehe, möglichst ungestört Richtung Neustadt und Mombach abfließen solle.

Mehr zum Thema

Stadt Mainz

Biotech-Campus: Größtes Bauprojekt nimmt erste Hürde

Stadt Mainz

Neue „BioVation“-Plattform soll Biotechnologie antreiben

Stadt Mainz

Labore und neue Kita: Das passiert auf dem Biotech-Campus

Stadt Mainz

Biotech-Campus: Viele Fragen nach Klima-Auswirkungen

Stadt Mainz

So soll der erweiterte Mainzer Biotech-Campus aussehen

„Ich bin beruhigt in Ruhestand gegangen, da der Rahmen der Entwicklung in Ordnung schien“, sagt der 70-Jährige. Doch nun sei seitens der Verwaltung ein Paradigmenwechsel geplant – und das, obwohl der Klimawandel ein immer bedeutenderes Thema sei. „Das wird ja nicht besser. Und wenn man den Klimanotstand beschließt, muss doch daraus auch etwas Substanzielles folgen.“ Die begleitenden Gutachten des Wettbewerbs für die 50 Hektar kommen zu dem Schluss, dass der „Kaltluftvolumenstrom“ und die „Kaltluftproduktionsrate“ durch die geplante Bebauung unter den ungünstigsten sommerlichen Bedingungen um vier Uhr nachts um weniger als sieben Prozent verringert werden. Es bleibe aber trotzdem dabei, dass das Zeitfenster, in dem kühlende Luft fließe, verkürzt und die Luftmasse verringert werde, betont Ingenthron. „Diese Funktion wird beeinträchtigt.“ Dies geschieht unter anderem dadurch, dass Gebäude Hindernisse bilden und erhitzte Oberflächen die Kühlleistung und das Volumen der Kaltluft reduzieren.

Ingenthron kann Biotech-Planung nicht nachvollziehen

Es habe in der Vergangenheit eine gute Planungskultur in Mainz gegeben. „Wir haben keinen Bebauungsplan wegen Abwägungsfehlern verloren“, so Ingenthron. Doch nun wolle die Stadt 50 Hektar Grünfläche in Beschlag nehmen und es sei zweifelhaft, ob man einem Gericht heutzutage erklären könne, warum gerade dort ein Biotech-Campus entstehen müsse. Die von der Verwaltung propagierte „Biotech-Achse“ von der Goldgrube in der Oberstadt über die Unimedizin und die Uni bis zu den Feldern an der Saarstraße sei für ihn planerisch nicht nachvollziehbar. Warum gehöre denn der Biontech-Standort in der Hechtsheimer Straße nicht dazu? Und einige Hundert Meter zur Seite verlagert funktioniere das Konzept nicht mehr? Eine Achse sei für ihn etwas anderes, und in der Pandemie habe sich gezeigt, dass wissenschaftliche Spitzenleistungen auch dezentral erbracht werden könnten. „Man ist da nicht auf die Kollegen nebenan angewiesen.“

Unabhängig von den Äckern am Europakreisel gebe es viele bereits versiegelte Areale, auf denen Biotech-Firmen angesiedelt werden könnten, ist Ingenthron überzeugt. Da sei zum Beispiel das ehemalige Blendax-Gelände am Zollhafen,

das große Bauflächen biete. „Man muss vorhandene Flächen zur Konversion nutzen. Auf Freiflächen zu gehen, ist nicht angesagt und wäre kontraproduktiv für die nächsten 100 Jahre.“



Das ehemalige Blendax-Gelände befindet sich am Rande des Zollhafens. Hier könnte nach Ansicht des ehemaligen Amtsleiters Günther Ingenthron ein Biotech-Areal entstehen.

© Zollhafen GmbH

Eine weitere mögliche Fläche sei das Gelände unter der Mombacher Hochstraße, die ohnehin abgerissen werde. Wenn das Tierheim verlagert werde, entstünden dort einige Flächen, die gut erschlossen seien und mitten im Stadtgebiet lägen. Und auch im Mombacher Industriegebiet am Rheinufer gebe es Möglichkeiten. Bei der Entwicklung des Zollhafens habe man schließlich gesehen, welche Bauflächen durch die Verlagerung von Betrieben gewonnen werden könnten. In solchen Gebieten könne man dann eventuell auch deutlich stärker in die Höhe bauen als auf den klimatologisch sensiblen Flächen, die nun beplant werden sollen. Auf Mainzer Gebiet gebe es die größten Ressourcen zur Nutzung bebauter Flächen, so Ingenthron, doch auch

wenn man darüber hinaus in den Landkreis schaue, gebe es Areale wie den Rhein-Selz-Park, die infrage kommen könnten.



Nach dem Abriss der Mombacher Hochbrücke könne auch auf dem dort frei werdenden Areal Biotech-Unternehmen angesiedelt werden, ist Ingenthron überzeugt.

© Sascha Kopp

Dabei sei er nicht generell gegen die Erschließung neuer Areale. Die Ausweisung neuer Flächen für den Wohnungsbau bei Hechtsheim und Ebersheim sei „prinzipiell zu begrüßen“, so Ingenthron, auch wenn bei den Ebersheimer Flächen ebenfalls Kaltluftströme zu beachten seien. Diese Planung setze das Mainzer Fünf-Finger-Prinzip der Stadtentwicklung fort.



Paul Lassay

Bürgerbeteiligung eingefordert

Planung Mombacher Straße: Ortsbeirat fordert Information der Öffentlichkeit / Maßnahme soll sich verzögern

Von Elena Joser

HARTENBERG-MÜNCHFELD. In den vergangenen Monaten hat die Planung zur Entwicklung der Mombacher Straße für Aufregung gesorgt. Auch in der jüngsten Sitzung des Ortsbeirats Hartenberg-Münchfeld war sie wieder Thema, wie Ortsvorsteherin Christin Sauer (Grüne) berichtet. Nun fordern SPD, CDU und ÖDP eine baldige Bürgerbeteiligung. „Der Straßenbelag und die Fußwege sollen neu gemacht werden. Man denkt darüber nach, wie man den öffentlichen Raum und den Verkehrsraum gerechter teilen kann“, erklärt Sauer. Zur Zeit teilen sich Fuß- und Radverkehr den Raum, was zu gefährlichen Situationen, auch Unfällen, führe. Gleichzeitig gibt es in der Mombacher Straße einen sehr alten Baumbestand sowie das Weltkulturerbe am alten jüdischen Friedhof, die schützenswert sind.

Bürger montierten die Parksituation und Anwohner fürchteten Lärm durch die Sanierung. „Eine Hauswand zu Hauswand Sanierung“ müsse her, hatte die Verwaltung im vergangenen Jahr bei der Online-Vorstellung des ersten Planentwurfs gesagt. Doch dieser stieß bei den Anwohnenden auf Kritik. „Unter anderem der Verlust einiger Bäume. Eine Handvoll Anwohnenden haben sich dann zu einer Initiative zusammengetan und einen eigenen Entwurf erstellt, von dem sie glauben, er würde die Bäume erhalten und eine Verkehrsberuhigung mit sich bringen“, sagt die Ortsvorsteherin. Während der Verwaltungsentwurf Ampelanlagen vorgesehen hatte, setzt der Entwurf der Bürgerinitiative



Die Planung für die Mombacher Straße ist noch nicht abschließend geklärt. Der Ortsbeirat fordert eine Bürgerinformation, um die breite Öffentlichkeit über den Sachstand zu informieren. Foto: Tim Würz (Archiv)

(BI) auf den Bau von Verkehrsreklisen.

„Uns war es wichtig, dass das eingehend geprüft wird, auch durch externe Büros“, erklärte Sauer weiter. Die Verwaltung sei seitdem im Gespräch mit der BI. Einige Treffen habe es bereits gegeben, auch im Beisein von Sauer sowie Oberbürgermeister Nino Haase (parteilos). Ein Workshop mit einem externen Büro sei im ersten Halbjahr dieses Jahres geplant. „Es geht darum, einzuordnen was geht und was nicht“, sagt Sauer.

Denn das Fachwissen liege bei der Verwaltung und den externen Büros.

Um zu erfahren, was aus den Planungen geworden ist und wann die Sanierung startet, hatte der Ortsbeirat im Spätsommer 2023 schon einen Antrag zu einer Bürgerinformation gestellt. Es folgten mehrere Anfragen. In der jüngsten Sitzung antwortete Verkehrsdezernentin Janina Steinkrüger (Grüne), dass sich die Sanierung der Mombacher Straße, aufgrund der Maßnahme der Deutschen Bahn in der

Osteinunterführung, bis circa 2030 verzögern wird. In ihrem Antrag erinnern die Fraktionen die Verwaltung daran, dass „gemäß der Gemeindeordnung der Anspruch besteht, dass alle Bürger eine Information erhalten müssen“. Bislang erhaltene Vorstellungen der Verwaltung hätten nur wenige erreicht. „Wann findet die sogenannte Bürgerinformation statt, die bereits zugesagt worden ist?“, fragen die Fraktionen. „Die bislang erfolgten Gedanken und Anregungen, sei es von verschiedenen Bürgern

oder der BI, den einzelnen Mitgliedern des Ortsbeirats, müssen nicht in dem Sinne ausgewertet sein, sondern es sollte zunächst einmal die breite Öffentlichkeit grundsätzlich informiert werden“, heißt es im Antrag. Betroffene sollen gehört und weitere Anregungen gesammelt werden, denn „eine zunächst nur stattfindende Diskussion auf einer kleinen Workshop-Ebene bringt mit Sicherheit nicht die gesamten Erkenntnisse, die für eine sinnvolle, komplette Planung erforderlich sind.“

Kunststoff für die Rollschuhbahn

Ortsbeirat Neustadt beantragt Sanierung der Fläche auf dem Goetheplatz mit besonderem Belag

Von Elena Joser

NEUSTADT. Die Rollkunstlaufbahn auf dem Goetheplatz soll saniert werden. Hierzu haben sowohl Grüne und Linke, als auch die SPD in der jüngsten Sitzung des Ortsbeirats Neustadt Anträge gestellt. Während Grüne und Linke einen Prüfantrag stellten, in dem die Verwaltung gebeten wird, das Gespräch mit dem betreibenden Verein Arbeiter-, Roll- und Sportverein (ARSV) zu suchen und gemeinsam eine mögliche Sanierung des Belags zu prüfen und zu planen, ging die SPD einen Schritt weiter und forderte die Sanierung, die in den nächsten Doppelhaushalt 2025/2026 aufzunehmen sei.

Kurse des ARSV sollen weiter möglich sein

Der neue Belag soll möglichst aus Kunststoff bestehen. „Die Rollkunstlaufbahn am Mainzer Goetheplatz ist überaus beliebt und wird täglich auf vielfältige Weise genutzt“, erklärte Marco Neef (Grüne). „Der Hauptzweck der Rollkunstlaufbahn ist, wie der Name schon sagt, das Rollkunstlaufen.“ Das stelle besondere Ansprüche an den Belag.

Die Kurse des ARSV seien immer voll und sollen weiterhin auf einem hohen Niveau ermöglicht werden. „Seit ihrer Errichtung im Jahr 1966 erfreut sich die Rollschuhbahn großer Beliebtheit, besonders durch Kinder und Jugendliche wird sie stark genutzt“, sagte Alexander Klein (SPD). Der Verein gelte als

wichtiger Anker für die Kinder und Jugendlichen in der Neustadt und sei ein Garant für die Integration der unterschiedlichen Kulturen im Stadtteil.

„Die Rollkunstlaufbahn am Mainzer Goetheplatz ist überaus beliebt und wird täglich auf vielfältige Weise genutzt

Marco Neef (Grüne)

Aktuell sei die Bahn durch zahlreiche Löcher und Bodenwellen beschädigt, was ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstelle, führte Klein aus. Die Vorbereitung auf Wettkämpfe sei nicht mehr in ausreichendem Maße möglich. Das sei ein Wettbewerbsnachteil. „Vor 20 Jahren wurde anscheinend Kunststoff verlegt, aber vor zirka acht Jahren wurde Asphalt drübergelegt. Darüber war der ARSV sehr unglücklich. Darum soll wieder ein Kunststoff-Belag verlegt werden“, erläuterte Klein.

Karsten Lange (CDU) schlug vor, dass die Grünen und die Linke ihren Antrag zurückziehen, da der SPD-Antrag konkreter sei, weiter führe und eher das unterstütze, was der Verein wolle, nämlich die Bahn wieder für Wettkämpfe zu ertüchtigen. Grüne und Linke zogen daraufhin ihren Antrag zurück. Der SPD-Antrag wurde einstimmig beschlossen.

Kein Platz für Engagement?

Pfadfinderstamm Tilia sucht vergeblich nach Räumen für ihre Gruppentreffen / Kritik an der Stadt

Von Elena Emmy Weis

MAINZ. Dass der Markt für Wohnungssuchende im Mainzer Ballungsgebiet schwer ist, ist bekannt. Doch der Mangel an bezahlbarer Mietelei betrifft längst nicht nur jene Privatteile, sondern auch zahlreiche Organisationen und Vereine. So hat beispielsweise die Pfadfindergruppe Tilia eine aufwendige und erntende Suche hinter sich.

Wunschstandort ist die Mainzer Neustadt

2022 gründete sich der Stamm aus einem Team ausgebildeter Gruppenleiter, die unabhängig voneinander aus dem Saarland oder aus verschiedenen Teilen von Rheinland-Pfalz nach Mainz zogen.

Bei der Raumsuche priorisiert die Gruppe die Neustadt, denn sie wollen einerseits bereits bestehenden Pfadfindern nicht in die Quere kommen und andererseits stammen die meisten Teilnehmer aus diesem Stadtteil. Weder sollen die Kinder eine lange Anfahrt haben, noch mehr als unbedingt nötig für das Angebot zahlen müssen. Außerdem sind alle Beteiligten bereit, den Wochentag oder die Uhrzeiten ihrer wöchentlichen Treffen anzupassen, doch vor 17 Uhr ist sowohl für die Ganztagschulkinder als auch für die Betreuer kaum machbar.

Ungefähr 20 Anfragen stellen die Gruppenleiter an verschiedensten Institutionen mit geeigneten Räumlichkeiten seit der Gründung, darunter ethische Schulen und Kirchengemein-



Noch treffen sich die Pfadfinder in Räumen der Pfarrei Liebfrauenkirche, doch die Suche geht weiter. Foto: Kristina Schäfer/hbz (Archiv)

RAUMSUCHE

Mehr Informationen zur Pfadfindergruppe Tilia gibt es unter: www.bdp-mainz.de.

Anregungen zu freien Räumlichkeiten nimmt die Gruppe per Mail entgegen unter: pfadfinden@bdp-mainz.de.

Doch die Goetheschule beispielsweise, in der die Stadt Säle für eben solche Vereinigungen und Projekte stellt, ist ausgebucht. Auch die Hallen von Fastnachtsvereinen und diverser Kinder- und Kulturzentren sind ausgelastet. Das Neustadtzentrum, das die größte Hoffnung der Pfadfinder ist, wird gerade renoviert und steht deshalb auch noch nicht zur Verfügung. „Die meisten länger bestehenden Pfadfindergruppen der Umgebung haben ihre Räume schon ewig oder stehen unter

kirchlicher Trägerschaft, wo ihnen ein Platz dauerhaft eingerichtet wurde“, erklärt Gruppenleiter Timon Flick. Zwar verstehe man sich hervorragend mit dem Stamm Johannes Gutenberg der christlichen Pfadfinder, doch das Teilen ihrer Gruppenräume sei schwierig umsetzbar.

Nichtsdestotrotz lässt sich die Pfadfindergruppe Tilia nicht unterkriegen. So nahm Flick zum Beispiel bei einer Veranstaltung der SPD im Goethepark teil, wo es um Input und Wünsche von Jugendlichen ging. Dort regte der Gruppenleiter an, dass die Stadt – sofern sie schon nur ungenügend Fläche selbst vergibt – zumindest eine Struktur schafft, worüber Suchende finden würden. „Es sollte eine Liste mit potenziellen Raumvermietern angelegt werden. Denn sonst rufen ja viele Suchenden umsonst auf gut Glück bei Orten an, die überhaupt nichts zur Verfügung stellen können“, fin-

det Flick. Weil dieser Vorschlag nicht realisiert wurde, schrieben die Pfadfinder eine Mail an die SPD. Auf eine Rückmeldung warten sie bis heute vergeblich.

Zwei Gruppen mit jeweils 15 Kindern und Jugendlichen

Zwischenzeitlich ist die Gruppe in der Liebfrauenkirche untergekommen. Bei schlechtem Wetter treffen sich dort zwei Mal pro Woche je rund 15 Pfadfinder. Montags Jugendliche ab zwölf Jahren, mittwochs Kinder von sechs bis elf Jahren. „Dafür sind wir sehr dankbar“, sagt der Gruppenleiter. Allerdings liege diese Räumlichkeit weit über ihrem Budget. Also geht die Suche weiter. Optimal wären 30 bis 40 Quadratmeter. Das i-Tüpfelchen sei eine Küche, ein Park oder eine Wiese in der Nähe. Schließlich sind Pfadfinder viel in der freien Natur unterwegs.

fester, farblos Überzug	Materialverlust am Reifen	Strom der nord. Unterwelt	Wassersportdisziplin	Wildhunde	Parlament von Irland	Rufname v. Sportjournalist Furter 1	griechischer Buchstabe	zusammenzählen
hoher Gerichtshof		engl. Frauenkurzname		ein Kartenspiel	Amtesprache in Indien		Hauptstadt von Kamerun	
						das Unsterbliche (Mz.)	Initialen des Filmstars Dean	
				weidm.: Innenreien	höchster Berg Ägyptens			
Streichinstrument	Eichmaß		Künstlergehalt			französisch: Straße	Fremdwortteil: aus (griech.)	
Gefäß								
in Ordnung! (Kw.)	ehem. Herrscher im Islam	Roman von Wole Soyinka	dt. TV-Journalist (f. Rupperecht)	überlegen, grübeln	Trennungsstrich	niederländische Stadt		
Tauschaurüstung		roter Farbstoff			Initialen Becketts	deutsche Vorsilbe		
			flüssiges Gewürz					
kaputt (ugs.)	Krustentiere							

HÄGARS ABENTEUER



— AUF EINEN BLICK —

Fünf junge Birken in Finthen abgesägt

FINTHEN (asc). Der Ortsbeirat Finthen hat in seiner jüngsten Sitzung die Zerstörung von Bäumen in der Jean-Pierre-Jungels-Straße einstimmig verurteilt. Ende Februar waren fünf junge Birken von bislang Unbekannten durchgesägt worden (diese Zeitung berichtete). Marcel Kösling (SPD) spricht von einem „Widersinn“ und ärgert sich: „Wir haben Bürger, die sich für den Baumerhalt bei der Schule einsetzen, und dann geht dort einer hin und sägt die durch. Wie dumm kann man sein? Das ist eine Unverschämtheit.“ Noch höher als der finanzielle Schaden – im Ortsbeirat wird über einen fünfstelligen Betrag gesprochen, um wieder neue Bäume zu pflanzen und sie dann in einen Zustand zu bringen, den die Birken vor der Zerstörung hatten – sei der ökologische Schaden.

Wie Ortsvorsteher Manfred Mahle (SPD) berichtete, seien Spekulationen aufgekommen, dass Anwohner sich an den Bäumen gestört hätten. „Auf der einen Seite ist Gewerbe, auf der anderen Seite zum großen Teil auch. Da kann sich niemand davon gestört fühlen, obwohl man über Birken verschiedene Meinungen sein kann“, glaubt er nicht an diese Theorie und spielt damit „auf deren Wirkung auf Fassaden“ an.

Von Daniela Schumacher

MAINZ. Endlich wieder Riesenrad fahren, Zuckerwatte essen oder einfach nur den Trübel genießen – vom 23. März bis einschließlich 7. April feiern die Mainzer wieder ihren Rheinfrühling. Und das anders als in den vergangenen Jahren, bedingt durch die Corona-Pandemie und der Baustelle am Rheinufer, auch endlich wieder an gewohnter Veranstaltungsstätte.

Begrünung des Rheinufers wird zum Flächenproblem

Für Marco Sottile, Vorsitzender des Schaustellerverbandes, ist die Vorfreude riesengroß. „Über 650 Jahre alt ist der Mainzer Rheinfrühling“, sagt er. „Mit der Meener Mess als älteste Veranstaltung in Mainz hat alles begonnen.“ Es sei daher etwas ganz Besonderes. „Wir erwarten mit Spannung, wohin uns die Saison führt.“ Eines steht jedenfalls fest: Um die Baustelle am Rheinufer führt die Saison definitiv vorbei. Rückblickend, sagt Sottile, habe man ja einen Kompromiss gefunden, auch wenn der Weg dorthin schwierig gewesen sei. „Schausteller sind mehr in der Praxis tätig als in der Theorie“, lacht er. „Natürlich war es letztendlich nicht dasselbe, aber es war eine gute Alternative.“

So ganz ohne Probleme geht es dann aber doch nicht. Die Flächen am Kaisertor sollen wegfallen, denn nach den Plänen der Stadt, die noch auf den

Zurück an alter Stätte

Schausteller freuen sich auf den Mainzer Rheinfrühling / Warum die Pläne zur Begrünung des Ufers zum Problem werden könnten



Neben neuen Fahrgeschäften können sich die Besucher des Mainzer Rheinfrühlings auch auf die zwei Feuerwerke freuen, die an beiden Samstagen stattfinden.

Foto: Sascha Kopp

Empfehlungen des RheinUfer-Forums basieren, soll die Rheinpromenade an dieser Stelle begrünt werden. Auch dort, wo unter anderem das

Riesenrad und andere Fahrgeschäfte ihren Platz finden. „Mir als Mainzer Bürger liegt es auch am Herzen, dass die Stadt grüner wird“, erklärt Sottile.

„Aber wir sind schon einmal vertrieben worden. Das ist sehr ärgerlich.“ Die große Fläche vom Kaisertor bis zu den Hochbeeten wird von den Schaustel-

lern des Rheinfrühlings dringend benötigt. Damit man auch hier mit der Stadt auf einen erneuten grünen Zweig kommt, sei man durchaus bereit, wie-

der Kompromisse einzugehen, betont er und zeigt sich optimistisch, mit dem Architekturbüro, das die Flächen verschönern soll, eine Lösung zu finden. Sein Vorschlag: mobile Pflanzenkübel. „So könnten wir mithilfe unserer Fahrzeuge die Begrünung für den Zeitraum des Rheinfrühlings umsetzen.“ Der Vorschlag fand, laut Sottile, niemals Anklang. Trotzdem will er sich davon nicht die Vorfreude nehmen lassen. Neben vielen anderen Attraktionen, darunter zwei Feuerwerken am ersten und am letzten Samstag, wird erstmals das größte Riesenrad Deutschlands am Mainzer Rheinufer zu Gast sein. Mit über 60 Metern haben die Besucher des Rheinfrühlings einen ganz besonderen Ausblick über die Stadt. Und wer sich abseits des Feierabendverkehrs etwas gruseln möchte, hat die Möglichkeit in Deutschlands größter, transportabler Geisterbahn auf seine Kosten zu kommen. Apropos Kosten: Mittwochs findet wieder der Familientag statt. Die Preise sowohl für die Fahrgeschäfte als auch für die Verkaufs- und Gastronomiestände sind an diesen Tagen reduziert vermindert. Wie viel die Familien sparen können, hängt dabei aber ganz vom Besucherkosten selbst ab.

Neben dem beliebten Oldtimertreffen können sich Besucher zudem auf Breakdance, Kettenkarussell und einen Besuch in „Little Vegas“ freuen – einem Spiegelkabinett mit La-byrinth.

— Anzeige —



JUWELIER WAGNER

Wilhelmsstraße 16
55128 Mainz-Bretzenheim

Tel.: 06131 / 33 33 803

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mo. - Fr. 10.00 - 17.00 Uhr
Sa. 10.00 - 14.00 Uhr
und nach Vereinbarung

Kostenlose Bewertung ihres Schmucks, auch bei ihnen zu Hause. Anruf genügt!

Wir zahlen bis zu € 86,15 je g Gold

Aktionstage:



SICHER ✓ TRANSPARENT ✓ FAIR

ANKAUF VON: Gold, altem Schmuck, Goldmünzen, Silber aller Art, Bernsteinschmuck, Edelsteinen (Diamanten, Brillanten, Smaragde etc.) Zahngold und Taschenuhren.

ANKAUF VON: Luxusuhren (alt und neu) für Höchstpreise (Rolex, Omega, Cartier)



MEHR GELD FÜR IHR GOLD!

Durchsuchen Sie Ihren Haushalt! Es könnte sich lohnen!

LASSEN SIE SICH VON UNS BERATEN, BEVOR SIE GELD VERSCHENKEN!



Sanierung der Mombacher Straße rückt in weite Ferne



© Tim Würz

Der Ortsbeirat fordert eine Bürgerbeteiligung und Verkehrsdezernentin Steinkrüger verkündet, dass die Umgestaltung der Straße wohl erst 2030 startet. Was der Rat noch kritisiert.

📅 19. März 2024 – 02:00 Uhr

🕒 3 min

👤 Elena Joser



Artikel anhören



🔊 00:00 / 03:56 1X

BotTalk

Hartenberg-Münchfeld. In den vergangenen Monaten hat die Planung zur Entwicklung der Mombacher Straße für Aufregung gesorgt. Auch in der jüngsten Sitzung des Ortsbeirats Hartenberg-Münchfeld war sie wieder Thema, wie Ortsvorsteherin Christin Sauer (Grüne) berichtet. Nun fordern SPD, CDU und ÖDP eine baldige Bürgerbeteiligung. „Der Straßenbelag und die Fußwege sollen neu gemacht werden. Man denkt darüber nach, wie man den öffentlichen Raum und den Verkehrsraum gerechter teilen kann“, erklärt Sauer. Zurzeit teilen sich Fuß- und Radverkehr den Raum, was zu gefährlichen

Situationen, auch Unfällen, führe. Gleichzeitig gibt es in der Mombacher Straße einen sehr alten Baumbestand sowie das Weltkulturerbe am alten jüdischen Friedhof, die schützenswert sind.



Kritik an Parkplatzsituation

Bürger monierten die Parksituation und Anwohner fürchteten Lärm durch die Sanierung. „Eine Hauswand zu Hauswand Sanierung“ müsse her, hatte die Verwaltung im vergangenen Jahr bei der Online-Vorstellung des ersten Planentwurfs gesagt. Doch dieser stieß bei den Anwohnenden auf Kritik. „Unter anderem der Verlust einiger Bäume. Eine Handvoll Anwohnende haben sich dann zu einer Initiative zusammengetan und einen eigenen Entwurf erstellt, von dem sie glauben, er würde die Bäume erhalten und eine Verkehrsberuhigung mit sich bringen“, sagt die Ortsvorsteherin. Während der Verwaltungsentwurf Ampelanlagen vorgesehen hatte, setzt der Entwurf der Bürgerinitiative (BI) auf den Bau von Verkehrskreiseln.

Mehr Nachrichten aus Mainz

Stadt Mainz

„Uns war es wichtig, dass das eingehend geprüft wird, auch durch externe Büros“, erklärte Sauer weiter. Die Verwaltung sei seitdem im Gespräch mit der BI. Einige Treffen habe es bereits gegeben, auch im Beisein von Sauer sowie Oberbürgermeister Nino Haase (parteilos). Ein Workshop mit einem externen Büro sei im ersten Halbjahr dieses Jahres geplant. „Es geht darum, einzuordnen was geht und was nicht“, sagt Sauer. Denn das Fachwissen liege bei der Verwaltung und den externen Büros.

Bildergalerie



In der Mombacher Straße sehen die Pläne der Bürgerinitiative beispielsweise eine veränderte Verkehrsführung vor. (© Tim Würz)

1/3

Ortsbeirat stellt Antrag zur Bürgerinformation schon im Sommer 2023

Um zu erfahren, was aus den Planungen geworden ist und wann die Sanierung startet, hatte der Ortsbeirat im Spätsommer 2023 schon einen Antrag zu einer Bürgerinformation gestellt. Es folgten mehrere Anfragen. In der jüngsten Sitzung antwortete Verkehrsdezernentin Janina Steinkrüger (Grüne), dass sich die Sanierung der Mombacher Straße, aufgrund der Maßnahme der Deutschen Bahn in der Osteinunterführung, bis circa 2030 verzögern wird. In ihrem Antrag erinnern die Fraktionen die Verwaltung daran, dass „gemäß der Gemeindeordnung der Anspruch besteht, dass alle Bürger eine Information erhalten müssen“.

Mehr Nachrichten rund um die Mombacher Straße in Mainz

Mainz-Hartenberg-Münchfeld

Wie geht es weiter mit der Mombacher Straße in Mainz?

Mainz-Mombach

Mombacher Hauptstraße wird erst später fertig

Stadt Mainz

Mombacher Straße: Resolution für alternative Planung

Stadt Mainz

Kaputtes Pflaster in der Mombacher Hauptstraße wird saniert

Bislang erfolgte Vorstellungen der Verwaltung hätten nur wenige erreicht. „Wann findet die sogenannte Bürgerinformation statt, die bereits zugesagt worden ist?“, fragen die Fraktionen. „Die bislang erfolgten Bedenken und Anregungen, sei es von verschiedenen Bürgern oder der BI, den einzelnen Mitgliedern des Ortsbeirats, müssen nicht in dem Sinne ausgewertet sein, sondern es sollte zunächst einmal die breite Öffentlichkeit grundsätzlich informiert werden“, heißt es im Antrag. Betroffene sollen gehört und weitere Anregungen gesammelt werden, denn „eine zunächst nur stattfindende Diskussion auf einer kleinen Workshopebene bringt mit Sicherheit nicht die gesamten Erkenntnisse, die für eine sinnvolle, komplette Planung erforderlich sind.“



Elena Joser

Hin und Her um Werberichtlinien

Einen Tag hat es gebraucht, dass FDP und SPD ihre Meinung um 180 Grad änderten / Dabei sitzt der Stadt bei dem Thema die Zeit im Nacken

Von Alexander Schlögel
und Thorben Oberhag

MAINZ. Wer darf wann, wie viel und wo Werbung im Stadtgebiet schalten? Komplizierte Fragen, schließlich geht es wie so oft um eine Menge Geld. Regelt sind die Details daher in den Werberichtlinien der Stadt. Auch ist derzeit ein Vertrag mit der Firma Ströer abgeschlossen, die die öffentlichen Werbeflächen betreibt. Dieser Vertrag läuft Ende 2025 jedoch aus. Eine Neuausschreibung muss her, doch nach Diskussionen in der Stadtpolitik verzögert sich diese – Kritik gab es dabei von der CDU und Wirtschaftsdezernentin Manuela Matz (CDU).

Grüne wollten Entscheidung über Richtlinien vertragen

Dabei lag die Vorlage für die neuen Werberichtlinien schon zum Beschluss bereit. Festgehalten werden die Ausnahmen, die Vorgaben für das Bieterkonzept, Standort- oder Designkonzept und noch viele andere Komponenten. Auf den Weg gebracht werden sie jetzt aber noch nicht. Dafür sorgte Ansgar Helm-Becker (Grüne), als er einen Antrag auf Vertagung im Stadtrat stellte. „Einige Ortsbeiräte hatten nicht genügend Zeit, sich mit den neuen Werberichtlinien auseinanderzusetzen“, war die Begründung seitens des Stadtratsmitglieds. Wirtschaftsdezernentin Matz zeigte sich verwundert. „Wir arbeiten seit über einem Jahr an diesem Thema. Die neuen Leitplanken der Werberichtlinien wurden extra in kleinen Gruppen besprochen und es



Noch werden die Werbeflächen in Mainz von der Firma Ströer betrieben. Das könnte sich ab 2026 ändern.

Foto: Lukas Görlach

gab genügend Zeit zu berichten. Auch wurden alle Ortsvorsteher eingeladen, manche sind aber nicht erschienen.“

Wie mehrfach berichtet, sorgte das neue Werbekonzept in den vergangenen Wochen bereits in vielen Ortsbeiräten für Diskussionen. So stimmten beispielsweise die Ortsbeiräte Altstadt und Hechtsheim dagegen, in der

Oberstadt wurde erst gar nicht abgestimmt, während sich der Ortsbeirat Neustadt mit mehreren Anmerkungen mehrheitlich dafür aussprach. Viele der Werbeträger seien umstritten, eine Standortliste fehle in den Unterlagen, zudem gebe es keinerlei Hinweise auf die Klimarelevanz von Groß-Displays – so lautete ein Teil der Kritik. Die Werberichtlinien legen unter

anderem die öffentlichen Flächen fest, auf denen Werbeträger aufgestellt werden dürfen. Bislang waren es 698 Standorte, künftig sollen es noch 635 in Mainz sein. Konkret geht es nun um den Zeitraum von 2026 bis 2040.

Die Vertagung des Themas sei laut Verwaltung suboptimal, da ein Beschluss zeitkritisch sei. Die Einwände halfen indes nichts. Mit Gegen-

stimmen der CDU und von Oberbürgermeister Nino Haase (parteilos) sowie Enthaltung der AfD-Fraktion wurde die Entscheidung auf die kommende Stadtratssitzung verschoben. Das Kuriosum: 24 Stunden vorher wurde derselbe Antrag von Helm-Becker im Wirtschaftsausschuss gestellt. Da wurde er noch mehrheitlich abgelehnt. Ansgar Helm-Becker hatte auch

hier Beratungsbedarf an der Vorlage angemeldet und gebeten, sie von der Tagesordnung für diese Stadtratssitzung zu nehmen. Grüne und Linke stimmten zu. SPD, FDP und die Freien Wähler dagegen. Hier sprach ein von der Verwaltung einbestellter Experte von einem „ohnehin schon engen Zeitplan“. Der Vertrag ende automatisch Ende 2025, die Stadt verliere ab diesem Zeitpunkt alle Dienstleistungen und Einnahmen. „Die Zeit wird immer knapper für spätere Entscheidungen.“ Für die Lenkungsgruppe habe man sich schon viel Zeit genommen. „Wenn Sie für jeden Step so lange brauchen, schaffen Sie den Zeitplan auf jeden Fall nicht.“

Martin Kinzelbach (SPD) sagte im Wirtschaftsausschuss, er könne nachvollziehen, dass bei einer späteren Entscheidung der Wettbewerb behindert werde. Ihn wunderte, dass nun, nach dem Partizipationsprozess, nochmal versucht werde, die Vorlage zu ändern. Erik Donner (SPD) verwies darauf, dass es in der Abstimmungsgruppe nur eine Gegenstimme gegeben habe, der Rest habe sich dafür ausgesprochen. Er habe die Ergebnisse immer innerhalb der Fraktion rückgespiegelt, das hätte auch in den anderen Fraktionen so laufen können.

Deswegen änderten SPD und FDP ihr Wahlverhalten

Doch woher kam der plötzliche Umschwung der Ampel-Fraktionen? Wieso änderten sie ihre Meinung innerhalb von 24 Stunden? „Wir wurden im Ausschuss von dem Antrag etwas überrascht. Wir

haben den Tag bis zum Stadtrat dann nochmal genutzt, um uns zu beraten. Bei dieser wichtigen Thematik sollten alle mitgenommen werden. Auch wurde versichert, dass der ganze Prozess nicht lahmgelegt wird, wenn wir erst in der kommenden Stadtratssitzung darüber entscheiden“, sagt Jana Schmöller, Fraktionsvorsitzende der SPD.

David Dietz, Fraktionsvorsitzender der FDP, betonte nochmals, dass diese Aufschub aus ihrer Sicht eigentlich nicht notwendig gewesen sei. „Wenn ein Fraktionspartner aber nochmal Redebedarf anmeldet, welcher sicherlich auch berechtigt ist, dann kann man das verstehen.“ Hätten die Grünen diesen Antrag nicht gestellt, wäre eine Verabschiedung seitens der FDP kein Problem gewesen.

Das Umschwenken von SPD und FDP sorgt für Unmut bei der CDU. „Das kann man wirklich niemandem erklären. Wenn beide Parteien im Wirtschaftsausschuss noch explizit gegen eine Vertagung stimmten, verwundert es doch sehr, wenn sich ihre Meinung am nächsten Tag um 180 Grad gedreht hat. Das ist chaotisch und intransparent“, erklärt CDU-Fraktionsvorsitzender Ludwig Holle. Der Vorsitzende der Mainzer CDU, Thomas Gester, sprach von einem „Schlingerkurs“ der Ampel, der realwirtschaftliche Konsequenzen für Mainz haben könnte.



AUS DEM STADT-RAT

Kassenschläger (ugs.)	See-lachs, Köhler (norweg.)	Tresen	deutsche Vorsilbe	Redner-pult im Karne-val	berufliche Lauf-bahn	Mitter-nachts-messe	Lauferei
Laub-baum			Bier-har-steller				
			Pille	Teil-zahlung			
Ge-winner	flüssige Speise		englische Brief-anrede			un-sicher, schwach	
Angeh. des brit. Hoch-eds	zen-sieren		Film-partner des Pala-chon 1		neu-indische Sprache	Figur im Musical „Okla-homa“	
			chinesischer Laub-baum	bepflan-zungs-fähig			
ein Pflan-zen-typ	Frucht-bonbons	Roht-stoff für Parfüme	Korn				
Garten-blume				Männer-name	franzö-sisch: Gesetz		
			ehem. DDR-Partei (Abk.)	chem. Zeichen für Europium			
Extre-mitäten	englisch: Haut			Zeichen der Energie-dosis			
bleiben-der Eindruck							
Diffe-renz-betrag				Kurort im Allgäu			

HÄGARS ABENTEUER



Ein Stück Vietnam am Dom

Restaurant „Mr. Le“ eröffnet im ehemaligen „Goldisch“ am Liebfrauenplatz / Außenbereich geplant

Von Daniela Schumacher

MAINZ. Jedes Jahr fliegen schätzungsweise mehrere Tausend Deutsche nach Vietnam in den Urlaub und genießen die einzigartige Kultur des südostasiatischen Landes. Jetzt bringt Minh Tam Le Vietnam direkt nach Mainz. Nach zwei Monaten Umbauarbeiten und aufwendiger Innengestaltung hat „Mr. Le“ am Dienstag am Liebfrauenplatz und tritt damit die Nachfolge des „Goldisch“ angetreten. Wie die Probe mit Familien und Freunden lief? „Gar nicht gut“, lacht Le. „Es war eine Katastrophe.“

Vergünstigte Angebote zur Mittagszeit

Sein erstes Restaurant sei das „Mr. Le“ nicht, erklärt Minh Tam Le. Der Inhaber führt noch weitere Lokalitäten dieser Art in Wiesbaden, Frankfurt, Limburg und Köln. „Aber in Mainz ist es das erste“, sagt er stolz. Nachdem das „Goldisch“ schließen musste, habe ihn dessen Inhaber angerufen und gefragt, ob Le die Lokalität übernehmen möchte. Ausschlaggebender Punkt für die Übernahme war schließlich der lukrative Standort. Im Schatten des Doms, direkt neben dem Gutenbergmuseum, liegt das Restaurant in bester Lage.

Auf zwei Etagen können die Mainzer neben authentisch-vietnamesischen Gerichten auch Sommerrollen und Sushi genießen. Dafür hat Le neben einem Koch auch einen Sushi-



Am Liebfrauenplatz zieht ein Stück Vietnam ein – und zwar in die Räume des ehemaligen „Goldisch“. Am getrigen Dienstag hat „Mr. Le“ eröffnet.

Foto: Tim Würz

Meister aus Vietnam eingestellt. „Wir wollen gerade den Mainzer, die Vietnam noch nicht kennen, unsere Kultur und unser Essen näherbringen.“ Wichtig seien ihm zwei Dinge: hochqualitatives und gesundes Essen. Zubereitet wird das fast ausschließlich über dem Grill.

Die Kosten für Speis und Trank liegen dabei zwischen 13 und 19 Euro. Aber: Zur Mittagszeit gehen die Preise deutlich runter und liegen hier im Bereich zwischen fünf und zehn Euro. „Da denken wir dann natürlich an all diejenigen, die in der Innenstadt ihre Pause machen“, sagt Le. Einen Ruhetag gönnen sich die Mitarbeiter des „Mr. Le“ übrigens nicht. Von montags bis freitags ist das Restaurant von 11.30 bis 15.00 Uhr sowie von 17.00 bis 22.00 Uhr geöffnet. Am Wochenende und an

Feiertagen können die Gäste von 11.30 Uhr durchgehend bis 22.30 Uhr bei „Mr. Le“ speisen – das auch bald im Freien. „Wir planen mit der Außengastronomie noch vor Ostern“, erzählt Le.

Team probt mit Familie und Freunden den „Ernstfall“

Wer also demnächst keinen Platz mehr unter den Kirschblütenbäumen im Außenbereich bekommt, kann dafür aus dem ersten Stock den Blick in die Stadt und zum Dom genießen – und auf der anderen Seite des Raumes die handgemalten Wandgemälde. Einen Monat habe es gedauert, bis eine Freundin der Familie aus Berlin den kompletten Treppenaufgang als auch die Wände in der oberen Etage mit Einblicken in die vietnamesische Landschaft und an

Kultur verziert hatte. Entspannt ist Minh Tam Le übrigens nicht. Damit für die Eröffnung alles perfekt ist, hat das ganze Team einen Abend lang „geprobt“. „Wir haben Freunde und Familie eingeladen, damit wir alles einmal durchspielen können. Es war eine Katastrophe“, lacht er. Dennoch ist er zuversichtlich. Eine Generalprobe gab es noch – ein zweiter Durchgang – bevor das Restaurant am Dienstag offiziell eröffnete.

Gut zu wissen: Das „Mr. Le“ ist barrierefrei. Durch die breiten Eingänge und Flure können auch Rollstuhlfahrer oder Kinderwagen problemlos durchkommen. Auch die Toilette im Erdgeschoss ist behindertengerecht gebaut. Das Restaurant führen vier übrigens nicht Minh Tam Le selbst, sondern sein Bruder Minh Thuan Le.

Freies WLAN bald an Plätzen?

Hechtsheimer Ortsbeirat stimmt für SPD-Antrag / Gremium informiert sich über „Smart City“

Von Karin Weber

HECHTSHEIM. Mainz mit innovativen Konzepten auf den Weg zur „Smart City“ führen: Diese Idee legte Peter Kessler dem Ortsbeirat nahe. Auf Einladung des Gremiums referierte er über innovative Möglichkeiten der „Smart City“-Anwendungen und stellte sich den Fragen der Gremiumsmitglieder und Einwohner.

Ziel sei die Reduzierung des Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen in den Kommunen, sagte Kessler, der sich als Freiberufler mit Prozessoptimierung auseinandersetzt. In einem ersten Schritt sei dies durch Sanierung der veralteten Straßenbeleuchtung zu erreichen, indem sämtliche Leuchtkörper durch eine energieeffiziente LED-Technologie ersetzt werden. „In einem zweiten Schritt werden die Leuchtkörper mit Sensoren versehen“, sagte der Fachmann. Durch eine flächendeckende KI-basierte Lichtsteuerung könne man „in bestimmten Straßenzügen das Licht ab einer bestimmten Uhrzeit runter dimmen oder ganz ausmachen“. Dieses Lichtmanagement läge in der Hand der Stadtwerke.

Ortsbeirat will Sitzungen übertragen lassen

Eine konservative Annahme gehe davon aus, dass dadurch etwa 70 Prozent Energie eingespart werde, machte Kessler deutlich. Darüber hinaus werde die Lichtverschmutzung minimiert. Er erklärte, in Mainz seien seit 2010 erst 25 bis 30 Prozent der Leuchtkörper modernisiert worden – genügend Potenzial sei also vorhanden. Straßenbeleuchtung der neuen Generation könne nicht nur die Betriebskosten der Stadt minimieren, sondern auch Träger zusätzlicher Informationen sein. Erhalte die Beleuchtung eine Kommunikationsschnittstelle, könnten zusätzlich angebrachte Messpunkte und Sensoren wichtige Daten liefern, etwa zur Feinstaubbelastung. Freies Wlan könnte aufgespielt wer-

den, ebenso wie 5G. Gesteuert werde die dynamische Straßenbeleuchtung „per Funk“.

Eine Unternehmensgruppe würde die Stadt bei der Umsetzung des Projekts begleiten, eine deutsche Bank das Vorhaben finanzieren. „Es werden keine Haushaltsgelder benötigt“, versprach Kessler. Auf kritische Fragen zur digitalen Sicherheit erklärte er, die Daten der cloudbasierten Smart Services lägen in Deutschland, in Obhut der beteiligten Bank. Selbst bei Insolvenz der Dienstleister seien die Daten über die gesamte Projektlaufzeit gesichert.

Mit Digitalisierung beschäftigte sich der Ortsbeirat zudem in zwei Anträgen. Klaus Euteneuer (SPD) plädierte für Freies Wlan an Hechtsheimer Plätzen, Straßen und Einrichtungen, die von vielen Menschen besucht werden. Beispielsweise nannte er die Bezirkssportsanlage, die Alte Mainzer Straße und öffentliche Gebäude. „Das Stichwort heißt Aufenthaltsqualität: Man hat heute immer sein Handy dabei und spart durch freies Wlan Datenvolumen.“ Einstimmig ging der SPD-Antrag an die Verwaltung.

Zudem erklärte Klaus Euteneuer, es sei erfreulich, dass sich aktuell viele Menschen für Politik interessieren. Sichtbar werde dies durch hohe Beteiligungen an Demonstrationen für Demokratie – auch in Mainz, so der Sozialdemokrat. Ein wesentlicher Teil der Politik finde auf lokaler Ebene, also im Ortsbeirat statt, ergänzte der Sozialdemokrat.

Allerdings sei Präsenz erforderlich, um die Sitzungen zu verfolgen. „Ich frage mich, ob es nicht technisch möglich ist, das, was wir öffentlich behandeln, anderen zugänglich zu machen“, überlegte Euteneuer. Daher soll die Stadt Möglichkeiten prüfen, Sitzungen des Ortsbeirats per Videoübertragungen zugänglich zu machen, mit der Bitte, dies in der kommenden Wahlperiode umzusetzen. Bei einer Enthaltung folgte der Ortsbeirat dem SPD-Antrag.

„Hänfling“ zu, Wohnung weg

Nach Corona-Pandemie, Energiekrise und Inflation verliert Geschäftsführer-Ehepaar Existenz und auch die Bleibe

Von Lea Göllner

MAINZ. „Egal wo wir in Mainz unterwegs sind, wir treffen eigentlich immer Leute, die uns grüßen und sagen: Ach hallo, die Hänflings, wie geht es? Schade, dass ihr nicht mehr da seid“, erzählt Isabell Reddigau. Zusammen mit ihrem Mann Iwo Reddigau betrieb sie bis November 2022 den Laden „Der Hänfling“ in der Gärtnergasse. Kaufen konnten Kunden dort – wie es der Name nahelegt – Hanf-Produkte aller Art: von Raucherzubehör bis zu Kosmetika und Literatur.

„Der Hänfling“: Aus nach fast 30 Jahren in Mainz

Seit 1994 existierte „Der Hänfling“. Reddigau Mann arbeitete dort schon in den 90-ern als Aushilfe. Als sich der Chef allmählich zurückzog, ging die Verantwortung immer mehr an ihn über. 2003 übernahm das Ehepaar das Geschäft. „Es war eine sehr lange und auch sehr schöne Zeit“, sagt Reddigau. Die beiden hätten gerne weitergemacht, stand doch die Teil-Legalisierung von Cannabis vor der Tür. Reddigau habe sich auch schon bezüglich eines Modellprojekts an Politiker in Mainz gewandt.

„Es lief auch alles wirklich immer sehr gut und hat uns viel Spaß gemacht“, erzählt Reddigau. Doch während der zwei Jahre Corona-Pandemie musste „Der Hänfling“ im Lockdown insgesamt sieben Monate geschlossen bleiben. „Das hat man natürlich stark an den Einnahmen gemerkt“, so Reddigau. Sie erhielten eine Überbrückungshilfe der Strukturbank, das habe jedoch nur dafür ausgereicht, um gerade so die Betriebskosten zu decken. „Zum Leben hat es da schon angefangen, nicht mehr zu reichen“, sagt die 53-Jährige. Nach Corona kamen Energiekrise und Inflation. „Wir hatten sowieso schon unsere ganzen Rücklagen aufgebraucht, waren schon knapp bei Kasse und dann hat das noch mal richtig reingeschlagen“, berichtet Reddigau. Letztlich mussten sie am 30. November 2022 den „Hänfling“ schließen.

Doch damit hörte es nicht



In den früheren „Hänfling“ in der Gärtnergasse ist ein Kiosk eingezogen.

Foto: Tim Würz

auf, denn all das führte dazu, dass die Familie für zwei Monate in Mietrückstand geriet. Ihre Mutter sei eingesperrt und habe sofort den Rückstand ausgeglichen. Trotzdem hätten sie direkt eine Räumungsklage erhalten und wurden im November 2022 fristlos gekündigt. Bereits 15 Jahre wohnte das Ehepaar dort mit Sohn Zinedine. Im Mai 2023 kam es vor Gericht zu einem Vergleich: bis 31. Dezember 2023 sollte die Wohnung geräumt sein.

Das Ehepaar suchte fieberhaft nach einer Wohnung. „Wir haben Hunderte von Kontaktanfragen verschickt, es kam wenig dabei rum“, sagt Reddigau. Da der Laden nicht mehr existierte, bezogen sie und ihr Mann Leistungen vom Jobcenter. Zwischenzeitlich fand Reddigau wieder einen Vollzeitjob, den sie aber zum Winter hin wieder verlor. „Das hat es natürlich bei der Wohnungssuche extrem erschwert“, erzählt sie. Der Auszugstermin rückte immer näher und eine Wohnung habe die Familie immer noch nicht

finden können. Auch über die Wohnungsbörse des Amtes für Soziale Leistungen der Stadt Mainz wurden sie nicht fündig. Dazu wurde auch ein Antrag für einen Aufschub der Räumungsfrist und Räumungsschutz vom Amtsgericht Mainz abgelehnt. Am 14. Februar musste die Familie aus ihrer Wohnung ausziehen. Ihr Hab und Gut habe sie vorher eingelagert, so gut es ging, der Rest

fiel dem Müll zu Opfer. Die Eltern schliefen die erste Nacht im Auto, ihr Sohn mal hier, mal dort. „Wir wussten nicht, wo wir hinsollten“, so Reddigau. Ihr Mann leidet zudem an starkem Rheuma. Von der Stadt wurde ihnen angeboten, ins Obdachlosenheim zu gehen, wo sie sich ein Zimmer mit einer anderen Familie hätten teilen müssen. Doch das wollte das Ehepaar zu dem Zeitpunkt nicht.

Die Eltern haben viel Geld gekostet. „Das hat finanziell nochmals reingeschlagen“, berichtet Reddigau.

Nach der ersten Nacht hätten sie sich im Hotel einquartiert und jeden Tag von morgens bis in die Nacht hinein weiter nach einer Wohnung gesucht.

Bis zum 27. Februar waren sie wohnungslos, mittlerweile habe die Familie vorübergehend etwas zur Untermiete gefunden. Jedoch sei auch diese Unterkunft befristet. Nur noch vier bis fünf Wochen können sie bleiben. Reddigau und ihr Mann suchen weiterhin verzweifelt nach einer Wohnung. Sie hätten noch etwas Glück im Unglück gehabt, doch die Situation bleibe immer noch katastrophal. „Ich denke, ich bin im falschen Film“, erklärt Reddigau. Corona, die Lockdowns, haben sie überstehen können. Doch die Energiekrise und Inflation seien der finale Dolchstoß gewesen. „Wir hätten nie gedacht, deshalb auf der Straße zu landen“, sagt Reddigau.



Nur noch leere Regale und die Logos auf der Fensterscheibe erinnern an den Laden „Der Hänfling“.

Foto: Isabell Reddigau

LESERBRIEFE

Zum Sparprogramm der MVG.

Neue Form der Finanzierung finden

Die Querfinanzierung des ÖPNV innerhalb der Stadtwerke-Gruppe hat keine Zukunft mehr. Dies zeigt die aktuelle Streichungsorgie im Bereich der Mainzer Mobilität. Aus unternehmerischen Gesichtspunkten ist sie sicherlich notwendig, aus Sicht von Wirtschaft und Bevölkerung ist sie aber fatal.

Eine starke Wirtschaft braucht einen starken Nahverkehr, gerade der leidige Einzelhandel. Arbeitnehmer wollen verlässlich zum Arbeitsplatz gelangen, Kunden möglichst bequem zum Einkaufen in die Innenstadt. Das Krankenhauspersonal benötigt ein Angebot, dass sie auch zur späten Stunde in die Klinik bringt.

Dies steht jetzt alles mehr oder weniger zur Disposition. Wie konnte es dazu kommen? Das Prinzip der Querfinanzierung funktionierte wunderbar, als die Einnahmen aus der Stromversorgung sprudelten. Die Liberalisierung des Strommarktes ist aber nun

schon viele Jahre her und man hat es versäumt den Nahverkehr auf andere Finanzierungssäulen zu setzen. Französische Kommunen könne beispielsweise eine Verkehrssteuer (sog. „Versement transport“) erheben, mit denen laufender Betrieb, Fahrzeuge und Infrastrukturinvestitionen in den Nahverkehr finanziert werden können. Gleichfalls sichert es günstige und attraktive Tarife.

Das rheinaufwärts gelegene Straßburg hat damit in dreißig Jahren sein Tramnetz um 50 km ausgebaut – sogar rheinquerend – und ein On-demand-Angebot etabliert. In Deutschland gilt das dortige Angebot oftmals als Vorbild. Der Stadtspitze ist angeraten, nach neuen Finanzierungsformen zu suchen. Die Stadtwerke-Gruppe ist mit den gesteckten Zielen finanziell überfordert und wird dies verständlicherweise nicht leisten können.

Attraktiver und zuverlässiger Nahverkehr ist aber Basis für einen florierenden Wirtschaftsstandort und sorgt für Lebensqualität der Einwohner.

Daniel Klein
Mainz

Abstellen von Autos auf der Fläche zwischen Schwimmbad und Mainzer Sand birgt Risiken – Ortsbeirat Mombach will Lösung

Von Gerd Plachetka

MOMBACH. Die Wintermonate und der innerörtlich zunehmende Verkehr haben den Straßen erneut erheblich zugesetzt. In den sozialen Medien werden die maroden Mainzer Straßen bereits sarkastisch kommentiert. Das seien keine Schlaglöcher, sondern Verkehrsberuhigungen. Oder: Solange keine Lastenfahräder darin verloren gingen, würde die Stadtverwaltung auch nichts dagegen unternehmen. Immer wieder wird der dringende Handlungsbedarf auch von anderen Ortsbeiräten eingefordert. Die Mombacher FDP-Fraktion verweist in ihrer jüngsten Anfrage erneut explizit auf die Industriestraße, Suderstraße und Kreuzstraße. „Bereits in den Jahren 2020 und 2022 haben wir zusammen mit der SPD mehrfach unser Anliegen wegen dringend notwendiger Sanierungen an das städtische Bauamt gerichtet. Geschehen ist bislang nichts“, berichtet Michael Ziegler (FDP).

Ebenfalls Handlungsbedarf

besteht am Parkplatz „Obere Kreuzstraße“ gegenüber vom Schwimmbad zwischen Autobahnauffahrt und dem Westring. Adressat der Anfrage des Ortsbeirats ist ebenfalls das

städtische Bauamt. Aktuell kommen der Freifläche mehrere Funktionen zu. So wird sie als „Park & Ride“-Parkplatz genutzt, dient motorisierten Besuchern als Ausgangspunkt

für Ausflüge in das Naturschutzgebiet „Mainzer Sand“ und ist insbesondere im Sommer Ausweichmöglichkeit für Parkplatzsuchende des Freibades.



Der Parkplatz gegenüber vom Schwimmbad ist in einem bedauernden Zustand. Der Ortsbeirat möchte zumindest eine kurzfristige Verfüllung der größeren Löcher erreichen. Foto: Sämmer/hbz (Archiv+)

„Doch der Untergrund ist in einem katastrophalen Zustand. Tiefe Schlaglöcher und generelle Unebenheiten sorgen für Unfallgefahren“, berichtet SPD-Fraktionssprecher Horst Böcher. Insbesondere nach Regenfällen würden sich größere Pfützen bilden, deren Tiefe man nicht abschätzen kann. Böcher möchte eine sichere Nutzbarkeit des Parkplatzes durch eher kurzfristige Maßnahmen wiederherstellen. Dabei sollte in erster Linie eine Verfüllung der Schlaglöcher ohne tiefgründige Sanierung und ohne größeren finanziellen Aufwand erfolgen. Denn der Parkplatz werde später beim Bau der neuen Großsporthalle Baumaschinen und Baumaterialien aufnehmen. Erst nach Fertigstellung wird dann ein richtiger Parkplatz daraus und dieser dann an Bedeutung gewinnen. Den pragmatischen Vorschlag unterstützt Ansgar Helm-Becker (Grüne). Schließlich werde der Parkplatz später sinnvoll überplant werden. Der Ortsbeirat beschließt einstimmig die Eingabe an die Verwaltung.

KOMMENTAR



Das regionale Wasserstoffnetz ist ein Schritt in die Zukunft

Von Jens Kleindienst
jens.kleindienst@vrm.de

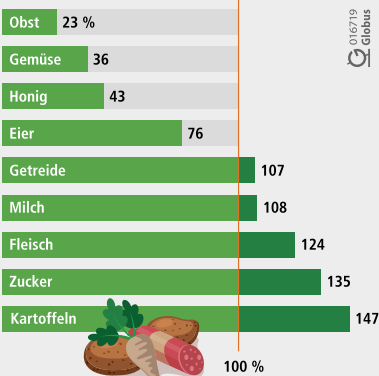
Lange Zeit klangen die Erzählungen von der schönen neuen Wasserstoffwelt nach grüner Theorie. Doch allmählich wird's konkret. Schon in vier Jahren wollen die regionalen Versorger Entega, Eswe, KMW und Mainova ersten Großkunden den klimaneutralen Energieträger der Zukunft direkt ins Haus liefern, weitere vier Jahre später soll das neue regionale Wasserstoffnetz in seinen Grundzügen stehen. Das ist ein ambitionierter Plan, zudem ein teures Unterfangen – 600 Millionen Euro Investitionsvolumen sind auch für gut verdienende Versorger keine Kleinigkeit. Der Ruf nach staatlichen Fördermitteln ist da durchaus berechtigt. Zwar wollen die Versorger mit den neuen Leitungen auch Umsatz machen, doch gehen sie an einer entscheidenden Stelle in Vorleistung. Das Projekt „Rh2ein-Main Connect“ ist von großem öffentlichen Interesse, es schafft die Voraussetzungen für künftige klimaneutrale Wertschöpfung in der Region und sichert Tausende Industriejobs bei Merck, Schott und anderen Unternehmen ab. Eines ist aber auch klar: Auf lange Sicht wird das neue Wasserstoffnetz das vorhandene Erdgasnetz ersetzen. Der Einstieg in die Wasserstoff-Ära leitet den allmählichen Ausstieg aus dem fossilen Erdgas-Zeitalter ein. Das sollten alle bedenken, die in den kommenden Jahren im eigenen Heizungskeller vor einer schwierigen Entscheidung stehen. Grundsätzlich lässt sich der wertvolle Wasserstoff zwar auch in einer modernen Gasheizung (Stichwort: H2-ready) verfeuern, doch könnte das ziemlich teuer werden. Alternativen gibt es genug.

GRAFIK DES TAGES

DEUTSCHLANDS SELBSTVERSORGUNG

Zu diesem Grad kann die Landwirtschaft in Deutschland den nationalen Bedarf an Lebensmitteln decken

Angaben für 2022 in Prozent



Quelle: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Bearbeitung: vrm/sbo

HEIZÖL

Frankfurt/Rhein-Main

Menge in Liter	Preis in €	Preis Vorwoche in €
500 - 1.000	140,02 – 130,19	142,19 - 137,64
1.001 - 1.500	118,58	keine Notierung
1.501 - 2.500	115,91 - 112,51	112,64 - 110,13
2.501 - 3.500	110,43 - 109,96	108,00 - 106,70
3.501 - 4.500	110,90 - 108,35	106,36 - 106,15
4.501 - 5.500	107,52	105,49
5.501 - 6.500	107,10	104,72
6.501 - 7.500	106,68	105,01 - 104,48
7.501 - 8.500	106,74 - 106,39	104,36
8.501 - 10.000	106,27	103,89 - 102,88

Wiesbaden/Mainz

Menge in Liter	Preis in €	Preis Vorwoche in €
500 - 1.000	130,49 - 121,26	142,49 - 121,89
1.001 - 1.500	120,24 - 119,00	117,81 - 115,43
1.501 - 2.500	117,12 - 116,16	114,79 - 112,93
2.501 - 3.500	113,10 - 110,90	110,67 - 108,30
3.501 - 4.500	111,20 - 109,68	108,03 - 107,00
4.501 - 5.500	110,08 - 109,37	107,58 - 106,86
5.501 - 6.500	109,48 - 109,12	107,42
6.501 - 7.500	109,00 - 108,80	107,21 - 105,31
7.501 - 8.500	108,26 - 108,20	106,45 - 105,55
8.501 - 10.000	109,30 - 107,98	106,30 - 105,32

Stand: 20.3.2024
Die Tabelle zeigt die Preisspannen für 100 Liter leichtes Heizöl (Premium-Qualität) frei Verwendertank einschließlich 19 Prozent Mehrwertsteuer, gegebenenfalls zuzüglich Sicherheits- und Transportpauschale. Die Verkaufspreise des Handels wurden von der Frankfurter IHK Heizöl- und Produktbörse am Markt festgelegt. Höhere oder niedrigere Preise können im Einzelfall vorkommen. Je nach Entfernung können Frachtschläge hinzukommen.

Wasserstoff für die Region

Damit der Energieträger der Zukunft in Hessen und Rheinland-Pfalz ankommt, schließen sich Versorger zusammen

Von Jens Kleindienst

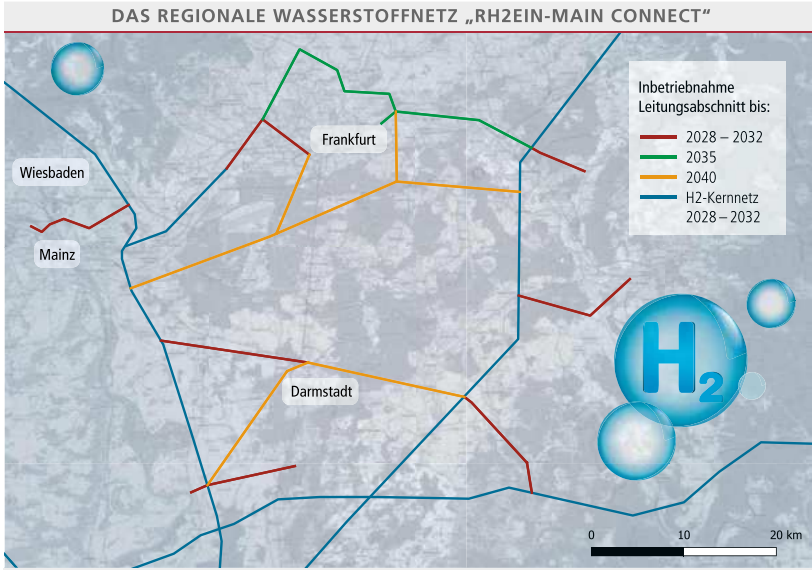
WIESBADEN/DARMSTADT/MAINZ. Mit einem Kraftakt machen sich regionale Versorger in Hessen und Rheinland-Pfalz gemeinsam auf den Weg ins Wasserstoffzeitalter. Dazu unterzeichneten am Mittwoch in Wiesbaden sieben Unternehmen den Kooperationsvertrag „Rh2ein-Main-Connect“. Bereits 2028 soll der erste Wasserstoff durch das neue regionale Netz fließen.

Schlüssel zur Klimaneutralität

Wasserstoff gilt als Energieträger der Zukunft. Er verbrennt CO₂-neutral und soll Erdgas in Kraftwerken und bei industriellen Prozessen ersetzen. Voraussetzung für die Klimaneutralität des Wasserstoffs ist, dass er mit Strom aus Wind- und Sonnenkraft gewonnen wird. Auf Bundesebene gibt es bereits eine nationale Wasserstoffstrategie mit Plänen für ein zentrales Pipelinennetz. Der Aufbau einer regionalen und lokalen Wasserstoffwirtschaft mit entsprechender Infrastruktur steht aber noch am Anfang.

Die hessische Energiewirtschaft will hierbei eine zentrale Rolle einnehmen. Mit an Bord bei „Rh2ein-Main Connect“ sind die Darmstädter **Entega AG**, die Frankfurter **Mainova AG**, die Wiesbadener **Eswe Versorgungs AG** und die **Kraftwerke Mainz-Wiesbaden (KMW)**. Hinzu kommen der Fernleitungsnetz-Betreiber **Open Grid Europe GmbH** sowie die regionalen Verteilnetzbetreiber **e-netz Südhessen AG** und **NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH**. Zweck der Kooperation ist es, die Metropolregion durch gleich mehrere Anbindungen an das H2-Kernnetz beginnend ab 2028 bis 2032 mit klimaneutralem Wasserstoff zu versorgen.

„Mit Blick auf die angestrebte Klimaneutralität bis spätestens 2045 müssen wir bereits heute die Entscheidung treffen, wie wir Industrie und



Quelle: Rh2ein-Main Connect, Entega AG; Kartengrundlage: OpenStreetMap; Illustration: Double Brain - adobe.stock
Bearbeitung: VRM

Mittelstand zukünftig nachhaltig mit klimaneutraler Wärme und Strom versorgen wollen“, sagte Entega-Vorstandschefin Marie-Luise Wolff bei der Vertragsunterzeichnung. Mainova-Chef Peter Arnold ergänzte: „Für wirksamen Klimaschutz ist der Einsatz von klimafreundlichem Wasserstoff im Wärmemarkt entscheidend. Schließlich findet hier mehr als die Hälfte des Primärenergieverbrauchs statt.“ Als Gas sei Wasserstoff „natürlicher Partner der Erneuerbaren Energien“, großvolumig speicherbar und gut transportierbar.

Für die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main wird für das Jahr 2030 ein jährlicher Wasserstoffbedarf von fünf Terrawattstunden (TWh) prognostiziert; bis 2045 könnte das Volumen auf 24 TWh ansteigen. Um die Nachfrage

in Hessen und Rheinland-Pfalz zu decken, müsse das neue Wasserstoffnetz vorausschauend dimensioniert werden, betonte der Vorstandsvorsitzende der KMW, Oliver Malerius. Deshalb würden zuerst Verbrauchsstandorte mit hohem Bedarf identifiziert und leistungstechnisch erschlossen. Profitieren sollten aber auch kleinere potenzielle Abnehmer in Industrie, Gewerbe und Privathaushalten zur Wärmeerzeugung. Neben größeren Industriebetrieben wie Merck in Darmstadt oder Schott in Mainz werden moderne Gaskraftwerke zu den Großabnehmern gehören. So planen die KMW den Bau eines wasserstofffähigen Gaskraftwerks auf der Ingelheimer Aue, Mainova rüstet gerade sein Heizkraftwerk West um, die Entega will am Standort ihres Müllheizkraft-

werks in Darmstadt selbst grünen Wasserstoff erzeugen. Merck will schon ab 2040 klimaneutral produzieren, was ohne grünen Wasserstoff nicht gehen wird.

Mehr als 600 Millionen Euro sollen investiert werden

Wie Jörg Höhler, Technischer Vorstand der Eswe Versorgungs AG, erläuterte, soll das regionale Wasserstoffnetz rund 300 Kilometer Länge haben. „Für das Initialnetz müssen die ersten Teilstücke bis 2032 neu errichtet werden, anschließend werden wir verstärkt bestehende Erdgasleitungen umwidmen.“ Der überwiegende Teil des Wasserstoffs dürfte aus den Fernleitungen der OGE kommen. Allerdings wolle man Industriepartnern auch die Möglichkeit eröffnen, mittels Elektro-

lyse selbst erzeugten Wasserstoff in das Regionalnetz einzuspeisen, betonte Höhler.

Die ersten Teillabschnitte sollen bis 2028 fertig sein und die Versorgung von frühen Ankern Kunden der Region mit Wasserstoff gewährleisten. Die neuen Leitungen sollen dabei möglichst parallel zum bestehenden Erdgasnetz gebaut werden. Ab 2032 soll dann die lokale Weiterverteilung des Wasserstoffs beginnen. Gerechnet wird bis 2040 mit Investitionskosten von insgesamt 610 Millionen Euro. Diese Summe könne von den Netzbetreibern nicht allein getragen werden, betonten die Versorger. Notwendig seien Förder- und Finanzierungsprogramme aus dem öffentlichen und privaten Sektor. Dabei könne das Land Hessen „einen entscheidenden Beitrag leisten“.

Deutsche Häfen sollen gestärkt werden

Kabinet beschließt Strategie für die wichtigen Drehscheiben im globalen Handel

Von Andreas Hoenig
und Martin Fischer

BERLIN/HAMBURG. Deutschlands Häfen sollen gestärkt werden. Ein wichtiger Schritt dazu soll eine Nationale Hafenstrategie sein, die am Mittwoch vom Bundeskabinett beschlossen wurde. Die deutschen Häfen sollten fit gemacht werden für die Zukunft, sagte Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) in Berlin. Die Häfen haben in den vergangenen Jahren zum Beispiel beim Containerumschlag im internationalen Wettbewerb Marktanteile verloren, wie es in der Hafenstrategie heißt. Häfen spielen außerdem eine wichtige Rolle bei der Energiewende. Dazu muss aber die Infrastruktur ausgebaut werden – und das kostet viel Geld. Darüber gibt es Streit zwischen dem Bund und den Küstenländern.

Bedeutung der Häfen: Die deutschen See- und Binnenhäfen hätten als „Knotenpunkte der maritimen und kontinentalen Lieferketten“ eine sehr hohe wirtschaftliche und strategische Bedeutung, heißt es in der Strategie. Deutschland wickelt rund 60 Prozent seines Im- und Exports über den Seeweg ab. Der mit Abstand größte und wichtigste Hafen des Landes liegt in Hamburg, es folgen Bremerha-



Deutschland wickelt rund 60 Prozent seines Im- und Exports über den Seeweg ab. Der wichtigste Hafen liegt in Hamburg. Foto: dpa

ven und Wilhelmshaven. Hamburg liegt in Europa deutlich hinter Rotterdam und Antwerpen-Brügge.

Eine wichtige Rolle spielen Häfen aber nicht nur für den Warenumschlag, sondern auch als Knotenpunkte für die Energiewende. Über den Hafen in Cuxhaven kommen laut Bundesverband Windenergie 80 Prozent der benötigten Rotorblätter für Windräder an. Die verfügbaren Hafenkapazitäten dort sind aber ausgelastet, daher soll der Hafen ausgebaut werden. Der Verband Deutscher Reeder (VDR) hofft

zudem auf einen Ausbau der Infrastruktur für alternative Treibstoffe.

Kernpunkte der Strategie: In der Strategie werden den Häfen wichtige Zukunftsaufgaben zugewiesen: im Bereich der Energiewende, der Transformation der Industrie, der Versorgungs- und Produktionssicherheit, der neuen Sicherheitsarchitektur im Rahmen der Nato und auch im Kampf gegen Drogen- und Waffenschmuggel. Die deutschen Häfen sollen national und international wettbewerbsfähig sein und frei von kritischen Abhän-

gigkeiten agieren, wie es in der Strategie heißt. Es gehe um Wettbewerbsbedingungen, eine verstärkte Kooperation der Häfen untereinander, die Erforschung und Entwicklung innovativer Hafentechnologien und eine beständige Hafen- und Infrastrukturpolitik. „Mit 139 Maßnahmen wollen wir dafür sorgen, dass unsere Häfen resilient und digital werden“, sagte Wissing. In der Strategie heißt es, Häfen würden teilweise als kritische Infrastrukturen eingestuft. Bei Investitionen und Beteiligungen aus Drittstaaten seien deshalb Sicherheitsinteressen zu prüfen.

Streit ums Geld: Küstenländer und Hafenwirtschaft bestehen weiter auf einem stärkeren Engagement des Bundes. 400 Millionen Euro für Erhalt und Betrieb der Häfen pro Jahr, lautet die seit Langem von ihnen erhobene Forderung. 38 Millionen Euro zahlt der Bund derzeit für alle Häfen über einen Hafenausgleich. Der Hafenstrategie der Bundesregierung fehle eine zentrale Voraussetzung: die finanziellen Mittel, teilten der Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe (ZDS) und der Bundesverband Öffentlicher Binnenhäfen (ÖBB) mit. „Für die Hafenwirtschaft in Deutschland ist das eine große Enttäuschung.“

Wieder Zölle auf ukrainische Eier

BRÜSSEL (dpa). Die EU will zur Unterstützung europäischer Landwirte wieder Zölle auf hohe Mengen bestimmter Lebensmittel aus der Ukraine einführen. Darauf einigten sich Unterhändler der EU-Staaten und des Europaparlaments in Brüssel. Konkret geht dabei um Eier, Geflügel und Zucker sowie Mais, Hafer, Grütze und Honig, wie beide Institutionen mitteilen. Für diese Waren soll es künftig ein gewisses Kontingent geben, das zollfrei in die EU verkauft werden darf. Ist diese Menge erreicht, werden wieder Zölle fällig. Die Kontingente richten sich danach, wie hoch der Import der Waren im Schnitt in den Jahren 2022 und 2023 war. Die Regeln sollen nach der vorläufigen Einigung bis Juni 2025 gelten und müssen noch formell von den EU-Staaten und dem Parlament bestätigt werden. Kurz nach Beginn des russischen Angriffskrieges war beschlossen worden, der Ukraine zollfreien Zugang zum EU-Markt zu gewähren. Die Maßnahmen galten jeweils für ein Jahr. Nach Angaben des für Handel zuständigen EU-Kommissars Valdis Dombrovskis hat die EU nie zuvor derartige Maßnahmen zur Handelsleichterung ergriffen. Für die Einfuhr von Weizen sollen zunächst weiter keine Zölle gelten.

EIN JAHR OB NINO HAASE

NINO HAASE

- Nino Haase ist 40 Jahre alt und parteilos.
- Am 5. März 2023 wurde er in der Stichwahl zum Oberbürgermeister von Mainz gewählt. Hierbei setzte er sich mit 63,6 Prozent der Stimmen gegen Christian Viering von den Grünen durch (36,4 Prozent). Im ersten Wahlgang am 12. Februar hatte Haase 40,2 Prozent der Stimmen erhalten und war damit klar auf Platz eins gelandet. Die Wahl wurde notwendig, da Vorgänger Michael Ebling (SPD) im Oktober 2022 das Amt des rheinland-pfälzischen Innenministers übernommen hatte.
- Am 22. März 2023 wurde Haase im Kurfürstlichen Schloss offiziell in das Amt des Oberbürgermeisters eingeführt.
- Politisch in Erscheinung trat Haase 2018 als Sprecher der Bürgerinitiative Gutenberg-Museum. Diese setzte sich gegen den damaligen Entwurf des Bieburtums als Neubau für das Museum ein.
- Bereits 2019 kandidierte er für das Amt des Oberbürgermeisters, scheiterte aber in der Stichwahl mit 44,8 Prozent der Stimmen gegen Michael Ebling.
- Bevor Haase 2023 Oberbürgermeister wurde, arbeitete er als Geschäftsführer der Hygreen GmbH in Mainz, einem Hersteller von Haushaltsreinigern.
- Mit dem Rugby Club Mainz spielte Haase in der Ersten und Zweiten Bundesliga.
- 2009 gewann er in der Fernsehsendung „Schlag den Raab“ bei Prosieben drei Millionen Euro.



Im Stadtrat ist der Ton vor allem in Auseinandersetzungen mit der AfD im vergangenen Jahr rauer geworden. OB Haase ist häufiger in einer Art Schiedsrichterrolle gefragt.
Foto: Sascha Kopp

MAINZ. Vor einem Jahr trat Nino Haase (parteilos) sein Amt als Mainzer Oberbürgermeister an. Im Interview mit dieser Zeitung spricht der 40-Jährige über erste Erfolge, Projekte, die bislang nicht vorankommen, Auseinandersetzungen im Stadtrat und im Stadtvorstand sowie den anstehenden Kommunalwahlkampf.

INTERVIEW

Herr Haase, ist dieses erste Jahr ungefähr so gelaufen, wie Sie es erwartet haben?

Es ist von der Intensität schon so verlaufen, wie man es erwartet hat. Es waren viele verwaltungsinterne Sachen, die angestoßen werden mussten und die mehr Grundlagenarbeit erfordern als erwartet. Zum Beispiel rollen wir jetzt gerade die rund 2500 Laptops für die Homeoffice-Arbeitsplätze aus. An manchen Stellen sorgt der Blick von außen für eine gewisse Bewegung, weil man mit vielen Dingen bricht. Veränderung kann erst mal unangenehm sein, aber ich glaube, sie ist unbedingt nötig. Da bin ich sehr zufrieden, welchen Weg wir eingeschlagen haben und welche Botschaft wir in die Verwaltung senden.

Gibt es Sachen, bei denen Sie sagen: Das würde ich heute anders machen?

Selbstverständlich. Ich weiß nicht, ob man sich Querverweise nach Wiesbaden noch mal leisten muss wie bei der Einstufung der Kita-Erzieherinnen und -Erzieher. Das habe ich dann aber auch geklärt. Das ist etwas, da habe ich mich danach drüber geärgert. Ein Grußwort, das etwas flüssiger hätte vorgetragen sein können – dieser „Ärger“ ist schnell vergessen.

Ihre Amtseinführung war auch für die Fraktionen eine Neuerung. Haben sie sich mittlerweile an Sie gewöhnt? Wie funktioniert die Zusammenarbeit?

Die Vorlagen, die ich im Stadtrat federführend mit eingebracht habe, zum Beispiel zur Kita-Initiative Personal 4+, zur Eingruppierung der Kita-Kräfte, zur Wohnraumförderung, zur Finanzierung der Straßenfastnacht, zur Potenzialstudie „Schwimmen im Rhein“ oder zum Umgang mit den Wohnraum-Potenzialgutachten, waren zuvor nicht ohne Widerstände. Das waren oft intensive Prozesse mit vielen großen

Runden. Aber wenn man offen ins Gespräch geht, sein Ziel vorgibt und hier und da noch nachschärft, dann bekommt man es hin, dass alle beteiligt sind. Darüber hinaus habe ich die Fraktionen besucht und stehe weiter bereit. In den Ortsräten bin ich auch unterwegs. Das möchte ich auch weitermachen, da bekommt man Sachen mit, die man sonst nicht mitbekommt.

Nach den ersten 100 Tagen hatten einige Fraktionen die Zusammenarbeit gelobt. Günter Beck hatte Ihnen auf dem Parteitag der Grünen dagegen Stammtischniveau vorgeworfen. Wie ist das Klima im Stadtvorstand?

Du darfst nicht nachtragend sein in diesem Amt; Du wirst jeden Tag kritisiert, das ist völlig normal. Beim nächsten Jour Fixe stand der immer getrunkenen Cappuccino von Günter Beck schon am Platz, als er kam, und ich habe erklärt, so sei das am Stammtisch. Ich hätte die Aussage so nicht gemacht, aber ich weiß, dass das Geschäft auch überbordend sein kann. Wir sind im Stadtvorstand zu einer konstruktiven Zusammenarbeit gekommen. Ich glaube, das tut ganz gut, dass da ein Oberbürgermeister ist, der keinen Fraktionshintergrund hat, weil wir alle im Stadtvorstand Teil der Verwaltung sind und nicht mehr Teil der politischen Fraktionen.

Was sehen Sie als den größten Erfolg Ihres ersten Jahres?

Ich hatte ja definiert, dass die Kitas ein Schlüsselbereich sind, wo es stark brennt. In den ersten Wochen meiner Amtszeit wurde mir klar suggeriert: Wir dürften in Rheinland-Pfalz die pädagogischen Fachkräfte nicht wie in Hessen höhergruppieren. Das hat mich getriggert und da habe ich mich reingehängt. Das Ergebnis: Wenn man sich mit dem Tarifrecht beschäftigt, wenn man mit dem Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften spricht, dann können wir auch in Mainz unser Personal besser bezahlen. Wir haben sogar eine Lösung gefunden, die in ganz Rheinland-Pfalz angewendet werden darf und vom Land bezuschusst wird. Der Prozess ist jetzt eingeleitet und als OB kann ich nun neue Projekte angehen im Personalbereich und darüber hinaus. Außerdem haben wir beim Thema Wohnen ein Zeichen gesetzt. Erstens sagen wir offensiv, dass sich

Wohnraumförderung heutzutage auch an Normalverdiener richtet und zweitens haben wir die Frage beantwortet, wie wir mit unseren städtischen Flächen umgehen. Das über eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme zu tun, ist ein mutiger Schritt, der nicht ohne Konflikte ist. Aber wir haben gesehen, dass das Höchstbieterverfahren nichts bringt. Es hilft nicht, viel zu bauen, wenn du nicht bezahlbar baust.

Wo ging's nicht so voran, wie Sie sich das erhofft haben?

Es gibt genug Sachen, die ich mir schneller gewünscht hätte. Ein kleines Thema ist das Taubenmanagement. Ich finde das wichtig, nicht nur für den Tierenschutz, sondern auch für das Stadtbild. Das haben wir angestoßen und da kamen wir dann nicht so schnell voran, wie ich mir das gewünscht hätte. Auch bei anderen Themen braucht man eben Geduld, beispielsweise bei Verkehrsmaßnahmen, weil sie einfach viel Abstimmungsbedarf mit sich bringen. Auch beim Thema Fluglärm: Da ärgere ich mich jedes Mal, wenn Randstunden gerissen werden. Da haben wir kommunal wenig Durchgriff, aber wir werden trotzdem im Juni eine große Bürgerinformation machen, wo wir die Initiativen zusammenbringen. Weitere Themen, die auch erst in der Anfangsphase sind, sind

Ein Jahr OB Nino Haase: „Veränderung kann unangenehm sein“

Nino Haase ist seit einem Jahr Mainzer Oberbürgermeister.

Im Interview spricht er über Erfolge, Konflikte, schwierige Prozesse,

Klage-Drohungen und den „Stammtischniveau“-Vorwurf.

die Überarbeitung des Zentrenkonzepts und das Anwohnerparken in Parkhäusern.

Sie haben den Job des Verwaltungsmanagers als eine Hauptaufgabe bezeichnet. Nach 100 Tagen haben Sie dann gesagt, dass Sie auch eine andere Geisteshaltung in die Verwaltung bringen möchten. Wie sind Sie dabei vorgekommen?

Es geht unter anderem darum, dass wir mehr Verantwortung aus der Zentrale abgeben. Es gab zum Beispiel seit Jahren die Forderung, Wiederbesetzungsanträge nicht Richtung OB-Büro stellen zu müssen. Jede Stelle der Stadt Mainz, die nachbesetzt werden sollte, vom Grünpfleger bis zur Ortsverwaltungsunterstützung, lag auf meinem Schreibtisch. Das waren eine ganze Menge Unterschriften und hat jede Einstellung um ein paar Wochen verzögert. Das wurde abgeschafft. Wir haben auch ein digitales Einstellungsmanagement auf den Weg gebracht, weil von der Bewerbung bis zur Einladung zum Vorstellungsgespräch zu viel Zeit vergeht. Genauso wie bei der technischen Ausstattung in den Ämtern: Das muss nicht mehr vom Hauptamt genehmigt werden. Amtsleitungen können selbst entscheiden, ob jemand ein iPad oder ein iPhone braucht. Mit der neuen Hauptamtsleitung gehen wir in dieselbe Richtung. Wir ver-

stehen das Hauptamt und das OB-Büro nicht mehr als Kontrollstelle, sondern als Dienstleister, auch in das Unternehmen Stadt hinein.

Wie sehen die Fortschritte bei der Stellenbesetzung aus?

Wir haben in der Verwaltung immer noch viele unbesetzte Stellen. In den Kitas haben wir einen guten Zuwachs erzielen können, hier konnten wir mit 43 mehr besetzten Stellen den langjährigen Jahresschnitt vervielfachen und auch beim Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) haben wir die Fluktuation mithilfe einer Einarbeitungsmanagerin aktuell auf null gesenkt. Bei Ingenieurstellen haben wir noch große Defizite, weshalb wir die Stellenbewertungen verbessert haben. Das ist im öffentlichen Dienst kein einfacher Prozess. Aber wir sind ihn angegangen. Auch bei der IT merken wir, dass wir teilweise nicht konkurrenzfähig mit den Gehältern der Privatwirtschaft sind.

Der Ton in den Stadtratssitzungen ist in den letzten Jahren rauer geworden, besonders auch in Auseinandersetzungen mit der AfD. Da sind Sie teilweise als Schiedsrichter gefordert. Haben Sie das so erwartet?

Auch Mainz bleibt bei gesellschaftlichen Entwicklungen nicht außen vor, das spiegelt sich im Stadtrat wider. Ich ha-

Es gibt Sachen, die ich mir schneller gewünscht hätte.

Du darfst in dem Amt nicht nachtragend sein.

Ich war selbst in der Burschenschaft vor Ort.

Vielleicht gibt es Alternativen zur Heiligen Makrele.



Er wolle mehr Verantwortung aus der Zentrale der Verwaltung abgeben, sagt OB Nino Haase.
Foto: Sascha Kopp



Im Stadtvorstand sei man nach der Amtseinführung vor einem Jahr zu einer konstruktiven Zusammenarbeit gekommen, sagt Haase.
Foto: Lukas Görlach

Leitung des Amts für Stadtforschung und -entwicklung ab Jahresmitte angegangen. Vielleicht gibt es Alternativen zur Heiligen Makrele, vielleicht gibt es auch eine Mischform.

Auch beim Marktführerstück wird ein alternativer Standort notwendig sein, wenn im Juni die Bauarbeiten am Gutenberg-Museum beginnen. Wo sollte das Marktführerstück aus Ihrer Sicht dann stattfinden?

Am besten an einem recht großen Platz. Die Gespräche mit den Marktbesitzern und mit den Mainzer Winzern laufen. Wir werden das Marktführerstück weiter brauchen und weiter fördern in der Stadt. Das ist etwas Einzigartiges, und so müssen wir es auch behandeln. Wir werden einen guten Standort finden, das muss in den nächsten Wochen kommuniziert werden.

Was erwarten Sie im anstehenden Wahlkampf an Hauptthemen?

Wir müssen uns auf das konzentrieren, was die Leute beschäftigt und unsere Stadt nach vorne bringt. Es muss ein Commitment geben, dass Bürgerbeteiligungsprozesse wie zum Regierungsviertel und zum Rheinufer weitergeführt werden, und jetzt in die Umsetzung kommen. In so einer Phase, in der es rumort zwischen Politik und Bevölkerung, ist es wichtig zu zeigen: Das, was ihr hier mit auf den Weg gebracht und gestaltet habt, das setzen wir auch mit uns. Ansonsten sollten wir tatsächlich überlegen, ob wir wirklich einen Wirtschaftsstandort in den Wahlkampf werfen mit dem Thema Steuern und Hebesätze. Ich plädiere sehr dafür, dass wir weiterhin eine wirtschaftsfreundliche Umgebung halten, weil ich überzeugt davon bin, dass wir langfristig davon profitieren. Und ich möchte auch nicht, dass Ängste geschürt werden. Also gerade auch das Thema Grundsteuer, wo noch abschließende Bescheide des Finanzamts fehlen, wo wir natürlich seitens der Stadt gesagt haben, dass wir das stadtwert aufkommensneutral halten. Das kann im Einzelfall schon mal zu einer deutlichen Erhöhung führen. Es wird aber in der Regel gerade im Mehrfamilienhaus, im Geschosswohnungsbau eine Erleichterung bringen. Da würde ich darum bitten, dass man solche Ängste nicht schürt und ehrlich miteinander umgeht. Auch beim Thema Bebauungspläne sollte man sagen, wie aufwendig eine Änderung wäre und was das bedeuten würde, wenn man das in die Diskussion einbringt. Man kann aber gerne mal eine eigene Idee entwickeln, was man sich vorstellt im Bereich der Bebauung in Hechtsheim und Ebersheim. Oder auch die Frage, wie hoch will man im Innenstadtbereich bauen, wo will man noch aufstocken. Das sind Sachen, über die kann man wirklich seriös diskutieren. Und das sind auch Themen, die die Menschen bewegen und die für unsere Stadt relevant sind.

Im vergangenen OB-Wahlkampf war die Heilige Makrele eines der Hauptthemen. Die Zollhafen GmbH hat das Projekt ein Stück weit versenkt. Glauben Sie denn noch daran, dass sich das Projekt Freibad am Rhein realisieren lässt?

Das ist weiterhin ein charmanter Projekt. Aber wenn ein Eigentümer eines Geländes sagt, er möchte es nicht, dann ist es recht schwer, dagegen zu argumentieren. Das erfährt man in der Schärfe auch erst, wenn man im Amt ist. Aber wenn die eine Möglichkeit nicht geht, muss man an Alternativen arbeiten. Das ist der Anspruch, den man haben muss als OB. Das stadtwerte Potenzialgutachten für Schwimmen im Rhein ist ja beilligt und wird mit der neuen



Man dürfe als OB nicht nachtragend sein, sagt Haase. Das gilt insbesondere in der Fastnacht, wo auch dem neuen OB ein Wagen gewidmet wurde.
Foto: Sascha Kopp

also nachhaltige Wohnquartiere, die Themen Mobilität, Erschließung und geförderter Wohnraum. Jeder kann unter diesen Prämissen auch selbst entwickeln. Wir wollen niemanden enteignen.

Haben Sie sich vorgenommen, wie Sie sich im anstehenden Wahlkampf verhalten wollen? Halten Sie sich heraus oder mischen sich ein?

Ich bin als Wahlleiter der Neutralität verpflichtet. Aber auf der anderen Seite bin ich auch Wähler, und da gucke ich mir natürlich schon genau den Wahlkampf an. Aber ich werde mich in keiner Weise positionieren. Als OB muss ich mich ein wenig aus politischen Gefilden heraushalten und ein Mittel sein zwischen Verwaltung, Bevölkerung und Stadtrat. Ich hoffe, dass mir das ganz gut gelingen ist im letzten Jahr. Und diese Linie möchte ich auch beibehalten.

Wünschen Sie sich denn wieder eine feste Koalition oder wäre Ihnen ein fluides Modell lieber, bei dem ohne Koalitionszwang abhängig vom Thema abgestimmt wird?

Ich habe nichts gegen ein fluides Modell, wie es andere Städ-

be gesagt, ich akzeptiere keine persönlichen Beleidigungen gegenüber einzelnen Stadtratsmitgliedern. Ich persönlich würde mir wünschen, dass man einen Gang zurückschaltet und sich auf die kommunalen Themen konzentriert. Wir sind ein Stadtrat.

In der vergangenen Sitzung haben Sie auch recht deutliche Worte in Richtung der Burschenschaft Germania Halle zu Mainz gewährt. Sie haben gesagt, dort sei der Holocaust gelehrt und das Dritte Reich verherrlicht worden. Der Vorsitzende des Altherrenverbands der Burschenschaft, Lothar Mehlhose (AfD), hat anschließend erklärt, eine Anzeige prüfen zu wollen. Ist das schon etwas eingegangen?

Noch ist nichts eingetroffen. Ich habe klar gemacht: Egal, wie man politisch zu jemandem oder einer Vereinigung steht, Sachbeschädigungen und Angriffe auf Häuser sind keine demokratischen Mittel. Zu den Vorwürfen: Weil ich in einer Studentenverbindung Mitglied bin, weiß ich, welche Aussagen ich in der betreffenden Burschenschaft von Mitgliedern vor fast 20 Jahren erlebt habe. Und seitdem herrscht auch ein Kontaktverbot meiner Verbindung mit dieser Burschenschaft, was ich persönlich auch sehr begrüße.

Also Sie haben das selbst vor Ort im Haus der Burschenschaft mitbekommen?

Ja, von Mitgliedern dort vor Ort. Das waren Aussagen, die habe ich in dieser Form in meinem ganzen weiteren Leben nie mehr gehört.

Kommen wir zu den Finanzen: Sie haben Ihre Amtseinführung inmitten des Gewerbesteuerbooms erlebt. Nun wird mit einem Defizit von 89 Millionen Euro zum Ende des Jahres gerechnet. Bereitet Ihnen das schlaflose Nächte?

Nein. Es gibt genügend Vermögenswerte und die Schulden sind auch weg. Wir sind eine leistungsfähige Kommune. Aber wir müssen diese Mentalität, alles gleichzeitig und sofort zu machen, ablegen. Wir müssen die zahlreichen Projekte eine monatsgenaue Liquiditätsplanung aufstellen. Ich glaube, das ist auch ein gesunder Prozess. Man stellt sich schlanker auf und schaut genauer hin. In den Phasen des Überflusses neigen wir Menschen vielleicht dazu, ein biss-

chen laissez faire zu agieren. Wir müssen uns nun wieder genauer Gedanken machen, wo das Geld herkommt, zum Beispiel beim Straßenbahnausbau Richtung Heiligkreuzviertel. Den treiben wir jetzt erst mal bis zum Planfeststellungsbeschluss voran. Daher ist es auch so wichtig, dass wir beim Thema Wirtschaftsstandort Mainz so aktiv sind, weshalb ich mich auch bei den Themen GFZ-Kaserne und LU sehr für eine rasche Lösung eingesetzt habe. Man muss das Geld, was ausgegeben wird, erst erwirtschaften.

Priorisieren ist das eine. Wird man sich vielleicht auch von dem einen oder anderen liebgewonnenen Projekt verabschieden müssen? Wird aus dem gestaltenden OB der sparende OB?

Das kann in der Zukunft passieren. Wir können bei den Gewerbesteuerentnahmen nicht in die Zukunft schauen. Ob ich ein stark sparender OB werden muss? Ich glaube, jeder, der mit Steuergeldern umgeht, sollte verantwortungsvoll agieren. Bei den größeren Projekten steht aber nichts auf der Streichliste. Wir müssen vielleicht ein bisschen am Zeitplan arbeiten, aber das ist noch eine luxuriöse Situation, die wir in Mainz haben, selbst beim ÖPNV. Wir müssen kämpfen, während andere Kommunen das Angebot abbauen müssen.

Sie haben im Wahlkampf gesagt, dass Sie sich für günstigere ÖPNV-Tickets generell und einen kostenlosen ÖPNV an Samstagen einsetzen wollen. Ist das noch realistisch?

Das ist noch realistisch. Wir müssen noch einige Wochen warten, aber es tut sich etwas

beim kostenlosen ÖPNV am Samstag. Hinsichtlich günstiger Tickets und Verbundstruktur hat das Deutschland-Ticket natürlich für eine Revolution gesorgt. Daher sind manche Aussagen aus dem Wahlkampf obsolet. Da gibt es nun eine recht einheitliche Struktur, die zwar in der Finanzierung ein Problem darstellt. Aber für die Nutzerinnen und Nutzer ist es ein großer Vorteil. In der Stadtverwaltung haben wir zudem das 9-Euro-Ticket für Angestellte, null Euro für Azubis. Wir haben noch mal eine Schippe draufgelegt.

Kommen wir zum Thema Wohnen: Das größte kommende Wohnbauprojekt der Stadt sind die neu auszuweisenden Flächen in Ebersheim und Hechtsheim. Seit der Bekanntgabe gibt es dort Sorgen vor Enteignungen. Können Sie das ausschließen?

Ja. Diese Entwicklungsmaßnahmen geben uns nicht das Recht einer Enteignung, sondern nur ein Vorkaufsrecht. Wenn jemand sein Land verkaufen möchte, haben wir als Stadt die Möglichkeit, zum Richtwert vom 8. März 2024 zu kaufen. Aber es geht auch nicht darum, zum Dumpingpreis zu kaufen, sondern wir haben die Möglichkeit, Bauland zu erwerben, wenn jemand verkaufen möchte. Es steht jedem frei, auf seinem eigenen Land zu entwickeln. Und es steht auch jedem frei, gar nichts zu machen. Enteignungen sind bei dieser Satzung, wie wir sie auf den Weg gebracht haben, nicht vorgesehen. Wir haben den Weg mit dem Vorkaufsrecht gewählt und finde ich im Sinne einer solidarischen und nachhaltigen Stadtentwicklung richtig. Wir setzen trotzdem die städtebaulichen Rahmenbedingungen,



Die finanzielle Situation der Stadt bereite ihm noch keine schlaflosen Nächte, sagt Haase. Doch müsse man in Zukunft wieder stärker priorisieren.
Foto: Sascha Kopp

System soll optimiert werden

Weisenauer Ortsbeirat ärgert sich über den Modus der Terminvergabe in der Ortsverwaltung

Von Michael Heinze

WEISENAU. Einstimmig hat der Ortsbeirat Weisenau jetzt einen geänderten CDU-Antrag angenommen mit dem Ziel, das Terminbuchungssystem in der Ortsverwaltung zu optimieren. Aus Sicht der Lokalpolitiker ist das System verbesserungsbedürftig. Der Ortsbeirat fordert einen „leichteren Zugang zum System“ gerade für ältere Menschen und eine selbsterklärende Menüführung. Auch „Ottonormalweiser“ sollte sich dort intuitiv zurechtfinden, hieß es.

Erfassung der Kennzahlen als Grundvoraussetzung

Laut CDU-Fraktionssprecherin Annette Wöhrlin soll das System „so erweitert werden, dass Stornierungen in auswertbarer Form als Kennzahl für eine Weiterentwicklung der Terminvergabe verwendet werden können“. Da bei einer Stornierung bereits jetzt schon eine E-Mail ausgelöst werde, könne an dieser Stelle auch die Erzeugung einer solchen E-Mail als Zähler erfasst werden. „Die momentane Methodik der Online-Terminvergabe lässt keine Rückschlüsse auf ihre Effizienz zu“, monierte die Christdemokratin. „Ein Bürger hat aber Anspruch auf eine effizient arbeitende Verwaltung. Die Erfassung entsprechender Kennzahlen stelle dabei eine Grundvoraussetzung für eine Steigerung von Verwaltungseffizienz dar.“

Nicht durchsetzen konnte sich die CDU mit ihrem Ansinnen, zusätzlich zu den Online-Terminen die Möglichkeit von Ad-hoc-Terminen anzubieten, bei denen auch ohne vorherige Terminvergabe die Möglichkeit besteht, Anliegen bei der Ortsverwaltung einzubringen. Ortsvorsteher Ralf Kehrein (SPD) hat da so seine Bedenken. „Nicht alle Bürger sind in der Lage, mit dem Terminbuchungssystem Termine zu vereinbaren“, hatte Wöhrlin argumentiert. „Die Gründe hierfür

sind vielseitig – kognitive Defizite, nicht vorhandene technische Kenntnisse oder fehlende technische Infrastruktur.“ Diese Bürger erhielten durch die Ad-hoc-Vereinbarung von Terminen ebenfalls die Möglichkeit, zeitnah an einen Termin zu kommen. „In der Nach-Corona-Zeit könnten wir es auch wieder hinkommen, dass es einige Stunden in der Woche für Termine ohne Terminvergabe gibt“, so Wöhrlin, die von „Bürgerservice“ sprach.

Dass es „teilweise recht schwierig“ sei mit der kurzfristigen Terminbuchung, bekräftigte Klaus Wilhelm (CDU). „Ich habe es mal probiert und man wird da auf alle anderen

Standorte verwiesen – aber für Weisenau habe ich kein Angebot bekommen.“ Wilhelm wörtlich: „Ohne die Hilfe am Telefon hätte ich überhaupt keinen Termin zustande bekommen – und ich bin noch ziemlich gewandt.“ Herbert Egner (FDP) bezeichnete das Online-System als „Zumutung“.

SPD-Fraktionssprecher Tobias Hoffmann indes betonte, er habe zuerst auch Probleme gehabt – „aber über die 115 habe ich sofort einen Termin bekommen“. Kehrein sagte: „Wir sind eigentlich einnehmlich unterwegs, wenn es darum geht, die Terminvergabe zu behalten. Weil wir so verhindern können, dass Donnerstagnachmittags in Weisenau die ganze Treppe mit Bürgern besetzt ist, die auch um 18.30 Uhr noch dort sitzen. Das hat dazu geführt, dass wir um 17 Uhr geschlossen haben, wenn da noch zehn Leute gesehen haben. Diejenigen, die nicht mehr drangekommen sind, waren sauer.“ Eine freie Sprechstunde bringe „nur Frust“. Fazit des Ortsvorstehers: „Die Software und die Auswertungsmöglichkeiten gehen sicher besser. Aber wenn man da hoc ein Anliegen hat, muss man sich eben auch mal ins Stadthaus bewegen.“ Etwa wenn der Ausweis abgelaufen ist.

„Bürgerhaus braucht Gastronomie“

Lerchenberger Bürger starten Petition für vollwertigen Betrieb / Unterschriftenliste liegt in Geschäften aus

Von Petra Jung

MAINZ. Wird es Gastronomie im neuen Lerchenberger Bürgerhaus geben oder nicht? Und wenn ja, in welcher Form? Das sind die Fragen, die derzeit im Stadtteil diskutiert werden. Eine von privat initiierte Petition, die zur Unterzeichnung seit Kurzem in der Apotheke, dem Eiscafé und im Nahkauf des örtlichen Einkaufszentrums ausliegt, fordert „die Wiederherstellung des gastronomischen Angebots“ und setzt sich „für eine vollwertige Gastronomie“ im Bürgerhaus ein. Nach Angaben von Michael Bückler, der zu den Privatleuten gehört, die die Unterschriften sammeln, unterstützen bislang rund 400 Bürger die Petition.

Stadt übernimmt Kosten für Nachrüstung nicht

Fakt ist: Die Stadt Mainz übernimmt die Kosten für eine Nachrüstung der Fettabluftanlage für die Gastronomie im Bürgerhaus in Höhe von sage und schreibe 278.044 Euro nicht. Dies hatte Bürgermeister Günter Beck, der auch Geschäftsführer der „Mainzer Bürgerhäuser GmbH & Co. KG“ ist, dem Ortsbeirat unlängst mitgeteilt. Die Lerchenberger fürchten nun, es werde sich wohl kein Gastronom finden lassen, der bereit ist, so viel Geld zu investieren. Zumal im Sachstandsbericht zum Thema, den Beck dem Ortsbeirat im Januar zugesandt hatte, davon die Rede ist, die Pläne hätten sich „auf die Konzeption eines Bistros mit wechselnden Tagesgerichten und angegliedertem Catering verschoben“ – weil in den letzten Jahren die Verunsicherung in der Gastronomiebranche gewachsen sei.

Eine Vollgastronomie – also eine mit Restaurantbetrieb, die bei Veranstaltungen auch das Catering übernehmen kann – ist nach Ansicht der Lerchenberger Ortsvorsteherin Sissi Westrich (SPD) für das neue Bürgerhaus jedoch unerlässlich: „Wir brauchen diese unbedingt für die Struktur in unserem Stadtteil.“ Anfang April sei in der Angelegenheit ein Gespräch mit Bürgermeister Beck terminiert. Auch die örtliche CDU macht sich unterdessen für eine Vollgastronomie stark. Harsche Kritik äußern die Christdemokraten an Bürgermeister Beck. Des-



Die Baustelle für das Bürgerhaus im Stadtteil Lerchenberg: Nun gibt es eine Unterschriftensammlung für ein Komplettprogramm in Sachen Gastronomie.

Foto: Tim Würz (Archiv)

sen Entscheidungen zur Ausstattung des Bürgerhauses müssten „einem gewählten, demokratischen Gremium“ zugeführt werden und könnten „nicht alleine von ihm bestimmt werden“ meint CDU-Ortsvorsteherkandidat Andreas Michalewicz.

Wenig Raum für Ausrichtung von Familienfeiern

Ein Vergleich mit den beiden ebenfalls neuen Bürgerhäusern in Hechtsheim und Finthen könne zudem nicht gezogen werden, meint die CDU,

die außerdem die kostenlose Nutzung der Bürgerhäuser durch die jeweiligen ortsansässigen Vereine fordert. Sowohl in Hechtsheim als auch in Finthen gebe es eine viel ausgeprägtere Restaurantlandschaft. Der Lerchenberg, so die CDU weiter, benötige eine Gastronomie im Bürgerhaus dringend – auch, weil „demnächst“ ein weiteres Restaurant im Stadtteil schließe. Gemeint ist, wie Michalewicz auf Nachfrage erklärt, das Restaurant im Hotel am Lerchenberg. Dieses ist der Hauptanlaufpunkt für die Lerchenberger,

wenn es um die Ausrichtung von Familienfeiern geht. Könne es nicht mehr genutzt werden, befände sich der einzig noch für beispielsweise Familienfeiern nutzbare separate Raum im Gastronomiebetrieb neben dem SCL-Vereinsheim am Sportplatz, sagt derweil Ortsvorsteherin Westrich: „Aber dort bekommt man nur maximal 30 Personen rein.“ Auch vor diesem Hintergrund setzt Sissi Westrich darauf, dass sich am Ende vielleicht doch noch ein Pächter fürs Bürgerhaus findet: „Ich sag ja immer: Nicht aufgeben.“

Draiser wünschen sich Nahwärme

Ortsbeirat will, dass die Stadt Mainz eine entsprechende Machbarkeitsstudie in Auftrag gibt

Von Damian Szul

DRAIS. Beim Zukunftsprojekt Drais 2040 war es bereits Bürgerwunsch, jetzt hat sich der Ortsbeirat Drais einstimmig dafür ausgesprochen, dass die Stadt Mainz prüfen soll, ob eine dezentrale Wärmeversorgung (Nahwärme) für den Stadtteil realisierbar ist. Im Rahmen der Drais 2040 Auftaktveranstaltung im Juli 2023 gab es einen Bürger-Workshop zu Erneuerbaren Energien und zum Klimaschutz, geleitet von

den grünen Ortsbeiratsmitgliedern Tobias Wittig und Julia Müller-Klieser. Der Wärmeplan der Stadt und die zukünftige Energieversorgung seien dabei zentrale Themen gewesen.

Stadtgebiet eignet sich nicht für Fernwärme

„Das Thema kam bei Drais 2040 immer wieder auf“, so Wittig. Mehrere Bürger hatten ihre Bereitschaft signalisiert, an Gemeinschaftsprojekten zur Energieversorgung mitzuwirken. Gleichzeitig wurde der Mangel an Informationen sei-

tens Stadt und Land kritisiert. Im September 2023 stellte die Stadt mit dem Mainzer Stadwerken dann den Wärmemasterplan 2.0 vor, der für umweltfreundliche und günstige Wärme sorgen soll. Es wurde geprüft, wie viel Wärme versorgt werden könnte. Ohne ein solches Netz, so der Antrag, müssten einzelne Hauseigentümer selbst investieren. Nahwärme würde dagegen Drais als Ganzes der Klimaneutralität näherbringen, hieß es. Ausdrückliche Wunsch des Orts-

beirats ist es, dass alle Optionen zur Wärmeerzeugung technischer und im Zusammenspiel untersucht werden. Genannt werden im Antrag als Beispiele „Holzhackschnitzel, Solarthermie, Geothermie und kalte Nahwärme“.

Die Lokalpolitiker weisen im Antrag an die Stadt Mainz auch auf die momentanen „guten Möglichkeiten für eine finanzielle Unterstützung durch eine Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW)“ hin.

beirats ist es, dass alle Optionen zur Wärmeerzeugung technischer und im Zusammenspiel untersucht werden. Genannt werden im Antrag als Beispiele „Holzhackschnitzel, Solarthermie, Geothermie und kalte Nahwärme“.

Die Lokalpolitiker weisen im Antrag an die Stadt Mainz auch auf die momentanen „guten Möglichkeiten für eine finanzielle Unterstützung durch eine Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW)“ hin.

BLAU LICHT

Einbruch am Vormittag

DRAIS (red). Am Dienstagvormittag ist in ein Einfamilienhaus in der Straße „An den Platzäckern“ eingebrochen worden. Die Eigentümerin bemerkte mittags, dass die Täter offenbar im hinteren Bereich des Hauses eingestiegen waren. Sie durchwühlten Erd- und Kellergeschoss und verlie-

ßen das Haus wieder, ebenfalls über dessen Rückseite, teilte die Polizei mit. Die Ermittlungen zum Fall laufen, unter anderem hinsichtlich des Diebstahls. Die Spurensuche wurde durchgeführt. Wer Hinweise zu der Tat in Mainz-Drais geben kann, wird gebeten, sich unter Telefon 06131-653633 zu melden.

– Anzeige –

Adressen A-Z

Glaseri

GLAS WIEGAND
GLASHANDLUNG // ISOLIERGLAS
GANZGLASDUSCHEN // GANZGLASTÜREN
Tel. 06131 962000 (mainz)
www.glas-wiegand.de

ADRESSEN VON A-Z

Metalbau-Schlosserei

HAPPEL
METALL IN FORM
• Geländer • Vordächer
• Türen & Tore • Balkone
Raiffeisenstrasse 31
55270 Klein-Winternheim
Telefon: 0 61 36 - 8 55 66-0
www.happel-metallbau.de

Rollladen

Rolladen Freber
• Rollladen • Sonnensegel
• Garagentore • Rollläden
• Markisen • Rollläden
• Terrassen • Rollläden
• Überdachung • Kundendienst
• Insektenschutz
Telefon (06131) 602410
E-Mail: info@rolladen-freber.de
Jean-Pierre-Jungles-Str. 3a
55126 Mainz-Finthen



Foto: Paul Nauen – stock.adobe

Uhren & Münzen

UHRMACHERMEISTER
Bruse
Heidelbergergasse 8 • 55116 Mainz
Telefon (06131) 234015
www.fliegeruhren-buse.de
KAUFE + RESTAURIERE
ALTE ROLLEX-PATEK-BULOVA ACCUTRON - IWC
OMEGA - HANDBART - GLASHUTTE - BREITLING
MARINE - FLIEGER-ARMANDUHRN uvm.
RESTAURIERE FRANZÖSISCHE PENDULEN
– und komplizierte Taschenuhren
KAUFE GOLD- UND SILBERMÜNZEN
– auch unvollständige Sammlungen
Öffnungszeiten: Di - Mi - Do 10-16 Uhr

Uhren & Schmuck

Reparaturen aller Groß- und Kleinuhren von Antik bis Funkuhren und Schmuck aller Art
UHRN-KLEIN
Uhrmachermeister
www.uhrenklein.de
Mainz-Kastel, in der Witz 37
☎ (06134) 61810

Zaunbau

MSB Balewski GmbH
Metall - Stahlbau - Zaunbau
Am Rondell 5 • 55120 Mainz
☎ 06131/21003-0 • Fax 21003-30

Bei Interesse:

Auftragsmanagement
Telefon: 061 31/484777
mediasales-lokal@vrm.de

MAINZ

Vorübergehend nur Notbetreuung

Die Kita Gabelsbergerstraße klagt momentan über einen sehr hohen Krankenstand

Von Meike Paul

MAINZ. Ausnahmezustand in der Kita Gabelsbergerstraße: Kinder unter zwei Jahren können aktuell nicht betreut werden. Sie müssen zu Hause bleiben. Auch die Mittags-schlaf-Zeit kann aktuell nicht eingehalten werden, denn der Rest der Kinder kann nur notbetreut werden. Laut Schreiben der Einrichtung soll das noch bis kommenden Montag so gehen. Doch woran liegt's?

Die Kita-Leitung möchte sich zur Situation nicht äußern und verweist auf den Träger der Tagesstätte, die Stadt Mainz. Ellen König, Mitarbeiterin der Pressestelle, bringt Licht ins Dunkel und bestätigt: Ja, „die Kita Gabelsbergerstraße ist aktuell mit einer hohen Anzahl von krankheitsbedingten Ausfällen bei Beschäftigten konfrontiert“. In einem Handlungsplan für personelle Engpässe, den jeder Kita-Träger in Rheinland-Pfalz vorzulegen und umzusetzen hat, sei geregelt, wie mit solchen Situationen umzugehen ist. „Für die städtischen Kitas ist dies der sogenannte Neun-Punkte-Plan“, erklärt König. Er dient zur Eigenverantwortung der Kita-Leitung bei besonderen Personalsituationen und sieht zunächst eine Situationsanalyse vor. Danach sollen hausinterne Maßnahmen umgesetzt werden: Ist das Personal stark dezimiert, müssen Aktivitäten eingeschränkt, Elterngesprä-



Weil der Krankenstand des Personals ausgesprochen hoch ist, gibt es derzeit in der Kita Gabelsbergerstraße lediglich eine Notbetreuung. Besserung, so heißt es seitens der Stadt, sei in der kommenden Woche zu erwarten.

Foto: dpa (Archiv)

che abgesagt und Vor- und Nachbereitungszeiten gekürzt werden. Gruppen sind zusammenzulegen und Räume zu schließen. Überzeiten werden dann angeordnet und die Kita-Leitung geht in den Gruppendienst. Reicht dies alles nicht aus, müssen sogenannte Springer angefordert werden.

„Letztendlich geht es dabei um die Gewährleistung der Aufsichtspflicht und damit die Sicherheit der betreuten Kinder“, sagt Ellen König. Jede Kita habe damit ein Bündel an Maßnahmen an der Hand, um mit Personalausfällen, gleich welcher Art, adäquat umzugehen. Da die Aufsichtspflicht

von Kindern unter zwei Jahren hierbei wesentlich mehr Personal bindet, als das bei Kindern über zwei Jahren der Fall ist, habe man sich in der Einrichtung zum Ausfall dieser Betreuung entschieden. Gleiches gelte auch für den Mittagsschlaf. „Um die Aufsichtspflicht gewährleisten zu

können, konnten wir mit dem vorhandenen Personal lediglich einen Notdienst für Kinder über zwei Jahren anbieten“, so König weiter. Dies ist allerdings nur eine temporäre Situation und soll so schnell wie möglich, nach aktuellem Stand in der kommenden Woche, wieder aufgelöst werden.

LESERBRIEFE

Zum CDU-Vorschlag, die Fahrrad-Piktogramme zu entfernen.

Sichtbar sein

Wer Fahrrad-Piktogramme auf Straßen als „ideologische Verkehrspolitik“ (Thomas Gerster, CDU) bezeichnet, ist selbst in Mainz noch nicht Fahrrad gefahren. Es schockiert mich, wie selbst kleine Maßnahmen, die zu einer Erhöhung der Lebensqualität beitragen, hier zu verhindern versucht und instrumentalisiert werden.

Denn Fahrrad-Piktogramme auf Straßen haben für mich eine eindeutige Signalwirkung, die sagt: Emissionsfreie Fahrräder sind Autos nicht untergeordnet. Und ich steige nur auf mein Fahrrad, wenn ich mich sicher damit fühle. Dass kostengünstig umzusetzende Fahrrad-Piktogramme hierbei helfen, zeigt auch die genannte Studie aus Wuppertal und Dres-

den (2021). Hier erfährt man, dass die Neueinführung der Piktogramme auf Straßen einen „positiven Einfluss (...) auf objektive und subjektive Sicherheit“ hatte.

Ergebnisse der Untersuchungen zeigen unter anderem einen Rückgang von Fahrradfahrenden auf Gehwegen ebenso wie eine Senkung des Unfallrisikos bei deutlich erhöhter Sicherheitswahrnehmung.

Und dabei ist Fahrradfahren platzsparend, praktisch und gesundheitsförderlich. Es ist daher für mich unverständlich, dass Fahrrad-Piktogramme neben dem Ausbau von Radwegen in Mainz nicht Teil eines guten Verkehrskonzepts sein sollen.

Als Fahrradfahrerin möchte ich gesehen werden: von der Politik und auf der Straße.

Franziska Feuer
Mainz

Zur Ausstellung über König Konrad II. im Alten Dom St. Johannis.

Anbiedernd

Meine Güte – „King Konrad II.“! Dieser „King“ war römisch-deutscher König und Kaiser – warum in aller Welt kann man ihn in dem geschilderten Zusammenhang nicht als „König Konrad II.“ bezeichnen?

Selbst Interessierte, die kein Deutsch sprechen, könnten

von alleine auf die Idee kommen, dass dieser Begriff dem „king“ gleichzusetzen ist. Ich finde es entsetzlich peinlich, dass man sich so an die englischsprachige Welt anbietet.

Ich plädiere nicht für eine „Deutschtümelei“, aber für ein gewisses sprachliches Selbstbewusstsein. Sonst wird man wohl auch noch über den Mainzer „Archbishop“ schreiben.

Christa Lennert
Mainz

– Anzeige –

DER BESTE PREIS DER STADT

„GROSSE AUSWAHL, KLEINSTER PREIS, KOSTENLOS PARKEN!“

Wie wäre es mit einem stark reduzierten TV? Wir haben die besten Marken zum besten Preis! Auch in unseren Hi-Fi-Angeboten werden Sie garantiert begeistert fündig. Wir erfüllen fast jeden Wunsch. Unsere Top-Beratung gibt's frei Haus dazu. Mehr noch: Bei uns parken Sie mitten in der Stadt kostenlos, mit Musik.

Wir freuen uns auf Sie! Ihr Marc Horne

UVP 2049,-
1319,-
Inklusive Beratung
G A G

SONY XR-48A90K | HD LED Streaming-TV
Mit XR HDR Remaster erkennt dieser Fernseher jedes Objekt auf dem Bildschirm, analysiert dessen Farbe und passt den Kontrast an. Das ist Präzision völlig neu definiert.
121 cm = 48 Zoll | Maße mit Fuß: 107 x 63 x 23 cm

5 JAHRE GARANTIE
UVP 2249,-
1390,-
Inklusive Beratung
G A G

PANASONIC TX-55MZ984 | 4K OLED-TV
Präzise Details, brillante Farben, tiefe Schwarztöne und beeindruckende Sound-Performance – die MZ984-Serie begeistert mit einem nochmals gesteigerten Qualitätsniveau. Gesteuert wird die Signalverarbeitung vom HX PRO AI Prozessor.
139 cm = 55 Zoll | Maße mit Fuß: 123 x 77 x 29 cm

UVP 3999,-
1999,-
Inklusive Beratung
F A G

LG OLED65G39 | 4K/OLED-TV
Der OLED evo TV G3 liegt mit seinem Gallery Design wie ein Gemälde direkt an der Wand auf – ganz ohne unschöne Zwischenräume. Auffallen wird Ihnen allerdings die neue 4K OLED evo-Bildqualität mit innovativem Brightness Booster.
163 cm = 65 Zoll | Maße mit Fuß: 144 x 88 x 25 cm

UVP 1699,-
1199,-
Inklusive Beratung
DENON AH-D9200 | Kopfhörer mit Kabel

Das Flaggschiff-Modell der preisgekrönten Denon Kopfhörer, der AH-D9200 verfügt über 50 mm-Freedge-Treiber, Neodym-Magneten und ein Gehäuse aus geräuschkundlichem japanischem Holz. Genießen Sie einen besonders klaren Klang ohne Verzerrungen und ein Design, das elegant und auch komfortabel ist.

UVP 2967,-
1999,-
Inklusive Beratung
KEF LS50 META | Regallaufsprecher UVP 1299,- (Paar) + ARCAM SA 20 SET | Vollverstärker | UVP 1399,- + LS4R SET | Lautsprecherkabel | UVP 269,-

KEF LS50 Meta Studio-Lautsprecher (Paar) im Paket mit Arcam SA20 Vollverstärker und 2 x 3 m Flux Matrix LS4R Single-Wire-Lautsprecherkabel.

UVP 3899,-
3333,-
Inklusive Beratung
F A G

LOEWE BILD i.65 | 4K/UHD OLED-TV
Fernsehen, Video-on-Demand, Mediatheken, Musik, Internet, Streaming: Der Loewe bild i.65 bietet dank der Smart-TV-Plattform Loewe os7 und dem integrierten App-Store eine riesige Unterhaltungs- und Informationsvielfalt.
165 cm = 65 Zoll | Maße mit Fuß: 146 x 88 x 29 cm

UVP 5499,-
3299,-
Inklusive Beratung
G A G

PANASONIC TX-77LZW004 | 4K/UHD OLED-TV
Erleben Sie Filme, Fernsehen, Sport und Spiele mit dem maßgeschneiderten Master OLED PRO Panel mit Hollywood-Tuning und dem HX PRO AI-Prozessor für unübertroffene Detailtreue und Präzision.
195 cm = 77 Zoll | Maße mit Fuß: 172 x 107 x 35 cm

UVP 7299,-
3299,-
Inklusive Beratung
G A G

LG OLED83C38 | 4K/OLED-TV
Die Bildqualität des LG OLED evo TV C3 wird Sie dank 4K OLED evo-Display mit Brightness-Booster und Light Control Architecture sowie einem damit noch detailreicheren und helleren Bild und dem gewohnt tiefsten Schwarz überzeugen.
210 cm = 83 Zoll | Maße ohne Fuß: 185 x 107 x 3 cm

RESTPOSTEN
SET UVP 8248,-
3999,-
Inklusive Beratung

MUSICAL FIDELITY M8 ENCORE 500 | All-in-one-Streamer und Verstärker mit CD-Player (UVP 7999,-) + WIIM PRO PLUS | High-Res-Streamer (UVP 249,-)
Alles, was rein muss und ein herausragendes Klangerlebnis bringt, ist hier drin: CD-Ripper, eine Festplatte und eine umfassende Streaming-Funktionalität, 5000 CDs können als Klangquellen hinterlegt werden. Mit Wiim Pro Plus High-Res-Streamer.

EXKLUSIVARTIKEL
STÜCK UVP 4249,-
2699,-
Inklusive Beratung

CANTON REFERENCE 5 K WBT-EDITION
Standlautsprecher
In ganz Deutschland gibt es nur 25 Lautsprecherpaare. 8-Wiring-WBT-Anschlüsse, modifizierte Frequenzweichen mit Mundorf-Kondensatoren sorgen für präzisen, detailreichen Klang. Auch in Weiß erhältlich.
Maße (B x H x T): 31 x 108 x 45 cm

Alle Preise in Euro inkl. MwSt. Zwischenverkauf, Änderungen und Druckfehler vorbehalten. Abgabe an Endverbraucher nur in haushaltsüblichen Mengen. Werbeanzeige für KW 12 und 13/2024.

FRANKFURT

Große Friedberger Straße 23-27
Telefon TV: 069.920041-22
Telefon HiFi: 069.920041-11
Mo-Fr: 10-19 Uhr | Sa: 10-18 Uhr
Die HIFI-PROFIS Warenhandels GmbH

WIESBADEN

Rheinstraße 29
Telefon TV: 0611.974535-22
Telefon HiFi: 0611.974535-11
Di-Fr: 10-19 Uhr | Sa: 10-18 Uhr
Die HIFI-PROFIS Verwaltungs- und Handels GmbH

MAINZ

Rheinstraße 4 (Fort Malakoff)
Telefon TV: 06131.275609-88
Telefon HiFi: 06131.275609-11
Di-Fr: 10-19 Uhr | Sa: 10-18 Uhr
Die HIFI-PROFIS Verwaltungs- und Handels GmbH



HIFI & TV auf über 3000 m²
Bundesweite Auslieferung inkl. Montage

Gratis Parken



Weitere exzellente Angebote gibt's im Webshop!
Einfach QR-Code oder <https://hifi-profis.de>

HIFI-PROFIS
Ihr Haus für TV | HiFi | Heimkino

HINTERGRUND

Von Maurice Arndt

„*Vermeintlich allgegenwärtig, ist Wasser längst in weiten Teilen der Welt zur kostbaren und knappen Ressource geworden.*“

Das Deutsche Geoforschungszentrum (GFZ)

„WASSER FÜR DEN FRIEDEN“

► An diesem Freitag ist der Welttag des Wassers. Der Gedank- und Aktionstag soll „an die Besonderheiten von Wasser als der essenziellsten Ressource allen Lebens“ erinnern, wie die Vereinten Nationen betonten. Doch in diesem Jahr steht die **Warnung vor künftigen Konflikten und Kriegen um Wasser im Fokus**. Denn der Zugang zu der lebenswichtigen Ressource ist keine Selbstverständlichkeit mehr.

► „Mehr als drei Milliarden Menschen sind auf Wasserressourcen angewiesen, die nationale Grenzen überschreiten“, sagte Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne) dem Berliner Büro dieser Zeitung. „Wohlstand und Frieden sind auf Wasser angewiesen. Wir müssen alles dafür tun, um unser Wasser zu schützen – für uns und nachfolgende Generationen“, betonte die Ministerin. Sie machte auch keinen Hehl daraus, dass Deutschland wie seine Nachbarländer vor „erheblichen Herausforderungen“ stehe. „Die Folgen der Klimakrise für Mensch und Natur zwingen uns zum Handeln“, betonte Lemke. Sie verwies auf die vergangenen Dürrejahre, immer häufiger auftretende Extremwetterereignisse und dazu das anhaltende Problem der Wasserverschmutzung. „Sauberes Wasser muss immer und überall in Deutschland ausreichend verfügbar sein“, betonte Lemke.

► Der Weltwassertag wird seit 2003 von der Unterorganisation der Vereinten Nationen „UN-Water“ organisiert. Sie unterstützt seither zahlreiche Staaten bei der Erreichung ihrer Entwicklungsziele im Bereich Wasser. Das diesjährige Motto „**Wasser für den Frieden**“ könnte angesichts der Weltlage kaum dringlicher sein. „Kriege haben regelmäßig nachteilige Auswirkungen auf alle natürlichen Ressourcen, so auch auf die Wasserressourcen“, sagt Jörg Rechenberg vom Umweltbundesamt (UBA). So seien die Gewässer in Kriegen fast immer übermäßiger Verschmutzung ausgesetzt. Rechenberg mahnt: „Wohlstand und Frieden sind auf Wasser angewiesen.“ In einer Zeit weltweiter Kriege und Konflikte könnte das brisanter kaum sein.

Der Wert des Wassers

Viel Regen im Winter, Dürren im Sommer – so sehen Experten die Zukunft. Wie gehen wir jetzt und künftig mit der Ressource um?

so gemacht. Schwieriger umzusetzen sei hingegen die Beregnung von Feldern mit gereinigtem Abwasser. Das Bundesforschungsministerium hält diese Idee, die auch in der Nationalen Wasserstrategie der Bundesregierung auftaucht, für vielversprechend. Bauern hätten aber die Sorge, dass Bio-Produkte dann wegen möglicher Rückstände im Wasser nicht mehr den Anforderungen genügen, sagt aus der Beek.

Die Nationale Wasserstrategie, die die künftige Wasserversorgung sichern soll, sieht aber auch andere Punkte vor. So soll ein System aufgebaut werden, das die Wasserentnahme aus dem Grundwasser in Echtzeit erfassen kann. Kommunen sollen zudem die Wasserspeicherung verbessern, und bundesweite Entgelte sollen Industrie und Landwirtschaft animieren, nachhaltiger mit Wasser umzugehen.

Bewährt habe sich bereits die künstliche Grundwasseranreicherung, sagt eine Sprecherin des Forschungsministeriums. Dabei gelangt Oberflächenwasser über sogenannte Sickerbecken aus Sand ins Grundwasser.

„Regional wird es zeitweise Engpässe geben“

Die Nationale Wasserstrategie, die die künftige Wasserversorgung sichern soll, sieht aber auch andere Punkte vor. So soll ein System aufgebaut werden, das die Wasserentnahme aus dem Grundwasser in Echtzeit erfassen kann. Kommunen sollen zudem die Wasserspeicherung verbessern, und bundesweite Entgelte sollen Industrie und Landwirtschaft animieren, nachhaltiger mit Wasser umzugehen.

„*Wohlstand und Frieden sind auf Wasser angewiesen.*“

Jörg Rechenberg vom Umweltbundesamt (UBA)

Einer Untersuchung des Kompetenzzentrums Wasser in Berlin zufolge müsste diese Grundwasseranreicherung vor allem in Winter stattfinden, wenn viel Wasser an der Oberfläche zur Verfügung steht.

Viele Wasserversorger würden derzeit daran arbeiten, sagt aus der Beek. Die Kommunen hätten spätestens durch die Dürre von 2018 bis 2019 erkannt, dass man mit Wasser nachhaltiger umgehen müsse. Der Forscher ist überzeugt, dass die Trinkwasserversorgung in Deutschland auch künftig gesichert sei, wenn die Kommunen sich weiter damit befassen. „Nichtsdestotrotz wird es regional aber zeitweise auch immer mal wieder zu Engpässen kommen können“, sagt er.

Niedersachsen denkt über Ausbau von Talsperren nach

In Niedersachsen war das Thema zuletzt aktuell. Um den Jahreswechsel verursachte Regen in vielen Regionen Hochwasser. Das füllte zwar bodennahe Grundwasserspeicher auf, die nach einigen Dürrejahren wenig Wasser hatten, führte aber auch zu Millionenschäden. Schon länger wird in dem Bundesland zu Anpassungsmöglichkeiten beim Wassermanagement geforscht.

Eine Studie südniedersächsischer Hochschulen ergab 2023, die Talsperren im Harz auszubauen – etwa durch Aufstocken der Staumauern oder neue Anlagen. Rund 13 Prozent des niedersächsischen Trinkwassers kommt aus Talsperren.

Doch Grundwasserspeicher allein dürften künftig nicht ausreichen, um im Winter ausreichend Niederschläge für den Sommer zu konservieren, vermutet man in Niedersachsen. Ein Grund: Die Böden seien nach Dürre-Sommern so trocken, dass ein Großteil des Regens nicht ins Grundwasser versickere und stattdessen in Flüsse abfließe. Wasserreservoirs von Talsperren würden sich hingegen leichter erholen.

Konkurrenz ums nasse Gut

Hinzu kommt bei Talsperren ein ökologischer und wirtschaftlicher Aspekt: Indem sie im Sommer Wasser an Flüsse abgeben, die sonst ausdünnen würden, können sie einerseits Lebensräume für Tiere erhalten. Andererseits könnten manche Flüsse so auch schiffbar gehalten werden. Größere Stauseen könnten damit Wasserkonflikten vorbeugen, erklärt Experte aus der Beek: „Die Trinkwasserherstellung, Ökosysteme oder die Binnenschifffahrt stehen in Konkurrenz um das Wasser.“

Eine flächendeckende Lösung dürften Talsperren oder auch Hochwasserrückhaltebecken zum Anstauen von Flüssen im Flachland allerdings nicht sein. Einerseits bräue es dafür entsprechende Flächen oder Gebirge, heißt es aus dem Bundesforschungsministerium. Andererseits seien sie teuer und mit großem Planungsaufwand verbunden.

Fernleitungen als letzte Möglichkeit

Wichtig sei auch eine Entseelung von Flächen, damit Böden überhaupt Wasser aufnehmen könnten, heißt es vom niedersächsischen Umweltministerium. Prinzipiell sinnvoll seien im Flachland zudem Flutungsgebiete, wie das Niedersächsische Landesamt für Energie mittelt. Dabei müssten aber Interessenkonflikte berücksichtigt werden. Solche Gebiete könnten einerseits helfen, Grundwasserspeicher zu füllen und Hochwasser aufzufangen. Andererseits könnten Grundwasserspiegel dadurch mitunter so steigen, dass Keller nass würden.

„*Die Trinkwasserherstellung, Ökosysteme oder die Binnenschifffahrt stehen in Konkurrenz um das Wasser.*“

Tim aus der Beek vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wasser

WASSERSPEICHER

► In Deutschland fehlen einer Bilanz für 2023 zufolge noch immer **Milliarden Tonnen an Wasser im Gesamtwasserspeicher**. Das teilte das Deutsche Geoforschungszentrum (GFZ) am Donnerstag mit. Für Europa sei seit Beginn der Messungen im Jahr 2002 ein Rückgang des Gesamtwasserspeichers um rund 100 Milliarden Tonnen zu verzeichnen. „Vermeintlich allgegenwärtig, ist Wasser längst in weiten Teilen der Welt zur kostbaren und knappen Ressource geworden“, hieß es vom GFZ. Auch Deutschland habe in den vergangenen fünf Jahren bereits drastische Dürren erlebt.

► Das Team um Eva Börgens und Christoph Dahle vom GFZ hatte den aktuellsten Datensatz des Satellitendatensatzes „Grace-Follow-On“ ausgewertet, das auf Basis von Schwerefeldmessungen Einblicke in die Wasserbilanz der Erde ermöglicht. Für Deutschland zeigten die Daten, dass sich der **Gesamtwasserspeicher 2023 zwar etwas erholt hat**, im Vergleich zum langjährigen Mittel aber immer noch rund zehn Milliarden Tonnen fehlen. „Zum Vergleich: Der Bodensee fasst in etwa 48 Milliarden Tonnen Wasser.“ Der sogenannte **terrestrische Gesamtwasserspeicher TWS** setzt sich aus den Komponenten **Eis (Gletscher), Schnee, Bodenfeuchte, Grundwasser** sowie dem **Oberflächenwasser** in Flüssen, Seen und künstlichen Reservoiren zusammen.

► **Dramatisch** ist die Lage der GFZ-Bilanz zufolge **bei den großen Inlandseischilden über Grönland und der Antarktis**: „Jahr für Jahr verliert Grönland rund 224 Milliarden Tonnen an Eis und die Antarktis, die ungleich kälter ist, 138 Milliarden Tonnen.“ Das GFZ teilte zudem mit, dass Interessierte über das Portal **globalwaterstorage.info** zahlreiche Informationen sowie begleitende Animationen und Karten finden können.

Illustration: ananahine – stock.adobe

Bundestag nimmt digitale Dienste in die Pflicht

BERLIN (dpa). Illegale Inhalte auf Internetplattformen sollen besser bekämpft werden: Zur Umsetzung von Verpflichtungen für Online-Dienste hat der Bundestag am Donnerstag das Digitale-Dienste-Gesetz beschlossen. Digitalminister Volker Wissing (FDP) sagte: „Es ist allerhöchste Zeit, etwas gegen zunehmende Desinformation, Hassrede, gegen illegale Inhalte und Manipulation im Netz zu tun.“ Wissing verwies auf die Europawahl im Juni sowie Landtagswahlen im September in Sachsen, Thüringen und Brandenburg. „Wir dürfen und wir werden das Netz nicht den Demokratie- und Menschenfeinden überlassen.“ Das Gesetz dient der Umsetzung des Digital Services Act der EU. Für die Überwachung von Online-Riesen wie Google ist bereits die EU-Kommission zuständig. Für kleinere Anbieter soll das in Deutschland die Bundesnetzagentur werden. Das Gesetz regelt auch Buß- und Zwangsgelder bei Verstößen – bis zu sechs Prozent des Jahresumsatzes.

Gaza: EU fordert Feuerpause

BRÜSSEL (dpa). Die EU-Staaten verschärfen ihren Ton gegenüber Israel und fordern angesichts der dramatischen Notlage der Zivilbevölkerung im Gazastreifen eine sofortige Feuerpause. Das teilte EU-Ratspräsident Charles Michel am Donnerstagabend nach Gesprächen der Staats- und Regierungschefs beim EU-Gipfel in Brüssel mit. Die Feuerpause solle zu einem nachhaltigen Waffenstillstand, zur bedingungslosen Freilassung aller im Gazastreifen festgehaltenen Geiseln und zur Bereitstellung humanitärer Hilfe führen, heißt es in einer von den Staats- und Regierungschefs verabschiedeten Erklärung. Israel wird zudem aufgefordert, in Rafah im äußersten Süden des Gazastreifens keine Bodenoffensive zu beginnen.

Bosnien kommt EU-Beitritt näher

BRÜSSEL (dpa). Die EU hat den Start von Beitrittsverhandlungen mit Bosnien-Herzegowina beschlossen. Die erste sogenannte Beitrittskonferenz soll allerdings erst organisiert werden, wenn Bosnien-Herzegowina bislang nicht erfüllte Reformauflagen umgesetzt hat. Dabei geht es unter anderem um die Rechtsstaatlichkeit in dem Land und den Kampf gegen Korruption und organisiert Verbrechen. Die EU hatte Bosnien-Herzegowina grundsätzlich bereits 2003 einen Beitritt in Aussicht gestellt.



Ihr Kontakt zur Zentralredaktion
E-Mail: kontakt@vrm.de
wirtschaft@vrm.de
kultur@vrm.de
sport@vrm.de

Blattmacher:
Andreas Härtel (Ltg.), Katharina Volkmann (Ltg.), Thomas Dix (Content-Manager), Alexandra Eckhardt (Content-Manager), Klaus Thomas Heck (Content-Manager), Steffen Nagel (Content-Manager), Beate Nietzel (Content-Manager), Björn-Christian Schüller (Content-Manager), Nadja Anthes-Pich, Sigrid Balot, Torsten Boor, Ken Chownatz, Susanne Einhäuser, Andreas Hand, Daniel Holzer, Dirk Janowitz, Peter Kämmerer, Silke Kaul-Fritz, Thorsten Lutz, Jürgen Möcks, Katrin Oltmanns, Carsten Schröder, Volker Schütz, Nicole Suckert

Geheimtreffen mit Entscheidern und Experten

Wirtschaftsminister Habeck und Finanzminister Lindner ringen um einen gemeinsamen Wirtschaftspakt

Von Birgit Marschall und Jana Wolf

BERLIN. Das Treffen von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) mit den Chefs führender Wirtschaftsverbände und mit einflussreichen Ökonomen sollte geheim bleiben, doch im politischen Berlin bleibt selten etwas unter der Decke. Das Treffen in Habecks Ministerium stand symbolisch für den Versuch der beiden wichtigsten Minister im Kabinett von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), gemeinsam und nicht gegeneinander die Wirtschaftsschwäche zu bekämpfen. Habeck hat erkannt, dass es nur mit mehr staatlichen Schulden nicht getan sein wird, auch Reformen müssen her. Und Lindner? Wird der FDP-Chef am Ende doch neuen Schulden zustimmen?

Warum steht die Wirtschaft eigentlich so schlecht da?

Die deutsche Wirtschaft steckt weiter in der Rezession. Das Münchner Ifo-Institut rechnet für 2024 nur mit einem Wachstum von 0,2 Prozent, das Kieler Institut für Weltwirtschaft mit 0,1 Prozent. Als Gründe gelten die Schwäche Chinas, die Kriege in der Ukraine und in Nahost, die Inflation und gestiegene Zinsen, aber auch strukturelle Nachteile wie die überbordende Bürokratie, der Fachkräftemangel, hohe Energiekosten und Firmensteuern. Auch die große Unsicherheit über wirtschaftspolitische Weichenstellungen bremse die Investitionen, warnte Ifo-Präsi-

Ob sie einen gemeinsamen Weg finden? Robert Habeck (links) und Christian Lindner während einer Unterredung im Bundestag. Foto: dpa



dent Clemens Fuest. Doch es gibt Hoffnungsschimmer, etwa ab der Jahresmitte: Die Inflation sinkt. Steigende Reallohne könnten den Konsum ankurbeln, geringere Zinsen die Investitionen.

Wie soll die Wirtschaft entlastet werden?

Das ist die Gretchenfrage, über die in der Bundesregierung Uneinigkeit herrscht. Habeck hatte erst kürzlich ein milliardenschweres Sondervermögen vorgeschlagen, mit dem

Unternehmen unter die Arme gegriffen werden soll – etwa durch Steuergutschriften und steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten. Er räumte ein, dass die Firmensteuern international nicht wettbewerbsfähig seien. In diesem Punkt stimmt er mit Finanzminister Lindner überein, der eine „Wirtschaftswende“ fordert. Doch ein schuldenfinanziertes Sondervermögen, um Subventionen auf Pump zu zahlen, lehnte der FDP-Chef klar ab. Und der Kanzler? Der hält sich

zurück. Scholz rief zuletzt lieber dazu auf, keine schlechte Stimmung, sondern mehr „Zuversicht“ zu verbreiten, wie jüngst bei einem Spitzengespräch auf der Handwerksmesse in München. Der Kanzler verwies auf das Wachstumschancengesetz, das Steuererleichterungen für Unternehmen bringen soll. Allerdings geht es nur noch um rund drei Milliarden Euro Entlastung im Jahr. Ursprünglich waren sieben Milliarden Euro geplant. Der Bundesrat will das Gesetz

nach vielen Diskussionen an diesem Freitag beschließen.

Was plant der Finanzminister?

Lindner hat mit seiner Forderung nach einer „Wirtschaftswende“ Vize-Kanzler Habeck herausgefordert, in dessen Zuständigkeit diese fällt. Es gebe ein Wachstums- und kein Konjunkturproblem, ein Angebots- und kein Nachfrageproblem, so Lindner. Zu dem von ihm geplanten „Dynamisierungspaket“ zählen der Bürokratieabbau, die Entlastung der Steuer-

zahler, auch Reformen des Sozialstaats. Für alle neuen Ideen, den Sozialstaat auszubauen, hat er ein Moratorium gefordert. „Für die FDP ist klar, dass ein großer Wurf notwendig ist, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen“, sagte FDP-Parlamentsgeschäftsführer Johannes Vogel. „Deshalb wird die Koalition mit einer Wirtschaftswende über sich hinaus wachsen müssen. Wir müssen bei der Entlastung der Unternehmen von Steuern und Bürokratie sehr viel weiter gehen. Wir brauchen zudem mehr Arbeitsanreize und dürfen beim Sozialstaat nichts mehr draufsatteln.“

Wie sieht der Zeitplan für das neue Wachstumspaket aus?

Habeck und Lindner wollen bis Frühsommer ein gemeinsames Konzept zur Anknüpfung des Wachstums vorlegen, das in den Bundeshaushalt 2025 eingebracht werden soll. Der Etat soll im Juli vom Kabinett beschlossen werden.

Soll die Bundesregierung weiter Top-Unternehmen mit Milliarden-subsidien locken?

Scholz und Habeck plädieren dafür, dass etwa Halbleiter-Hersteller oder Batteriefabriken die Ansiedlung weiterhin mit Milliardenumschwenkschmackhaft gemacht wird. So kommt es, dass sich etwa TSMC in Sachsen, Intel in Sachsen-Anhalt oder der BatteriehHersteller Northvolt in Schleswig-Holstein niederlassen. Lindner steht auf einem anderen Standpunkt, auch wenn er sich damit nicht durchsetzen konnte.

„Wir alle sind in einem Lernprozess“

Nachrückerin Heike Heubach ist die erste gehörlose Abgeordnete im Bundestag

Von Jana Glose und Jacqueline Melcher

BERLIN. Als die neue SPD-Abgeordnete Heike Heubach am Donnerstag im Plenum begrüßt wird, gibt es von den Abgeordneten lauten, aber auch stillen Applaus mit hochgestreckten, winkenden Händen, der Gebärde für Applaus. Als Nachrückerin zieht die Sozialdemokratin aus Bayern in den Bundestag ein. Die 44-Jährige ist die erste gehörlose Abgeordnete im Bundestag, Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) sagt: „Wir freuen uns sehr auf die Kollegin und auf ihre Arbeit hier im Haus.“

In Begleitung der Gebärdensprachdolmetscher

Für Heubach, die zunächst in der ersten Reihe sitzt, übersetzt eine neben dem Rednerpult stehende Gebärdensprachdolmetscherin. Auch bei Gesprächen mit Kollegen oder bei Medienterminen wird die Abgeordnete künftig von Dolmetschern begleitet. Sie übersetzen ihr das Gesagte in Gebärdensprache und wiederum ihre Gebärdensprache in Lautsprache. „Es funktioniert ganz gut, wir sind schon nach kurzer Zeit ein eingespieltes Team“, sagt Heubach. Die Sorge, etwas zu verpassen, habe sie nicht. „Die Dolmetschenden haben die Aufgabe, alles zu übersetzen, und darauf vertraue ich.“ Später zieht sich Heubach auf einen Platz weiter hinten im Plenum zurück, wo sich zwei Dolmetscherinnen vor sie setzen. Das soll auch künftig so sein. Im Plenum wird sie in den Reihen der SPD-Fraktion – anders als ihre Kollegen – einen festen Platz ha-



Bundeskanzler Olaf Scholz begrüßt Heike Heubach zu Beginn der wöchentlichen Fraktionssitzung der SPD in Gebärdensprache. Foto: dpa

ben, auf dem Gebärdensprachdolmetscher in ihrer Nähe für sie übersetzten. Eine entsprechende Lösung soll es auch für ihre Arbeit im Ausschuss geben – Heubach wird im Bauausschuss mitarbeiten. „Wohnen muss wieder bezahlbar werden“, sagt sie.

„Momentan läuft alles wie am Schnürchen“

Zudem möchte sich die neue Abgeordnete der Gleichberechtigung, dem Umweltschutz und der Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderungen widmen. Wenn sie im Plenarsaal ihre erste Rede hält, wird ein Simultan-Dolmetscher neben den Stenografen einen Platz mit Mikrofon bekommen, um die Rede für

die anderen Abgeordneten zu übersetzen. „Die Organisation der Bundestagsverwaltung, der Fraktion und der Dolmetschenden ist sehr gut verlaufen. Wir alle befinden uns in einem Lernprozess“, sagt Heubach. „Momentan läuft alles wie am Schnürchen.“

Die Mutter zweier erwachsener Töchter trat erst im November 2019 in die SPD ein. Bei der Bundestagswahl 2021 kandidierte die Industriekauffrau, die bei einem Energieunternehmen arbeitete, im Wahlkreis Augsburg-Land und verpasste den Einzug ins Parlament knapp. Jetzt übernimmt sie den Platz des SPD-Politikers Uli Grötsch, der vergangene Woche zum Polizeibeauftragten des Bundes gewählt wurde.

Der Deutsche Gehörlosen-Bund würdigt Heubachs Einzug in den Bundestag als „großen Verdienst“. Sie habe hart für ihre Teilnahme am demokratischen Prozess gekämpft, sagt Präsident Helmut Vogel. „Wir hoffen, dass Heike Heubachs Beispiel dazu beiträgt, die Sichtbarkeit und Akzeptanz von gehörlosen Menschen in der Politik zu erhöhen.“ Die Gesellschaft müsse erkennen, dass Gehörlose politisch aktiv sein könnten, jedoch Unterstützung in der Kommunikation benötigen.

Der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Jürgen Dusel, betont, der Bundestag müsse nun barrierefrei werden. „Das sollte eigentlich die Normalität und keine Herausforderung sein.“

E-Lastenräder: Breite Kritik an Förderstopp

Bund zahlt keine Zuschüsse mehr / Wird die „Alternative zum Auto“ wiederbelebt?

Von Hagen Strauß

BERLIN. Für das Bundeswirtschaftsministerium ist das Programm ein Erfolg. Seit Beginn am 1. März 2021 wurden Fördermittel in Höhe von 15,6 Millionen Euro für genau 10.653 E-Lastenfahräder bewilligt. „Gut angenommen“ worden sei das Angebot, so eine Ministeriumssprecherin zum Berliner Büro dieser Zeitung. Aber: Das Programm ist Ende Februar ausgelaufen. Nun wächst der Druck auf das Ressort von Robert Habeck (Grüne), für eine Wiederbelebung zu sorgen – aus der Wirtschaft, seitens der Kommunen und aus Habecks Partei. Man fürchtet um die „echte Alternative zum Auto“.

Käufer gewerblich genutzter Räder profitierten

Sie sind robust, mit ihnen kann man vom Bierkasten bis zum Handwerkermaterial viele transportieren. Lastenfahräder sollen helfen, aufs Auto zu verzichten, CO2 einzusparen und damit auch die Kommunen zu entlasten. Deshalb gibt es in Deutschland verschiedene Förderprogramme. Das des Bundes richtete sich an die Käufer von gewerblichen Lastenrädern mit E-Antrieb, also nicht an Privatpersonen. Zuständig für die Förderung ist das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) gewesen, förderfähig waren 25 Prozent der Ausgaben für die Anschaffung, maximal jedoch 2.500 Euro pro E-Lastenrad oder Lastenradanhänger mit E-Antrieb. Passé. Zum Ar-

ger etwa des Deutschen Städte-tages. „Für Paketdienste sind E-Lastenfahräder gerade auf der sogenannten letzten Meile eine echte Alternative zum Auto und erfolgreich erprobt“, so Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy. „Und auch viele Handwerksbetriebe setzen inzwischen auf Kundenbesuche per Lastenrad.“ Für die Menschen in den Städten sei dies ein Gewinn: „Weniger Kleintransporter parken auf Fahrbahnen oder Einfahrten zu, außerdem weniger Lärm und weniger Abgase in der Innenstadt.“ Dass nun aber das Förderprogramm für E-Lastenfahräder ausgelaufen sei, „ist kein gutes Signal“, sagt Helmut Dedy.

Das Vorgehen des Ministeriums reihe sich ein in der Förderstopp vieler anderer Programme zur Verkehrswende, die nach dem Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts gekürzt oder nicht verlängert worden seien, so Dedy. Laut der Interessenvertretung der Fahrradindustrie (ZIV) wurden im Jahr 2023 insgesamt 235.300 Lastenräder verkauft, davon 189.000 mit elektrischer Unterstützung. Der Verband sehe das Auslaufen des Bundesprogramms „sehr kritisch“, so die Leiterin für Politik, Anke Schaffner. „Gerade bei den gewerblichen Flotten ist noch großes Potenzial, diese auf die nachhaltige Mobilitätsform mit Lastenrädern umzustellen.“ So könnten Pflegedienste, Handwerker oder Schornsteinfeger profitieren. Daher fordere man eine Wiederaufnahme des Förderprogramms, so Schaffner.

KOMMENTAR



OB startet in zweites Jahr: Jetzt „Mainz machen“!

Von Julia Krentosch
julia.krentosch@vrm.de

Nino Haase hat in seinem ersten Jahr als Mainzer Oberbürgermeister Impulse gesetzt. Den wichtigsten wohl in Sachen Kitas. Zwar war das Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zum 100. Tag seiner Amtszeit nicht ausschließlich sein Verdienst, das meiste davon hatte der Stadtrat ja schon auf den Weg gebracht. Und wahrscheinlich hatte das zuständige Dezernat auch längst Ideen in der Schublade, vielleicht sogar dazu, wie man Erzieher:innen besser bezahlen könnte. Aber jemand musste den Weg freiräumen, den der Vorgänger Michael Ebling jahrelang blockiert hatte. Hier hat sich Haase definitiv verdient gemacht. Auch, dass sich die Verwaltung nach außen hin öffnet, ist sein Verdienst. OB und Dezernenten berichten regelmäßig via Instagram über ihre Projekte und auch sonst ist vieles „auf dem Weg“. Es läuft, könnte man nach einem Jahr Haase also sagen. Vieles allerdings auch schon lange vor ihm. Das passiert, wenn man im Wahlprogramm Dinge fordert, die schon längst auf dem Weg sind. Und schon jetzt ist klar: Einige Wahlversprechen kann Haase gar nicht umsetzen. Entweder, weil die Stadt – wie bei der Nachmittagsbetreuung für Grundschüler oder dem Glasfaserausbau – nicht zuständig ist oder weil sie illusorisch sind. Der Mainzer OB wird wohl kaum im Alleingang ein Nachtflugverbot durchsetzen. Im zweiten Amtsjahr kommt es jetzt also darauf an, was Haase selbst gestaltet, oder – um bei seinem einstigen Wahlspruch „Mainz machen“ zu bleiben – macht, wenn die Pläne nicht schon längst in der Schublade liegen. Vielleicht „macht“ Haase dann die im Wahlkampf so häufig geforderten Stadtteilkonferenzen? Auf die warten seine Wähler bisher nämlich noch.

BLAU LICHT

Handy löst Unfall aus

MAINZ (mxs). Weil er während der Fahrt nach seinem heruntergefallenen Handy gegriffen hat, verursachte ein 42-Jahre alter Wiesbadener am Sonntag einen Unfall in Mainz. Wie die Polizei mitteilt, fuhr der Mann gegen 23.15 Uhr auf der Kaiserstraße in Richtung Rheinallée. Plötzlich fiel sein Handy aus der Halterung. Der Fahrer griff in den Fußraum und ließ dafür kurz die Straße aus den Augen.

Durch diese Ablenkung kam das Auto in einer Linkskurve zu weit nach rechts von der

Fahrbahn ab und stieß gegen ein geparktes Auto. Dabei wurde eine 43-jährige Fußgängerin von dem geparkten Auto getroffen, das durch die Wucht des Aufpralls bewegt wurde. Die Frau wurde leicht verletzt. Der Unfallverursacher kollidierte danach frontal mit einer Straßenlaterne. Die Mainzer Netze mussten sie abmontieren. Das Auto des Wiesbadeners wurde stark beschädigt und musste abgeschleppt werden, der Mann hat laut Polizei mit einer Strafanzeige wegen fahrlässiger Körperverletzung zu rechnen.

Fahrräder in Mainz gestohlen

MAINZ (red). In Bretzenheim und der Altstadt sind Fahrräder gestohlen worden. Wie die Polizei mitteilt, wurden zwei E-Bikes am Freitag vor der Sporthalle der IGS Bretzenheim in der Hans-Böckler-Straße entwendet. Die Polizei erbittet Hinweise unter Telefon

06131-654310 oder per Mail an pimainz3@polizei.rlp.de. Am Kino in der Holzofstraße ist am Samstag zwischen 13.30 und 15.30 Uhr einer 52-jährigen Mainzerin das Rad gestohlen worden. Hinweise an die Polizei unter 06131-654110 oder pimainz1@polizei.rlp.de.

MOGUNTINUS

In Dauerschleife

Wir alle haben Lieblingssongs, die immer gehen. Und wir alle haben Lieblingssongs, die wir so lange hören, dass sie uns eigentlich unfassbar nerven. Ich höre Songs ständig so lange, bis ich sie eigentlich so überhaupt nicht mehr hören kann. Wahrscheinlich träume ich nachts sogar von ihnen. Morgens jedenfalls wache ich schon mit der Melodie im Ohr auf. Und dann? Höre ich den Song. Immer und immer wieder. Und immer wieder: Warum mache ich das? Ich glaube, ich möchte mir selbst etwas beweisen. Ich möchte beweisen, dass ich überhaupt nicht genervt bin. Und dann rede ich mir das so lange ein, bis ich ein, zwei Stellen in betreffendem Lied erkenne, die ich „so ja wirklich noch nie“ wahrgenommen habe. Eigentlich könnte ich das auch einfach mal lassen. Das Gute daran ist: Jeder Song hält sich maximal zwei Wochen in dieser problematischen Dauerschleife. Dann wird er von einem neuen abgelöst. Ich summe dann mal weiter.

Checkliste OB Haase

- ☒ Bessere Bezahlung für Kita-Erzieher:innen
- ☒ Mehr Kita-Plätze
- ☐ Flexible Nachmittagsbetreuung für Grundschulkinder
- ☐ Bedürfnisse von Senior:innen in der Stadtplanung berücksichtigen
- ☐ Zusammenhalt stärken durch Sozialmanager in den Quartieren
- ☐ 70 Prozent des städtischen Energiebedarfs erneuerbar und regional produziert
- ☐ Verkehrsemissionen um 40 Prozent reduzieren bis Ende der Amtszeit
- ☐ Photovoltaik-Pflicht auf städtischen Bestands- und Neubauten
- ☐ Layenhof, Housing Area und Medienberg als ökologisch-nachhaltige Wohnquartiere entwickeln
- ☒ Rheinufer attraktiver gestalten
- ☒ Leisere Anflugverfahren und Nachtflugverbot durchsetzen
- ☒ Wohnbau stärken durch 100-Millionen-Euro-Programm
- ☐ Leerstand besteuern, um Wohnungen dem Wohnungsmarkt zurückzuführen
- ☐ Steuern abschaffen, die neben viel Bürokratie kaum Einnahmen erbringen
- ☐ Rheinessen vollständig in den Tarifverbund aufnehmen
- ☐ Fahrpreise senken, Angebote flexibilisieren
- ☒ Kostenloser ÖPNV am Samstag
- ☒ Kostenlose Parkhäuser in der Vorweihnachtszeit
- ☐ Mehr Personal für Bus und Bahn gewinnen
- ☐ Fußwege sicher und attraktiv gestalten und ausbauen
- ☒ Stadtwegs sicheres Radwegenetz aufbauen
- ☐ Parkhäuser für Bewohnerparken öffnen
- ☐ Park-and-Ride deutlich ausbauen
- ☐ Mainzer Bürgerfonds gründen
- ☐ Wirtschaftsförderung strategisch und personell ausbauen
- ☒ Mainzer Biotechnologie zum internationalen Cluster ausbauen
- ☒ Schaffung eines Mainzer Gründerzentrums
- ☒ Schnelles Internet für alle
- ☐ Freies W-LAN im öffentlichen Raum
- ☐ Zentrenkonzept aktualisieren
- ☐ Stadtplanung optimieren, um Bauprojekte schneller voranzubringen
- ☒ Verwaltung personell stärken
- ☒ Behördenengpässe bürgerfreundlicher gestalten
- ☒ Bürgerservice und Ortsverwaltungen stärken
- ☒ Permanente Kommunikation etablieren
- ☒ Städtische Gesellschaften transparenter und schlanker aufstellen
- ☐ Konsequentes Compliance Management

☒ Umgesetzt
☒ läuft bereits
☐ war noch kein Thema



Foto: Sascha Kopp; Grafik: vrm

Von Julia Krentosch, Paul Lassay, Petra Jung und Carina Schmidt

MAINZ. Das erste Jahr ist geschafft. Aber wie hat sich der neue Mainzer Oberbürgermeister Nino Haase (parteilos) geschlagen? Welche seiner Wahlversprechen hat er schon umgesetzt oder zumindest angehoben? Zum Amtsantritt hatten wir die wichtigsten Punkte in einer Checkliste zusammengefasst. Ab sofort packen wir diese Liste einmal im Jahr aus und überprüfen, wie auch schon bei seinem Vorgänger Michael Ebling (SPD), was seitdem passiert ist – und was nicht.

Bessere Bezahlung für Kita-Erzieher:innen: Nino Haase hatte im Wahlkampf versprochen, Erzieher und Erzieherinnen künftig besser bezahlen zu wollen. Pünktlich zu seinen 100 Tagen im Amt präsentiert der neue Oberbürgermeister dann auch ein großes Maßnahmenpaket zur Entlastung des Personals. Der Stadtrat stimmte zu, den Großteil hatte das Gremium ja auch vorher schon angestoßen. Die höhere Eingruppierung des Personals von S8a in S8b ließ auf sich warten, soll unter bestimmten Bedingungen aber jetzt doch möglich sein. Das entsprechende Budget hat der Stadtrat in seiner jüngsten Sitzung durchgewunken.

Mehr Kita-Plätze: Bis 2027 möchte die Stadt Mainz 1733 neue Betreuungsplätze für Kinder im Vorschulalter schaffen. Derzeit fehlt allerdings noch das Personal, um diese theoretischen Plätze auch praktisch anbieten zu können. Im Frühjahr teilt die Stadt zwar per Pressemitteilung mit, dass die Zahl der Erzieherinnen und Erzieher in den städtischen Kitas im vergangenen Jahr deutlich gestiegen sei, konkret um 43 neue Stellen, dennoch sind momentan noch 107 offen.

Flexible Nachmittagsbetreuung für Grundschüler: Die Umsetzung liegt nicht in der Hand des Mainzer Oberbürgermeisters. Die bundesweit gültige Gesetzgebung soll ab dem Schuljahr 2026/27 schrittweise greifen, die Verwaltung hat sie dann umzusetzen. Der entsprechende Grundsatzbeschluss ist im jüngsten Stadtrat getroffen worden.

Wird wohl erst mal nichts: Layenhof und Wohnbau

Photovoltaik-Pflicht auf städtischen Bestands- und Neubauten: Zwar wurden zahlreiche Gebäude im vergangenen Jahr mit Photovoltaik-Anlagen ver-

sehen, darunter zum Beispiel die Dächer von Rheingold-Halle oder Wohnbau-Geschäfts-sitz, und die Mainzer Stadtwerte arbeiten in einer neuen Gesellschaft, der „Wohnen und Energie Mainz GmbH“ (WuE), jetzt mit der Wohnbau zusammen, eine von Haase erlassene Photovoltaik-Pflicht gibt es aber nicht.

Layenhof, Housing Area und Medienberg als ökologisch nachhaltige Wohnquartiere entwickeln: Teilweise hat sich dieser Plan schon erledigt. Haase hat bereits eingeräumt, dass der Layenhof nicht als Wohnquartier realisierbar ist, wenn die Frage der Verkehrsbindung nicht geklärt werden könne. Ebenso wie zur Housing Area sind darum auch keine weiteren Pläne bekannt. Und die Schaffung des Großprojekts Medienberg wird bereits von der Wohnbau vorbereitet.

Rheinufer attraktiver gestalten: Ein großer Teil des Umbaus ist bereits im Gange oder zumindest schon geplant, das Projekt hat schon lange vor Haases Amtsantritt begonnen. Anfang des Jahres wurde jetzt der erste Bauabschnitt zwischen der Theodor-Heuss-Brücke und der Rheinufer-Tiefgarage fertig. Jetzt steht der zweite Bauabschnitt bis zum Zollhafen an. Die Entwurfsplanung soll noch in diesem Jahr den städtischen Gremien vorgelegt werden, bevor 2025 die Bauarbeiten starten.

Leisere Anflugverfahren und Nachtflugverbot durchsetzen: Nino Haase hat sich inzwischen mit jeder Mainzer Bürgerinitiative getroffen, die sich mit dem Thema Fluglärm beschäftigt. Zudem ist aus einem Gespräch der Ortsvorsteher mit dem Oberbürgermeister eine Initiative betroffener Stadtteile zum Fluglärm entstanden, im Juni soll es eine große Bürgerinformation geben.

Wohnbau stärken durch 100-Millionen-Euro-Programm: Bereits vor Haases Amtsantritt wurde der Wohnbau ein 40 Millionen Euro Darlehen zugesagt. Weitere große Kredite oder Zuschüsse sind angesichts der veränderten Haushaltslage der Stadt gegenüber den Wahlkampfzeiten aktuell vom Tisch. Dieses Wahlversprechen wird in absehbarer Zeit nicht erfüllt werden. Der OB betonte allerdings zuletzt, dass man seitens der Stadt reagieren müsse, wenn Wohnbau-Projekte auf der Kippe stünden. In dem Fall müsse das Eigenkapital der stadtnahen Gesellschaft gestärkt werden.

Viele Projekte laufen schon längst

Kostenloser ÖPNV am Samstag: Zweimal hat es dieses Angebot 2023 gegeben, dauerhaft ist es nicht etabliert. Das soll sich aber bald ändern.

Stadtwegs sicheres Radwegenetz aufbauen: Ein solches Netz wird aktuell von einem externen Büro auf der Basis der Mapathon-Ergebnisse entwickelt. Der grundsätzliche Prozess wurde schon 2022 deutlich vor Haases Amtsantritt in die Wege geleitet.

Mainzer Biotechnologie zum internationalen Cluster ausbauen: Die grundlegenden Entscheidungsprozesse zum Ausbau der Biotechnologie in Mainz waren bereits vor Haases Amtsantritt getroffen. Die Ansiedlung des großen niederländischen Wissenschaftsparks und Netzwerkbetreibers Kadans auf dem Biotech-Campus inklusive der vorbereitenden Diskussionen zu Quartiersgaragen und anderen Aspekten fiel dann in das erste Jahr seiner Amtszeit.

Schnelles Internet für alle: Der Glasfaserausbau mehrerer Anbieter läuft bereits. Hier hat die Stadt nur geringen Einfluss.

Verwaltung personell verstärken: Stand 2023 waren von rund 4298 Stellen (ohne Eigenbetriebe) in der Mainzer Stadtverwaltung etwa 1188 Stellen nicht besetzt. Wie Haase im Stadtrat informierte, beinhalte der Stellenplan auch Stellen, die aus Gründen wie Beurlaubung oder Arbeitszeitreduzierung aktuell nicht besetzt werden können. Die Zahl der tatsächlich zu besetzenden Stellen reduzierte sich deshalb auf 570. Um den akuten Personal-

mangel in den Griff zu bekommen, hat die Verwaltung die Personalgewinnung neu aufgestellt. Sieben Stellen sind neu geschaffen worden, die sich ausschließlich um dieses Thema kümmern sollen. Ferner ist die Ausschreibung für ein digitales Bewerbermanagementsystem in der Vorbereitung. Crossmediale Werbeformate, darunter der neue Instagram-Kanal der Verwaltung, sollen die Stadt als potenzielle Arbeitgeberin stärker positionieren. Zudem tagt der Haupt- und Personalausschuss regelmäßiger, um Einstellungen zu beschleunigen.

Heißes Thema: städtische Gesellschaften

Bürgerservice und Ortsverwaltungen stärken: Offene Stellen in den Ortsverwaltungen dürfen laut Vorgaben des Landes lediglich für „Schreibkräfte“, nicht für „Sachbearbeiter“ ausgeschrieben werden, was sie natürlich weniger attraktiv macht. Zuständig ist also das Land, insofern ist fraglich, ob der OB etwas ändern kann. Haase versuchte es dennoch, schlug unter anderem vor, Stellenausschreibungen in den einzelnen Ortsverwaltungen am Schwarzen Brett auszuhängen: „Gut möglich, dass das vielleicht ehemalige Mitarbeitende sehen und sich angesprochen fühlen. Diese Personen müssten nicht lange eingearbeitet werden.“

Permanente Kommunikation etablieren: Bürgerbeteiligungsprozesse wie zur Gestaltung des Rheinufers oder zum Regierungsviertel laufen bereits, haben teils schon vor Haases Amtsantritt begonnen. Eine Bürger-App, wie im Wahlprogramm angedacht, gibt es noch nicht. Haase hatte im Wahlkampf mindestens eine Stadtteilkonferenz pro Jahr versprochen. Es gab bislang noch keine. Stattdessen nimmt der OB regelmäßig an den Ortsbeiräten in den Mainzer Stadtteilen teil, informiert zusammen mit den Dezernenten regelmäßig via Instagram über Termine und Projekte.

Städtische Gesellschaften transparenter und schlanker aufstellen: In diesem Bereich gibt es schon kurz nach Amtsantritt hoch her. Die Neubesetzung der Geschäftsführerpositionen bei der Wohnbau sorgte für Diskussionen und wurde teilweise gestoppt. Um größere Transparenz bei Personalentscheidungen herzustellen, wurde anschließend ein Personalausschuss ins Leben gerufen.

► KOMMENTAR

Photovoltaik auf Schuldächern

Klimaschutz und Energieeinsparung: Stadt Mainz will auch Kitas und Turnhallen damit ausstatten

Von Alexander Schlögel

MAINZ. Die Stadt Mainz setzt in Sachen Klimaschutz und Energieeinsparung vermehrt auf Photovoltaik, was die Deckung von Eigenbedarfen angeht. Und auch die Verpachtung von Dachflächen spielt eine große Rolle. Wie Beate Conradi, Leiterin des Energiemanagements bei der Gebäudewirtschaft Mainz (GWM), im Werkausschuss erklärte, sollen das Schulzentrum Lerchenberg eine 23-Kilowattpeak- sowie die Kitas Ebersheim, Bretzenheim Süd, Weisenau II Jakob-Laubach-Straße und Laubenheim eine Zehn-Kilowattpeak-Anlage auf ihren Dächern installiert bekommen.

150.000 Euro für Energieparmaßnahmen

Auf der Turnhalle Lerchenberg soll nach Möglichkeit eine 50-Kilowattpeak- und auf dem Neubau des Gymnasiums Oberstadt eine 96-Kilowattpeak-Anlage installiert werden. Und auch auf das Dach des Schulzentrums Mombach soll eine Anlage kommen – die Leistungsangaben sind noch offen. Man prüfe zudem gerade, ob die Dächer der Ziegelei-Gebäude, der Heinrich-Mumbächer-Schule, der Turnhalle des Gymnasiums Oberstadt, der IGS

Hechtsheim/Theodor-Heuss-Grundschule und des Otto-Schott-Gymnasiums ebenfalls mit Photovoltaik ausgestattet werden könnten. Bei der Anne-Frank-Schule sei noch nicht klar, ob im Zuge der energetischen Dachsanierung die alte Anlage wieder aufgebaut oder eine neue installiert werde. „Externe Anfragen wollen keine Dachflächen unter 300 Quadratmeter haben“, so Conradi.

Reduzierung des Fernwärmeverbrauchs

Zudem hat der Werkausschuss einstimmig beschlossen, die im Wirtschaftsplan der GWM eingestellten 150.000 Euro für energiesparende Maßnahmen in neue Schaltschränke in der Astrid-Lindgren-Schule, der Feuerwache I und dem Stadthaus III zu investieren. Conradi zeigte auf, dass der Fernwärmeverbrauch in einem der Gebäude der Feuerwache I zuletzt durch einen neuen Schaltschrank schon habe verringert werden können. Und anhand von Daten der Windmühlen- und der Maler-Becker-Schule könne man ablesen, wie durch den Einbau neuer Schaltschränke der Erdgasverbrauch zurückgegangen ist. An der Erich-Kästner-Schule habe man zur Stromerzeugung ein Blockheizkraftwerk eingebaut.

LESERBRIEFE

Zu den Fahrrad-Piktogrammen.

Gesamtkonzept muss her!

Fahrradpiktogramme sind in der Straßenverkehrsordnung (ein Bundesgesetz) nicht vorgesehen. Deshalb forderte der Landesbetrieb Mobilität (!) die Stadt Koblenz auf, diese von den Straßen zu entfernen. In Mainz schließt sich vor allem die CDU dieser Forderung an: Auch hier sollen die zahlreichen Piktogramme entfernt werden, verbunden mit der Forderung nach Rücktritt der Verkehrsdezernentin. Populismus? Schaumschlagerei? So einfach ist das nicht! Wenn eine Art Verkehrszeichen gesetzlich nicht vorgesehen ist, kann man solche „Straßenbemalungen“ nicht einfach so auf den Straßen belassen. Diese Piktogramme veranschaulichen eigentlich aber nur die Hilfllosigkeit von Stadtverwaltungen. Herr Moseler von der ÖDP nannte sie Notbehelf, weil man einfach nicht mit der Fahrradweginfrastruktur vorankommt. Und da liegt auch das Pudels Kern. Der öffentliche Verkehrsraum ist be-

schränkt. Jahrzehntlang wurde einer „autogerechten Stadt“ gefrönt. Jetzt gilt es als heißes Eisen, den Verkehrsraum neu zu verteilen, auf Autofahrer, Radfahrer und Fußgänger. Und immer wenn jemand etwas „abgeben“ beziehungsweise auf etwas verzichten muss, wird es schwierig (siehe Streit bei wegfallenden Parkplätzen am Straßenrand). Und weil die Stadt immer noch kein Radwegenetz realisiert hat, weicht sie als Zwischen(not)lösung auf die Straßenbemalungen aus. Allerdings geht es ja nicht nur um mehr richtige Fahrradwege, sondern um ein integriertes städtisches Verkehrskonzept für Autos, ÖPNV, Radfahrer und Fußgänger. Solange dies nicht zusammen gedacht und geplant wird, helfen auch die neuerdings angestrebten Überlegungen bezüglich Fahrradverkehr nicht allzu viel weiter. Vorschlag: Piktogramme belassen, aber keine weiteren Straßenbemalungen durchführen sowie sehr ernsthaft und zügig an einem Gesamtverkehrskonzept arbeiten!

Michael Bauer
Mainz

„Mehr Leichtigkeit würde guttun“

Kabarettist Ramon Chormann widmet sich in neuem Programm gesellschaftlichen und politischen Debatten

Von Manuel Wenda

MAINZ. „Ich drehe den Bundeskanzler gerade mal leiser“ – als Olaf Scholz das Wachstumschancengesetz im Bundestag erläutert, klingelt bei Kabarettist Ramon Chormann das Telefon; für ein Gespräch über sein kommendes Programm „Alles dorschanner!“ nimmt er sich Zeit.

Über Krisen in der Welt, Streiks und Tiktok

Am 2. Mai in der Mainzer Dependence des Ramon Chormann-Theaters wird es Premiere feiern und einen Tag später auch in Kirchheimbolanden zu erleben sein.

„Alles dorschanner!“ knüpft an sein laufendes Programm „Lauter Experte“ an. „Ich bin ein ordnungsliebender Mensch, für manche bin ich schon zu penibel“, sagt Chormann. Ebenjene Ordnungsliebe hat der Kabarettist bereits in amüsanten Reflexionen über die „Kruschschublad“ thematisiert. In der Welt greifen indes mehr und mehr Chaos und Unordnung um sich, wofür jemand wie Chormann keine Antennen hat. „Der Realitätsinn geht in unserer Zeit verloren“, findet er. „Die Weltordnung steht auf dem Kopf, und die zunehmende Macht des Internets bringt die Berufswelt durcheinander. Über Tiktok werden seltsame Leute zu Superstars, die Politik macht keine Politik mehr und die Wirtschaft keine Wirtschaft.“ Auch die Probleme in der öffentlichen Verwaltung treiben ihn um: „Das Versagen der Behörden betrifft ja ausschließlich die Leistungsseite – was



Premiere des neuen Programms von Kabarettist und Musiker Ramon Chormann ist am 2. Mai in Mainz. Foto: Stefan Sämmer/hbz (Archiv)

das Eintreiben von Gebühren angeht, funktioniert im Einnahmehereich alles.“ Hier spielt der Kabarettist etwa auf die immer größere Dichte an Blitzen an.

„Bei Teilen der heutigen Jugend sehe ich manches kritisch“, sagt der Künstler weiter. „Diese Fokussierung auf die sogenannte Work-Life-Balance – als ob es zwischen Arbeit und Leben eine Unvereinbarkeit gebe. Dabei sollte doch klar sein, dass die Lebensqualität steigt, wenn man eine erfüllende Arbeit hat“, findet er. Die derzeitige um sich greifenden Streikwellen sind ihm

ebenfalls suspekt: „Als Selbstständiger suche ich bei den Streiks nach der Verhältnismäßigkeit. Die Gewerkschaft der Lokführer will nicht verhandeln, sondern nur noch durchsetzen.“ Das Management der Bahn, fährt er fort, sei ebenfalls mangelhaft.

Programm variiert je nach Publikum

Chormann plädiert im Angesicht mannigfaltiger Krisen für Mut und Zuversicht: „Mehr Leichtigkeit würde guttun – es hilft nichts, wenn sich alle zurückziehen.“

Chormann ist ein Kabarettist, der Wert auf Zwischenräume legt. Er kommt nicht mit der ideologischen Keule daher. In seiner Pfälzer Heimat verwurzelt schöpft er aus ihr, ohne sie zu verklären. Sein breit gefächter musikalischer Horizont eröffnet ihm vielerlei Blickwinkel. Von Hause aus Kirchenmusiker streut er in seine Programme stets Lieder ein, die er komponiert und am Flügel sitzend vorträgt: „Ein Lied im neuen Programm handelt davon, dass ich mir vieles anders vorgestellt habe“ – derartige Erfahrungen können wohl nicht wenige Zuhörer nach-

empfinden. Chormann stellt sich auf sein Publikum ein, er variiert je nach Veranstaltungsort: „In Kirchheimbolanden kommen viele Besucher von auswärts. Die Vorstellungen sind präzise abgestimmt. In der Pfalz geht es durchaus deftig zu. In Hessen habe ich teilweise andere Themen – dort sind die Leute auf den ersten Blick reservierter, aber der Schein trügt – sie lieben die Pfälzer Mundart.“ In seinem Mainzer Theater seien viele Vorstellungen seines Programms bereits bis Jahresende ausverkauft, in Kirchheimbolanden gebe es noch ausreichend Karten.

Einen Glasboden für die Großsporthalle?

Sportausschuss informiert über Sanierungs- sowie Neubaumaßnahmen auf städtischen Anlagen und legt die Prioritätenliste 2025 fest

Von Alexander Schlögel

MAINZ. Wie geht es voran bei der geplanten Großsporthalle in Mombach? Die Ausschreibungen für die Vergabe der Planungen seien vorbereitet, sagte Bürgermeister Günter Beck (Grüne) im Sportausschuss. Man beschäftige sich mit Detailfragen wie der Beleuchtung oder der Anzahl an Steckdosen. Die Gesamtversorgungsleistungssituation am Schwimmbad sei „nicht so einfach“ – es gehe um Wasser und Fernwärme. Im April 2025 soll die alte Halle abgerissen werden. Im unterfränkischen Eisenfeld hätten Beck und Sportamtsleiter Heinz-Dieter Ebert, für den es die letzte Ausschusssitzung vor seinem Ruhestand war, sich zusammen mit Klaus Kuhn, Präsident des Sportbundes Rheinhes-

sen, die dortige Halle im Zweitliga-Handball-Spielbetrieb anschaut, um den Glasboden zu inspizieren. „Der Vorteil ist, dass man die Spielfelder separat einspielen kann und nicht das ganze Gewirr von Linien hat.“ Zudem könne Werbung eingesetzt werden.

Kosten für zwei Varianten werden verglichen

Für den Beirat würden deshalb nun die Kosten für einen solchen sowie für einen traditionellen Boden im Vergleich zusammengestellt. Die Entscheidung müsse in die Ausschreibung mit eingebracht werden.

Das Kunstrasen-Kleinspielfeld in Ebersheim soll demnächst saniert werden, ebenso das Kunstrasenspielfeld der Sportanlage Schillstraße. Die Anlage werde

von neun Schulen genutzt, sagte Beck und machte damit auf die starke Nutzung aufmerksam.

Im Investitionshaushalt für dieses Jahr steht ein Umbau der Bezirkssportanlage Bretzenheim an, auf der Bezirkssportanlage Lerchenberg wird in einen Mehrgenerationenpark investiert. Zudem sollen die Trainingsstationen, die „Im Volkspark sensationell gut angenommen werden“ (Beck), erweitert und ausgebaut werden. 2025 soll dann das Kunstrasengroßspielfeld des SV Gonsenheim erneuert werden. Nach einem kurzfristigen Baustopp an einem Platz in Hechtsheim – drei Anwohner hätten gegen das Projekt geklagt –, liefen die Arbeiten nun wieder weiter. Ebert: „Wir müssen nun festlegen, welche Mannschaften dort

wo und wie trainieren.“ Aktuell seien die zeitlichen Nutzungsmöglichkeiten noch nicht festgelegt.

Bebauungsplan für Zuschauerstufen nötig

Beck betonte, dass die Planung eines Sportfeldes seit vielen Jahren im Flächennutzungsplan festgehalten sei. „Ich ärgere mich maßlos, weil die Verwaltung bei der Gesamtplanung sehr flexibel war und es eine Bürgerbeteiligung gab“, so Beck. Darauf aufbauend habe man zwei Stufen für Zuschauer eingeplant, die nun einen Bebauungsplan erforderlich machten.

Finanziell engagieren will sich die Stadt bei der Erweiterung der Kletterhalle und des Vereinsheims des Deutschen

Alpenvereins, Sektion Mainz. Drei Millionen Euro soll das insgesamt kosten, wie aus der Prioritätenliste für das kommende Jahr hervorgeht. Aufgrund von beengten Platzverhältnissen gehe mit der Erweiterung der Kletterhalle auch ein umfassender Umbau des Vereinshauses einher. Dabei sollen dann die Jugend-, Ausbildungs- und Seminarräume erweitert werden.

Unterstützen will die Stadt auch den Neubau eines Umkleedebäudes des Sportclubs Lerchenberg, für den Kosten in Höhe von anderthalb Millionen Euro angegeben werden. Geplant ist ein Neubau mit Aufstockung und zusätzlichen Funktionsräumen für den Sportbetrieb. Auch das Land beteiligt sich bei der Förderung. Wie hoch die einzelnen Zuwendungen sind, steht noch nicht fest.

Anzeige

§ Rechtsanwälte

Bankrecht

Kanzlei für Bank- und Aufsichtsrecht
Dr. iur. Karsten Drawe
Rechtsanwalt und Diplom-Volkswirt
Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht
Rheinallee 40 in 55118 Mainz
06131/5760982
info@ra-drawe.de
www.ra-drawe.de

Erbrecht

Rudolf Assion
Kanzlei für Erb-, Betreuungs- und Immobilienrecht Rechtsanwalt und
Fachanwalt für Erbrecht
Kaiserstraße 42 · 55116 Mainz
Telefon 06131/228925
Fax 06131/222892
www.assion.cc



Sie möchten dabei sein?

Wir beraten Sie gerne.
E-Mail: mediasales-lokal@vrm.de
Telefon: 06131/484777

KOMMENTARE



Corona muss aufgearbeitet werden – nicht nur von der AfD

Von Christian Matz
christian.matz@vrm.de

Aufarbeiten oder auf sich beruhen lassen? Bei der Frage, wie mit dem staatlichen und gesellschaftlichen Handeln in der Coronapandemie umzugehen ist, gibt es kein klares „richtig“ oder „falsch“. Einerseits gab es die schwerwiegendsten Grundrechtseinschränkungen in der Geschichte der Bundesrepublik. Was zwangsläufig zur Frage führt, welche Maßnahmen man in künftigen Krisen für zumutbar erachtet und welche als zu hart. Andererseits birgt eine Aufarbeitung auch die Gefahr, aus heutiger Perspektive das damalige Verhalten, das meist von hoher Unsicherheit geprägt war, ungerecht und falsch zu beurteilen. Es gibt also für beide Herangehensweisen gute Gründe, die man besonnen abwägen sollte.

Doch das ist schon der Kern des Problems: Auch bei Corona gab es oft kein klares „richtig“ oder „falsch“. Keine eindeutige Wahrheit. Und doch wurde genau dies häufig so propagiert. Von „Coronaliegern“ auf der einen Seite, die angeblich genau „wussten“, dass alles nur „Fake“ ist. Aber auf der anderen Seite auch von vielen Politikern, Medien (vertretern) und Wissenschaftlern, die Zweifel, Kritik, berechtigte Warnungen bei bestimmten Maßnahmen – die klar erkennbar andere Gefahren nach sich zogen – als „Schwurbeln“ diskreditierten. Oder gar in die rechte Ecke stellten.

Es gibt zwei große Fehler der deutschen Coronapolitik und -diskussion. Erstens: Dass das völlig einseitig beratene Kanzleramt mit Angela Merkel an der Spitze viel zu lange einen harten, von der „No Covid“-Strategie geprägten Kurs eingeschlagen hat (wozu auch autoritäre Auswüchse wie die 2G-Regeln gehören). Obwohl viele andere Länder schon längst einen anderen Umgang mit Corona eingeleitet hatten. Zweitens: Dass nahezu jeder Corona-Streitpunkt moralisch überladen und zu einer Frage von „gut“ oder „böse“ gemacht wurde. Diese starke Polarisierung, etwa in der Impf- und Impfpflichtdebatte, wurde von zwei Seiten betrieben – die Verwerfungen bis hinein in Familien und Freundeskreise spüren wir bis heute. Sie sind ein Grund für den gewachsenen Vertrauensverlust in die Politik und die klassischen Medien.

Diese Diagnose wiederum liefert dann auch eine Antwort auf die Eingangsfrage: Wenn man auf politischer Ebene die Aufarbeitung nicht Demokratiefreunden und der AfD überlassen will, müssen die anderen Parteien das Thema selbst auf die Tagesordnung des Parlaments setzen. Und somit auch eine erneute gesellschaftliche und mediale Debatte in Gang bringen, die sehr schmerzhaft, aber hoffentlich auch heilsam sein kann.



Medizinische Behandlungsfehler: Patientenrechte stärken

Von Ute Strunk
ute.strunk@vrm.de

Eine zu hohe Medikamentendosis verabreicht oder nach der OP den Tupfer im Körper vergessen: Überall wo Menschen arbeiten, können Fehler passieren. Doch gerade im Gesundheitswesen haben diese manchmal schwerwiegende Folgen. Patienten sind dann jedoch häufig auf sich allein gestellt, denn wer einen Behandlungsfehler vermutet, hat oftmals Probleme bei der Durchsetzung seiner Rechte. Und das ist nicht nur bei all denjenigen so, die einen gesundheitlichen Schaden durch die Corona-Impfung vermuten. Auch in anderen Fällen sehen die gesetzlichen Regelungen vor, dass Betroffene den Fehler selbst nachweisen müssen. Zwar bieten Krankenkassen Unterstützung für ihre Versicherten an, dennoch scheitern viele dazu zurück, ihre Ansprüche geltend zu machen. Denn für Patienten ohne medizinischen Sachverstand ist es schwer, komplexe medizinische Abläufe wie Diagnostik und Operationen zu beurteilen. Entsprechend hoch ist die Dunkelziffer. Wer dennoch seine Rechte durchsetzen will, braucht viel Geduld, denn Arzthaftungsverfahren sind laut Medizinrechtsexperten meist sehr langwierig und teuer. Das kostet Kraft, denn der Patient, der aufgrund eines Behandlungsfehlers krank ist, ist dann auch noch gezwungen, vor Gericht zu ziehen. Deshalb fordern Krankenkassen und Patientenvertreter, dass die juristische Schwelle abgekennt werden müsse: Der Beweis müsse bereits als geführt gelten, wenn die Kausalität zwischen Fehler und Schaden überwiegend wahrscheinlich sei. Im Koalitionsvertrag der Ampel wird die Stärkung der Patienten bei Behandlungsfehlern genauso versprochen wie die Einführung eines Härtefallfonds für Opfer. Umgesetzt wurde beides allerdings noch nicht.



Lästiger Vogel.

Karikatur: Luft

Gefangen in der Sackgasse

Nicht zuletzt wegen der Bauernproteste gerät die Klimapolitik der EU unter die Räder / Scheitert der „Green Deal“?

Von Gregor Mayntz

BRÜSSEL. Wenn Steffi Lemkes Miene im Brüsseler Ratsgebäude den Zustand der EU-Klimapolitik illustriert, dann können vier Jahre engagierter Klimapolitik der Von-der-Leyen-Kommission getrost einpacken. „Mit Sorge erfüllt“, ein „sehr schlechtes Signal“ sind zentrale Satzbestandteile, mit der die deutsche Umweltministerin von den Grünen ihre Enttäuschung in Worte zu fassen versucht.

Eigentlich hatte sie heute mit ihren 26 Kolleginnen und Kollegen die Hand heben und dem zwischen Rat und Parlament ausgehandelten Kompromiss zum Naturwiederherstellungsgesetz den formal letzten Haken geben wollen. Doch die belgische Ratspräsidentschaft hat die Abstimmung über das zentrale Projekt der EU-Klimaschutzpolitik in letzter Minute von der Tagesordnung geholt. Sie wäre sonst gescheitert. Wie zuvor so vieles andere aus dem „Green Deal“, dem ambitionierten klimagerechten Umbau der EU.

Wenig von den ursprünglichen Zielen enthalten

Dabei ist das, was von der Natur-Restauration nach den zahlreichen Kompromissrunden übrig geblieben ist, nur noch ein Schatten der ursprünglich geplanten Vorgaben. Es bleibt

zwar grundsätzlich dabei, dass bis 2030 bereits 30 Prozent der geschädigten Flächen in der EU repariert sein sollen, bis 2040 dann 60 und bis 2050 schließlich 90 Prozent. Auch die Wiederbewässerung von Moorland steht noch drin. Doch es sind zahlreiche Schlupflöcher und Möglichkeiten zu flexiblen nationalen Regelungen hineingekommen, die zusammen mit einer Art „Notbremse“ die Erwartungen gesenkt haben, dass es mit der Belebung der Artenvielfalt so schnell vorangeht wie geplant.

Der damalige Vizepräsident der Kommission, der Niederländer Frans Timmermans, hatte zahlreiche Klimaprojekte mit der Brechstange gegen die Interessen der Agrarlobby durchzusetzen versucht. Doch die mobilisierte immer heftiger, und nach dem Wechsel des Sozialdemokraten in die niederländische Politik wurde auf seinen Feldern in Brüssel regelrecht ausgekehrt. In den niederländischen Medien entstand ein drastischer Vergleich: Timmermans habe einen Piranha vorgeschlagen, aus dem nach den Verhandlungen ein Goldfisch geworden sei.

Bei den Verhandlungen mit dem Ministerrat lagen zwei rheinland-pfälzische Unternehmerinnen intensiv im Wettbewerb. Für die Christdemokraten versuchte Christine Schnei-

der die Möglichkeiten der Landwirte ins Gesetz zu schreiben, für die Grünen kümmerte sich Jutta Paulus um die Belange des Klimas. Heraus kam etwas, das als Kompromiss von allen akzeptiert wurde, auch von allen EU-Staaten. Die nochmalige Zustimmung durch die beiden zentralen Gesetzgeber sollte wie üblich ein formaler Akt sein. Schon im Parlament aber regte sich starker Widerstand, der das Absegnen des Gesetzes mit 329:275-Stimmen letztlich nicht verhindern konnte. Im Rat sah es lange nach klaren Mehrheiten aus – bis Ungarn in der letzten Woche von Ja auf Nein schaltete.

Weil auch die Niederlande, Italien, Schweden und Polen ein Nein signalisierten, Österreich, Finnland und Belgien sich enthalten wollten, drohte ein Scheitern, zog die Ratspräsidentschaft die Abstimmung von der Zeche. Wenigstens konnte Lemke in Brüssel darauf verweisen, dass es aus Deutschland dieses Mal keine Enthaltung gegeben hätte. Also keine FDP-Blockade. Zuvor war bereits die anspruchsvolle Pestizidverordnung der EU im Parlament gescheitert, hatte von der Leyen sie auch formal zurückgezogen. Zuletzt legten ihre Kommissare als Reaktion auf die Bauernproteste ein weiteres Vorschlagspa-

ket auf den Tisch, um die Landwirte von längst bestehenden Vorgaben zu entlasten. So sollen diverse Standards für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand als Voraussetzung für die Zahlung von Agrarmitteln abgesenkt, die Kontrollen halbiert und für alle Betriebe bis zu zehn Hektar auf Null gebracht werden. Die Vorgaben für brachliegende Flächen, für Fruchtfolgen und Bodenbedeckung sollen danach drastisch gelockert werden.

EU-Ratspräsidentschaft will neuen Anlauf nehmen

Und dann die Natur-Wiederherstellung. „Aufgeben ist keine Option“, lautet die Parole Lemkes. Der jüngste Klimakrisenbericht der EU habe deutlich gezeigt, wie sehr Menschenleben und Wohlstand bedroht seien, wenn nicht entschieden gehandelt werde. Gerade die Landwirtschaft sei von einer intakten Natur abhängig, betonte sie Montag nochmals in Brüssel. Die Ratspräsidentschaft kündigte bei der Sitzung am Nachmittag an, in den nächsten Wochen einen neuen Vorstoß zu unternehmen, ohne jetzt bereits Details zu nennen. EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevicius reagierte skeptisch und konstatierte resigniert: „Wir haben uns in eine Sackgasse manövriert.“



„Aufgeben ist keine Option“: Die deutsche Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne) hofft, dass die EU-Klimapolitik nicht noch scheitert. Foto: dpa

Faesser plant Grenzkontrollen zur Fußball-EM

Nach Terroranschlag von Moskau: Großereignis in Deutschland soll vor Islamisten, anderen Extremisten und Hooligans geschützt werden

Von Hagen Strauß

BERLIN. Die Stadien bei der am 14. Juni beginnenden Fußball-Europameisterschaft in Deutschland werden voll sein. Zehntausende dürfen die Spiele beim Public-Viewing verfolgen. Nach dem Terroranschlag von Moskau und einer „akuten“ Bedrohung auch hierzulande durch islamistische Terrorgruppen richten sich die Blicke jetzt erneut auf die Sicherheit der EM.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sagte dem Berliner Büro dieser Zeitung: „Für mich hat die Sicherheit der Euro höchste Priorität.“ Der Fokus reiche vom Schutz vor Isla-

misten und anderen Extremisten bis hin zu Hooligans sowie der Sicherheit der Netze vor Cyberangriffen. „Zur Euro bündeln wir die Kräfte der Sicherheitsbehörden nochmals stärker und stellen uns auf alle möglichen Gefahren ein“, so die Innenministerin. Zugleich betonte Faeser, die Zusammenarbeit mit den Ländern sei „herausragend“. Im „International Police Cooperation Center“ in Neuss laufen viele Fäden zusammen.

„Wir werden während des Turniers an allen deutschen Grenzen vorübergehende Grenzkontrollen vornehmen, um mögliche Gewalttäter an der Einreise hindern zu können“, ergänzte Faeser. „Das ist notwendig, um dieses internationale Großereignis bestmöglich zu schützen.“ Auch besuche sie die Austragungsorte der EM-Spiele vorher, um mit allen Akteuren über die Sicherheitsmaßnahmen zu sprechen.

Urlaubssperre bei der Bundespolizei

„Dabei geht es um die Reisewege der Nationalmannschaften, der Gäste und Fans. Es geht um die Sicherheit in den Stadion und Fan-Zonen“, erklärte Faeser. Seitens der Polizei hieß es, man sei gut auf das Turnier vorbereitet. „In der Bundespolizei gibt es eine Urlaubssperre

zur EM. So können wir auf größtmögliche, personelle Verfügbarkeit zurückgreifen“, betonte Andreas Roßkopf, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) für den Bereich Bundespolizei. Man werde das Turnier mit „maximaler Stärke“ schützen. Zugleich erklärte der Gewerkschafter: „Unsere Einsatzkräfte werden auf alle Situationen vorbereitet. Auch die Spezialkräfte sind instruiert im Zusammenspiel mit den Landespolizeien.“

Durch die Fußball-WM 2006 und die G7-Gipfel in Deutschland habe man „beste Erfahrungen mit solchen Einsatzen gemacht“. In der Bundespolizei gebe es eine Urlaubssperre

desvorsitzende der GdP, Alexander Poitz, sagte, für die EM gebe es ein ausgefeiltes Sicherheitskonzept, das von gezielten Einreisekontrollen bis zur Drohenabwehr reiche. „Aber wir sollten auch keinen Terroranschlag herbeireden. Das würde nur den Terroristen nutzen.“

Zur Abwehr eines terroristischen Angriffs rechnet der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Dirk Wiese, auch mit temporären Grenzschließungen. „Im Hinblick auf die in diesem Jahr stattfindenden Sport-Großereignisse Fußball-EM und Olympische Spiele werden temporäre Grenzschließungen zur verstärkten Kontrolle erforderlich sein“, sagte Wiese.

KOMMENTAR



**Piktogramme:
Uneinigkeit wirft
Fragen auf**

Von Thorben Oberhag
thorben.oberhag@vrm.de

Na sollen sie nun weg, oder nicht? Die Rede ist von den Fahrrad-Piktogrammen auf den Straßen der Gutenbergstadt. Innerhalb der Kommunalpolitik sorgte das für hitzige Diskussionen und auch die Landespolitik schaltete sich ein. Dass es aber selbst innerhalb einer Partei derart verschiedene Strömungen gibt, das verwundert schon ein wenig. Schließlich machte die Mainzer CDU mehr als deutlich, was sie von den Piktogrammen halten – nämlich gar nichts. Im Zuge der Diskussion gab es sogar Rücktrittsorderungen der Verkehrsdezernentin Janina Steinkrüger (Grüne), sollten die Bildsymbole nicht entfernt werden. Und die Landtagsfraktion der CDU? Die machte deutlich, dass sie den Piktogrammen positiv gegenüber steht und daher die rechtlichen Fragen so schnell wie möglich geklärt werden müssten. Dass eine Partei auf kommunaler und auf Landesebene konträre Meinungen haben, das ist nicht neu. Eine innerparteiliche Meinungsvielfalt ist für die Sache sogar positiv, setzt man sich so doch in mehreren Facetten damit auseinander. Dass die Einstellung aber derart auseinandergehen, das überrascht dann doch sehr. Zwischen Rücktrittsorderungen und Gutheißung liegen Welten. Aber in Zeiten des Kommunalwahlkampfes werden bekanntlich deutlichere Worte gewählt.

AUF EINEN BLICK

Mainzer Fall bei Aktenzeichen XY

MAINZ (jul). Die Mainzer Polizei bittet die Bevölkerung um Hilfe. Es geht um einen Raub aus dem Jahr 2022, der sich in Weisenau ereignet hat. Ein älteres Ehepaar war damals von drei unbekannten Tätern ausgeraubt worden, die über den Balkon in die Wohnung des Paares eingebrochen sind. Im Schlafzimmer hatten die Täter die beiden laut Polizei dann zuerst aufgeweckt, anschließend bedroht und sie aufgefordert, ihnen Bargeld und Schmuck zu geben. Dabei seien sie auch handgreiflich geworden und hätten das Paar verletzt. Laut Polizei sind die Täter dann mit Bargeld und Schmuck aus der Wohnung geflüchtet. Bisher wurden sie nicht gefunden.

Weil die Ermittler davon ausgehen, dass sich die Täter nach wie vor im Raum Mainz aufhal-

AUSSTRAHLUNG

► Die Sendung „**Aktenzeichen XY... Ungelöst**“ wird am **Mittwoch, 27. März**, um 20.15 Uhr im ZDF ausgestrahlt und ist ab 22 Uhr in der Mediathek abrufbar.

ten könnten, bitten sie jetzt über die ZDF-Sendung „Aktenzeichen XY... Ungelöst“ um Zeugenhinweise. Moderator Rudi Cerne wird den Mainzer Fall am Mittwochabend dort zusammen mit sieben anderen, bisher nicht gelösten Kriminalfällen vorstellen. „Schaltet unbedingt ein, vielleicht habt ihr den ausschlaggebenden Tipp für uns!“, bittet die Mainzer Polizei über ihren Whats App-Kanal die Bevölkerung um Hilfe.



Rudi Cerne stellt heute Abend bei „Aktenzeichen XY... ungelöst“ auch einen Kriminalfall aus Mainz vor. Foto: Nadine Rupp

MOGUNTINUS

Nicht so mutig

Da war er also: der erste Meer-Urlaub mit Hund. Und was lässt sich sagen? Die Kleine ist wohl doch nicht so mutig, wie sie gerne tut. In den eigenen vier Wänden oder der bekannten Gassi-Route, da hat sie angeblich alles im Griff, ist ganz cool. Doch wehe, wenn sich etwas ändert. Mit Veränderungen hat sie eh so ihre Probleme. Doch ein rauschendes Meer mit Wellen, das war doch zu viel des Guten. Das Wasser war nicht das Problem. In Pfützen oder stilles Wasser wurde mit voller Inbrunst gesprungen. Ein schneller Rückzug musste aber her, wenn das Nass die Frechheit besaß, sich auf die Hüften zuzubewegen. Da wurde Herrchen flugs mit nassen Füßen zurückgelassen und die eigene Haut vor den Wassermassen gerettet. Beschützerinstinkt? In dem Moment Fehlanzeige! Doch trotz aller Angst war die Neugier groß. Als sich das Meer zurückzog, kam auch der Hund wieder nach vorne.

Piktogramme Thema im Landtag

Fahrrad-Symbole in der Kommunalpolitik in aller Munde – jetzt erreicht Diskussion auch die Landespolitik

Von Thorben Oberhag

MAINZ. Sorgen sie nun für verbesserte Verkehrssicherheit für Fahrradfahrer auf den Straßen der Gutenbergstadt? Oder bewirken sie tatsächlich das genaue Gegenteil und suggerieren eine falsche Sicherheit? Für mehrere Wochen hatte die Piktogramm-Debatte den politischen Diskurs der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt fest in der Hand. Bleiben sie weiter auf den Straßen oder sollen sie verschwinden? Jeder Akteur machte seine Meinung deutlich. Nun hat es die Debatte bis in den Landtag geschafft. Besonders kurios: Die Landes-CDU vertritt hier eine völlig andere Meinung als die Mainzer Christdemokraten.

Stadt Koblenz zu Entfernung aufgefordert

Nochmal zur Erinnerung, worum es überhaupt geht: Im Februar forderte der Landesbetrieb Mobilität (LBM) die Stadt Koblenz dazu auf, die Piktogramme von ihren Straßen zu entfernen. Piktogramme seien keine echten Verkehrsschilder und als solche auch nicht in der Straßenverkehrsordnung eingetragen. Die weißen Bilder könnten also Rad- und Autofahrer verwirren und falsche Signale senden. Bisher kündigte die Mainzer Stadtverwaltung rund um Verkehrsdezernentin Janina Steinkrüger (Grüne) an, dennoch an den Piktogrammen festzuhalten.

Und auch die Landes-CDU spricht sich für einen Erhalt der Bildsymbole aus. Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr des Landtags debattierte auf Antrag der Christdemokraten über genau dieses Thema. „Dort, wo Fahrrad-Piktogramme aus Sicht der Kommune zum Schutz der Radfahrer sinnvoll sind, sollten sie bleiben dürfen“, heißt es vom verkehrspolitischen Sprecher und stellvertretenden Fraktionsvor-



Die Diskussion um die Piktogramme, wie hier an der Kreuzung zwischen Langgasse und Großer Bleiche, geht weiter. Foto: Tim Wütz

sitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Helmut Martin.

Mainzer CDU positioniert sich klar gegen Piktogramme

Die Partei sieht einen dringenden Handlungsbedarf, um Rechtssicherheit bei dieser Thematik herzustellen. Grundsätzlich befürwortet die Fraktion eine Zulassung der Fahrrad-Piktogramme, um Autofahrer zu sensibilisieren. Dr. Martin richtet auch einen dringenden Appell an die

rheinland-pfälzische Landesregierung und Verkehrsministerin Daniela Schmitt (FDP): „Verkehrsministerin Schmitt muss sich auf Bundesebene für eine eindeutige und verlässliche Regelung einsetzen. Eine StVO-taugliche Lösung muss her – schnell und unkompliziert.“

So weit, so gut. Die Landes-CDU setzt sich für den Erhalt der Fahrrad-Piktogramme ein. Besonders interessant wird das, wenn auf die kommunale Ebene geblickt wird. In Mainz

kam nämlich in jüngerer Vergangenheit insbesondere von der CDU harsche Kritik an den Piktogrammen auf. Sie fordert sogar den Rücktritt von Verkehrsdezernentin Steinkrüger, sollten die Bildsymbole nicht entfernt werden. „Seit deren Einführung haben wir Piktogramme kritisiert. Sie vermitteln Radfahrern eine nicht vorhandene Sicherheit und bringen keinen zusätzlichen Schutz. Sie ähneln der Kennzeichnung einer Fahrradstraße, zeigen aber lediglich an,

dass hier auch Radfahrer fahren dürfen“, kritisierte der Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes, Thomas Gerster, im Mainzer Stadtrat. Fahrrad-Piktogramme würden Verletzungen billigend in Kauf nehmen, nur um den Autoverkehr zu verlangsamen. Gerster betitelte diese Maßnahme auch noch als „hochgefährlich“. Kritik für diese klare Haltung gab es dabei bereits von der SPD, die der CDU peinliches sowie populistisches Verhalten vorwirft. ► KOMMENTAR

Notlösung für Rock-Club

Endgültiges Aus für Alexander the Great noch unklar / Betreiber Michael Vogt wird fürs Erste in der Weintorstraße fündig

Von Thorben Oberhag

MAINZ. Eine Rettung ist geblückt, eine andere steht noch in der Schwebe. Wovon die Rede ist? Die Clubs Caveau und Alexander the Great. Kurz nacheinander wurde jüngst bekannt, dass beide Szeneclubs schließen müssen – der Aufschrei war groß. In Sachen Caveau schaltete sich die Stadtverwaltung ein, wollte zwischen Pächter Weiland Wittmeier und Verpächter Johannes Gutenberg-Universität vermitteln. Und das mit Erfolg. Nach einem klärenden Gespräch war klar: Das Caveau kann bleiben. Die Zukunft des Alexander the Great in der Hinteren Bleiche ist jedoch weiter ungewiss. Dennoch hat Betreiber Michael Vogt nun Neuigkeiten zu verkünden.

Noch viele Unklarheiten für das Alexander the Great

Doch zunächst ein Blick in die Vergangenheit. Denn Vogt möchte seinen Rock-Lub nicht aus eigenen Stücken aufgeben. Vielmehr wird er dazu gezwungen. Denn das Gebäude in der Hinteren Bleiche 8, in dem auch das Programmokino Palatin ansässig war, wird künftig abgerissen und neu erbaut. Seit Oktober flimmern zwar keine Filme mehr über die Leinwand, das frische Bier wird im Alexander the Great aber immer noch über die Ladentheke gereicht.



Damit überhaupt geplant werden kann, pachtet Michael Vogt ab Mai die Weintorklause. Foto: Henkel/nbz

Auch Live-Musik gibt es weiterhin für die Gäste. Wie lange das noch geht? Das weiß Betreiber Michael Vogt bis heute nicht. „Ich habe keine Ahnung, wann der Abriss losgeht. Diese Unsicherheit ist für mich und meine Angestellten das größte Problem.“

Viel liegt noch im Unklaren, sicher ist jedoch: Schließt der Rock-Club seine Pforten an diesem Standort, dann für immer. Denn im Neubau ist zwar die Neueröffnung des Programmkinos geplant, ebenso Wohnungen und ein Gastronomie-Ange-

bot, für einen Szeneclub wie das Alexander the Great wird aber kein Platz sein. Doch Aufgeben ist für Vogt keine Option. „Ich habe diesen Club vor 20 Jahren eröffnet und er läuft immer noch gut. Er ist so was wie mein Baby.“ Stadtverwaltung und Betreiber sind daher seit geraumer Zeit auf der Suche nach alternativen Räumlichkeiten – bisher erfolglos.

So viel zur Vorgeschichte. Doch obwohl noch keine Alternative für den Club gefunden ist, überlegt sich Vogt Möglichkeiten, um weiter aktiv zu sein.

Ab Mai wird er daher Pächter der Weintorklause in der Weintorstraße. „Wenn ich nichts gemacht hätte, dann hätte ich irgendwann rund acht Leute auf die Straße setzen müssen. Das ist doch kein Zustand.“

Alternative wird noch immer gesucht

Nach noch ein Happy End für das Alexander the Great? Schließlich wurde mit der Weintorklause scheinbar eine alternative Location gefunden. Ganz so leicht ist es dann doch

nicht. „Die Location in der Weintorstraße ist tatsächlich eher eine Art kleine Kneipe. Mit unserem Club in der Hinteren Bleiche ist das in keiner Weise zu vergleichen“, erklärt Vogt. Somit ist die Rollenverteilung klar. Das neue Pachtverhältnis ist maximal eine Zwischenlösung, um „überhaupt irgendwas zu haben.“ Der neue Standort ändert also im Kern nichts daran, dass eine echte Alternative zum bisherigen Alexander the Great her soll. Wann, wie und ob diese bereit-

„Ich habe keine Ahnung, wann der Abriss losgeht. Diese Unsicherheit ist für mich und meine Angestellten das größte Problem.“

Michael Vogt, Betreiber „Alexander the Great“

liegt, das lässt sich derzeit noch nicht sagen. Ebenso wenig, wie der Zeitpunkt, an dem die letzte Band ihre Klänge in der Hinteren Bleiche gespielt haben wird. Das alles kommt darauf an, wie schnell die Stadtverwaltung den Bebauungsplan für das Areal absegnet und die Bauarbeiten dann beginnen können.

Allgemeine Zeitung

MAINZ · RHEINHESSEN



Die Stille an der Seite des Lauten

Donald Trumps Gattin Melania macht sich bislang im US-Wahlkampf rar. ► POLITIK

Heuschnupfensaison hat begonnen

Eine Apothekerin erklärt, wie man die lästigen Symptome lindern kann. ► RHEINHESSEN

1 G 1112 A | Nr. 74 | 174. Jahrgang | VRM, Postfach 3120, 55021 Mainz



www.allgemeine-zeitung.de

Mittwoch, 27. März 2024 Preis: 3,00 Euro



Unser Geschenk an alle Abonnenten



Freischalten und digitale Nachrichten gratis lesen:

www.allgemeine-zeitung.de/gratis-upgrade

WETTER

Grau in grau
13°
4°
Westwind

► FERNSEHEN / WETTER

HEUTE

Kinderarmut erreicht traurigen Rekordwert

Der Paritätische Gesamtverband hat seinen jährlichen Bericht zur Armut in Deutschland vorgestellt – mit größtenteils ernüchternden Zahlen. Die Armut nimmt immer weiter zu. Insgesamt 14,2 Millionen Menschen sind betroffen. Besonders erschreckend: Immer mehr Kinder und Jugendliche leben in inakzeptablen Verhältnissen.

► MEINUNG & ANALYSE

Neue Chance für Cannabis-Therapien

Die neuen Cannabis-Gesetze sind nicht nur für Kiffer, sondern auch für Mediziner eine gute Nachricht. Wenn der Wirkstoff der Pflanze bald entkriminalisiert ist, wird die Verschreibung entsprechender Arzneien einfacher.

► WIRTSCHAFT

Deutsches Team bejubelt Sieg gegen Niederlande

Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft hat auch den zweiten großen EM-Test in Folge gewonnen: Das Team von Bundestrainer Julian Nagelsmann bezwang in Frankfurt die Niederlande mit 2:1.

► SPORT

KONTAKT

Abto-Service:
Online: www.vrm-abo.de/aboservice
täglich 24h verfügbar
Telefon: 061 31/48 49 50
Mo. – Fr. 7 – 18 Uhr, Sa. 7 – 12 Uhr
Privatanzeigen:
Online: 061 31/48 48 48
www.vrm-anna.de
Redaktion:
Fax: 061 31/48 58 48
E-Mail: az@vrm.de

www.facebook.com/allgemeinezeitung

Wir sind VRM

Symbole Thema im Landtag

Die Fahrrad-Piktogramme auf den Straßen sind in der Kommunalpolitik in aller Munde. Nun hat die Diskussion auch die Landespolitik erreicht. Bemerkenswert: Die Mainzer CDU und die Christdemokraten im Landtag liegen nicht auf einer Linie. ► MAINZ

Foto: Sascha Kopp



Streiks bei der Bahn sind vom Tisch

Nach Kompromiss mit der Lokführergewerkschaft will deren Chef Weselsky gegen Tarifeinheitsgesetz vorgehen

BERLIN (dpa). Pünktlich vor dem Osterreiseverkehr haben die Deutsche Bahn und die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) ihren monatelangen Tarifstreit beigelegt. Fahrgäste müssen keine Sorge vor weiteren Streiks im Bahnverkehr haben. „Wir haben nach langem Ringen und einem schwierigen Tarifkonflikt eine Lösung gefunden und mit der GDL vor wenigen Stunden die Verträge unterzeichnet“, sagte Bahn-Personalvorstand Martin Seiler am Dienstagmorgen in Berlin. Bahn und GDL präsentierten auf separaten Pressekonferenzen den Kompromiss. „Allein das spricht Bände“, betonte Gewerkschaftschef Claus Weselsky mit Blick auf die hart geführte Tarifrunde.

Knackpunkt der Verhandlungen war die Forderung der GDL nach einer Absenkung der Wochenarbeitszeit für Schichtarbeiter von derzeit 38 auf 35 Stunden bei gleichbleibendem Lohn. Die Bahn hatte das hohe Angebot ablehnt und auf den zu hohen Personalbedarf verwiesen. Nun kommt die 35-Stunden-Woche dennoch, stufenweise

und in Form eines Arbeitszeitwahlmodells. Demnach können die Beschäftigten entscheiden, ob sie die jeweiligen Reduzierungsstufen mitgehen, bei ihrer bisherigen Arbeitszeit bleiben, oder sogar mehr arbeiten wollen. Wenn sie weniger arbeiten, folgen daraus keine Gehalts- oder Lohneinbußen. Wenn sie aber bei ihrer bisherigen Arbeitszeit bleiben oder gar auf bis zu 40 Stunden erhöhen, erhalten sie für jede nicht-



Claus Weselsky, Vorsitzender der GDL, bezeichnete den Tarifabschluss als Erfolg „fast auf ganzer Linie“.

reduzierte beziehungsweise zusätzliche Arbeitsstunden 2,7 Prozent mehr Geld. Die erste Reduzierung um eine Stunde auf 37 Wochenstunden folgt ab 2026 automatisch, sollten die Beschäftigten vorher nicht anmelden, dass sie bei 38 Stunden bleiben oder länger arbeiten wollen. Anfang 2027 gibt es dann eine optionale Reduzierung auf 36 Stunden, ab 2028 auf 35,5 Stunden und ab 2029 dann 35 Stunden.

Weitere Ergebnisse sind eine Entgelterhöhung von 420 Euro im Monat in zwei Schritten, eine Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 2850 Euro sowie eine Laufzeit von 26 Monaten. Die von der GDL geforderte Ausweitung des Geltungsbereichs der Tarifverträge auf die Beschäftigten in der Infrastruktur wird es nicht geben. „Bahnkundinnen und -kunden können sich zumindest für das laufende Jahr auf einen streikfreien Bahnverkehr einstellen. Erst Ende März des kommenden Jahres endet die Friedenspflicht mit einer weiteren Arbeitnehmervertretung bei der Bahn, der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG). Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) nannte die Tarifregelung am Dienstag eine „wirklich frohe Botschaft für alle Bahnreisenden“. Gleichzeitig warnte er vor einer Wiederholung des langen Tarifkonflikts zwischen der Lokführergewerkschaft GDL und der Deutschen Bahn: „Klar ist aber auch, dass die Art und Weise, wie hier vorgegangen wurde, keine Schule machen darf.“

Auch nach der Einigung gab sich Weselsky unversöhnlich. „Die Auseinandersetzung mit der Deutschen Bahn AG ist noch lange nicht zu Ende“, betonte er am Dienstag. Die Gewerkschaft werde sich weiter wehren gegen das sogenannte Tarifeinheitsgesetz.

Die Auseinandersetzung mit der Deutschen Bahn AG ist noch lange nicht zu Ende.

GDL-Chef Claus Weselsky

Dieses sieht vor, dass in einem Unternehmen mit mehreren Gewerkschaften nur der Tarifvertrag der mitgliederstärkeren Arbeitnehmervertretung zur Anwendung kommt. Bei den meisten Betrieben der Bahn ist das die größere EVG. „Das bedeutet für Zehntausende Eisenbahnerinnen und Eisenbahner, dass sie die mit uns gemeinsam erkämpften Tarifverbesserungen nicht erhalten sollen“, sagte Weselsky.

Kreml gibt weiter Ukraine die Schuld

MOSKAU (dpa). Ungeachtet glaubwürdiger Bekenner-schreiben islamistischer Terroristen hat der Sekretär von Russlands nationalem Sicherheitsrat, Nikolai Patruschew, die Ukraine für den Anschlag bei Moskau am vergangenen Freitag verantwortlich gemacht. Auf die Frage von Journalisten, ob hinter dem Angriff auf die Konzerthalle Crocus City Hall mit mindestens 139 Toten die Terrormiliz Islamischer Staat oder die Ukraine stecke, antwortete Patruschew am Dienstag laut staatlicher Agentur Tass: „Natürlich die Ukraine.“ Wie er zu dieser Einschätzung kommt, erklärte der 72-Jährige, der immer wieder als glühender Befürworter des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auftritt, nicht. Kremlchef Wladimir Putin trat unterdessen etwas zurückhaltender auf. Er zählte darauf, dass die russische Generalstaatsanwaltschaft alles dafür tun werde, „dass die Verbrecher eine gerechte Strafe erhalten, so wie es das russische Gesetz vorschreibt“.

Lukaschenko widerspricht Putin

MINSK (dpa). Nach dem Anschlag auf eine Konzerthalle bei Moskau vor einigen Tagen wollten die Attentäter laut Aussage des belarussischen Machthabers Alexander Lukaschenko möglicherweise in sein Land fliehen. Als nach dem Angriff auf die Crocus City Hall am vergangenen Freitag bekannt wurde, dass die Täter mit einem Auto in das an Belarus grenzende russische Gebiet Brjansk fuhren, seien auch auf Seite des Nachbarlandes Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden, sagte Lukaschenko am Dienstag. Der russische Präsident Wladimir Putin behauptet dagegen seit Tagen, die Männer hätten in die Ukraine fliehen wollen und seien dort erwartet worden.



Aufschub für Julian Assange

Gericht: Inhaftierter Wikileaks-Gründer darf vorerst nicht an die USA ausgeliefert werden

LONDON (dpa). Wikileaks-Gründer Julian Assange hat bei seinem Antrag auf Berufung gegen die drohende Auslieferung an die USA noch einmal Aufschub erhalten. Der 52-Jährige dürfe nicht unmittelbar an die Vereinigten Staaten überstellt werden, entschied der Londoner High Court am Dienstag. Demnach könnte dem Antrag auf Berufung des Australiers noch immer stattgegeben werden.

Wie die Richter ausführten, wurde der Berufungsantrag in sechs von neun Punkten abgelehnt. Bei drei weiteren Punkten

hänge es davon ab, ob die US-Regierung und der britische Innenminister entsprechende Garantien abgeben könnten. Dafür setzten die Richter eine Frist von drei Wochen.

Dabei gehe es um die Frage, ob Assange sich bei einem Verfahren in den USA auf das Recht auf Meinungsfreiheit berufen könne und hierbei dieselben Rechte genieße wie US-Staatsbürger, dass er nicht wegen seiner Staatsbürgerschaft vorverurteilt und die Todesstrafe nicht verhängt werde. Verstreicht die Frist, ohne dass die Garantien gegeben wer-

den, soll es direkt eine Beru-fungsverhandlung geben. Werden die Garantien rechtzeitig abgegeben, soll eine Entscheidung auf Grundlage einer weiteren Anhörung am 20. Mai fallen.

Die US-Regierung will dem Australier wegen Spionageverwürfen den Prozess machen. Ihm drohen bis zu 175 Jahre Haft. Washington wirft ihm vor, geheimes Material von Militäreinsätzen im Irak und in Afghanistan und viele weitere geheime Dokumente gestohlen, veröffentlicht und damit das Leben von US-Informanten in Gefahr

gebracht zu haben. Assanges Unterstützer sehen ihn hingegen als Journalisten, der wegen der Aufdeckung von US-Kriegsverbrechen ins Visier der Justiz geraten ist.

Das Urteil am Dienstag war mit großer Spannung erwartet worden. Assange sitzt seit beinahe fünf Jahren im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in London. Vor seiner Festnahme im April 2019 hatte er sich mehrere Jahre in der ecuadorianischen Botschaft in London dem Zugriff der Strafverfolgungsbehörden entzogen.



Stella Assange, Ehefrau von Julian Assange, zeigt sich nach dem Urteilsspruch kämpferisch.

Foto: dpa

THEMEN

- ▶ Marktfrühstück
- ▶ Fahrradpiktogramme
- ▶ Onleihe
- ▶ Spazwang bei MVG

Zum Spazwang bei der MVG.

Vorbei an der Lebenswirklichkeit

Hier sieht man wieder, dass es manchmal besser ist, zurückhaltend zu sein bei einem Thema, welches logisch vorhersehbar ist, aber nicht in das Verständnis mancher Umweltgruppen passt. In der Vergangenheit wollte diese Klientel alles über den ÖPNV lösen. Für alle Problemlösungen wurde der ÖPNV genannt. Warum eigentlich? Jeder Mathematiker kann errechnen, wie viele Personen von welchen Orten zu anderen Orten unterwegs sind und wie viele Busse, Straßenbahnen und Züge eingesetzt werden müssen. Danach muss man hoffen, dass nicht alle Personen diese Verkehrsmittel benutzen, sonst ging diese Zahl nach unendlich.

Wir haben zu wenig Busfahrer, zu wenig Straßenbahnfahrer und zu wenig Lokführer. Das weiß, außer Herrn Weselsky, jeder Mensch in Deutschland. Dazu kommen die Forderungen nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Weder die Stadt Mainz noch das Land noch der Bund haben einen Goldesel im Stall, also ist schon immer vorhersehbar gewesen, dass am Ende das Geld lediglich endlich ist. Also muss nach der zusätzlichen Einführung des 9-Euro-Tickets logischerweise drastisch gespart werden, und zwar nicht erst in zehn oder 20 Jahren, sondern sofort nach der Einführung einer solchen Maßnahme.

Des Weiteren müssen die Fahrten in Stadt und Landkreis drastisch verringert und hoch defizitäre Strecken beendet werden, denn keine Organisation hat überschüssiges Geld, um das auszugleichen. Vielleicht sollte die Volkshochschule Kurse anbieten für solche Gruppen, welche das Wort Klima kennen, aber für die Lebenswirklichkeit nicht vorbereitet sind. Wie alles im Leben: Am Ende steht das Geld und ohne Geld gibt es nichts zu essen, trinken, Party und Cannabis, um sich seine Welt schön zu rauchen.

Otmar Jahn
Gau-Bischofsheim

Zur „Onleihe“ in Öffentlicher Bücherei.

Absolutes Armutszeugnis

Seit Jahren bin ich intensiver Nutzer der Onleihe in der Bücherei Mainz. Genauso lange stelle ich bei der Verlängerung vor Ort Jahr für Jahr wieder die Frage, wann eine „elektronische Zahlung“ zur Verlängerung möglich sein werde. Und ebenso regelmäßig werde ich wieder und wieder auf das nächste Jahr vertröstet! Da ist es doch nicht zu verstehen, dass jetzt auf ein laufendes Projekt hierzu und dann eine noch spätere Möglichkeit der ergänzenden Online-Zahlung verwiesen wird. Ein absolutes Armutszeugnis! Da wäre doch als Übergangslösung eine Zahlungsmöglichkeit per Überweisung schon ein großer Schritt nach vorn. Dazu braucht es nur eine Kontonummer. Bis dann irgendwann tatsächlich eine rein digitale Lösung zur Verfügung stehen wird.

Suitbert Monz
Zornheim

Zum Marktfrühstück.

Völlig aus dem Ruder gelaufen

Und wieder ist Marktfrühstück. OB Haase, so war kürzlich zu lesen, will an die Vernunft der Teilnehmer appellieren. Wenn er glaubt, dadurch die Massenveranstaltung auf ein vernünftiges Maß reduzieren zu können, sind im Hinblick auf die Erfahrungen der letzten Jahre mit Tausenden fröhlichen Bachus-Jüngern und dem neuesten Vorfall (Altershheim) leise Zweifel durchaus angebracht. Eine vormals wirklich nette Idee ist mittler-

weile völlig aus dem Ruder gelaufen und weitgehend zu einem kollektiven Besäufnis mutiert. Nichts gegen fröhliche Festivitäten, aber muss die Promille-Party schon um 9 Uhr beginnen und bis 16 Uhr andauern? Damit wir uns nicht falsch verstehen, auch der Verfasser dieser Zeilen trinkt auch gerne mal das eine oder andere Gläschen, aber nicht kurz nach Sonnenaufgang und nicht in unkontrollierten Mengen. Ein Zeitraum von 11 bis 14 Uhr würde völlig ausreichen, auch in dieser Zeit können einige harte Kampfrinker ihre Gesundheit nachhaltig schädigen. Und bereits jetzt beginnt die Diskus-

sion um das Schicksal der Veranstaltung während der Umbauten des Gutenberg-Museums. In der mehr als 200-jährigen Geschichte der Stadt Mainz scheint es noch kein größeres Problem gegeben zu haben als die Zukunft des Marktfrühstücks. Mein Vorschlag: Es in dieser Zeit einfach ausfallen zu lassen und sich ein neues Konzept zu überlegen. Viele schmutz- und lärmgeplagte Anwohner einer potenziellen Ersatz-Location und so manche promillegeplagte Leber werden sicherlich aufatmen.

Wolfgang Eck
Mainz



Marktfrühstück oder Partymeile? Etliche Bürger können den Unmut der Besucher, Geschäftsinhaber und Winzer verstehen. Foto: Lukas Görlach

Zum selben Thema.

Zurück zu den Ursprüngen

Die Ereignisse rund um das erste Marktfrühstück 2024 lassen einen fassungslos und hoch defizitäre Strecken beendet werden, denn keine Organisation hat überschüssiges Geld, um das auszugleichen. Vielleicht sollte die Volkshochschule Kurse anbieten für solche Gruppen, welche das Wort Klima kennen, aber für die Lebenswirklichkeit nicht vorbereitet sind. Wie alles im Leben: Am Ende steht das Geld und ohne Geld gibt es nichts zu essen, trinken, Party und Cannabis, um sich seine Welt schön zu rauchen.

ziehen. Und dieses Fazit kann nur lauten: Moratorium oder Denkpause! Oder noch besser ausgedrückt: Zurück zu den Ursprüngen! So sollte doch das Marktfrühstück nicht nur Ausdruck des Mainzgefühls sein, sondern auch den Mainzer Winzern eine gute Präsentationsmöglichkeit bieten. Dass es mittlerweile durch eine Minderheit zu einer Art Mainzer Ballermann gekommen ist, war irgendwann zu befürchten. Nur den (Wein-)Geist bekommt man nicht mehr in die (Wein-)Flasche!

Apropos Flasche: Wer seine eigenen Getränke zu diesem Event mitbringt, ist meines Erachtens sowieso an der falschen Adresse, weil es um die Mainzer Winzer und das Great Wine Capital Mainz geht und eben nicht um Be-

säufnis. Die bislang ergriffenen Maßnahmen – wie mehr Toiletten, mehr Sicherheitspersonal oder Teilverlagerung auf Leichhof und Rhein – reichen einfach nicht aus und sind lediglich geeignet, das Abrutschen des Marktfrühstücks schön zu tünchen. Nicht vergessen: Die Hauptveranstaltung auf den Plätzen rund um den Dom ist der Wochenmarkt, ergänzt seit einigen Jahren durch den Ausschank der Mainzer Winzer. Da ist eher ein radikaler Schnitt nötig, der mit dem Abriss und Neubau des Gutenbergmuseums sowieso ansteht. Wie wäre es mit der Verlagerung des Events auf den Jockel-Fuchs-Platz?

Michael Bauer
Mainz

»Dass es mittlerweile durch eine Minderheit zu einer Art Mainzer Ballermann gekommen ist, war irgendwann zu befürchten.«

Michael Bauer



Das Verständnis für eine Entfernung der Piktogramme hält sich bei vielen Radfahrern sehr in Grenzen. Foto: Sascha Kopp

Zum Marktfrühstück.

Ist es das wert?

Mit großem Interesse habe ich die Artikel über das Marktfrühstück verfolgt. Leider ist das Marktfrühstück zu einem Saufgelage mutiert. Es kommen Menschen wie früher, gehen über den Markt, kaufen ein, trinken ein Glas Wein und gehen dann nach Hause. Dann kommen die, die ihre Getränke mitbringen, sich zuschütten und sich benehmen wie die Schweine (bei diesen Tieren muss ich mich entschuldigen, die tun das nicht). Das ist nicht nur beim Marktfrühstück so, auch bei Straßenfastnacht, Johannisfest, Rheinrufer und vielem anderen mehr. Gehen Sie mal sonntags um 9.30 Uhr durch den Volkspark, der gleicht einer Müllhalde. Im

Sommer wird dort wild gegrillt, der Müll bleibt liegen. Warum ist das so? Es hat keine Konsequenzen, die Verantwortlichen drücken ihr Bedauern aus und das war's. Ich finde es unerhört, was sich die Marktleute bieten lassen müssen. Die Standmiete ist sehr teuer, irgendwann wird es samstags keinen Markt mehr geben. Und dann lohnen sich die restlichen Tage nicht mehr. Ist es das wert? Leider kann man dem nur mit Strafen Herr werden. Deeskalierende Gespräche sind löblich, aber nutzlos. Es muss wehtun, und das geht nur über den Geldbeutel. Die Verantwortlichen sollten sich mal darüber Gedanken machen, eine Ortsverlegung ändert nichts, das Problem wird nur verschoben. Wahlen stehen vor der Tür, man könnte sich profilieren.

Ursula Günther
Mainz

Zum selben Thema.

Nur bis zum Wein-Ausverkauf

Früher bin ich samstags gern auf den Markt zum Einkaufen gefahren und habe, insbesondere an den Ständen, am Frauenplatz eingekauft. Zum Abschluss gab es dann immer Weck, Worscht und Wol und danach ging's heim. Heute meide ich sowohl Einkauf als auch das Marktfrühstück. Der Bereich ist leider zu einer Partymeile verkommen, hat nichts mehr mit der früheren Gemütlichkeit zu tun. Es gibt kein Durchkommen zu den Ständen oder Geschäften mehr, man muss Angst haben, über mitgebrachte Flaschen zu fallen,

und der zeitweise rumliegende Müll ist keine Augenweide, ganz zu schweigen, dass man auch Wildpinkler im Blickfeld hat. Ich kann die Kritik und den Unmut der Marktschicker, Geschäftsinhaber und Winzer nur zu gut verstehen. Das jetzige Marktfrühstück hat nichts mehr mit Mainzer Lebensfreude zu tun und ist kein touristisches Aushängeschild. Könnte eine Zugangskontrolle bezüglich mitgebrachter alkoholischer Getränke eventuell Abhilfe schaffen? Das würde vielleicht die Menschenmenge reduzieren, die nur Party wollen. Wenn die Winzer ihren Weinbestand abverkauft haben, dann ist ja eh Ende.

Gabriele Pitzer
Mainz

Zum selben Thema.

Warum kein WC-Wagen?

Jedes Mal die gleichen Diskussionen: Es ist doch nicht neu, dass es beim Marktfrühstück zu wenige Toiletten gibt. Warum wird kein WC-Wagen zum Beispiel neben dem Gutenberg-Museum (wie an Fastnacht) aufgestellt? Das sollte doch finanziell zu stemmen sein. Das nächste Diskussionsthema ist der Müll. Viele Besucher bringen eigene Getränke und Speisen mit und lassen den Müll zurück, da auch hier zu wenige Mülltonnen aufgestellt werden. Da etliche Gäste des sehr beliebten Marktfrühstücks in den vorgenannten Punkten offensichtlich unbeherrschbar sind, bleiben nur zwei Möglichkeiten: Entweder die Stadt Mainz stellt genügend Toiletten und Mülltonnen bereit, oder sie sagt das Marktfrühstück ab.

Rita Schäfer
Mainz-Kastel

Zum selben Thema.

Autofahrende in der Verantwortung

Immer wieder wird sich über die vermeintlich fehlenden Kenntnisse oder Einhaltung der Verkehrsregeln von Autofahrern echauffiert. Leider kennen vor allem aber viele Autofahrer die Rechte und Pflichten von Fahrradfahrern viel zu wenig. Ein Fahrradfahrer, der nicht durch ein Verkehrszeichen 237, 240 oder 241 (ein blaues Schild mit einem weißen Fahrrad) als benutzungspflichtig gekennzeichnet ist, darf, muss aber nicht von Fahrradfahrern genutzt werden. In allen anderen Fällen müssen (!) Fahrradfahrer auf der Straße fahren und dürfen nicht den Gehweg benutzen. Und hier kommt die besondere Verantwortung der AutofahrerInnen ins

Spiel: Es darf nur mit einem Mindestabstand von 1,5 Metern innerorts überholt werden. Ist das nicht möglich, kann nicht überholt werden. Als Fahrradfahrer muss man dabei ausreichend rechts fahren, was allerdings nicht heißt, dass man am Straßenrand kleben muss. Ein ausreichender Abstand nach rechts, vor allem, wenn dort Fahrzeuge geparkt sind, ist mehr als angebracht (Stichwort Dooring-Unfälle). Autofahrende sollten sich außerdem bewusst sein, dass Fahrräder keine Knautschzone haben. Wenn man nicht überholen kann, verliert man als Autofahrer vielleicht ein paar Sekunden oder Minuten. Ein Fahrradfahrer hingegen kosten den FahrradfahrerInnen vielleicht die körperliche Unversehrtheit oder sogar das Leben.

Lukas Beyer
Mainz

